



universität  
wien

# MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit:

„DER MACHTWECHSEL AUF TAIWAN 2008 -  
NEUDEFINITION DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN  
CHINA UND TAIWAN.“

Verfasser

Mario Stummer, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 811

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Sinologie

Betreuerin:

o.Univ.-Prof. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik

# Inhaltsverzeichnis:

<b>EINLEITUNG:</b> .....	<b>5</b>
<b>1.1. AUFBAU DER ARBEIT</b> .....	<b>8</b>
<b>2. CHINAS AUßENPOLITISCHE ZIELE UND DIE TAIWANFRAGE</b> .....	<b>9</b>
2.1. „DIE HARMONISCHE WELT“, „DER FRIEDLICHE AUFSTIEG“ UND MULTIPOLARITÄT ALS CHINESISCHE ANTWORT AUF HEGEMONIALE ANSPRÜCHE .....	9
2.1.1. <i>Multipolarität als Gegenmodell zu hegemonialen Ansprüchen</i> .....	9
2.1.2. <i>Die „harmonische Welt“ und die „friedliche Entwicklung“</i> .....	10
2.2. TAIWAN, EIN TEIL CHINAS .....	14
2.3. CHINAS STREBEN NACH TERRITORIALER INTEGRITÄT: „EIN LAND ZWEI SYSTEME“ UND DAS „ANTI-ABSPALTUNGSGESETZ“ .....	17
<b>3. DIE AUßENPOLITIK DER USA UND DIE SPEZIELLE BEZIEHUNGEN ZU TAIWAN</b> .....	<b>24</b>
3.1. DIE AUßENPOLITIK DER USA, ZWISCHEN EXZEPTIONALISMUS UND VERSTÄRKTER ZUSAMMENARBEIT .....	25
3.1.1. <i>Die Interessen der USA in Asien</i> .....	28
3.2. DIE USA ALS „SCHUTZMACHT“ TAIWANS .....	30
3.2.1. <i>Der „Taiwan Relations Act“</i> .....	37
3.3. DIE ROLLE DES US KONGRESS UND DIE „CHINA LOBBY“ .....	40
<b>4. DAS SPANNUNGSFELD TAIWAN</b> .....	<b>47</b>
4.1. DIE FLUCHT DER KMT NACH TAIWAN UND LANGSAME ANNÄHERUNGEN ZWISCHEN TAIWAN UND DEM FESTLAND .....	47
4.2. DER DEMOKRATISIERUNGSPROZESS TAIWANS .....	51
4.2.1. <i>Die Verfassungsreform und die Abschaffung der Nationalversammlung</i> .....	53
4.2.2. <i>Die Parteien</i> .....	55
4.3. DAS POLITISCHE SYSTEM UND DIE TAIWANFRAGE .....	57
4.3. DIE AUSWIRKUNGEN DES CORNELL BESUCHS UND DAS AUFGEBEN DER „ZWEI-STAATEN-THEORIE“ ENDE DER 1990ER JAHRE .....	66
4.3.1. <i>Die Wahl Chen Shuibians im Jahr 2000</i> .....	70
4.3.2. <i>Zwischen innerchinesischer Angelegenheit und Internationalisierung der Taiwanfrage</i> .....	72
<b>5. DIE FESTLANDPOLITIK CHEN SHUIBIAN UND DER MACHTWECHSEL AUF TAIWAN 2008</b> .....	<b>76</b>
5.1. DIE ERSTEN JAHRE UNTER CHEN SHUIBIAN .....	76
5.1.2. <i>Wechsel in der Strategie der DPP in der Taiwanfrage am Beginn der Chen-Ära</i> .....	79
5.1.3. <i>Neue Flexibilität auf Seiten der VR China</i> .....	83
5.1.4. <i>Chen Shuibian am Höhepunkt seiner Macht</i> .....	88
5.2. DIE WIEDERWAHL CHEN SHUIBIANS .....	91
5.3. CHINAS NEUE TAIWANSTRATEGIE UND KLARE WORTE AUS WASHINGTON .....	92
5.4. DIE WAHLEN ZUM LEGISLATIVYUAN IM DEZEMBER 2004 .....	97
5.5. DIE GRÜNDE FÜR DEN MACHTWECHSEL 2008 .....	102
<b>6. TAIWANS NEUER POLITISCHER KURS UNTER MA YINGJIEOU</b> .....	<b>109</b>
6.1. HINTERGRÜNDE DER NEUE FESTLANDPOLITIK MAS .....	111
6.1.1. <i>Taiwan und die neuen Machtverhältnis entlang der Taiwanstraße</i> .....	112
6.1.2. <i>Innenpolitische Faktoren und die erste Annäherungen im Jahr 2005</i> .....	114
6.2. MA YINGJIEOUS NEUE FESTLANDPOLITIK .....	116
6.2.1. <i>Auswirkungen auf die Außenpolitik Taiwans und den Beziehungen zu den USA</i> .....	126
6.2.2. <i>Die Beziehungen zum Festland nach den ersten Jahren unter Ma Yingjeou</i> .....	131

6.2.3. <i>Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Festland China und Taiwan</i> .....	134
<b>7. RESÜMEE UND AUSBLICK</b> .....	<b>137</b>
<b>8. BIBLIOGRAPHIE</b> .....	<b>143</b>
8.1. WESTLICHSPRACHIGE LITERATUR: .....	143
8.2 CHINESISCHE LITERATUR: .....	156
<b>9. ANHANG</b> .....	<b>161</b>
ZUSAMMENFASSUNG: .....	161
ABSTRACT: .....	162

## **Danksagung**

**Ich möchte mich bei Frau Prof. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik bedanken, welche mich im Laufe dieser Arbeit hervorragend betreut hat. Für Ihre Ratschläge, Geduld und Unterstützung während der letzten Monate möchte ich mich herzlichst bedanken.**

**Einen besonders großen Dank möchte ich an meine Familie und meine Lebensgefährtin aussprechen, die mich während meiner gesamten Zeit des Studium unterstützt haben und ohne deren Hilfe es nicht möglich gewesen wäre.**

**Schließlich möchte ich mich auch noch bei allen Freunden bedanken, die mich auf meinem Weg unterstützt haben.**

## Einleitung:

Die politische Situation Taiwans und damit verbunden die Frage nach der Souveränität Taiwans ist in ihrer Komplexität und Bedeutung beispiellos in Asien. Der Souveränitätskonflikt zwischen Taiwan und der Volksrepublik China hält bereits seit über einem halben Jahrhundert an, und eine Lösung ist auch im Jahr 2011 nicht in Sichtweite. Zusätzliche Brisanz ergibt sich aufgrund der Interessen der USA in der Region Ostasiens und der historischen Verbundenheit der USA mit Taiwan. Kein anderes Thema birgt ein derart hohes Risikopotential einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den USA und der Volksrepublik China (von hier an: VR China). Die Interessen der Supermacht USA (vgl. Kapitel 3.1.1.) und ihrer historischen Verbundenheit mit Taiwan lassen die Taiwanfrage zu einer Dreiecksbeziehung werden.

Die Taiwanfrage ist ein Resultat des chinesischen Bürgerkrieges und wird deswegen auch als innerchinesische Angelegenheit betrachtet in der VR China. Eine Sicht der Dinge, die auf Taiwan nicht von allen geteilt wird. Nach der Flucht der KMT-Truppen auf die Insel Taiwan 1949 - als Folge der militärischen Niederlage gegen die kommunistischen Truppen am Festland – kam es in den folgenden Jahren zu einer Situation, in der sowohl die Regierung auf Taiwan als auch die Regierung in Peking für sich beanspruchte, der einzig legitime Vertreter Chinas in der Welt zu sein.

Für die VR China ist Taiwan der fehlende Teil zur Wiedervereinigung des Vaterlandes, nachdem Hong Kong 1997 und Macau 1999 in Form von Sonderverwaltungszone wieder in das chinesische Vaterland eingegliedert wurden. Aus chinesischer Sicht ist die Taiwanfrage eine innerchinesische Angelegenheit, in der Einmischungen aus dem Ausland nicht berechtigt sind. Während sich auf dem Festland die Kommunisten unter der Führung Mao Zedongs (毛泽东) durchsetzen konnten, gelang es den Truppen Chiang Kaisheks (Jiang Jieshi 蔣介石) sich auf die Insel Taiwan zu flüchten und sich dort mit Hilfe ausländischer Kräfte (hauptsächlich aufgrund der Hilfe der USA) an der Macht zu halten (vgl. Kapitel 3.2.). Offiziell wurde also der chinesische Bürgerkrieg, der in den 1940er Jahren begann, nie beendet. Das Ziel der 1949 gegründeten Volksrepublik China ist weiterhin die friedliche Wiedervereinigung mit den Menschen auf Taiwan. Dieser Wunsch nach Wiedervereinigung spiegelt sich auch in Chinas „Ein-China-Politik“ wieder (vgl. Kapitel 2.2.). Die „Ein-China-Politik“ besagt, dass es nur ein China gibt auf der Welt und das Festland als auch Taiwan ein Teil dieses einen Chinas sind. Verstößt ein anderes Land gegen dieses Prinzip, so verletzt es die Souveränität der VR China.

Die Situation auf Taiwan ist jedoch mit der auf dem Festland nicht zu vergleichen. Zwar sind die Taiwanfrage und die Beziehungen zum Festland die dominierenden politischen Themen auf der Insel, doch herrscht wenig Einigkeit darüber, wie diese Beziehungen genau aussehen sollen.

Während die VR China erst Ende der 1970er Jahre die ersten Schritte Richtung Marktwirtschaft beschloss, war zu diesem Zeitpunkt auf Taiwan bereits eine funktionierende Marktwirtschaft etabliert, und mit den demokratischen Reformen (vgl. Kapitel 4.2.), welche in den frühen 1980er Jahren auf Taiwan einsetzten, wurde der Unterschied zum System auf dem Festland noch grösser. Die VR China reagierte auf diese Unterschiede mit der Formel „Ein Land zwei Systeme“, welche bereits auf Macau und Hong Kong funktionierte, jedoch auf Taiwan keine breite Zustimmung findet unter der Bevölkerung. Die taiwanesischen Bevölkerung lehnt eine Wiedervereinigung mit dem Festland mit großer Mehrheit ab. Die Mehrheit ist für die Beibehaltung des Status quo, also weder für Unabhängigkeit noch für Wiedervereinigung. (vgl. Grafik 1.4.).

Wenn man sich mit der Situation entlang der Taiwanstraße beschäftigt, kommt man relativ schnell zu dem Punkt, wo man sich auch mit den Interessen der USA in Ostasien auseinandersetzen muss (vgl. Kapitel 3.1.1.). Die Rolle der USA muss in der Taiwanfrage immer mitgedacht werden. Die Politik der USA hat auf die Taiwanfrage starken Einfluss und auf die Entscheidungen, welche auf Taiwan getroffen werden. Aussagen Washingtons werden nicht nur von Taiwans Politikern sehr ernstgenommen, auch Taiwans Bevölkerung weiß um die Wichtigkeit der USA für die Entwicklung Taiwans, darum haben kritische Stimmen aus Washington auch durchaus Einfluss auf Taiwans Wählerverhalten (vgl. Kapitel 5.4.).

Mit ihrer Asien-Politik nach Ende des 2. Weltkrieges haben die USA die Entwicklung Taiwans entscheidend mitbeeinflusst (vgl. Kapitel 3.2.). Ohne die Intervention der USA im Koreakrieg Anfang der 1950er Jahre hätten die Truppen Maos wohl mittelfristig eine Invasion auf Taiwan durchgeführt. Dieses Eingreifen der USA in der Pazifikregion und die folgenden Verträge mit Taiwan in Form des „Mutual Defense Treaty“ und später des „Taiwan Relations Act“ (vgl. Kapitel 3.2.1) sicherten Taiwans Position und legten den Grundstein für die eigenständige Entwicklung Taiwans, welche sich stark vom Festland unterscheiden sollte. Dieses Bekenntnis der USA zur Sicherheit Taiwans ist auch heute noch aufrecht. Der „Taiwan Relation Act“ verpflichtet die USA weiterhin für die Sicherheit Taiwans in Form von Waffenverkäufen zu sorgen, eine Situation, welche immer wieder zu Spannungen zwischen den USA und China geführt hat und wohl auch in Zukunft führen wird. Diese Dreiecksbeziehung macht es für jede Regierung auf Taiwan schwierig einen Mittelweg zu

finden.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es weiterhin nur eine Supermacht auf der Erde. Vor allem auf militärischer Ebene werden die USA weiterhin diesen Supermachtstatus beibehalten können. Jedoch mehren sich die Aussagen, welche den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der VR China als mittel- bis langfristige Bedrohung für die Interessen und den Einfluss der USA sehen (Stichwort: „China-threat“-Theorie<sup>1</sup>). Dass die Beziehung zwischen den USA und China nicht frei von Konflikten ist, ist offensichtlich. Die USA, welche sich als Vorkämpfer für Demokratie und Menschenrechte sehen, üben nicht nur in der Menschenrechtsfrage immer wieder Kritik am aufstrebenden Reich der Mitte, Wirtschafts- und Handelsfragen und hier vor allem das galoppierende Handelsdefizit mit China werden auch in Zukunft für Verstimmungen zwischen den beiden Nationen sorgen.

Während jedoch Themen wie die Menschenrechtsfrage und wirtschaftliche Fragen erst mit der Öffnung Chinas in den späten 1970er Jahren verstärkt ins Zentrum der Diskussion traten zwischen den USA und China, ist die Taiwanfrage bereits seit Beginn der 1950er Jahre ein, wenn nicht das größte Konfliktfeld, zwischen den beiden Seiten.

Besonders das verstärkte Aufkommen einer „taiwanischen“ Identität in den 1990er Jahren, und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Innenpolitik Taiwans, sorgten für zusätzliches Konfliktpotential. Die Verantwortlichen (und auch die Wähler) auf Taiwan müssen sich entscheiden zwischen einem Weg der Zusammenarbeit und des Dialoges mit dem Festland, welcher die Gefahr birgt langfristig zu einer Wiedervereinigung mit dem Festland zu führen, oder einem Weg, der verstärkt auf die taiwanesishe Identität setzt und stärker Richtung Unabhängigkeit strebt, was wiederum zu Spannungen und Problemen mit der Regierung auf dem Festland führt.

Den Unterscheid zwischen diesen beiden Möglichkeiten konnte man seit dem Jahr 2000 sehr gut beobachten. Während in den Jahren 2002 bis 2008 die Regierung unter Präsident Chen Shuibian (陳水扁) einen radikaleren Standpunkt in der Festlandpolitik einnahm (vgl. Kapitel 5.1.2.), erleben wir seit den Wahlen im März 2008 eine völlig andere Politik. Der neu gewählte Präsident Ma Yingjeou (馬英九) setzt verstärkt auf den Dialog und die Zusammenarbeit mit dem Festland.

Wie und warum es zu diesem Machtwechsel 2008 auf Taiwan kam, welche Rolle hier Präsident Chen Shuibians Festlandpolitik spielte und wie in der Folge die Festlandpolitik des neuen Präsidenten Ma Yingjeous die Beziehungen zum Festland neu gestaltete und wo die Grenzen der Annäherungspolitik liegen, sollen die Themen dieser Arbeit sein.

---

<sup>1</sup> Vgl. Fußnote 10.

## **1.1. Aufbau der Arbeit**

Die Arbeit wird in fünf Kapitel gegliedert. Die ersten beiden Kapitel werden sich mit den außenpolitischen Strategien und Prinzipien der VR China auf der einen Seite und der USA auf der anderen Seite beschäftigen. Die Beziehungen zum Festland und das Verhältnis zum Verbündeten USA, welches durch den „Taiwan Relations Act“ geprägt ist, sind die zwei wichtigsten Faktoren in der Festlandpolitik Taiwans. Taiwan muss in seiner Festlandpolitik die Reaktionen der beiden Länder und damit die Konsequenzen für Taiwan zu jedem Zeitpunkt mitdenken. Es soll deshalb zuerst ein größeres Bild über die außenpolitischen Sichtweisen Chinas und der USA verschafft werden und Begriffe wie „harmonische Welt“, „friedliche Entwicklung“, „amerikanischer Exzeptionalismus“ erklärt werden. Dieser kurze Überblick über die Strategien und Zukunftsvisionen der beiden Länder soll das Handeln der beiden Akteure in der Taiwanfrage verständlicher machen und aufzeigen, wie die Politik des Festlandes und der USA die Situation auf Taiwan mitbeeinflusst.

Des Weiteren wird genauer auf die Beziehung und Interessen der beiden Länder eingegangen. Im dritten Kapitel folgt eine genauere Analyse der politischen Entwicklung Taiwans. Es wird zunächst ein kurzer Überblick über Taiwans jüngere Geschichte beginnend mit dem Sino-Japanischen Krieg (als Folge des Krieges fiel Taiwan unter Japanische Herrschaft) gegeben, und aufgezeigt, wie sich die Beziehung zwischen dem Festland und Taiwan in den folgenden Jahrzehnten entwickelten. Eine Analyse des Demokratisierungsprozesses Taiwans, des politischen System Taiwans und der Parteien sowie das Aufkommen der „Zwei Staaten“-Theorie in den 1990er Jahren und die Wahl Chen Shuibians im Jahr 2000 schließen das Kapitel ab.

Der vierte Teil dieser Arbeit beschäftigt sich schließlich mit der Amtszeit Chen Shuibians in den Jahren 2000-2008. Es wird die Festlandpolitik der Chen Regierung genauer betrachtet und deren Auswirkungen. Welche Faktoren schließlich zur Abwahl Chens und zum Machtwechsel im Jahr 2008 führten, wird ebenfalls im vierten Kapitel behandelt.

Während im letzten Kapitel die Festlandpolitik der neuen Regierung unter Ma Yingjeou analysiert wird sowie deren Motive und wie diese neue Festlandpolitik die Beziehungen zum Festland neu gestaltet und wo ihre Grenzen liegen.

Am Ende der Arbeit steht ein Resümee und es wird ein kurzer Ausblick auf die Wahlen im Jänner 2012 und die möglichen Folgen für die Festlandpolitik Taiwans gegeben.



## **2. Chinas Außenpolitische Ziele und die Taiwanfrage**

### **2.1. „Die harmonische Welt“, „der friedliche Aufstieg“ und Multipolarität als chinesische Antwort auf hegemoniale Ansprüche**

Geht man von einem neorealistischen Standpunkt aus, und jener ist noch immer weit verbreitet in den westlichen Ländern, erfolgt der Aufstieg eines Staates zwangsweise auf Kosten, sprich Machtverlust, eines anderen Staates. Vor diesem Hintergrund sehen viele den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Chinas in den letzten Jahrzehnten als Gefahr bzw. Herausforderung für die USA. Ein Aufstieg des einen Machtpols muss also zwangsläufig zu einem Machtverlust eines anderen Machtpols führen.<sup>2</sup> Diese Analysen sind natürlich längst auch den chinesischen Forschern bekannt, und sie integrieren diese in ihre Arbeit, was jedoch nicht bedeutet, dass diese vom Westen geprägten Muster und Erklärungen des internationalen Systems auch übernommen werden. Im Gegenteil, die vorherrschenden chinesischen Sichtweisen weichen teilweise doch deutlich von den westlichen Annahmen ab, wie im folgenden Kapitel dargestellt wird.

#### **2.1.1. Multipolarität als Gegenmodell zu hegemonialen Ansprüchen**

Im Zentrum der chinesischen Modelle steht bereits seit den frühen 1980er Jahren die Multipolarität als Gegensatz zur damals vorherrschenden Aufteilung der Welt zwischen den zwei Machtpolen den USA und der Sowjetunion. Die Multipolarität und die Demokratisierung des Internationalen Systems stelle die logische Konsequenz für und auch den Idealzustand des internationalen Systems dar, welcher sich aus dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Neuordnung des internationalen Systems ergeben würde.<sup>3</sup> Die chinesische Vorstellung der Multipolarität beinhaltet jedoch nicht das Streben mehrerer Staaten bzw. Pole nach Hegemonie oder Machtgewinn, sondern sieht die Zusammenarbeit dieser Pole als wichtigsten Faktor. Die wichtigste Aufgabe der multipolaren Weltordnung

---

<sup>2</sup> Vgl. Duny Pal / Herd Graem P: *International Security, Great Powers and World Order*. In: Herd, Graeme P. (Hrsg.), *Great Powers and Strategic Stability in the 21st Century: Competing Visions of World Order*. New York: Routledge, 2010.S.197-203.

<sup>3</sup> Vgl. Zheng, Bijian: *China's 'Peaceful Rise' to Grate Power Status*. In: *Foreign Affairs*, Nr.5, Vol.84, 2005(Sept./Okt.). S.18-24.

sieht man darin, die Hegemonialbestrebungen eines Akteurs unterbinden zu können, was, so die chinesische Sicht, im Interesse der Weltbevölkerung sei. Jedoch wird eingeräumt, dass die Realisierung der multipolaren Weltordnung noch nicht abgeschlossen sei, da hierzu vor allem eine Standpunktänderung der USA erfolgen müsste. Der Hauptvorwurf der chinesischen Seite richtet sich hier gegen die Hegemonialansprüche der USA, welche einer multipolaren Strukturierung der internationalen Beziehungen im Wege stehen.

Die USA versuchen weiterhin mittels Allianzen die Kontrolle über die Pazifikregion und Ostasiens zu erhalten, um auf diese Weise den chinesischen Einfluss zu schmälern. Gleichzeitig werde versucht, mittels Einbindungsstrategie einen Systemwechsel bzw. die Verwestlichung Chinas herbei zu führen.

Dass die USA weiterhin an der Hegemonialstellung festhalten, würden die Kriege und Interventionen im Irak oder Afghanistan verdeutlichen.

Sich selbst sieht die VR China als verantwortungsbewussten und kooperationsbereiten Akteur, der die Demokratisierung des internationalen Systems begrüßt und hegemoniale Ansprüche kategorisch zurückweist. Vom Wandel des internationalen Systems an sich gehe keine Bedrohung aus. Eine Gefahr bestehe nur, wenn einzelne Staaten den Wandel des internationalen Systems aufhalten wollen, sei dies durch militärische Schritte (Expansion/Invasion) oder auch durch den Einfluss auf innere Angelegenheiten andere Staaten.<sup>4</sup>

### **2.1.2. Die „harmonische Welt“ und die „friedliche Entwicklung“**

Ein weiterer wichtiger Baustein der chinesischen Ordnungsprinzipien stellt der Begriff der „harmonischen Welt“ (和谐世界/ hexie shijie) da. Bereits zu Beginn der 2000er Jahre wurde das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ (和谐社会/ hexie shehui) im chinesischen Diskurs eingeführt, ein Konzept, das sich in erster Linie auf die nationale Ebene bezog. Die „harmonische Welt“ kann also als eine Weiterführung des Konzepts der „harmonischen Gesellschaft“ auf internationaler Ebene gesehen werden.<sup>5</sup>

In seiner Rede anlässlich des 60. Jahrestages der Vereinten Nationen (in Folge: UN, für „United Nations“) im September 2005 beschrieb Präsident Hu Jintao (胡锦涛) die

---

<sup>4</sup>Vgl. Noesselt, Maren Eilika Nele: *Alternative Weltordnungsmodelle?: IB-Diskurse in China*. Wien, Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 154-181.

<sup>5</sup> Vgl. Ebd. S.188-189

wichtigsten Eigenschaften und Säulen des Konzeptes der „Harmonischen Welt“ und führte damit gleichzeitig das Konzept der „harmonischen Welt“ in den internationalen Diskurs ein. Dieses Konzept nimmt weiterhin die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ (和平共处五项原则/ heping gongchu wu xiang yuanze), nämlich das gegenseitiges Respektieren der Souveränität und der territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen und die friedliche Koexistenz aller Länder (互相尊重主权和领土完整、互不侵犯、互不干涉内政、平等互利、和平共处.), als Grundlage für die internationalen Beziehungen Chinas.<sup>6</sup>

Gleichzeitig machte sich Hu Jintao für die Multipolarität der Welt stark:

„Erstens, man muss an der Multipolarität festhalten, die Autorität des Sicherheitsrates verteidigen. Die multipolare Zusammenarbeit stärken, im speziellen die Funktion der UN stärken, die Autorität des Sicherheitsrates schützen, die Fähigkeit effektiv auf die wachsenden weltweiten Gefahren und Herausforderungen zu antworten, um so universale Sicherheit tatsächlich zu realisieren. Betreffend die wichtigen Fragen wie Weltfrieden und Sicherheit, diese sollte vom Sicherheitsrat auf Basis der tatsächlichen Umstände beurteilt werden und der UN-Charta entsprechend kollektive Schritte gesetzt werden“<sup>7</sup>

第一，坚持多边主义，维护安理会权威。加强多边合作，特别是加强联合国作用、维护安理会权威，才能有效应对日益增多的全球性威胁和挑战，真正实现普遍安全。在涉及世界和平与安全的重大问题上，应该由安理会根据实际情况作出判断，依照联合国宪章采取集体行动。

Des Weiteren wies Hu darauf hin, dass man die gegenseitige Kooperation aufrechterhalten müsse, um dadurch gemeinsam Prosperität zu schaffen. Die Globalisierung sollte allen Ländern helfen. Das 21. Jahrhundert müsse zum „Jahrhundert der Entwicklung“ werden, um

---

<sup>6</sup> Der genaue Wortlaut der „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“(in chinesischer Sprache) unter: [http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-06/09/content\\_1515866.htm](http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-06/09/content_1515866.htm) (Stand: 15.01.2011).

<sup>7</sup> Auszug aus der Rede Hu Jintaos anlässlich des 60. Jahrestag der UNO. Die Rede ist nachzulesen unter <http://www.cctv.com/news/china/20050915/100017.shtml> (Stand: 02.02.2011).

somit eine Win-win-Situation für alle Beteiligten zu schaffen. Die Diversität der einzelnen Zivilisationen muss akzeptiert werden. Man müsse deswegen auch jedem Land zugestehen, seinen eigenen Entwicklungsweg zu gehen und sein eigenes soziales System anzuwenden. Schlussendlich müssten auch die Reformen innerhalb der UN weitergehen, sodass die UN noch effizienter arbeiten können und die Solidarität unter den UN-Mitgliedern gestärkt werde.<sup>8</sup>

Das Konzept der „harmonischen Welt“ kann sicher auch als eine Art Antwort auf die mit dem Beginn des wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs China entworfenen „China-threat“-Theorie gesehen werden und als ein alternativer Ordnungsansatz zu den vorherrschenden westlichen Konzepten betrachtet werden. Man kann innerhalb des Konzeptes der „harmonischen Welt“ eine klare Tendenz zur Multipolarität erkennen, eine Multipolarität, in der jedoch die Koexistenz divergierender Kulturen, Systeme und Entwicklungswege möglich sein muss. Den USA werden weiterhin eine entscheidende Rolle im internationalen System zugestanden, da diese als einzige verbliebene Supermacht über die Ressourcen verfügt, Alleingänge zu vollziehen. Der Vorwurf an die USA, unilaterales Denken im multipolaren System anzuwenden, ist innerhalb Chinas immer wieder zu vernehmen, da speziell in Sicherheitsfragen die USA oft die eigenen Interessen und die Interessen seiner Verbündeten vor reiht.<sup>9</sup>

Neben dem Begriff der „harmonischen Welt“ hat in den letzten Jahren auch die Strategie des „friedlichen Aufstiegs“ (和平崛起/ heping jueqi) Chinas international für Diskussionen gesorgt. Beim Begriff des „friedlichen Aufstiegs“ handelt es sich sowohl um ein strategisches Instrument der politischen Ebene als auch um ein Element der politikwissenschaftlichen Theoriebildung, dessen Einführung auf die Rede Zheng Bijians<sup>10</sup> (郑必坚) im Rahmen des Bo'ao-Forums 2003 zurückgeführt wird. Der Begriff des „friedlichen Aufstiegs“ wurde jedoch sehr schnell durch den Begriff „friedliche Entwicklung“ (和平发展/ heping fazhan) ersetzt. Die Rede diente dazu, die von den Staaten Ost- und Südostasien empfundenen Bedrohung durch den wirtschaftlichen Aufschwung Chinas sowie durch die militärische Aufrüstung Chinas zu entkräften, indem Zheng Bijian in seiner Rede den „friedlichen Aufstieg“ Chinas bekräftigte und sich gleichzeitig für regionale und globale Stabilität aussprach. Wenige

---

<sup>8</sup>Vgl. Fußnote 7.

<sup>9</sup>Vgl. Jianfei, Liu: *Sino-US Relations and Building a Harmonious World*. In: *Journal of Contemporary China*, Nr. 18,

Vol. 60, 2009, S. 479-490.

<sup>10</sup> Zheng, Bijian (郑必坚), gilt als ein langjähriger Berater der chinesischen Führung. Desweiteren ist er seit 2003 Mitglied der „politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes“ (中国人民政治协商会议). Genauere biografische Angaben unter [http://www.chinavivae.com/biography/Zheng\\_Bijian|647](http://www.chinavivae.com/biography/Zheng_Bijian|647)

Wochen später wiederholte Wen Jiabao (温家宝) den Begriff des „friedlichen Aufstiegs“ während seiner Rede an der Harvard Universität und integrierte damit den Begriff in die offizielle außenpolitische Strategie Chinas. Man kann also davon ausgehen, dass zuerst das strategisch-politische Element des „friedlichen Aufstiegs“ bzw. der „friedlichen Entwicklung“ konstruiert wurde, bevor es dann anschließend zur politikwissenschaftlichen Bearbeitung kam und nicht umgekehrt.<sup>11</sup>

Auffällig bei der Einführung des Konzeptes der „friedlichen Entwicklung“ ist, dass Zheng Bijian den Großteil seiner Reden zu dem Thema vor amerikanischem Publikum hielt. Das Konzept der „friedlichen Entwicklung“ Chinas ist unter diesem Aspekt als Antwort auf die „China-threat“-Theorie<sup>12</sup>, welche Anfang der 1990er Jahre in den USA aufkam, zu sehen. Zumindest lässt auch die Tatsache, dass Zheng Bijian bereits 2005 im amerikanischen *Foreign Affairs Magazine* das Konzept des „friedlichen Aufstiegs“ erläuterte, diesen Schluss zu.<sup>13</sup>

In erster Linie stellt die Theorie der „Friedlichen Entwicklung“ also ein Mittel dar die negativen Eindrücke bzw. Einschätzungen des Auslandes betreffend den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Chinas und den daraus resultierenden Konsequenzen und Gefahren zu entkräften.

Die Grundaussage des Konzeptes beläuft sich darauf, dass der Aufstieg Chinas keine Gefahr für das internationale System darstelle, sondern in erster Linie als Chance zu sehen ist. Das chinesische Volk aber auch die gesamte Weltbevölkerung werde von dem Aufstieg, der Entwicklung Chinas profitieren.

Denn die vergangenen Jahrzehnte seit der Öffnung Chinas hätten bewiesen, dass der Aufstieg Chinas ein friedlicher gewesen sei und sich dadurch deutlich vom Aufstieg anderer Nationen in der Vergangenheit unterscheide. Während nämlich in der Vergangenheit Nationen oft durch kriegerische Handlungen und Ausbeutung andere Staaten zu Machtgewinn gelangten, zeige China einen anderen Weg auf.

Der Aufstieg Chinas sei in der Vergangenheit nicht auf kriegerischen Handlungen begründet gewesen und werde es auch in Zukunft nicht sein. Vielmehr sei die Globalisierung der Welt einer der Hauptbausteine, der es China ermöglichen würde, den „friedlichen Aufstieg“ voranzutreiben.

Durch die Öffnung Chinas gegenüber dem Weltmarkt und den Folgen der Globalisierung sei

---

<sup>11</sup> Vgl. Noesselt: : *Alternative Weltordnungsmodelle*. S. 217-221.

<sup>12</sup> Die „China threat“-Theorie, geht davon aus, dass ein friedlicher Aufstieg Chinas nicht möglich ist. Der Aufstieg Chinas zu einer Supermacht fordert des Weiteren automatisch die Position der USA heraus. Vgl. Khalid R. Rodhan: *A Critique of the China Threat Theory: A - Asian Perspectiv* In: *Asian perspective*. Vol. 31, Nr. 3, 2007, S. 41-66.

<sup>13</sup> Zheng, Bijian: *China's "Peaceful Rise" to Great-Power Status*. In: *Foreign Affairs*, Nr.5, 2005(Sept/Okt).

es möglich, das nötige Kapital, Technologien sowie die notwendigen Ressourcen auf friedliche Art und Weise bereitzustellen und somit den chinesischen Aufschwung zu sichern.

Um diese Gegebenheiten weiterhin aufrecht zu erhalten, sei es für China notwendig eine friedliche und stabile Umwelt vorzufinden. Spannungen und Kriege könnten deswegen nicht im Interesse der zukünftigen Entwicklung Chinas liegen. Die Globalisierung ermögliche es China den „friedlichen Aufstieg“ voranzutreiben, ohne dabei das Problem von Ressourcenknappheit durch territoriale Erweiterung oder andere kriegerische Handlungen zu lösen. Frieden, Entwicklung und Zusammenarbeit werden weiterhin die Grundpfeiler des chinesischen Aufstiegs sein. Des Weiteren werde von Seiten Chinas auch keine hegemoniale Stellung angestrebt. Im Gegenteil, die zunehmende Demokratisierung des internationalen Systems müsse weiter ausgebaut werden.<sup>14</sup>

Ob der „friedliche Aufstieg“ bzw. die „friedliche Entwicklung“, wie das Konzept heutzutage bezeichnet wird, als Antwort auf die „China-threat“-Theorie wirklich überzeugen kann im Ausland und hier vor allem in den USA, ist jedoch fraglich.

Immer wieder weisen kritische ausländische Berichte und Kommentare auf den Umgang Chinas mit der Taiwanfrage hin oder auf Spannungen in Tibet oder Xinjiang und verurteilen das Vorgehen Chinas, welches nach Ansicht des Westens nicht mit einem Konzept der „friedlichen Entwicklung“ vereinbar sei.

Jedoch wird hier oft vergessen, dass die oben genannten Gebiete in der chinesischen Debatte alle als Gebiete eines souveränen Staates gesehen werden und somit eine Einmischung des Auslandes, aus chinesischer Sicht, nicht berechtigt ist. Das Vorgehen Chinas in der Taiwanfrage scheint vor diesem Hintergrund gerechtfertigt.

## **2.2. Taiwan, ein Teil Chinas**

Im folgenden Kapitel wird auf die offizielle Linie der VR China in der Taiwan Frage eingegangen.

Die offizielle Linie der Partei zu diversen Themen wird von der chinesischen Regierung seit 1991 in Form von Weißbüchern veröffentlicht.<sup>15</sup>

Trotz allen Versuchen und immer wieder zu hörenden Zwischenrufen von taiwanesischen Verantwortlichen, besteht und bestand in der VR China nie ein Zweifel daran, dass Taiwan eine Provinz der VR China ist. Es sei lediglich eine Frage der Zeit, bis die erneute

---

<sup>14</sup> Vgl. Ebd. S. 18-24.

<sup>15</sup> zu finden unter [http://www.gov.cn/zwgk/2005-06/02/content\\_3618.htm](http://www.gov.cn/zwgk/2005-06/02/content_3618.htm) (Stand: 01.03.2012)

Vereinigung stattfinden werde, dies sei im nationalen Interesse der chinesischen Nation.

Es gibt keine rechtliche oder historische Argumentation, welche der VR China das Gegenteil beweisen könnte. Die Taiwanfrage sei nur durch die Flucht der Nationalisten 1949 unter der Führung Chiang Kaisheks ins Leben gerufen worden. Die Besetzung der Insel durch die Kuomintang (中国国民党) habe aber keine Auswirkung auf die Souveränität und territoriale Integrität Chinas an sich. Es gibt nur ein China und Taiwan ist ein Teil davon. Die Vereinigung sei der gemeinsame Wunsch der Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße. Ein Blick auf Taiwans Geschichte würde verdeutlichen, dass Taiwan immer schon ein Teil des chinesischen Reiches gewesen ist. Die Migration vom Festland nach Taiwan wurde bereits in den ältesten historischen Werken über Taiwan festgehalten. Bereits 1684 fiel Taiwan unter die Jurisdiktion der Fujian Provinz und 1885 wurde Taiwan zur 20. Provinz China erklärt. Lediglich die ausgehenden Aggressionen von Seiten Japans im 20. Jahrhundert und der Ausbruch des 2. Weltkrieges hätten dazu geführt, dass Taiwan kurzfristig unter die Herrschaft Japan gefallen sei. Ein vorübergehender Zustand, der aber mit den Konferenzen in Kairo und Potsdam wieder geändert wurde. Die Taiwanfrage resultiert daher aus dem chinesischen Bürgerkrieg zwischen den Kommunisten und den Nationalisten unter der Führung Chiang Kaisheks und ist deswegen auch als innerchinesische Angelegenheit zu betrachten. Nur mit Hilfe von ausländischen Kräften (vor allem der USA) gelang es der KMT sich vom Festland zu lösen. Diese Situation kann deswegen auf keinen Fall mit der Aufteilung Deutschlands in Ost und Westdeutschland oder mit der Situation Nord- und Südkoreas verglichen werden. Seit der Errichtung der Volksrepublik China stellt die Kommunistische Partei Chinas (In Folge: KPCh) die rechtmäßige Regierung der Volksrepublik da. Die Anzahl der Staaten, welche die VR China als einzigen Vertreter Chinas anerkennen, ist seit den 1970er Jahren weltweit auf über 160 Staaten angestiegen. Das „Ein-China-Prinzip“ wird somit weltweit anerkannt. Des Weiteren ist das „Ein-China-Prinzip“ unerschütterlich und stellt einen zentralen Kern der chinesischen Außenpolitik dar.<sup>16</sup> Es lässt sich hier auch keine Abweichung in der Argumentation der VR China betreffend die Taiwanfrage erkennen in den letzten Jahrzehnten. Diese Sichtweise in der Taiwanfrage geht bis auf Mao Zedong zurück. Bereits in den 1950er Jahren legte Mao mit seinen Aussagen, dass es auf dieser Welt nur ein China gäbe und Taiwan ein Teil davon sei, den Grundstein für die zukünftige Taiwanpolitik Chinas, und wäre nicht der Koreakrieg ausgebrochen, wäre einer Invasion der Insel durch die Volksbefreiungsarmee (中国人民解放军/ zhongguo

---

<sup>16</sup>Offizielle Angaben von der VR China zum „Ein China Prinzip“, nachzulesen. unter [http://www.gov.cn/gongbao/content/2000/content\\_60035.htm](http://www.gov.cn/gongbao/content/2000/content_60035.htm) (chinesisch).

renmin jiefang jun) wohl nicht zu verhindern gewesen.<sup>17</sup>

Diese Grundlegende Haltung der KPCH wird in einem Artikel von Li, Hemin (李合敏) und Zheng, Deyang (郑德扬) folgendermaßen beschrieben:

„Daran festhalten, dass es nur ein China gibt, die Einheit des Vaterlandes beschützen, die Souveränität des Landes und die territoriale Integrität beschützen, das sind die unveränderlichen Prinzipien der Politik der Kommunisten Partei Chinas in der Taiwanfrage. In der Vergangenheit hat die kollektive Führung des Zentral Komitees der Partei immer daran festgehalten, dass es nur ein China auf der Welt gebe, Taiwan ist ein untrennbarer Teil von Chinas Hoheitsgebiet.“<sup>18</sup>

坚持一个中国、维护祖国统一、维护国家主权和领土完整，是中国共产党对台方针政策不变的原则。多年来，党的历代中央领导集体都始终坚持世界上只有一个中国，台湾是中国神圣领土不可分割的一部分。

Das „Ein-China-Prinzip“ wurde im Laufe der Jahre lediglich etwas angepasst an die spezielle Situation auf Taiwan. In Form der Theorie „Ein Land, Zwei System“ (一国两制/ yi guo liang zhi), welche erstmals von Deng Xiaoping Anfang der 1980er Jahre öffentlich gemacht wurde (vgl. Kapitel 2.3). Die Systeme in der VR China und auf Taiwan könnten zwar unterschiedliche sein, aber am „Ein-China-Prinzip“ und der Tatsache, dass nur die VR China als internationale Vertretung Chinas gelten dürfe, daran könnte nicht gerüttelt werden. Die Grundaussage bzw. die Grundannahme des „Ein-China-Prinzips“ wird immer wieder mit folgenden drei Eckpfeilern definiert: Auf der Welt gibt es nur ein China, Taiwan ist ein Teil Chinas und ist als dieser nicht von China zu trennen, auf internationaler Ebene gibt es nur eine legitime Vertretung Chinas und diese erfolgt durch die Volksrepublik China („世界上只有一个中国, 台湾是中国领土不可分割的一部分, 在国际上代表中国的只能是中华人民共和国.“).<sup>19</sup> Auch die neue Führungsgeneration um Hu Jinao stellt das „Ein-China-

---

<sup>17</sup> Vgl. Li, Hemin (李合敏)/ Zheng, Deyang (郑德扬): „一个中国“ 中国共产党对台方针政策不变的原则 (Ein China“ Das unveränderte Prinzip in der Taiwanpolitik der KPCH). In: 当代中国史研究 (Zeitgenössische Studien zur Geschichte Chinas), Vol.13, Nr.3, 2006, S. 66-68.

<sup>18</sup> Ebd. S.68.

<sup>19</sup> Die offizielle Haltung der chinesischen Regierung zum „Ein China Prinzip“ und der Taiwanfrage ist im Weißbuch (in chinesischer Sprache) des Jahres 2000 nachzulesen unter [http://www.gov.cn/gongbao/content/2000/content\\_60035.htm](http://www.gov.cn/gongbao/content/2000/content_60035.htm) (Stand: 29.03.2011).



Prinzip“ und den „1992 Konsens“ (九二共识/ jiu er gongshi) <sup>20</sup> in den Mittelpunkt ihrer Taiwan Strategie. Gespräche mit offiziellen Vertretern aus Taiwan werden nur unter Anerkennung des „Ein-China-Prinzip“ und des „1992 Konsens“ aufgenommen. <sup>21</sup>

### **2.3. Chinas Streben nach territorialer Integrität: „Ein Land zwei Systeme“ und das „Anti-Abspaltungsgesetz“**

China pocht so stark wie wohl nur wenige andere Länder auf die Wahrung seiner territorialen Integrität und stellt hier das „Ein-China-Prinzip“ in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik.

Zu Ländern, welche dieses Prinzip nicht anerkennen, nimmt China grundsätzlich keine diplomatischen Beziehungen auf. Das „Ein-China-Prinzip“ ist eine *conditio sine quo non*.

Auf Einmischung eines anderen Staates in die inneren Angelegenheiten Chinas wird mit scharfer Zurückweisung reagiert. Dasselbe Verhalten wird natürlich auch in Fragen betreffend die Unabhängigkeit Tibets oder anderen Gebieten Chinas an den Tag gelegt. Die Rückkehr Taiwans zum Festland stellt einen Teil der Wiederherstellung der nationalen Einheit Chinas dar. Die Rückkehr Taiwans stellt den letzten fehlenden Teil zur Wiederherstellung der nationalen Einheit dar, nachdem Hong Kong 1997 und Macao 1999 wieder unter die politische Kontrolle Chinas gestellt wurden. Die Theorie „Ein Land, Zwei Systeme“ und die damit verbundenen Voraussetzungen taucht ebenfalls immer wieder auf, wenn in China über die Lösung der Taiwanfrage diskutiert wird. Diese Lösung wurde bereits auf Hong Kong und Macao erfolgreich praktiziert und soll auch auf Taiwan zur Anwendung kommen.

Erstmals vorgestellt wurde die Theorie im Jahr 1982 von Deng Xiaoping.

„Im Jahr 1982 stellt Deng Xiaoping zum ersten Mal das neue Konzept „Ein Land und zwei Systeme“ vor. Im Jahr 1983 ging Deng Xiaoping einen Schritt weiter und legte die sechs Annahmen für eine friedliche Wiedervereinigung

---

<sup>20</sup>Der „1992 Konsens“ war das Ergebnis jahrelanger offizieller, wie auch inoffizieller Verhandlungen zwischen China und Taiwan, die Ende der 1980er Jahre begannen. Neben den inoffiziellen Gesprächen waren die Gespräche zwischen den halboffiziellen Stellen SEF (Strait Exchange Foundation) auf Seite Taiwans und ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Strait) auf Seite des Festlandes, der wichtigste Faktor für den Erfolg der Verhandlungen. Der „1992 Konsens“ besagt, dass sich Taiwan und China darauf einigen können, dass es nur ein China gibt und beide Seiten, Taiwan und die VR China ein Teil davon sind. Es gibt jedoch unterschiedliche Ansichten wie genau dieses eine China gesehen bzw. definiert wird. Vgl. [http://news.xinhuanet.com/tw/2006-04/05/content\\_4385932.htm](http://news.xinhuanet.com/tw/2006-04/05/content_4385932.htm) (Stand: 27.02.2011).

<sup>21</sup>Vgl. Xie, Xueping (谢雪屏): „一个中国“原则 - 中共历代领导人对台政策上一脉相承的原则立场及启迪 („Das Ein China Prinzip“-Das Prinzip des gleichen Ursprungs sowie der gemeinsame Denkanstoß betreffend die politische Strategie in der Taiwanpolitik, der verschiedenen Führungsgenerationen der KPCh). In: 洛阳师范学院学报 (Journal der Luoyang Universität), Vol.29, Nr.4, 2009, S.35.

zwischen Festland und Taiwan vor: Der Kern der Taiwanfrage ist die Wiedervereinigung mit dem Festland, das Festhalten an einem China, die Systeme können zwar unterschiedlich sein, aber auf internationaler Ebene könne nur die Volksrepublik China als Vertreter Chinas fungieren; Die Formulierung „völliger Selbstverwaltung“ wird missbilligt, Eigenstaatlichkeit müsse bestimmte Grenzen haben, die Voraussetzungen dürfen die Interessen der Vereinigung des Landes nicht verletzt.“<sup>22</sup>

1982年, 邓小平首次提出 ,一个国家, 两种制度 ‘ 的新概念。1983年, 邓小平进一步阐述了台湾与大陆和平统一的六条设想:台湾问题的核心是祖国统一坚持一个中国, 制度可以不同, 但在国际上代表中国的只能是中华人民共和国;不赞成 ‘完全自治 ‘的提法, 自治应有一定的限度, 条件是不能损害统一的国家的利益;

Die Theorie „Ein Land, zwei Systeme“ nimmt jedoch Rücksicht auf die spezielle Situation Taiwans, welche aufgrund der Machtübernahme der KMT auf der Insel entstanden ist. Man müsse auf die Realitäten und das System auf Taiwan rücksichtnehmen. In erster Linie ist hier natürlich das marktwirtschaftliche System auf Taiwan angesprochen worden, welches sich lange Zeit sehr stark von dem der VR China unterschied.

Taiwan werden besondere Sonderrechte zugesprochen, das „Ein-China-Prinzip“ gilt aber als Grundvoraussetzung.<sup>23</sup>

Die Formulierung „Ein Land, zwei System“ stammt zwar von Deng Xiaoping, die Ursprungsidee geht aber bereits auf Mao Zedong zurück. Bereits 1963 stellte die Führungsebene der VR China eine Idee vor, welche als “一纲四目“ (Ein Grundsatz und Vier Praktiken) bezeichnet wurde.

„Innerhalb von „Ein Grundsatz und Vier Praktiken“ ist „Ein Grundsatz“ an erster Stelle, und zwar, dass man am Ein-China-Prinzip festhalten muss, auf Basis dieses Grundsatzes kann man dann über „die vier Praktiken“ sprechen. Hinsichtlich Taiwan erzeugt es wichtigen Einfluss, es fördert die

---

<sup>22</sup> Ebd. S.34

<sup>23</sup> Vgl. Ebd. S.34-35.

Richtungsänderung betreffend die Situation im In- und Ausland hingehend einer vorteilhaften friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes.“<sup>24</sup>

在“一纲四目”中,首先是“一纲”,即必须坚持一个中国的原则,在“一纲”的基础上才能谈“四目”。对台湾方面产生了重要影响,促进了国内外形势向有利于祖国和平统一的方向转化。

Der Kernpunkt bzw. das Hauptprinzip war also auch hier die Wiedervereinigung der VR China mit Taiwan, welche auch für Taiwan mehr Vorteile als Nachteile bringen würde.

Die unterschiedlichen Voraussetzungen auf Taiwan würden kein Hindernis sein für die Wiedervereinigung, man müsse sich lediglich auf die spezielle Situation auf Taiwan einstellen.<sup>25</sup>

Die Lösung der Taiwanfrage ist eine der wichtigsten inneren Angelegenheiten Chinas und Zwischenrufe vom Ausland werden nicht freundlich aufgenommen. Besonders die Taiwanpolitik von Seiten der USA stößt hier oft auf Proteste von Seiten der VR China. Es wird der USA von chinesischer Seite immer wieder vorgeworfen das „Ein-China-Prinzip“ zu verletzen bzw. keine klare Politik in der Taiwanfrage zu betreiben. So schreibt etwa der chinesische Autor Tao Wenzhao (陶文钊) in seinem 2010 erschienenen Artikel über Die Ein-China-Politik der USA, dass sich die USA seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der VR China, wofür die Anerkennung des „Ein-China-Prinzip“ eine Voraussetzung war, noch immer nicht klar betreffend des Status Taiwans geäußert hätten und keine klare Politik verfolgen würden. Die Taiwan Position der USA bestehe im Grunde lediglich aus den „Drei nicht“.

„Die amerikanische Seite hat im Rahmen der drei Kommuniqués ihren Standpunkt betreffend den Taiwanstatus noch nicht klar dargelegt, sondern lediglich den Standpunkt Chinas „acknowledged“; Taiwan ist ein Teil Chinas – das ist der Standpunkt Chinas, aber nicht der Standpunkt der USA, weder zeigen die USA hierfür Zustimmung, noch zeigen sie eine Ablehnung. Manche US-Gelehrten sagen, dass die „Ein-China-Politik“ der USA aus den „Drei Nein“ besteht: Die „Unabhängigkeit“ Taiwans nicht unterstützen, nicht „Zwei

---

<sup>24</sup> Li, Hemin (李合敏)/ Zheng, Deyang (郑德扬): “一个中国” (Ein China‘). S. 68.

<sup>25</sup>Vgl. Ebd. S. 68.

China“ oder „Ein China, ein Taiwan“ unterstützen, nicht Taiwans Beitritt zur UN und/oder internationalen Organisationen, deren Mitglieder souveräne Staaten sind, unterstützen. Es gibt auch US-Gelehrte welche äußern, dass die „Ein-China-Politik“ der USA lediglich anerkenne, dass es immer nur eine Regierung geben kann, die China vertritt.“<sup>26</sup>

美方，在三个公报中美国并没有清楚地阐述自己对台湾地位的立场，而只是“认识到”中方的立场；台湾是中国的一部分这是中方的立场，而不是美方的立场，美国对此既没有表示赞同，也没有表示反对。有的美国学者说，美国的“一个中国”政策就是“三不”：不支持台湾“独立”，不支持“两个中国”或“一中一台”，不支持台湾加入联合国和由主权国家组成的国际组织。也有美国学者表示，美国的“一个中国”政策就是在同一个时候只承认一个政府代表中国。

Tao ergänzt, dass die USA Taiwan jedoch bei seinen Ansuchen um Aufnahme in diversen internationalen Organisationen unterstützten, wo immer es sich mit dem „Ein China Prinzip“ vereinbaren ließe. Diese oben angeführten drei Nein würden allerdings nichts über den genaueren Status Taiwans aussagen. Des Weiteren übt Tao Kritik am „Taiwan Relations Act“ (vgl. Kapitel 3.2.1), da dieser die Souveränität und die Kerninteressen Chinas verletze. Er stellt auch die Theorie auf, dass es den USA im Grunde egal ist, wie am Ende die Lösung in der Taiwanfrage aussieht, so lange diese friedlich abläuft.<sup>27</sup> Tao hierzu:

„Was die USA betrifft, so ist für sie am wichtigsten, wie der Beschluss am Ende von statten geht und nicht was gelöst wird. Man kann auch sagen, ob Taiwan friedlich wiedervereinigt wird, oder friedlich die Unabhängigkeit erlangt, ist die Sache der Menschen auf den beiden Seiten der Taiwanstraße.“<sup>28</sup>

对美国来说，重要的是，决定是怎样作出的，而不是决定是什么。也

---

<sup>26</sup> Vgl. Tao, Wenjiao (陶文钊): 美国的“一个中国”政策 (Die Ein China-Politik der USA). In: 和平与发展 (Frieden und Entwicklung), Nr.6, 2010(Dez). S. 19-20.

<sup>27</sup> Vgl. Ebd. S. 24-27.

<sup>28</sup> Ebd. S.24.

就是说，台湾是和平统一，还是和平“独立”，是两岸人民自己的事。

Die Frage nach der territorialen Integrität Chinas bestimmt zu großen Teilen die Innen- und Außenpolitik des Landes mit. Um die Bedeutung der territorialen Integrität für China genauer verstehen zu können, muss man wohl auch einen Blick zurück machen auf die Zeit nach den Opiumkriegen, als China am Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr zur Halbkolonie der westlichen Großmächte wurde. China musste in der Folge Teile seines Hoheitsgebietes abtreten und „ein Jahrhundert der Schande“ sollte folgen. Erst mit Ende des 2. Weltkrieges erlangte China seinen Status der Selbstbestimmung wieder völlig zurück.

In den folgenden Jahren des wirtschaftlichen und politischen Aufschwungs der in China Ende des 20. Jahrhunderts einsetzte, konnte man auch eine zunehmende Bedeutung des Nationalismus (民族主义/ minzuzhuyi) oder Patriotismus (爱国主义/ aiguo zhuyi) in China erkennen. In diesem neu entstandenen Klima des aufstrebenden Chinas, wäre es wohl politischer Selbstmord der Führungsebene, wenn man in Fragen der territorialen Integrität irgendwelche Zugeständnisse machen würde. An der nationalen Einheit Chinas kann hier nicht gerüttelt werden, wie immer wieder von Seiten der VR China bekräftigt wird. Diese Kombination aus neu erlangter nationaler Stärke und der Erinnerung an die Schwäche des Landes am Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts sind sicher Faktoren, welche der Politik in China einen limitierten Spielraum lassen in Fragen der territorialen Integrität. Dass die Partei jedoch mittlerweile gelernt hat, diesen neu entstandenen Nationalismus auch mit zu beeinflussen, darf hier nicht unerwähnt bleiben. Dies hat man besonders deutlich an den anti-amerikanischen und anti-japanischen Protesten in den 1990er Jahren gesehen, die durchaus von der Partei damals toleriert und zum Teil sicher auch unterstützt wurden. Dabei hat man auch erkennen müssen, dass der Nationalismus ein zweischneidiges Schwert ist, das sich schnell gegen die Politik der eigenen Partei wenden kann.<sup>29</sup>

Genauso wie man gelernt hat den Nationalismus der Bevölkerung für sich zu nutzen bzw. gelernt hat ihn etwas zu „lenken“, gibt es mittlerweile auch manchen Kommentar, der davon ausgeht, dass die Frage der territorialen Integrität Chinas und speziell die Taiwanfrage durchaus auch als strategische Instrument der Partei verwendet wird, es also sehr wohl einen gewissen Spielraum in der Außenpolitik und der Taiwanfrage gibt (vgl. hierzu auch Kapitel 4.3.2. zur Internationalisierung der Taiwanfrage.).

Geht man von diesem Standpunkt aus, so kann man behaupten, dass Peking in Fragen der

---

<sup>29</sup>Vgl. Chen, Zhimin: *Nationalism, Internationalism and Chinese Foreign Policy*. In: *Journal of Contemporary China*, Nr.14, 2005 (Feb.), S.36-53.

territorialen Integrität und hier speziell in der Taiwanfrage doch eine gewisse Flexibilität entwickelt hat. Die KPCh versteht es das Element der territorialen Integrität auf dem internationalen Paket geschickt einzusetzen (Stichwort: „to play the Taiwan-card“).<sup>30</sup> Denn bereits Mao Zedong meinte damals zu Nixon: „Taiwan is a small issue, and the world is a great issue“.<sup>31</sup>

Das geschickte Vernetzen der Taiwanfrage mit anderen Themen auf der internationaler Bühne veranschaulicht der Artikel *Striving for Symmetry in Partnership: An Analysis of Sino-EU Relations Based on the Two Recently Published Policy Papers*. Der Artikel beschreibt, wie die VR China die Taiwanfrage in ihren Beziehungen zur EU geschickt einsetzt. Die VR China versuche das Thema der Taiwanfrage zu „internationalisieren“. Die Taiwanfrage wird in diesem Kontext mit der Situation in Tschetschenien verglichen („to chechnise Taiwan“) und die Unabhängigkeitsbestrebungen auf Taiwan in die Ecke des Terrorismus gestellt, um dadurch internationale Unterstützung - selbst für ein nicht friedliches Vorgehen - zu erlangen. Die Forderungen nach einem Systemwandel in China von Seiten der EU werden von der VR China mit der „Taiwankarte“ beantwortet. Die Autoren Susanne Weigelin-Schwiedrzik und Nele Noesselt sehen darin den Versuch, die Asymmetrien in den Beziehungen zwischen der EU und China auszugleichen.<sup>32</sup>

Es ist davon auszugehen, dass das „Ein-China-Prinzip“ auch in Zukunft die oberste Priorität einnehmen wird in der Außenpolitik Chinas. Wieviel Spielraum hier in der Taiwanfrage für die Partei vorhanden ist, ist schwer vorauszusagen und hängt in erster Linie auch von den jeweiligen Verantwortlichen in China und auf Taiwan sowie der USA ab. Dass China jedoch im Falle eines verstärkten Unabhängigkeitsstrebens Taiwan oder Aktionen die in Richtung Unabhängigkeit Taiwans ausgerichtet sind reagieren wird und muss, steht weiterhin außer Frage. Um auf diese Unabhängigkeitsbestrebungen reagieren zu können, hat die VR China auch 2005 das sogenannte „Anti-Abspaltungsgesetz“ (反分裂国家法/ fan fenlie guojia fa) verabschiedet. Neben anderen Punkten liefert dieses Gesetz eine rechtliche Basis für die VR China „nicht friedliche Maßnahmen“ gegen die Unabhängigkeitsbewegung auf Taiwan anzuwenden, für den Fall, dass es Kräften auf Taiwan gelingen würde Taiwan von China zu trennen oder die Möglichkeit einer friedlichen Wiedervereinigung nicht mehr gegeben wäre.

---

<sup>30</sup> Vgl. Wu, Guoguang: *Passions, Politics, and Politicians: Beijing between Taipei and Washington*. In: The Pacific Review, Vol.17, Nr.2, 2004, S. 179 ff.

<sup>31</sup> Ebd. S.187.

<sup>32</sup> Vgl. Weigelin-Schwiedrzik, Susanne/ Noesselt, Nele: *Striving for Symmetry in Partnership: An Analysis of Sino-EU Relations Based on the Two Recently Published Policy Papers*. In: *As China Meets the World-China's changing position in the international community*. Agnes Schick-Chen/Sascha Klotzbücher/Susanne Weigelin-Schwiedrzik(Hrsg.). Wien: Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2006. S.24-27.

Insgesamt beinhaltet das Gesetz neun Artikel, von denen sich lediglich der achte Artikel auf die Anwendung von „nichtfriedlichen Maßnahmen“ bezieht.<sup>33</sup> In seinem 2006 erschienen Artikel geht der chinesische Autor Wang Lirong (王历荣) genauer auf die Bedeutung des „Anti-Abspaltungsgesetzes“ ein. Er behauptet, dass die Taiwanfrage den Aufstieg Chinas zu einer mächtigen Nation und die (friedliche) Entwicklung der VR China stark beeinträchtigt bzw. aufhalte, darum sei die Lösung der Taiwanfrage ein zentrales Problem.

„Die Taiwanfrage ist für die friedliche Entwicklung Chinas eines der größten einschränkenden Elemente. Taiwan und das Vaterland am Festland sind seit einer langen Zeit nicht vereinigt. Für die friedliche Entwicklung Chinas auf politischer, wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer, sogar kultureller Ebene erzeugt dies eine extreme Eindämmung, und einen Verschleiß von Chinas nationaler Stärke.“<sup>34</sup>

台湾问题是中国和平发展的最大制约因素之一。台湾与祖国大陆长期得不到统一; 在政治、经济、安全甚至文化上都对中国和平发展构成了极大的牵制, 消耗中国国力。

Aus der Vergangenheit hätte man gelernt, dass wenn China eine starke, erfolgreiche Nation sein will, die Wiedereinigung eine Grundvoraussetzung ist.

„Wenn China nicht die Fähigkeit besitzt die Einheit des Landes zu schützen, kann es sich nicht zu einem mächtigen Land der Erde entwickeln. In der Geschichte Chinas und auch außerhalb Chinas, hat es nicht eine große Nation gegeben, welche aus dem Status der Spaltung heraus zu einer großen Nation aufgestiegen ist - und auch China ist keine Ausnahme.“<sup>35</sup>

如果中国不具备维护国家统一的能力,就不可能真正发展为世界强国。在中外历史上,没有一个大国是在分裂状态下崛起为世界大国的,中国也不例外

---

<sup>33</sup> Eine genaue Auflistung der wichtigsten Punkte des Gesetzes auf Chinesisch unter [http://news.xinhuanet.com/newscenter/2005-03/14/content\\_2694168.htm](http://news.xinhuanet.com/newscenter/2005-03/14/content_2694168.htm) (Stand: 04.04.2011)

<sup>34</sup> Wang, Lirong (王历荣): 中国和平发展与“反分裂国家法” (Chinas friedliche Entwicklung und das „Anti-Abspaltungsgesetz“). In: 理论观察 (Theorie-Beobachtung), Vol.42, Nr.6, 2006. S.75.

<sup>35</sup> Ebd. S. 75.

外。

Das „Antiabspaltungsgesetz“ diene als Waffe bzw. Mittel gegen die Unabhängigkeitskräfte auf Taiwan und liefere über dies hinaus ein rechtliches Fundament für den Aufbau eines geeinten und reichen Chinas. Des Weiteren hebt das Gesetz das „Ein-China-Prinzip“ hervor und macht deutlich, dass es sich in der Taiwanfrage um eine innerchinesische Angelegenheit handle, die friedlich gelöst werden soll. Jede Einmischung des Auslandes sei nicht gerechtfertigt.<sup>36</sup>

Das „Antiabspaltungsgesetz“ soll also in erster Linie den Weg für eine friedliche Wiedervereinigung ebnen und damit auch die langfristige Entwicklung Chinas zu einer mächtigen Nation mitgestalten.

Mit dem Artikel, welcher den Einsatz von „nichtfriedlichen Mitteln“ thematisiert, steht der VR China in Zukunft ein starkes Instrument zur Verfügung, welches zusätzlichen Druck auf Taiwan ausübt und Chinas Politik in der Taiwanfrage klar definiert.

### **3. Die Außenpolitik der USA und die spezielle Beziehungen zu Taiwan**

Als mächtigster und wichtigster Verbündeter Taiwans nehmen die USA in den Überlegungen Taiwans seit Jahrzehnten eine entscheidende Rolle ein. Nicht nur aufgrund der historischen Verpflichtungen, welche der „Taiwan Relations Act“ vorschreibt, ist Taiwan für die USA ein besonderes Thema, sondern auch aufgrund des Selbstverständnisses der USA und ihrer selbst auferlegten Rolle in der Welt werden die USA weiterhin versuchen, Taiwan zu unterstützen. Zusätzlich zu dem ideellen Faktor in der Taiwanfrage kommt die traditionell starke Unterstützung Seiten des US-Kongresses für die Anliegen des demokratischen Taiwans. Die Unterstützung des US-Kongresses geht bis in die 1950er Jahre und das Wirken der sogenannten „China-Lobby“ zurück. Im Allgemeinen spielt die Region Asiens für die USA eine zunehmend wichtigere Rolle in ihren Überlegungen, sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf militärischer Ebene. Das Thema Taiwanfrage und damit verbunden die Beziehungen zur VR China stehen hier mit an vorderster Stelle. Eine Analyse der Interessen der USA in der

---

<sup>36</sup> Vgl. Ebd. S. 76-77.



Taiwanstraße und in Asien sowie eine genauere Betrachtung der Beziehungen zu Taiwan erfolgt in den folgenden Kapiteln.

### **3.1. Die Außenpolitik der USA, zwischen Exzeptionalismus und verstärkter Zusammenarbeit**

Die USA sind trotz aller wirtschaftlichen, militärischen und sozialen Probleme weiterhin die einzige Supermacht auf diesem Planeten. Alle wichtigen internationalen Entscheidungen, sei es im Rahmen der UN oder NATO, müssen von den USA mitgetragen werden. Im Falle der Invasion der Iraks, welche später als „Präventivkrieg“ bezeichnet wurde von den USA, zeigte sich, dass die USA auch ohne Zustimmung der UN in der Lage sind militärisch vorzugehen. Der damalige UN- Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete den Krieg als illegal und stellte klar, dass die Invasion des Iraks gegen die UN-Charta verstoße.<sup>37</sup> Das Beispiel des Irakkrieges 2003 verdeutlicht, welche Stellung und welchen Einfluss die USA auf die Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts haben. Ein Blick auf das Militärbudget der USA zeigt die Sonderstellung der USA. Die Ausgaben der USA für ihr Militär betrugen 2010 ca. 700 Milliarden Dollar. Die Ausgaben der VR China, welche die zweithöchsten aller Länder waren, wurden lediglich mit ca. 290 Milliarden beziffert. Bezogen auf die weltweiten Militärausgaben fallen über 40% der Ausgaben auf die USA.<sup>38</sup> Diese Zahlen zeigen, dass die USA auch in naher Zukunft - zumindest auf militärischer Ebene - die einzige Supermacht bleiben werden.

Von Seiten Chinas werden den USA oft hegemoniale Ansprüche vorgeworfen, ein Verhalten, das auf Seiten Chinas strikt abgelehnt wird (vgl. Kapitel 2.1.). Dieser Macht bzw. Führungsanspruch der USA wird oft auch mit dem Begriff „American exceptionalism“ bezeichnet, der sich vor allem in der Außenpolitik der USA widerspiegelt. Die Ausnahmestellung bezieht sich einerseits auf die Machtposition der USA in der Welt und der daraus resultierenden Aufgaben (Friedenserhaltung, Vorantreiben demokratischer Werte, etc.), andererseits auf die Methoden, die angewendet werden, um diese Aufgaben zu erfüllen.<sup>39</sup> Stellvertretend für viele ähnliche Aussagen seiner Vorgänger, kann man hier die Aussage George W. Bush vor dem US Kongress aus dem Jahr 2004 zitieren:

---

<sup>37</sup> <http://news.bbc.co.uk/2/hi/3661134.stm> (Stand: 13.04.2012).

<sup>38</sup> <http://www.globalissues.org/article/75/world-military-spending> (Stand: 13.04.2012).

<sup>39</sup> Vgl. Holsti, Kal: *Exceptionalism in American Foreign Policy: Is it Exceptional?* In: European Journal of

„America is a Nation on a mission, and that mission comes from our basic beliefs.... Our aim is a democratic peace ... a peace founded upon dignity and rights of every man and woman. America acts in the cause with friends and allies, yet we understand our special calling: This great Republic will lead the cause of freedom“<sup>40</sup>

Der chinesische Autor Guan Xiuyan (管秀艳) schreibt etwa in einem von ihm verfassten Artikel über den amerikanischen Exzeptionalismus und die amerikanische Außenpolitik (*美国例外论与美国外交政策- Exzeptionalismus und die amerikanische Außenpolitik*), dass dieser Exzeptionalismus das Selbstbild der Amerikaner in großem Maße präge. Dieser Exzeptionalismus spiegle sich auch in dem Glauben vieler Amerikaner wieder, dass ihr gesellschaftliches System anderen Systemen überlegen sei und dieses System auch auf andere Länder übertragen werden sollte. So schreibt Guan in seinem Artikel

“[...]US-Amerikaner glauben, dass es (Anmerkung: Ihr politisches System) das weltweit nobelste, das reinste und sauberste politische System sei, jenes System, welches am höchsten Level die Interessen des Einzelnen schützt.

... 美国人认为这是世界上最高尚、最纯洁的政体，能最大程度地维护个人利益.

Dieser Altruismus hätten die USA aber in Folge stärker Richtung Unilateralismus und Hegemonie treiben lassen, so Guan.<sup>41</sup>

Selbst der Irakkrieg 2003 wurde von vielen in den USA als „Befreiungskrieg“ und als Chance für die Demokratie im Mittleren Osten gesehen. Will man die US-amerikanische Außenpolitik besser verstehen, muss man diesen Exzeptionalismus mitberücksichtigen.

Die USA sehen es als ihre Aufgabe, ihre Werte auch auf anderen Nationen zu übertragen. Eine Sichtweise der Dinge, welche in Folge auch die Beziehungen zu dem verbündeten Taiwan, welches in den 1980er Jahre schrittweise begann den Prozess der Demokratisierung

---

International Relations. 2010(Nov.). S. 1-2.

<sup>40</sup> <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/01/31/AR2006013101468.html> (Stand: 14.04.2012)

<sup>41</sup> Vgl. Ebd. S.30.

voranzutreiben und heute als eine der stabilsten Demokratien Asiens gilt, stark beeinflusst. Diese Strategie der USA wird sich auch unter der Regierung Obama nicht ändern. So schreibt etwa Klaus Linsenmeier der Leiter Nordamerika Büros der Heinrich-Böll-Stiftung:

„Die Kontinuität der amerikanischen Außenpolitik liegt im Führungsanspruch und dem Verantwortungsgefühl für die globale Sicherheit. Hier steht Obama in der Tradition seiner Vorgänger. Die USA müssten aufgrund ihrer demokratischen Gründungsgeschichte zudem eine besondere Rolle spielen. Diese auf Alexis de Tocqueville zurückgehende Vorstellung des amerikanischen Exzeptionalismus (Einzigartigkeit) ist ein starkes Identität stiftendes Leitbild der heterogenen amerikanischen Gesellschaft und prägte in den letzten Jahrhunderten immer wieder die politische Diskussion“<sup>42</sup>

Als mächtigste Nation der Welt werden die USA ihren Führungsanspruch auch in Zukunft aufrechterhalten, es ist allerdings davon auszugehen, dass die USA zukünftig mehr auf Zusammenarbeit und auf Multipolarität setzen werden bzw. dazu gezwungen sind. Bereits in seiner Funktion als Senator und Präsidentschaftskandidat hat Barack Obama deutliche Signale an die europäischen Staaten gesendet, sich mehr an militärischen Einsätzen zur Terrorbekämpfung zu beteiligen.<sup>43</sup> Die US-Außenpolitik werden sich die nächsten Jahre wohl verstärkt um engere Zusammenarbeit mit den anderen Nationen bemühen.

„Those who used to chastise America for acting alone in the world cannot now stand by and wait for America to solve the world's problems alone. We have sought in word and deed a new era of engagement with the world, and now is the time for all of us to take our share of responsibility for a global response to global challenges.“<sup>44</sup>

---

<sup>42</sup>Linsenmeier, Klaus: *Die amerikanische Außenpolitik ein Jahr nach dem Regierungswechsel: Gibt es eine Obama-Doktrin?* Der Onlineartikel ist zu finden unter <http://www.boell.de/internationalepolitik/aussensicherheit/aussen-sicherheit-8087.html> (Stand: 15.06.2012).

<sup>43</sup> <http://www.welt.de/politik/article2245811/Obama-will-Europaeer-in-die-Pflicht-nehmen.html> Stand: (02.05.2011).

<sup>44</sup> Auszug aus der Rede Barack Obamas, vor der UN-Genreallversammlung am 23 September 2009. Die gesamte Rede unter [http://articles.cnn.com/2009-09-23/politics/obama.transcript\\_1\\_obama-addresses-reflexive-anti-americanism-president-obama?\\_s=PM:POLITICS](http://articles.cnn.com/2009-09-23/politics/obama.transcript_1_obama-addresses-reflexive-anti-americanism-president-obama?_s=PM:POLITICS) (Stand: 06.05.2011).

### 3.1.1. Die Interessen der USA in Asien

Eine der wichtigsten Regionen für die USA wird in Zukunft Asien sein, der Kontinent, welcher das größte Wirtschaftswachstum aufweist. Allein das Handelsvolumen zwischen den USA und China betrug im Jahr 2010 über 450 Milliarden US Dollar, wovon jedoch ca. 360 Milliarden US Dollar auf Importe in die USA fielen.<sup>45</sup> Diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig gute Beziehungen zu China und eine stabile Region Südostasien für die USA sind.

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas beeinflusst längst auch die Politik in den USA. Zusammen mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas stieg auch die politische Macht der VR China an. Der Handelsstreit zwischen den USA und China ist nur ein Thema, welches Disput zwischen den beiden Ländern hervorruft. Es ist jedoch in erster Linie der militärische Aufstieg Chinas, welcher von Teilen der US-Bevölkerung als negativ angesehen wird. So war in einem Artikel von Tao Xie und Benjamin I. Page im *Journal of Contemporary China* zu lesen, dass Dreiviertel der US-Amerikaner einen militärischen Aufstieg der VR China eher negativ gegenüberstehen, während nur die Hälfte davon dies auch für den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas behauptet. 70% der US-Amerikaner seien besorgt, dass China eine militärische Bedrohung für die USA werden könnte in naher Zukunft, jedoch nur 25% der Befragten waren sehr besorgt.<sup>46</sup> Neben der Taiwanfrage sind es vor allem Wirtschafts- und Handelsfrage sowie das Thema der Menschenrechte, welche die Beziehungen der USA zu China auch in Zukunft belasten werden. Das grundlegende Interesse der USA in der Taiwanstraße besteht darin, die politische und wirtschaftliche Stabilität zu fördern. Dieses Ziel scheint für die USA am besten mit der Aufrechterhaltung des Status quo zu gelingen.<sup>47</sup> Die Status quo-Politik der USA hat in den vergangenen Jahren für eine gewisse Stabilität in der Taiwanstraße gesorgt, sie birgt aber auch Gefahren.

„This policy is designed to strengthen the *status quo* in the region, making sure the PRC never feels too confident that it can take Taiwan by force and that the

---

<sup>45</sup> <https://www.uschina.org/statistics/tradetable.html> (Stand: 06.05.2011).

<sup>46</sup> Umfragewerte beruhen auf dem Artikel von Tao, Xie und Benjamin I. Page: *Americans and the Rise of China as a World Power*. In: *Journal of Contemporary China*, Vol.65, Nr.19, 2010. S.491-494.

<sup>47</sup> Vgl. Hufnagel, Judith: *Dangerous Liaisons: Examining the Triangle between Taiwan, the United States, and the People's Republic of China from an International Law Point of View*. In: *As China Meets the World-China's Changing Position in the International Community*. Agnes Schick-Chen/Sascha Klotzbücher/Susanne Weigelin-Schwiedrzik(Hrsg.). Wien: Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2006. S.74-76.

ROC never feels too sure of U.S. support and thus becomes reckless. This ambiguity has ensured stability and to some extent predictability in the cross-Strait relations and has thus been crucial in establishing a favorable environment for economic growth on both sides of the Strait. However ambiguity continually runs the risk of misinterpretation by one side or the other”<sup>48</sup>

Wie man im „East Asian Strategic Review 2011“ lesen kann, hat sich die Obama-Administration für diese Region drei Ziele gesetzt. Das erste Ziel ist es alles zu tun, um den wirtschaftlichen Aufschwung in dieser Region aufrecht zu erhalten. Das zweite Ziel stellt die stabile Sicherheitslage in der Region Ostasien dar, und die dritte Aufgabe ist das Vorantreiben der demokratischen Werte und der Menschenrechte. Eine Maßnahme, die es den USA ermöglichen soll in Zukunft diese drei Ziele zu erreichen, ist der Ausbau der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit mit den Ländern dieser Region. Die USA sehen es als ihre Aufgabe, die Zusammenarbeit mit den diversen Foren Ost-Asiens voranzutreiben und gleichzeitig dazu beizutragen, dass regionale Probleme gelöst werden. Die wichtigsten Verbündete in Ostasien für die USA sind weiterhin Japan und Südkorea.<sup>49</sup> Allein auf japanischen Boden haben die USA mit den Misawa, Yokota und dem Stützpunkt auf Okinawa drei Luftwaffenstützpunkte.<sup>50</sup> Während man mit Japan und Südkorea zwei starke Verbündete in der Region hat, sind die Beziehungen zum aufstrebenden China schwieriger. Die Regierung Obama betont zwar immer wieder, dass man eine positive, kooperative und umfangreiche Beziehung mit der VR China anstrebt und den Austausch auf allen Ebenen fördern will, jedoch ist offensichtlich, dass es auch in Zukunft Punkte geben wird, in denen die Interessen der beiden Nationen aufeinander treffen werden. Die Zusammenarbeit zwischen den USA und China hat nicht nur Einfluss auf die Region Ostasiens, sondern auch globalen Einfluss. Anzeichen für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten gibt der im April 2009 ins Leben gerufene „US –China Strategic Security Dialogue“ (中美战略与经济对话). Im Rahmen dieser Treffen zwischen hochrangigen Vertretern beider Seiten sollen in Zukunft die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der USA und China weiter verbessert werden.<sup>51</sup> Dass diese Dialoge jedoch relativ schnell zum Erliegen geraten können,

---

<sup>48</sup> Ebd. S.75.

<sup>49</sup> Vgl. Tellis, J. Ashley/ Marble, Andrew/ Tanner, Travis (Hrsg.): *East Asian Strategic Review 2011*. Washington: The National Bureau of Asian Research, 2011, S. 230.

<sup>50</sup> Genauere Informationen über die US-Militärstützpunkte auf Japan, auf der Homepage der „US Streitkräfte-Japan“ unter <http://www.usfj.mil/> (Stand: 07.05.2012).

<sup>51</sup> [http://www.whitehouse.gov/the\\_press\\_office/Statement-On-Bilateral-Meeting-With-President-Hu-Of-China/](http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Statement-On-Bilateral-Meeting-With-President-Hu-Of-China/) (Stand: 17.05.2011).

haben die jüngsten Waffenverkäufe der USA an Taiwan im Frühjahr 2010 wieder bewiesen. Als Reaktion auf die geplanten Waffenverkäufe an Taiwan stoppte die VR China den militärischen Dialog mit den USA.<sup>52</sup>

Auch unter der Obama-Regierung werden die USA weiterhin das mächtigste Land der Welt sein und ihre Führungsrolle - wie es dem amerikanischen Selbstverständnis entspricht - ausüben. Dass jedoch selbst die USA in Zukunft stärker auf die Zusammenarbeit mit anderen Nationen setzen müssen, scheint unbestritten. Eine der wichtigsten bilateralen Beziehungen für die USA sind die Beziehungen zur VR China. Nicht nur aufgrund der engen wirtschaftlichen Beziehungen zum bevölkerungsreichsten Land der Erde, sondern auch aufgrund sicherheitspolitischer Überlegungen ist eine engere Zusammenarbeit mit der VR China im Interesse beider Seiten. Die Taiwanfrage stellt hier ein weiteres, spezielles Problemfeld in den Beziehungen der beiden Staaten dar. Die Verpflichtungen der USA gegenüber Taiwan, die mit der Unterzeichnung des „Mutual Defense Pact“ (1955) und des „Taiwan Relations Act“ (vgl. Kapitel 3.2.1.) entstanden, stehen in einem Konfliktverhältnis mit der Sichtweise der VR China. Wie bereits oben erwähnt, ist die Sicherheit in der Region Ostasien eines der Ziele der US-Außenpolitik, weshalb ein Konflikt in der Taiwanstraße nicht im Interesse der USA sein kann. Es gilt hier also eine Balance zu finden zwischen den Verpflichtungen gegenüber Taiwan und dem Ziel die Situation entlang der Taiwanstraße stabil zu gestalten.

### **3.2. Die USA als „Schutzmacht“ Taiwans**

Im folgenden Unterkapitel werde ich kurz darauf eingehen, warum die Beziehungen der USA zu Taiwan so speziell sind und darlegen, welchen Wert die Insel für die USA hatte bzw. noch immer hat. Nachdem sich die KMT-Truppen auf die Insel Taiwan zurückgezogen hatten, war keineswegs davon auszugehen, dass sie auf Taiwan langfristig sicher sein würden vor einem Angriff oder einer Invasion durch die Festlandtruppen.

Es gab Pläne von Seiten der Kommunisten für das Frühjahr 1950 eine Invasion auf Taiwan durchzuführen. So sollen bereits an die 500 000 Soldaten der Befreiungsarmee für eine Invasion Taiwans bereit gestanden sein.<sup>53</sup>

Die militärischen Mittel der Kommunisten auf dem Festland waren 1949 noch nicht

---

<sup>52</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,675052,00.html> (Stand: 17.05.2011).

<sup>53</sup> Vgl. Li, Hemin (李合敏)/ Zheng, Deyang (郑德扬): *一个中国 (Ein China)*. S. 66.

ausreichend gewesen, um eine Invasion Taiwans erfolgreich durchführen zu können, da es den Kommunisten unter Mao vor allem an einer schlagkräftigen Marine fehlte.

Die gesamte Situation änderte sich jedoch im Jahr 1950 mit dem unterzeichnen des Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen China und der Sowjetunion. Nach der Gründung der NATO 1949 sah sich Stalin gezwungen, einen Bündnispartner an seine Seite zu holen. Mao Zedong, der im Oktober 1949 die Macht ergriffen hatte, benötigte ebenfalls Unterstützung (vor allem wirtschaftliche), um den nationalen Wiederaufbau voranzutreiben. Diese Taktik wurde von Mao als „Sich nach eine Seite lehnen“ (一边倒 / yi bian dao) bezeichnet. Der Pakt richtete sich primär gegen die Interessen des wiederaufstrebenden Japans und seines Verbündeten der USA. Dieser Pakt veranlasste die USA in Folge dazu, die finanzielle Hilfe für Jiang Kaishek und seine Truppen auszuweiten und die siebente Flotte in die Taiwanstraße zu entsenden, wodurch ein Angriff des Festlandes auf Taiwan verhindert wurde.<sup>54</sup>

Der Pakt zwischen China und der Sowjetunion sah vor, dass sich die Länder im Falle eines Angriffes gegenseitig mit Truppen unterstützen würden. Die Invasion Taiwans war bei den Gesprächen von Anfang an ein Hauptthema gewesen, und man einigte sich darauf, dass Stalin den Kommunisten zwar Waffen und Mittel für eine Invasion Taiwans bereitstellen würde, jedoch keine Sowjet-Truppen an dem Manöver beteiligt sein durften, da ein solches Vorgehen wohl den dritten Weltkrieg provozieren hätte können. Mit der Unterstützung der Sowjetunion im Rücken und der Einschätzung, dass die USA wohl keinen Krieg wegen Taiwan riskieren würden und auch nicht über die notwendigen Kapazitäten verfügten, erschien die Rückgewinnung Taiwans für Mao in greifbarer Nähe.

Mit ihrer Einschätzung, dass die USA nicht gewillt waren Taiwan im Fall einer Invasion militärisch zu verteidigen, lag die VR China richtig. Noch im Oktober 1948 wurde von den Analysten in Washington zwar auf die militärische Bedeutung Taiwans hingewiesen, man beschloss jedoch, dass Taiwans strategisch nicht wertvoll genug sei, um militärische Aktionen ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Vielmehr setzte man darauf durch diplomatische und wirtschaftliche Zusammenarbeit Taiwan zu stärken und so vom Kommunismus zu bewahren. Auch war die militärische Kapazität der USA zu jener Zeit, wie von der VR China richtig eingeschätzt, nicht groß genug, um sich auf ein Abenteuer in Taiwan einzulassen. Die Insel Taiwan wurde nicht als vital für die nationale Sicherheit der USA eingestuft.<sup>55</sup>

---

<sup>54</sup> Sinigoj, Garbiele: *Kalter Krieg in Ostasien: Der Korea Krieg*. In: „Ostasien im 20. Jahrhundert-Geschichte und Gesellschaft“. Sepp Linhart/ Susanne Weigelin-Schwiedrzik(Hsrg.). Wien: Promedia, 2007, .S.85-87

<sup>55</sup> Garver, John: *The Sino-American Alliance: Nationalist China and American Cold War Strategy in Asia*. New York: East gate Books, 1997, S. 15-20.

Mitte 1949 kam ein CIA Bericht zu dem Schluss, dass Taiwan wohl ohne militärischen Schutz der USA bald unter die Kontrolle der Befreiungsarmee fallen würde. Daraufhin ließ Präsident Truman wiederum die militärische Bedeutung Taiwans prüfen. Man kam erneut zu dem Schluss, dass die Insel strategisch nicht wichtig genug sei, um ein Eingreifen in den chinesischen Bürgerkrieg zu rechtfertigen.

Schlussendlich war es in erster Linie den Analysen und Einschätzungen des Oberbefehlshabers über die US Truppen in Ostasien Douglas MacArthur zu verdanken, dass die USA in der Taiwanfrage schließlich doch noch eine 180 Grad Wendung machten.

MacArthur argumentierte, dass Taiwan nicht nur als Truppenstandort und Basis für Luftoperationen („unsinkable aircraft carrier“) militärischen Wert hatte und die Taiwanstraße darüber hinaus für die Kontrolle des Schiffsverkehrs wichtig sei, sondern im Falle einer Besetzung durch ein kremlnahes Regime es schwerwiegende und langfristige Folgen für den Handlungsspielraum der US-Truppen im Pazifik hätte. Da aber die zukünftige Strategie der USA auf der Stärker zu Wasser und in der Luft liegen müsse und nicht mehr auf Landtruppen gesetzt werden sollte, könne man es sich nicht leisten, dass man Taiwan an die Kommunisten verliert.<sup>56</sup>

Als der Sino-Sowjet-Block begann Kim Il Sungs Angriffspläne auf Südkorea zu unterstützen, stieg im Westen die Angst, dass sich der Kommunismus in Asien weiter ausbreiten könnte.

Der Ausbruch des Koreakrieges, welcher als erster Stellvertreterkrieg im Laufe des „Kalten Krieges“ gesehen wurde, war entscheidend für die zukünftige Entwicklung Taiwans.

Bereits vor dem Ausbruch des Koreakrieges war für die USA zu erkennen, dass die Sowjetunion versuchte ihre Einflussosphäre nicht nur in Europa, sondern auch in Asien auszudehnen, dies galt es für Washington zu verhindern. Das neue Zauberwort in der Außenpolitik der USA hieß „containment“.<sup>57</sup>

Darüber hinaus bot der Koreakrieg für Mao eine weitere Gelegenheit die revolutionäre Kraft seines Regimes zu festigen und seinen Einfluss in Asien weiter auszubreiten. Es galt für Mao das „Momentum“ der Revolution auszunützen und fortzuführen. Stalin selbst soll hingegen keine direkte Konfrontation mit den USA angestrebt haben. Erst als Mao einwilligte chinesische Truppen für den Koreakrieg bereit zu stellen, soll auch Moskau grünes Licht gegeben haben. Darüber hinaus bedeutete der Ausbruch des Koreakrieges und die damit verbundene Beteiligung der chinesischen Truppen die Verschiebung aller Pläne zur „Befreiung Taiwans“ durch die PLA sowie Spannungen in den Beziehungen zwischen der VR

---

<sup>56</sup> Vgl. Ebd. S.21-28.

<sup>57</sup> Vgl. Sinigoj: *Kalter Krieg in Ostasien*. S.90.



China und den USA, welche erst Anfang der 1970er Jahre langsam abgebaut werden konnten. Die Führungsspitze um Mao setzte in den Jahren des Koreakrieges stark auf anti-amerikanische Propaganda, ein Vorgehen, welches laut Jian Chen primär dazu diente, die Massen hinter die Partei zu bekommen und so die Revolution voranzutreiben. Jian Chen argumentiert, dass hinter dem Eintritt Chinas in den Koreakrieg neben sicherheitspolitischen Überlegungen und ideologisches Grundsetzen Maos vor allem jene Absicht stand, die Dynamik der Revolution in China selbst voranzutreiben und zu sichern.<sup>58</sup>

Schon während den Jahren zuvor in der Zeit des Bürgerkrieges zwischen Nationalisten und Kommunisten auf dem chinesischen Festland wurden Chiang Kaisheks Nationalisten von der US-amerikanischen Regierung mit Waffenlieferungen versorgt. Die Unterstützung von Seiten der USA wurde zwar kurzfristig nach dem brutalen Vorgehen der KMT auf Taiwan (Vgl. Kapitel 4.1.) zurückgenommen, aber nach dem Kriegsausbruch auf Korea wurde die KMT-Regierung auf Taiwan wieder zum „westlichen Block“ gezählt. Mit dem Beginn des Koreakrieges war Taiwan ein Verbündeter der USA im Kalten Krieg gegen die UdSSR und den Kommunismus.

Zu einer weiteren Vertiefung der Beziehungen zwischen Taiwan und den USA kam es 1954, als beide Seiten einen Verteidigungs- und Beistandspakt („Mutual Defense Pact“) unterzeichneten, womit die Gefahr eines Angriffes von Seiten der VR China endgültig gebannt wurde. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen wurden stark ausgebaut, was einer der Hauptgründe für Taiwans Wirtschaftswunder in den folgenden Jahrzehnten sein sollte.<sup>59</sup>

Als besonders wichtig und wertvoll erschien in den amerikanischen Überlegungen vor allem die geopolitische Lage Taiwans und seine militärische Bedeutung. Für die USA galt es unbedingt zu vermeiden, dass die Insel an eine kommunistische Macht fiel.

Im zweiten Weltkrieg diente die Insel den japanischen Truppen als Ausgangspunkt für Invasionen in Süd-Ostasien. Die Insel ist und war jedoch nicht nur vom militärischen Standpunkt aus gesehen wichtig, sondern auch für den kommerziellen Schiffsverkehr ist die Taiwanstraße von großer Bedeutung, da sie als direkte Verbindung zwischen Pazifischen und Indischen Ozean dient. Eine direkte Verbindung, die in erster Linie auch für das nördliche Japan von entscheidender Bedeutung ist.

---

<sup>58</sup> Vgl. Chen, Jian: *Mao's China and the Cold War*. The University of North Carolina Press, 2001, S.38-61.

<sup>59</sup>Vgl. Copper, John Franklin: *Taiwan: Nation-State or Province?* Westview Press, 2009, S.193-198.



Grafik 1.1: Wichtige Schiffsrouten im Pazifik.

Quelle: <http://people.hofstra.edu/geotrans/eng/ch1en/app11en/shippinglanespacificasia.html> (Stand: 20.04.2011)

Taiwan stellt auch heute noch für viele Analysten in den USA eine Art Mauer dar, welche den Einfluss des (militärisch) aufstrebenden Chinas noch etwas zurückhalten kann in der Pazifikregion. Es besteht kein Zweifel darin, dass ein Taiwan unter chinesischer Kontrolle neue strategische Möglichkeiten für China eröffnen würde. Diese Meinung teilt auch Nancy Bernkopf Tucker, die sich in ihrer Arbeit immer wieder mit den Problemen und Spannungen in der Taiwanstraße beschäftigt. So schreibt Nancy Bernkopf Tucker über die militärischen und strategischen Folgen einer Eingliederung Taiwans in die VR China:

„[...] unification could release a significant percentage of China's resources. The People's Liberation Army (PLA) would be free to change its priorities, redeploy its forces, and re-conceptualize its strategic objectives. For Washington this change means a less predictable, more flexible and potentially

less-burdened opponent, though one still noted for its lack of transparency.<sup>60</sup>

Neben den militärischen Überlegungen der USA spielen sicher auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Taiwan eine gewisse Rolle für die engen Beziehungen der USA zu Taiwan. Obwohl man hier sicherlich einschränken muss, da mittlerweile die Volkswirtschaft Chinas einen weit höheren Stellenwert für die amerikanische Wirtschaft innehat als jene Taiwans. Dies war jedoch nicht immer so. Taiwans Wirtschaftswunder in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und seine rasche Industrialisierung und später dann die Spezialisierung auf hochtechnologische Güter ließen Taiwan rasch zu einem wichtigen Handelspartner für die USA werden. Speziell in der Zeit vor der Reform und Öffnung in China im Jahr 1978 war der Handel der USA mit Taiwan um einiges größer als mit der VR China.

---

<sup>60</sup> Tucker-Bernkopf, Nancy: *If Taiwan Chooses Unification, Should the United States Care?* In: Washington Quarterly, Vol.25, Nr.3, 2002, S. 21.

<b>Rank</b>	<b>Country</b>	<b>Exports (Year-to- Date)</b>	<b>Imports (Year-to- Date)</b>	<b>Total Trade (Year-to- Date)</b>	<b>Percent of Total Trade</b>
---	<b>Total, All Countries</b>	<b>110.2</b>	<b>166.3</b>	<b>276.5</b>	<b>100.0%</b>
---	<b>Total, Top 15 Countries</b>	<b>76.2</b>	<b>119.9</b>	<b>196.1</b>	<b>70.9%</b>
1	Canada	20.7	24.4	45.0	16.3%
2	China	8.1	31.3	39.4	14.3%
3	Mexico	14.8	19.7	34.6	12.5%
4	Japan	5.0	10.0	15.0	5.4%
5	Germany	3.6	6.8	10.4	3.8%
6	United Kingdom	4.1	3.6	7.7	2.8%
7	Korea, South	3.2	4.2	7.4	2.7%
8	Taiwan	2.3	3.2	5.5	2.0%
9	Brazil	3.2	2.2	5.4	2.0%
10	France	2.2	2.8	5.0	1.8%
11	Netherlands	3.2	1.5	4.7	1.7%
12	Venezuela	0.8	3.6	4.5	1.6%
13	India	1.4	2.5	3.9	1.4%
14	Singapore	2.3	1.5	3.8	1.4%
15	Italy	1.2	2.5	3.6	1.3%

Grafik 1.2: USA-Handelsbeziehungen im Jahr 2010. Angaben in Milliarden US-Dollar..

Quelle: <http://www.census.gov/foreign-trade/statistics/highlights/toppartners.html> (Stand: 21.04.2011)

Diese Zahlen änderten sich jedoch in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich. Wie die Grafik 1.2. oben zeigt, liegt lediglich noch Kanada als nördlicher Nachbar der USA vor China, was das Volumen der Handelsbeziehungen betrifft, während Taiwan an achter Stelle rangiert. Chinas Handelsvolumen mit den USA war im Jahr 2010 bereits mehr als sieben Mal so groß wie jenes Taiwans. Woraus man schließen kann, dass aus rein wirtschaftlichen Überlegungen

China sicher der wichtigere Partner für die USA heutzutage ist.

Die wirtschaftlichen Überlegungen mögen zwar für China sprechen, doch gibt es in den Beziehungen der USA zu Taiwan auch noch einen politischen Aspekt, der nicht zu vernachlässigen ist.

Nicht nur die Tatsache, dass die USA und Taiwan eine gemeinsame Vergangenheit haben und Taiwan als langjähriger Verbündeter der USA gilt ist hier zu beachten, sondern auch die Rolle Taiwans als Vorzeigeprojekt in Südostasien hat Gewicht. Taiwan steht als Paradebeispiel für ein funktionierendes Mehrparteiensystem in Asien, als eine funktionierende Demokratie und somit auch als ein Alternativbeispiel für autoritäre Regime in Asien. Die öffentliche Meinung innerhalb der USA ist ein weiterer Grund, der für das Festhalten der USA an Taiwan spricht. Im Gegensatz zu China genießt Taiwan noch immer hohen Zuspruch in der US-Bevölkerung und wird als Freund der USA gesehen.<sup>61</sup> Die Rolle des US-Kongress ist ebenfalls zu beachten und hier vor allem die Rolle der Pro-Taiwanlobby in den USA, welche immer wieder ein Dorn im Auge Pekings ist (vgl. Kapitel 3.3.).

Man kommt zu dem Schluss, dass es vorwiegend die politischen Interessen der USA sind, die sie noch immer an Taiwan binden. Zum einen stellt Taiwan ein Erfolgsmodell für den Transformationsprozess eines asiatischen Landes hin zu einer funktionierenden Demokratie dar, gleichzeitig ist Taiwan aber auch ein Symbol für die Zuverlässigkeit der USA im Umgang mit seinen Verbündeten. Es würde wohl eine negative Auswirkung auf das Image der USA mit sich bringen, wenn man Taiwan eines Tages für die Aussicht auf bessere Beziehungen zu China „opfern“ würde. Dass jedoch auch die Geduld bzw. das Engagement der USA in Taiwan nicht grenzenlos ist, haben die letzten Jahre gezeigt. (vgl. Kapitel. 5.3.)

### **3.2.1. Der „Taiwan Relations Act“**

Der „Taiwan Relations Act“ (von hier an: TRA) wurde am 10. April 1979 vom amerikanischen Senat ratifiziert, also nur wenige Monate nach der Etablierung der offiziellen diplomatischen Beziehungen mit der VR China. Die VR China wurde beginnend mit dem Jahr 1979 als offizielle Vertretung Chinas anerkannt von Seiten der USA, was zur Folge hatte, dass alle offiziellen diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abgebrochen werden mussten. Da die USA ihren Langzeitverbündeten Taiwan nicht einfach im Stich lassen wollten und konnten, ist der TRA unterzeichnet worden, der garantieren sollte, dass es in der Taiwanfrage

---

<sup>61</sup>Vgl. Tsang, Steve: *Taiwan and the international community*. Oxford: Peter Lang. 2003, S. 84-86.

auf lange Sicht zu einer friedlichen und nicht militärischen Lösung kommt. Der TRA basiert auf der Grundannahme, dass es in der Taiwan Frage zu einer friedlichen Lösung mit der Zustimmung des taiwanesischen Volk kommen muss und die USA deshalb garantieren, dass Taiwan die nötigen Mittel, sprich Waffen, zur Verfügung gestellt werden, um sich vor einem möglichen Angriff durch die VR China ausreichend schützen zu können. Weiter gedacht dient der TRA zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit in Asien und im Pazifikraum und dies ist wiederum ein Anliegen von nationalem Interesse für die USA.

Schon 1979 im Jahr der Unterzeichnung des TRA nahm der US-Kongress starken Einfluss auf die Ausformulierung des Aktes und legte Wert darauf, dass die Sicherheitsaspekte weit genug festgelegt wurden.

Bereits die Carter-Regierung Ende der 1970er Jahre war in erster Linie daran interessiert, die neu entstandenen Beziehungen zu VR China weiter auszubauen und zu verbessern. Auch die folgenden US-Regierungen haben stets die Beziehungskomponente und die Auswirkungen auf das Sino-amerikanische Verhältnis mehr im Auge behalten als der Kongress, der traditionell den Interessen Taiwans mehr Gewicht schenkt. So schreibt auch Mark S. Adelman, im *Journal of Contemporary China* über die Rollen des Kongresses und der Regierung und deren Verhältnis zum TRA:

„Traditionally, the Congress, has been the supporter, friend, and ally of Taiwan, whereas the administrations have been more concerned with US-PRC relations“<sup>62</sup>

Diese Grundhaltung der US Regierung genauso wie jene des Kongresses hat sich auch in den Legislaturperioden nach Präsident Carter nicht geändert. Das 1982 in der Reagan-Ära ins Leben gerufene „Joint Communiqué“ ist ein weiterer Beweis für diese These. Es handelt sich hierbei um ein „presidential policy statement“, also einer Grundsatzerklärung Seitens des US-Präsidenten und beinhaltet ein Abkommen zwischen den USA und China, welches vorsieht, dass die Waffenverkäufe der USA an Taiwan in den folgenden Jahren schrittweise abnehmen sollen.

Während sich also der Kongress auf den TRA stützt, der garantiert, dass die USA Taiwan ausreichend Waffen zur Verteidigung bereitstellen, egal wieviel diese sein mögen und Einschätzungen über die Quantität und Qualität der benötigten Waffen ausschließlich vom

---

<sup>62</sup>Adelman, Mark : *Research Note on the Taiwan Relations Act: Executive and Legislative Differences*. In: *Journal of Contemporary China*. Vol.14, Nr.6, 1997, S.125.

Kongress in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten vorgenommen werden sollen, geht das Kommuniqué von einer schrittweisen Reduzierung der Waffenverkäufe an Taiwan aus.

Rechtlich gesehen ist hier sicher der TRA klar im Vorteil und wird auch als „law of the land“ gesehen, auch aufgrund der Tatsache, dass der Kongress selber das „Joint Communiqué“ aus dem Jahre 1982 nie ratifiziert hat.

An diesem Widerspruch zwischen TRA und dem „Joint Communiqué“ kann man gut die Positionen von Kongress und Regierung in den USA ablesen. Während der Kongress sich weniger um die Beziehungen USA-China kümmert und die Anliegen und die Sicherheit Taiwans als höher einstuft, muss sich die Regierung darum bemühen, die Beziehungen mit einem einflussreicher werdenden China weiter zu verbessern.<sup>63</sup>

Eine deutliche Reduzierung der Waffenlieferungen der USA an Taiwan in den letzten Jahren und Jahrzehnten konnte jedenfalls nicht beobachtet werden, dies hatte jedoch wohl weniger mit dem Druck Seitens des Kongresses zu tun, als vielmehr mit den unterschiedlichen Standpunkten der einzelnen US-Administrationen in den letzten Jahrzehnten.

So war die Waffenlieferungen von Seiten der USA an Taiwan am Beginn der 1980er Jahre unter Carter und Reagan sehr eingeschränkt. Die Carter-Regierung genehmigte 1981 nur den Verkauf von Waffen im Wert von 295 Millionen USA-Dollar und erfüllte damit nur 6 von 18 angefragten Waffenlieferungen der Verantwortlichen auf Taiwan. Auch in den kommenden Jahren unter Reagan sollten die Waffenverkäufe auf einem sehr niedrigen Level gehalten werden. Ein anderes Bild konnte man unter der Führung des Präsidenten George W. Bush beobachten, allein in den Jahren 2002-2005 sind Waffen im Wert von über 4 Milliarden US Dollar an Taiwan geliefert worden, eine Politik, welche nicht mit den Vereinbarungen des 1982 entstandenen „Joint Communiqué“ übereinstimmt.<sup>64</sup>

Man kann also festhalten, dass der TRA noch immer die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan bestimmt, obwohl mit dem Verfassen des „Joint Communiqué“ 1982 eine Art Gegenstück geschaffen wurde, welches den TRA etwas entschärfen sollte und in erster Linie dazu dienen sollte, die neu aufgenommenen Beziehungen zwischen den USA und China zu stärken. Dass die im Kommuniqué vorgeschriebene schrittweiser Reduzierung der Waffenverkäufe nicht stattfand, ist sicher auch auf den Widerstand des US-Kongresses zurückzuführen, für den primär der TRA die Beziehungen und Pflichten gegenüber Taiwan festlegt. Inwieweit und in welchem Ausmaß diese Pflichten dann tatsächlich umgesetzt werden, hängt zum Großteil von der Bereitschaft der jeweiligen US-Regierung und deren

---

<sup>63</sup> Vgl. Ebd. S.126-135.

<sup>64</sup> Vgl. Shirley A. Kan : *Taiwan: Major U.S. Arms Sales Since 1990*. Congressional Research Service 2011, S.1.  
Unter <http://www.fas.org/sgp/crs/weapons/RL30957.pdf>

Politik ab.

Dass der TRA von Seiten Chinas nicht als positiver Bestandteil in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und der VR China gesehen wird und lieber heute als morgen aus der Welt geschaffen werden sollte, liegt auf der Hand. Diese Haltung spiegelte sich auch bei den Feiern zum 30. Jährigen Bestehen des TRA wieder. So wurden die geplanten und groß angelegten Feiern seitens des US-Kongresses von China auf schärfste zurückgewiesen und die USA daran erinnert, dass der TRA in chinesische Angelegenheiten eingreift und die Taiwanfrage weiterhin vorsichtig behandelt werden müsse.<sup>65</sup>

### 3.3. Die Rolle des US Kongress und die „China Lobby“

In diesem Unterkapitel werde ich auf die Rolle des US-Kongress in den Beziehungen zwischen der USA und Taiwan eingehen und genauer betrachten, wie die sogenannte „China Lobby“ im Laufe der Jahre Einfluss auf den US-Kongress und seine Mitglieder ausüben konnte.

In ihrem Artikel *从“中国帮”到“台湾帮”：美国国会亲台议员与美台决策* (Von der „China Lobby“ zur „Taiwan Lobby“: Die Taiwan-freundlichen Mitglieder des US-Senats und die Taiwanpolitik der USA) argumentieren die Autoren Jia Yan (贾妍) und Xin Qiang (信强), dass die „China Lobby“ ab den 1950er Jahren zwei vorrangige Ziele verfolgte:

„Mitte der 1940er Jahre bis Anfang der 1960er Jahre war die Blütezeit der Mitglieder der „China Lobby“. In dieser Phase, konzentrierten sich ihre Aktivitäten und ihr Beobachtungsfokus hauptsächlich auf die zwei unten angeführten Bereiche:

Erstens, Die Regierung und Senat dazu zu bewegen die militärische und wirtschaftliche Hilfe für die Anhänger Jiang Kaisheks zu verstärken.“<sup>66</sup>

20. Jahrhundert 40. Jahre Mitte bis 60. Jahre Anfang ist „China Lobby“ Mitglieder Hauptaktivitätszeit, in dieser Phase, ihre Aktivitäten und Beobachtungsfokus hauptsächlich auf die zwei unten angeführten Bereiche:

---

<sup>65</sup>[http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-02/26/content\\_7514052.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-02/26/content_7514052.htm) (Stand: 28.05.2011).

<sup>66</sup>贾妍 (Jiayan), 信强 (Xin qiang): 从“中国帮”到“台湾帮”：美国国会亲台议员与美台决策 (Von der „China Lobby“ zur „Taiwan Lobby“: Die Taiwan freundlichen Mitglieder des US-Senats und die Taiwanpolitik der USA.). In: 太平洋学报 (Pazifik-Journal), 2005(Mai). S.36.



## 对蒋介石集团的军事、经济援助

Und das zweite Ziel laut dem Artikel:

„Zweitens, Die US-Regierung davon abzuhalten das neue China anzuerkennen. 1949 begann die Truman-Regierung ihre China-Politik anzupassen, das Verändern und Warten der abwartenden „Der Staub hat sich gelegt“ - Haltung führte zu starker Unzufriedenheit unter den Mitgliedern der „China Lobby“. Einer nach dem anderen kritisierte Politik Trumans gegenüber China, sie stellte nicht nur ein Abweichen von der traditionellen „guter Freund“-Chinapolitik der USA dar, sondern stand gleichzeitig auch im Widerspruch mit der sogenannten „Allen Ländern helfen, welche sich im Kampf mit dem Kommunismus befinden“- Truman Doktrin“<sup>67</sup>

2、阻挠美国政府承认新中国。1949年,杜鲁门政府开始调整对华政策,改持等待尘埃落定”的观望态度,引起“中国帮”议员的强烈不满,他们纷纷指责杜鲁门政府的对华政策不但背离美国传统的对华“友好”政策,而且同所谓“援助一切同共产主义作斗争的国家”的“杜鲁门主义”相矛盾。

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die „China Lobby“ in ihrer Hochzeit sehr erfolgreich war in ihren Bestrebungen und dadurch eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der VR China lange Zeit verhindern konnte.<sup>68</sup>

Der Ursprung der „China Lobby“ in den USA war eine Netzwerk von Personen im In- und Ausland, welches sich zum Ziel gesteckt hatte den Kommunismus in China zu besiegen bzw. zu vertreiben. Neben den Nationalisten auf Taiwan fand die „China Lobby“ vor allem auch in republikanischen Kreisen der USA großen Zuspruch. Ihr großes Ziel, Chiang Kaishek die Rückeroberung des Festlandes zu ermöglichen, konnten sie aber nicht umsetzen.

Trotzdem darf man den Einfluss der „China Lobby“ (speziell in den 1950er Jahren) auf die amerikanische Außenpolitik nicht unterschätzen.

Die „China Lobby“ war jedoch niemals eine zentralisierte oder organisierte Vereinigung, als vielmehr eine Bewegung, die von verschiedenen Punkten aus mehr oder weniger unabhängig

---

<sup>67</sup> Ebd. 39

<sup>68</sup> Vgl. Ebd. S.36-39.

voneinander angetrieben wurde.

Es beteiligten sich hier Politiker, Journalisten oder auch einflussreiche Geschäftsleute. Zwei der prominentesten und wichtigsten Figuren der „China Lobby“ waren Alfred Kohlberg und Henry R. Luce. Kohlberg war ein New Yorker Geschäftsmann, der unter anderem auch die Magazine *China Monthly* und *Plain Talk* finanzierte und Luce war der Herausgeber des *Time* sowie des *Life* Magazins. Durch diesen Zugriff auf die Medien war es beiden Männern möglich, in einer Zeit der McCarthy-Ära breiten Einfluss auf die US-Bevölkerung zu nehmen und das Bild zu vermitteln, dass es die Pflicht der USA sei, alles Mögliche zu unternehmen, um den Kommunismus in China zu besiegen. Allein das von Luce geleitete *Time-magazine* hatte in den 1950er Jahren zehn Mal Chiang Kaishek am Titelcover. Auch gab es eine Reihe von Komitees, die sich für die „China Lobby“ stark machten. Das wichtigste war wohl das ACPA-Komitee, welches ebenfalls viele Publikationen, Presseaussendungen, Bücherrezensionen etc. veröffentlichte und so ebenfalls die Öffentlichkeit beeinflusste.

Nicht nur wurde eine Stimmung pro-Taiwan bzw. pro-Nationalisten heraufbeschworen, sondern es wurden auch kritische Stimmen und Autoren erfolgreich denunziert. Selbst Mitarbeiter des State Departements wurden als „Verräter“ ausgemacht, falls sie nicht die Meinung der „China Lobby“ teilten.

Es gelang der „China Lobby“ das fehlende Wissen der amerikanischen Bevölkerung über die genaueren Hintergründe in China auszunutzen und Chiangs Regime mit amerikanischen Werten gleichzusetzen.

Zwar schaffte es die „China Lobby“ selbst während ihrer Hochzeit in den 1950er Jahren nicht, ihr Hauptziel - die Rückgewinnung des Festlandes durch Chiang Kaishek - umzusetzen, jedoch scheint außer Frage zu stehen, dass die „China Lobby“ durchaus großen Einfluss auf Bevölkerung und die Entscheidungsträger ausüben konnte.<sup>69</sup>

Konnte die „China Lobby“ speziell in den 1950er Jahren noch sehr viel Einfluss auf die Politik und die Bevölkerung in den USA ausüben, so hat sich dieses Bild in den letzten Jahren und Jahrzehnten jedoch deutlich geändert. Dies streicht auch der offizielle Report *Taiwan-US Political Relations: New Straints and Changes* von dem amerikanischen Asien Experten Kerry Dumbaugh an den Kongress hervor. Der Bericht wurde im Oktober 2006 an den Kongress übermittelt und geht detailliert auf den Einfluss der „China Lobby“ in den USA ein. In diesem Bericht stützt sich Dumbaugh auf Gespräch mit aktiven und ehemaligen aktiven Offiziellen der US Regierung und des Senats in den USA sowie auf Gespräche mit Vertreter aus Taiwan und China.

---

<sup>69</sup>Vgl. Blackwell, Jeff : *The China Lobby": Influences on U.S.-China Foreign Policy in the Post War Period, 1949-1954*. In: *The Forum: Cal Poly's Journal of History*: Vol.2, Nr.9, 2010, S.5 ff.

Dumbaugh kommt zu dem Schluss, dass der Einfluss der „China Lobby“ heutzutage in keiner Weise mehr mit dem Einfluss in den 1950 Jahren zu vergleichen ist.

Einige Faktoren hätten dafür gesorgt, dass die Anliegen Taiwans nicht mehr so klar und deutlich Gehör finden bei den Entscheidungsträgern der US-Politik wie noch in der Vergangenheit..

Dumbaugh führt in seinem Bericht einige Punkte an, die für die Schwächung der Lobby verantwortlich waren.

Einen der Hauptfaktoren sieht Dumbaugh in der Demokratisierung Taiwans, die Ende der 1980er Jahre begann. Mit der Demokratisierung Taiwans sei das politische System auf Taiwan viel unberechenbarer und unvorhersehbarer geworden. Die oft stark divergierenden Positionen der Parteien auf Taiwan würden es für die „China Lobby“ schwerer machen, klare Botschaften an die Verantwortlichen in Washington zu übermitteln.

Nicht nur, dass Taiwans Interessen nicht mehr mit einer starken Stimme dem US Kongress übermittelt werden sei ein Problem, sondern auch die Tatsache, dass die übermittelten Nachrichten von Seitens Taiwans oft auch im Widerspruch zueinander stehen, da sich die existierenden Parteien auf Taiwan teilweise in fundamentaler Opposition gegenüber stehen. Diese innenpolitischen Kämpfe auf Taiwan hätten negativen Einfluss auf den einen oder anderen Kongressabgeordneten aus den USA. Sowohl die KMT als auch die Democratic Progressive Party (von hier an: DPP) haben ihre eigenen Vertreter in Washington positioniert, völlig unabhängig davon, welche Partei gerade an der Macht ist auf Taiwan.

Die offizielle Etablierung der diplomatischen Beziehungen der USA mit China Ende der 1970er Jahre habe den Interessenaustausch zwischen US-Offiziellen und Offiziellen Taiwan ebenfalls deutlich erschwert. Besonders was den Austausch auf höchster Eben betrifft ist man auf inoffizielle Wege angewiesen. Dumbaugh schreibt hier von einer „Secretiveness“, also von einer Art Geheimniskrämerei bzw. Verschwiegenheit, die ebenfalls nicht zur besseren Kommunikation zwischen Taiwan und Washington beiträgt.

Natürlich ist auch die steigende Bedeutung der Rolle Chinas für die Interessen der USA in dieser Angelegenheit nicht zu vernachlässigen. Die USA brauchen China nicht nur für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch in Umwelt und Sicherheitsfragen, dies stellt eine völlig andere Situation dar als noch in den 1950er Jahren. Es stünde außer Frage, dass die US-Verantwortlichen heutzutage vorsichtiger geworden seien im Umgang mit taiwanesischen Vertretern. Diese Entwicklung zeige sich auch daran, dass die Anzahl der Besuche von Kongressmitgliedern in Taiwan, welche früher häufig geschahen, in den letzten Jahren doch

stark abgenommen haben, während Besuche in der VR China stark zugenommen haben.<sup>70</sup>

Man kann also festhalten, dass die „China Lobby“, falls sie als solche heute noch diese Bezeichnung verdient, nicht mehr diesen starken Einfluss auf das „policy-making“ in den USA hat wie noch in den Jahren nach dem chinesischen Bürgerkrieg. Spätestens ab den 1980er Jahren und der zunehmenden Demokratisierung Taiwans sowie dem gleichzeitig beginnenden Aufstieg Chinas haben sich die Spielregeln geändert.

Zwar mögen die Beziehungen zwischen Taiwan und dem US-Kongress vielleicht nicht mehr so eng sein wie noch vor ein paar Jahrzehnten, dennoch bleibt festzuhalten, dass die Politik des US-Kongresses noch immer viele skeptische Stimmen in China hervorruft. Stimmen, die behaupten, dass der US Kongress seine eigene Politik verfolgen würde und damit dafür verantwortlich sei, dass es zu Spannungen im Dreiecksverhältnis USA-China-Taiwan kommt. Zwei dieser Stimmen sind die chinesischen Autoren Li Hongbo (李洪波) und Gao Liping (高利平). In ihrem 2010 veröffentlichten Artikel, *美国对台“双轨政策”中的国会因素* (*Die Rolle des US-Kongress in der zweispurigen Taiwanpolitik der USA*) beleuchten sie genauer die Rolle des US -Kongress und deren Auswirkung auf die Taiwan-Politik der USA.

Sie kommen zu dem Schluss, dass die USA einen zweigleisigen Weg in ihrer Taiwan-Politik eingeschlagen haben und der US-Kongress, der sich aus Senat und Repräsentantenhaus zusammensetzt, hierbei die treibende Kraft ist.

„Nachdem die USA und China diplomatische Beziehungen errichtet hatten, praktizierte die USA in der Taiwanfrage eine „zweigleisige Politik“. Man versuchte aus den Beziehungen zwischen Festland und Taiwan für sich den besten Vorteil herauszuholen. Der US-Senat fungiert im besonderen politischen Umfeld der USA als höchste repräsentative Institution und Legislative, er hat im Prozess der Errichtung und Entwicklung der „zweigleisigen Politik“ eine nicht zu ignorierende Funktion eingenommen.“<sup>71</sup>

中美建交后, 美国在台湾问题上推行 ‘双轨政策’, 力图在两岸关系中获取最大利益。美国国会作为美国特殊政治环境中的最高代议机构和立法机关, 在 ‘双轨政策’ 的形成和发展过程中发挥着不可忽视的作用。

---

<sup>70</sup>Vgl. Dumbaugh Kerry: *Taiwan-US Relations: New Strains and Changes*. CRS- Report für den US-Kongress 2010. Unter <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/crs/rl33684.pdf>.

<sup>71</sup> Gao, Liping (高利平)/Li, Hongbo( 李洪波): 美国对台 “双轨政策” 中的国会因素 (Die Rolle des US-Senats in der zweigleisigen Taiwanpolitik der USA). In: 国际资料信息(International Data Information), 2010(Sept.). S. 1.

Wie schon die Überschrift andeutet, werfen die beiden Autoren dem US-Kongress vor, eine Taiwan-Politik zu betreiben, die sich teilweise konträr zu den offiziellen Abkommen zwischen China und den USA verhält

In ihrem Artikel argumentieren die beiden Chinesen, dass die USA seit der Etablierung der diplomatischen Beziehung mit China immer wieder durch die „Hintertür“ versucht hätten, Kontakte mit Taiwan herzustellen, ein Vorgehen, welches nicht im Sinne der VR China sei.

Denn neben den weiterhin bestehenden wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan, gäbe es eine inoffizielle Ebene, welche vor allem vom US-Kongress genutzt werde. Der Kongress habe besonders in außenpolitischen Angelegenheiten seit dem Ende des Vietnamkriegs und dem Ende des „Kalten Krieges“ an Stärke und Einfluss dazugewonnen. Der Kongress nutze verstärkt seine Mitbestimmungs- und Kontrollrechte in Fragen betreffend Rüstungsexporte, Kontrolle der Geheimdienste oder betreffend Entscheidungen über militärische Interventionen. Besonders in Zeiten des „divided government“ (wie es zur Zeit unter Präsident Obama der Fall ist), also einer Konstellation, in der die Mehrheit des Kongresses in der Hand jener Partei ist, die gerade nicht den Präsidenten stellt, nimmt der Einfluss des Kongresses in der Außenpolitik zu<sup>72</sup>.

Es gäbe einen regen Austausch zwischen Vertretern Taiwans und Mitgliedern des Kongresses. Diese engen Beziehungen würden sich auch darin widerspiegeln, dass Mitglieder des Kongresses häufig Beitrittsansuchen Taiwans in internationale Organisationen (wie etwa der WHO) fördern. Der 1979 unterzeichnete TRA würde als eine Art Hintertür fungieren, er würde nicht nur Waffenlieferungen Seitens der USA an Taiwan legalisieren, sondern auch darüber hinaus die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan vorantreiben. Der TRA biete sehr viel Spielraum in seiner Auslegung und würde die Pflichten der USA gegenüber Taiwan nicht exakt genug definieren.

Im Artikel wird die Behauptung aufgestellt, dass die USA ihre Interessen in und Verbundenheit mit Taiwan trotz offizieller Anerkennung des „Ein-China-Prinzips“ nicht aufgeben wollen.

„Wenn es zu einer Wiedervereinigung zwischen Taiwan und dem Festland kommt, würde dies für die strategischen Interessen der USA in Asien und im Pazifik eine extreme Herausforderung kreieren. Deshalb kann die USA Taiwan

---

<sup>72</sup>Vgl. Knapp, Manfred: *Einführung in die internationale Politik: Studienbuch*. Oldenbourg: Wissenschaftsverlag, 2004, S. 112.

nicht aufgeben. Es geht hier also nicht um ein getrenntes Taiwan, sondern um die geopolitischen Interessen der USA in der Asien-Pazifik-Region.

Darüber hinaus, gibt es sehr große wirtschaftliche Interessen, ein gemeinsames Wertesystem, zusätzlich eine historische enge freundschaftliche Allianz sowie US-Amerikanische interne politische Faktoren und traditionelles Kaltes-Krieg-Denken, etc. Dies alles führt dazu, dass die USA Taiwan nicht völlig aufgeben können.<sup>73</sup>

如果两岸实现统一, 将对美国的亚太战略利益构成极大挑战。所以美国不能放弃台湾, 那不是为了一个分离的台湾, 而是为了美国在亚太地区的地缘政治利益. 另外, 巨大的经济利益、共同的价值观, 加上历史上的友好同盟关系及美国国内政治因素和传统的冷战思维等等, 都使美国不能彻底放弃台湾.

Neben dem Einfluss von Seiten Taiwans auf den Kongress gäbe es auch noch eine Reihe von Interessengruppen in den USA, welche eine pro-Taiwan Haltung forcieren würden, wie etwa die Rüstungsindustrie, Menschenrechtsorganisationen, etc.

Die Haltung des US-Kongresses sei tendenziell Pro-Taiwan, eine Haltung, die sich so in der US-Administration nicht wiederfinden würde. Die Autoren kommen zu dem Fazit, dass der US-Kongress auch weiterhin einer Vereinigung Chinas und Taiwan mit seiner Politik im Wege stehen wird. Der offiziellen Haltung der US-Administration, die am „Ein-China-Prinzip“ festhält, stehen Aktivitäten des Kongresses gegenüber, die auf einer zweiten, parallelen Schiene weiterhin einen lebendigen Austausch mit den Verantwortlich auf Taiwan vorantreiben würden.<sup>74</sup>

---

<sup>73</sup> Ebd. S.2.

<sup>74</sup> Vgl. Gao, Liping (高利平)/Li, Hongbo(李洪波): 美国对台“双轨政策”中的国会因 (*Die Rolle des US-Senats in der doppelgleisigen Taiwanpolitik der USA*). In: 国际资料信息(International Data Information), 2010(Sept.). S. 1- 6.

## 4. Das Spannungsfeld Taiwan

Im vierten Kapitel wird zunächst genauer auf die Geschichte Taiwans und den Demokratisierungsprozess Taiwans eingegangen. Danach werden das spezielle politische System Taiwans und die politische Landschaft Taiwans näher erläutert sowie die politischen Parteien vorgestellt. Am Ende des Kapitels wird die Einführung der „Zwei Staaten Theorie“ Ende der 1990er Jahre und die Wahl Chen Shuibian zum Präsidenten thematisiert und kurz auf die „Internationalisierung“ der Taiwanfrage eingegangen.

### 4.1. Die Flucht der KMT nach Taiwan und langsame Annäherungen zwischen Taiwan und dem Festland

1894 begann der 1. Sino-Japanische Krieg und endete in einer deutlichen Niederlage für China. Als Resultat des Krieges fiel Taiwan unter japanische Herrschaft. Zwar wurde kurzfristig sogar die unabhängige Republik Taiwan ausgerufen, diese hielt sich aber nur wenige Tage, und Taiwan erhielt auch keinerlei Unterstützung von Seiten Chinas, so dass die japanischen Truppen relativ rasch Kontrolle über die Insel erlangten. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wurde Taiwan nahtlos an das japanische Reich und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse angepasst. So diente die taiwanesisische Wirtschaft vor allem der Reis und Zuckerproduktion. Die Infrastruktur wurde weiter ausgebaut und ab ca. 1930 war bereits eine funktionierende Schwerindustrie in Taiwan vorzufinden. Weitere Verbesserungen schufen die Japaner im Bereich der Hygiene und der Bildung und auch das japanische Rechtssystem und die Sprache wurden übernommen.

Zu Beginn des zweiten Sino-Japanischen Krieges 1937 war die japanische Herrschaft auf Taiwan schon so gefestigt, dass es so gut wie keine Proteste auf der Insel gegen das Vorgehen Japans auf dem chinesischen Festland gab. Während des Krieges sollen ungefähr 80000 Taiwanesen in der japanischen Armee gekämpft haben und an die 30000 sollen im Krieg gestorben sein.<sup>75</sup>

Im zweiten Weltkrieg diente Taiwan den japanischen Truppen in erster Linie als „unsinkbarer Flugzeugträger“ in der Pazifikregion, von wo aus mehrerer Angriffe gestartet wurden. Eine

---

<sup>75</sup>Vgl. Manthorpe Jonathan: *Forbidden Nation- A History of Taiwan*. New York: Palgrave Macmillan, 2005, S.158-178.

strategische Bedeutung, die bis heute wertvoll ist. Als sich eine Niederlage Japans abzeichnete, rechneten viele auf Taiwan mit einer Invasion der US-Armee, welche jedoch ausblieb.

Auf der Kairo Konferenz im Dezember 1943 wurde Taiwan schließlich als von den Japanern „gestohlenes“ Gebiet eingestuft und wieder unter Chinas Souveränität gestellt. Im September 1945 wurde Taiwan offiziell wieder ein Teil Chinas.

Jedoch wurde die neue chinesische Herrschaft über die Insel bald als wenig begrüßenswert empfunden von vielen Taiwanesen. Unter japanischer Führung wurde die Insel in vielerlei Hinsicht fortschrittlicher als weite Teile Chinas. Erschwerend kam hinzu, dass Chiang Kaishek Taiwan wenig Interesse widmete, da er mit dem Bürgerkrieg gegen die Kommunisten alle Hände voll zu tun hatte. So wurden weite Teile der aufgebauten Infrastruktur in Taiwan abmontiert, um Ressourcen nach China zu schaffen und damit den Krieg gegen die Kommunisten zu unterstützen.<sup>76</sup>

Die Zeit der japanischen Herrschaft über Taiwan wird heute oft verschieden interpretiert. Trotz der Verbesserungen, die auf manchen Gebieten (Infrastruktur, Hygiene, Bildung, etc.) erzielt wurden während der japanische Herrschaft über Taiwan, blieben den Taiwanesen im Vergleich zu den Japanern viele Rechte verwehrt. So schreibt etwa Jonathan Manthorpe:

„The Japanese legacy on Taiwan is as ambiguous and subject to partial interpretations as all other aspects of the island's history. It remains pertinent today because so many Taiwanese of the older generations are inclined to view that period as, on balance, beneficial to the island. This judgment is in marked contrast to the abiding hatred of Japan in other colonial territories such as Korea and Manchuria. This is in part because Japan rule was a good deal more brutal in those territories than on Taiwan.“<sup>77</sup>

Das gegenseitige Misstrauen zwischen dem Festland und der noch immer von japanischen Einflüssen geprägten Gesellschaft Taiwans gipfelte in zahlreichen kleineren und größeren Aufständen auf Taiwan. Der berühmteste ereignete sich am 28. Februar 1947 als eine Frau, die am Schwarzmarkt Zigaretten verkaufte, von chinesischen Polizisten getötet wurde. Als die Menge auf die Polizisten losging feuerten diese und töteten vier Menschen, worauf es zu einem landesweiten Aufstand kam. Die Aufstände weiteten sich immer mehr aus, sodass sie wenige

---

<sup>76</sup>Vgl. Copper: *Taiwan: Nation-State or Province?* S.30-45.

<sup>77</sup> Manthorpe: *Forbidden Nation*. S. 177.



Tage später bereits die gesamte Insel erfasst hatten. Es wurden Komitees zusammengesetzt, welche dem damaligen Gouverneur Chen Yi eine Reihe von Forderungen der taiwanesischen Bevölkerung übermittelten.

Die Forderungen enthielten unter anderem den Wunsch nach mehr demokratischen Rechten für die taiwanesischen Bevölkerung, neue Eigentumsrechte, Presse und Redefreiheit.

Die Landung von Festlandtruppen am 8. März beendete jedoch den Aufstand.

In den folgenden Tagen wurde brutal gegen die Aufständischen auf der Insel vorgegangen und es kam zu zehntausenden Opfer in Folge des „二二八“(2-2-8)-Aufstandes. Insbesondere waren die Intellektuellen Taiwans und die politischen Führer ein Ziel der Truppen, was einen Mangel an taiwanesischen Führungskräften auf Jahre hin weg zur Folge hatte. Es sollte auch bis in die späten 1980er Jahre dauern bevor eine Art Aufarbeitung der damaligen Ereignisse von Seiten der KMT zugestimmt wurde.

Cheng Cheng, ein General Chiang Kaisheks, wurde am 29. Dezember 1948 zum neuen Gouverneur ernannt und am 1. Mai 1949 trat das Kriegsrecht in Kraft, welches erst 1987 wieder außer Kraft gesetzt wurde. Wenig später kam es nach der Ausrufung der Volksrepublik China durch die Kommunisten am 1. Oktober 1949 zur endgültigen Flucht der KMT-Führung und weiteren 1.5 Millionen Menschen nach Taiwan.<sup>78</sup>

Konkrete Pläne für eine Invasion wurden bereits im Frühling 1950 vom Festland aus geplant, allein der Beginn des Koreakrieges verhinderte eine Invasion Taiwans durch die Truppen vom Festland. Die Situation auf Korea ließ sowohl die Pläne der USA (vgl. Kapitel 3.2.) als auch jene Mao Zedongs ändern. Der Kriegsbeginn im Sommer 1950 war für die KMT-Regierung auf Taiwan ein wahrer Glücksfall. Mit dem Beginn des Koreakrieges lautete die vorrangige Strategie Mao Zedongs „抗美援朝,保家卫国“ (Amerika Widerstand leisten, Korea unterstützen, die Heimat beschützen und das Land verteidigen), eine Strategie, welche für die „Befreiung Taiwans“ ( zumindest mittelfristig) keinen Platz ließ. Nach dem Ende des Koreakrieges hatte sich die Situation auf Taiwan verändert und Mao musste seine Taiwanstrategie anpassen.<sup>79</sup>

„Von seinem (Anmerkung: Mao Zedongs) Prozess betreffend das konzipieren einer Strategie für die Lösung der Taiwanfrage, also das Festhalten an einem

---

<sup>78</sup> Ito, Kiyoshi (伊藤清): *台湾历史 (Die Geschichte Taiwans)*. Taiwan: Avantgarde Publishing House, 2004, S.255-280

<sup>79</sup> Vgl. Li, Hemin (李合敏): 实事求是与时俱进:中国共产党解决台湾问题的重要思想理论原则 (“Die Wahrheit in den Tatsachen suchen” und “mit der Zeit gehen”: Die wichtigsten theoretischen Grundsatzprinzipien der Kommunistischen Partei Chinas betreffend die Lösung der Taiwanfrage). In: 宁波大学学报(Journal der Ningbo Universität), Vol.19, Nr.4, 2006. S. 49-50.

China, das bestehen auf den Schutz der Souveränität des Landes und der territorialen Integrität, nicht zu versprechen, dass man keine Waffen einsetzen würde, um Taiwan zu befreien - diese Prinzipien haben sich nie geändert, aber es gab einen Bewegung von „sofort befreien“ hin zu „ langfristiger strategischer Aufgabe“, und wieder hin zu dem „nach friedlichen Mitteln trachten um die Taiwanfrage zu lösen“ von „ Ein Grundsatz und vier Praktiken [...]“

在他关于解决台湾问题战略构想的演进中,坚持一个中国、坚决维护国家主权和领土完整、不承诺不使用武力解放台湾的原则始终没有变,但从“立即解放”到“长期的战略任务”,再到“争取用和平方式解放台湾”的“一纲四目...”<sup>80</sup>

Der Plan einer raschen „Befreiung Taiwans“ wich also einer längerfristigen Strategie. Die kriegesische Rhetorik, die eine rasche Lösung anstrebte, wich Formulierungen, die in erster Linie eine friedliche Lösung der Taiwanfrage als Ziel hatten und mehr Flexibilität in der Taiwanfrage erkennen ließen von Seiten Chinas.

Es folgten fast vier Jahrzehnte Funkstille zwischen der VR China und Taiwan, welche nur selten von etwaigen politischen Streitereien unterbrochen wurde. Im Laufe der Zeit nahmen jedoch die Spannungen zwischen den beiden Seiten ab und auch die Rhetorik wurde entschärft.

Anfang der 1980er Jahre hatte sich vor allem auf Taiwan, aber auch in der VR China die Situation deutlich verändert. Der wirtschaftliche Aufstieg Taiwans hatte auch die Gesellschaft auf der Insel verändert. Unter Präsident Chiang Chingkuo (chinesisch: 蔣經國 / Jiang Jingguo) wurde Taiwan schrittweise Richtung Demokratie geführt und auch die Beziehungen zum Festland wurden pragmatischer betrachtet. Nicht nur wurde unter Chiang Chingkuo die entscheidenden Schritte Richtung Demokratie gesetzt, sondern auch die Beziehungen zum Festland nahmen eine Wendung. Zwei Monate vor seinem Tod (13. Januar 1988) hob Chiang Chingkuo die Reiseeinschränkung auf, welche es Taiwanesen verbot ihre Verwandten am Festland zu besuchen. Mit der Aufhebung der Reisebeschränkung kam es auch auf kulturelle und wirtschaftliche Ebene zu einem verstärkten Austausch zwischen Taiwan und dem

---

<sup>80</sup> Ebd. S.49.

Festland.<sup>81</sup> In den folgenden Jahren kam es zu einer Reihe geheimer Treffen zwischen Vertretern beider Seiten, in Folge dieser geheimen Treffen kam es schlussendlich zur Einigung über den „1992 Konsens“, welcher die Grundlage für die 1993 beginnenden Koo-Wang Gespräche<sup>82</sup> darstellte und damit den Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen der beiden Seiten einläutete.

#### 4.2. Der Demokratisierungsprozess Taiwans

Das demokratische System auf Taiwan ist ein relativ junges. Lange Zeit war die Herrschaft der KMT auf Taiwan eine autoritäre. Das Kriegsrecht, welches seit 1948 auf Taiwan herrschte, wurde erst 1987 als Resultat des Demokratisierungsprozesses auf Taiwan aufgehoben. Platz für andere Parteien, Pressefreiheit oder freie Demonstrationen gab es in den ersten Jahrzehnten der KMT-Herrschaft auf Taiwan nicht. Wann und wie vollzog sich also der Wechsel von einem Parteistaat hin zu einer Demokratie?

Es gab sowohl innere Faktoren als auch äußerer Faktoren, welche diesen Transformationsprozess eingeleitet und beschleunigt haben auf Taiwan. Zuerst ist hier die rasch wachsende taiwanesishe Wirtschaft zu nennen. In Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs stieg auch der Wohlstand innerhalb der Gesellschaft Taiwans an. Mit dem steigenden Wohlstand stieg das politische Bewusstsein bei vielen Taiwanern und die Bevölkerung verlangte bald mehr Mitsprache bei den politischen Entscheidungen. Bereits in den frühen 1970er Jahre bildeten sich mehrere Interessengruppen. Auch der relativ hohe Bildungsgrad der Bevölkerung führte dazu, dass die Bevölkerung in der Lage war sich sehr gut zu organisieren und so Druck auf die KMT auszuüben.

Neben diesen sozioökonomischen Faktoren spielten aber auch externe Faktoren eine wesentliche Rolle in Taiwans Demokratisierungsprozess. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen der USA mit der VR China 1979 war ein schwerer Schlag für die Verantwortlichen auf Taiwan. Die Verantwortlichen der KMT erkannten, dass in der schrittweisen Demokratisierung Taiwans die beste Möglichkeit bestand, sich seinen Platz in

---

<sup>81</sup> Su, Chi: *Taiwan's Relations with Mainland China – A Tail Wagging Two Dogs*. New York: Routledge Contemporary Asia Series, 2009, S.1-3.

<sup>82</sup> Die ersten Koo-Wang Gespräche wurden vom 27 bis 29 April 1993 auf Singapur abgehalten. Benannt sind die Gespräche nach den Vorsitzenden von ARATS, Wang Daohan und SEF, Koo Chenfu. Die Koo-Wang Gespräche fanden zwischen den halboffiziellen Vereinigungen ARATS und SEF statt und sollten die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen dem Festland und Taiwan dienen. Vgl. Su, Chi: *Taiwan's Relations with Mainland China*. S.16-21.

der Welt zu sichern, da man als demokratisches Land größere Chance haben würde eine Eingliederung in die VR China zu vermeiden. Die demokratischen Reformen in benachbarten Staaten (wie etwa auf Süd-Korea und den Philippinen) erhöhten ebenfalls den Druck auf Taiwans Verantwortliche von der autoritären Herrschaftsform abzuweichen.

Die Tatsache, dass Wahlen auf Taiwan nie völlig abgeschafft wurden (in den Provinzen konnten weiterhin Vertreter gewählt werden), war ebenfalls kein Nachteil für den Demokratisierungsprozess auf Taiwan. Einer der wichtigsten Faktoren für das Voranschreiten des Demokratisierungsprozesses war jedoch das Aufkommen der Oppositionskräfte. Aufgrund ihrer Erfolge in den lokalen Wahlen erlangten diese Kräfte immer mehr Einfluss und kamen schrittweise auch in immer wichtigere Positionen innerhalb der Gesellschaft. Im September 1986 kam es schließlich zur Gründung der DPP (vgl. Kapitel 4.2.2), ein Jahr bevor das Kriegsrecht und damit verbunden das Verbot der Gründung neuer Parteien aufgehoben wurde.<sup>83</sup>

Es gibt aber auch Stimmen, welche behaupten, dass die KMT-Führung selbst die entscheidende, treibende Kraft hinter Taiwans Demokratisierungsprozess war. So schreibt etwa Steve Tsang, der Leiter der Asien-Studien an der Universität Oxford, dass neben den sozioökonomischen Faktoren vor allem auch ein „gehemmtes politisches Zentrum“ („the inhibited political centre“) zur Demokratisierung Taiwans beigetragen hat. Tsang ist der Ansicht, dass die KMT bereits vor dem Aufkommen einer starken Opposition das Prinzip der Trennung von Partei und Regierung erkannt hatte. Steve Tsang hebt ebenfalls die Bedeutung Chiang Chingkuos hervor. Der Sohn und Nachfolger Jiang Kaisheks habe großen Anteil an der Demokratisierung Taiwans gehabt. Wobei Tsang hier einräumt, dass Ereignisse wie das Sino-Britische Abkommen von 1984 (Das Abkommen regelte die Rückgabe Hong Kongs an die VR China) oder auch die Revolution auf den Philippinen Chiangs Entscheidung mitbeeinflusst haben dürften. Dennoch hätte er die Möglichkeit gehabt, die illegal gegründete Oppositionspartei DPP zu unterdrücken. Chiang hatte zu jener Zeit die völlige Kontrolle über Partei, Regierung und das Militär. Chiang entschied sich jedoch gegen einigen Widerstand seiner Parteikollegen für den Weg der Demokratisierung Taiwans. Tsang meint, dass Chiangs Entscheidung dem Prozess der Demokratisierung Taiwans einen entscheidenden Schub gegeben hat und damit auch einen Prozess der Demokratisierung von oben eingeleitet habe.<sup>84</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. Tian, Xiansheng: *A Lesson to Learn: The Origins and Development of the Constitutional Reform in Taiwan*. In: University Press of America, Nr. 194, S.194-197.

<sup>84</sup> Vgl. Tsang, Steve: *Transforming a Party State into a Democracy*. In: *Democratization in Taiwan-Implications for China*. Steve, Tsang/ Hungmao Tien (Hrsg.). Hong kong: Hong Kong University Press, 1999, S. 7-13.

#### 4.2.1. Die Verfassungsreform und die Abschaffung der Nationalversammlung

Eine der wichtigsten Aufgaben für die junge Demokratie Taiwan war und ist die Reform der Verfassung. Seit es freie Wahlen gibt auf Taiwan, gibt es auch die Diskussion über eine Reform bzw. eine Erweiterung der Verfassung. Die Diskussionen über die Reform der Verfassung sind in Taiwan eng an den Demokratisierungsprozess und die Entwicklung Taiwans geknüpft. Die Verfassung Taiwans beruht auf jener Verfassung, welche die KMT vor dem chinesischen Bürgerkrieg für ganz China entwarf. Nach der Flucht der KMT nach Taiwan wurde diese Verfassung ohne Modifikation auf Taiwan übertragen, Wahlen wurden während der Zeit des Kriegsrechts (1949-1987) auf Taiwan jedoch nicht abgehalten. Aus diesem Vorgehen heraus resultierten einige Probleme und auch Skurrilität. So konnten etwa noch auf dem Festland gewählte Vertreter über 35 Jahre lang ihre Positionen innehaben, ohne sich je einer Wiederwahl stellen zu müssen. Bis Anfang der 1970er war Taiwans Entwicklung darauf ausgerichtet das Festland zurück zu erobern. Dieses besondere Vorhaben wurde auch als Rechtfertigung für besondere politischer Maßnahmen herangezogen. Die Phase der „Mobilisierung gegen die kommunistischen Rebellen“ wurde erst 1991 offizielle beendet und gleichzeitig die Übergangsbestimmungen, welche 1948 erlassen wurden, aufgelöst. Diese 1948 erlassenen Übergangsbestimmungen, welche der Bekämpfung der Kommunisten auf dem Festland dienen sollten, hatten nicht nur Einfluss auf die Verfassung gehabt, sondern stärkten auch die Position des Präsidenten und Vizepräsidenten Taiwans, indem sie das Wiederwahllimit von zwei Perioden aufhoben.<sup>85</sup>

Nach der Aufhebung dieser Übergangsbestimmungen war der Weg frei für eine Revision der Verfassung Taiwans. In relativ kurzen Abständen kam es während der 1990er Jahre zu einer schrittweisen Revision der Verfassung, die jedoch großen Einfluss auf die demokratischen Prozesse auf Taiwan hatten. Der Autor Jiunn Rongyeh teilt die Änderungen der taiwanesischen Verfassung in drei Phasen ein.

Die der ersten Phase bestand aus drei Revisionen, welche in den Jahren 1991, 1992 und 1994 stattfand. In allen drei Runden der ersten Phase galt der Hauptfokus dem Problem der Neuwahl der Vertreter des Legislativ Yuan. Wie bereits beschrieben, waren die gewählten Vertreter bereits seit 1948 in ihren Ämtern und viele von ihnen waren mittlerweile gestorben. Die Regelung der Neuwahl der Vertreter der Legislative war der erste Punkt, der reformiert wurde. Nachdem neue Regeln für die Wahl der Vertreter festgesetzt waren, machte man sich 1992 daran die Wahl des Präsidenten zu reformieren. Am Ende dieses Prozesses konnte der

---

<sup>85</sup> <http://www.taiwandocuments.org/constitution07.htm> (Stand: 20.09.2011)

Präsident vom Volk gewählt werden und musste nicht mehr von der Nationalversammlung bestimmt werden. In der dritten Runde der ersten Phase einigte man sich darauf, dass der Präsident zukünftig direkt gewählt werden sollte. Diesem Entschluss gingen jedoch heftige interne Kontroversen innerhalb der KMT voraus, welche zur Abspaltung einiger Mitglieder führte, die später die „New Party“ gründeten.

Die zweite Runde der Verfassungsänderung fand 1997 statt, das Jahr, indem Hong Kong wieder an die VR China übergeben wurde. Vor diesen Hintergrund war es notwendig für Taiwans Verantwortliche die Situation Taiwans von der Hong Kongs abzugrenzen. Es war wichtig, dass sichtbar gemacht werden konnte, dass Taiwan ein Teil der internationalen Gemeinschaft war. Deshalb war das Ziel der zweiten Phase der Reform die Bedeutung des Präsidentenamtes zu stärken. In der Folge wurde die Macht des Präsidenten gegenüber dem Kabinett erweitert und viele Funktionen und Aufgaben der Provinzen eingeschränkt bzw. abgeschafft.

Die dritte und letzte Phase befasste sich mit dem Status der Nationalversammlung. Die Rolle der Nationalversammlung war seit Beginn der Demokratisierung Taiwans ein umstrittenes Thema. Die Nationalversammlung resultiert noch aus der ursprünglichen Version der 1947 geschriebenen Verfassung. Die Nationalversammlung, die bis 1991 das Recht hatte den Präsidenten und Vizepräsidenten zu bestimmen, hatte in der Folge der Verfassungsreformen schrittweise an Einfluss und Bedeutung verloren. Die meisten ihrer Aufgaben wurden an das Legislativ Yuan übertragen. Die Mitglieder der Nationalversammlung erkannten die Zeichen der Zeit und versuchten in einem letzten Kraftakt ihre Position zu stärken. Sie verlangten mehr Einfluss und das Schaffen eines Zweikammern-Kongresses, wobei eine Kammer die Nationalversammlung darstellen sollte und die andere Kammer das Legislativ Yuan. Während von Seiten der KMT durchaus Unterstützung für das Anliegen der Vertreter der Nationalversammlung kam, war die DPP für die Abschaffung der Nationalversammlung, und auch die öffentliche Meinung war gegen die Vorschläge der Nationalversammlung. Am Ende dieses Machtkampfes, während dessen auch das Höchstgericht befragt wurde, einigte man sich schlussendlich darauf die Nationalversammlung erheblich zu verkleinern.<sup>86</sup> Als Folge der schrittweisen Verkleinerung und der schwindenden Bedeutung der Nationalversammlung, kam es schließlich 2005 zur endgültig Abschaffung der Nationalversammlung.<sup>87</sup>

Der Prozess der Verfassungsreform Taiwans war wie der gesamte Demokratisierungsprozess Taiwans kein konfliktfreier. Immer wieder kam es zu heftigen Kontroversen zwischen und

---

<sup>86</sup> Vgl. Jiunn, Rongyeh: *Constitutional Reform and Democratization in Taiwan, 1945-2000*. In: Taiwan's Modernization in Global Perspective. Peter C.Y. Chow (Hrsg.). Westport: Greenwood, 2002, S.48-59.

<sup>87</sup> <http://www.nytimes.com/2005/06/07/world/asia/07iht-taiwan.html> (Stand: 22.09.2011)

auch innerhalb der Parteien. Während die KMT einzelne Teile der Verfassung nur abändern bzw. erweitern wollte, setzte sich die DPP von Anfang an für die Schaffung einer völlig neuen Verfassung ein. Diese unterschiedlichen Positionen reflektierten die grundsätzlichen Ideen der beiden Parteien. Eine völlig neue Verfassung wäre ein deutliches Zeichen für die Unabhängigkeit Taiwans gewesen. Am Ende setzte sich die KMT mit ihrer Idee durch, was zu zahlreichen Demonstrationen und Protesten der Opposition führte, und nicht nur einmal kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen KMT und DPP Abgeordneten im Verlauf dieses Prozesses. Am Ende des Prozesses der Verfassungsänderung stand eine Verfassung, die nur mehr sehr wenig mit der originalen Version der Verfassung gemeinsam hat. Besonders herauszuheben ist die Stärkung der Position des Präsidenten auf Taiwan.<sup>88</sup>

#### **4.2.2. Die Parteien**

Mit dem Aufkommen des Demokratisierungsprozesses und der Oppositionsparteien Ende der 1980er Jahre bekam die KMT Konkurrenz auf Taiwan, dies führte schließlich dazu, dass im Jahr 2000 erstmals die DPP unter Chen Shuibian die Präsidentschaftswahlen gewann und die KMT als Regierungspartei ablöste. Ein Merkmal der Politik Taiwans ist, dass die Parteien auf Taiwan in sich sehr stark zersplittert sind, was in der Vergangenheit immer wieder zur Gründung neuer Parteien führte.

Auf der einen Seite des politischen Spektrums gibt es das sogenannte „Pan-blau“-Lager, zu welchem die KMT gezählt wird, und die im Jahr 2000 gegründete „People First Party“ (PFP) von James Soong sowie die 1993 gegründete „New Party“ (NP), welche 1993 aus einer Gruppe ehemaliger KMT Mitglieder hervorging. Von diesen drei Parteien ist die KMT die mit Abstand größte Partei. Das „Pan-blau“ Lager wird als das konservative bzw. konservativere Lager im Vergleich zum „Pan-grün“ Lager angesehen. Jedoch vertritt auch das „Pan-blau“ Lager in der Taiwanfrage mittlerweile die „Taiwan first“-Politik (台湾优先/ taiwan youxian). Die KMT hat ebenfalls zugesichert, dass es ohne die Zustimmung des taiwanesischen Volkes keine Änderung des Status quo geben kann. Die KMT akzeptiert zwar den „1992 Konsens“ und präsentiert sich stärker als die anderen Parteien (mit Ausnahme der „New Party“) als Wiedervereinigungspartei, jedoch hat sich auch innerhalb der KMT in den letzten Jahren ein gewisser Pragmatismus entwickelt, der sich an die neuen Gegebenheiten

---

<sup>88</sup> Vgl. Tian: *A Lesson to Learn*. S.200-210.

und Mehrheiten innerhalb der taiwanesischen Gesellschaft anpasst.<sup>89</sup>

“[...] it cannot be overlooked that the KMT’s „Strait Talk“ has lost the idealistic, i.e., pan-Chinese, fervor of the old days. The party has shifted to a matter-of-fact language that tries to circumvent the one-China principle and focuses on practicals of Sino-Taiwanese cooperation”<sup>90</sup>

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums findet man die Parteien, die zum „Pan-grün“ Lager gezählt werden. Die stärkste Partei auf Seiten des „Pan-grün“ Lagers ist die 1986 gegründete DPP, welche auch die erste und bisher einzige Partei war, die es geschafft hat der KMT die Regierungsverantwortung zu entreißen. Die DPP war zudem die erste ernstzunehmende Oppositionspartei auf Taiwan. Neben der DPP wird auch noch die vom ehemaligen Präsidenten Lee Tenghui gegründete „Taiwan Solidarity Union“ (TSU) und die „Taiwan Independence Party“ (TAIP) zum „Pan-grün“ Lager gezählt. Im Unterschied zum „Pan-blau“ Lager strebt das „Pan-grün“ Lager im Allgemeinen stärker Richtung Unabhängigkeit Taiwans und nimmt eine strengere Position in den Beziehungen zur VR China ein.<sup>91</sup> Die Politik der DPP verschaffte dem „Pan-grün“ Lager im Jahr 2000 zum ersten Mal einen Wahlsieg über das „Pan-blau“ Lager, verschlechterte jedoch in Folge die Beziehungen zur VR China und auch zu den USA, wie in den folgenden Kapitel näher erläutert wird. Als weder dem „Pan-blau“ Lager noch dem „Pan-grün“ Lager zugehörig sieht sich die „Non Partisan Solidarity Union“ (NPSU), welche erst im Juni 2004 gegründet wurde. Die Verschiebungen des Kräfteverhältnisses im Legislativ Yuan (während des Zeitraumes 2004-2008) sind in der Grafik 1.3. dargestellt.

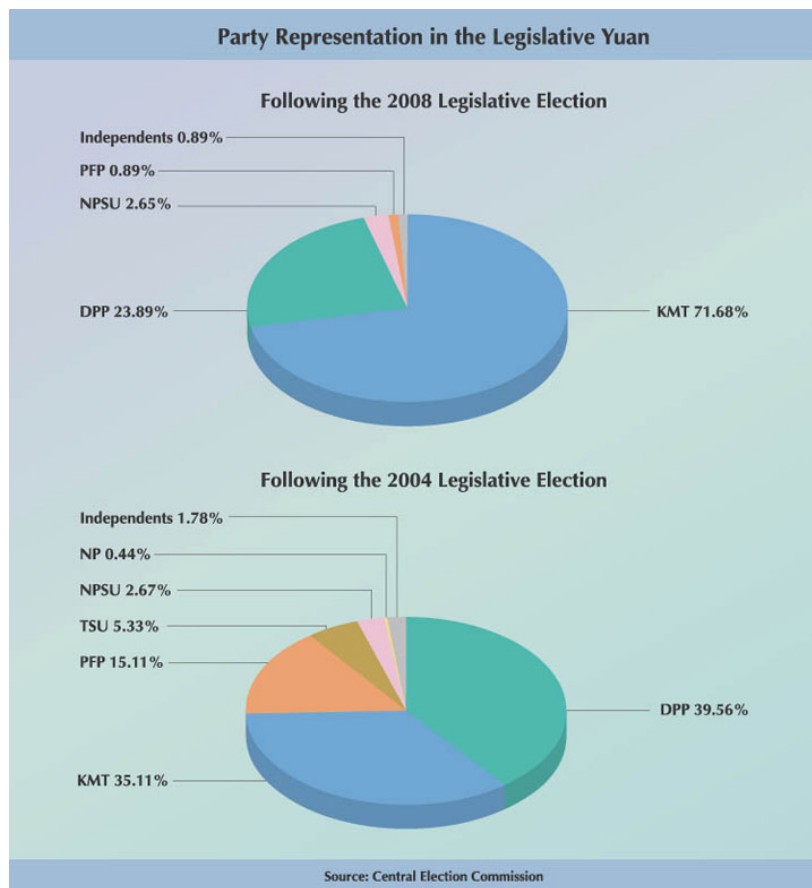
---

<sup>89</sup> Vgl. Schubert, Gunther: *Taiwan's Political Parties and National Identity-The Rise of an Overarching Consensus*. In: Asian Survey, Vol. 44, Nr. 4, 2004, S.539-542

<sup>90</sup> Ebd. S.542.

<sup>91</sup> Paolino, Philip / Meerik, James (Hrsg.): *Democratization in Taiwan – Challenges in Transformation*. Burlington: Ashgate, 2008, S.4-6.





Grafik 1.3: Wahlergebnisse des Legislativ Yuan 2004 und 2008.

Quelle: <http://www.gio.gov.tw/taiwan-website/5-gp/yearbook/2008/ch5.html> (Stand.: 06.04.2011)

### 4.3. Das politische System und die Taiwanfrage

Im Laufe der Zeit hat das politische System Taiwans immer wieder seine Struktur geändert (vgl. Kapitel 4.2.1). Das System wird oft als eine Mischung aus parlamentarischen Regierungssystem und einem präsidentiellen Regierungssystem bezeichnet. Dieses System birgt jedoch eine gewisse Anfälligkeit für Handlungsunfähigkeit. So fehlte etwa der DPP nach dem Wahlsieg Chen Shuibians im Jahr 2000 in den folgenden Jahren die Mehrheit im Legislativ Yuan, wo weiterhin die KMT die Mehrheit der Abgeordneten stellte - eine solche Situation wird als „divided government“ (vgl. Kapitel 3.3.) beschrieben und ist ebenfalls des Öfteren in den USA zu beobachten. Das Grundgerüst des Systems stellt die Einteilung in fünf sogenannten „Yuan“ da, die man am ehesten als Regierungsgewalten oder Regierungsbereiche übersetzen kann. Diese fünf Yuan sind das Legislativ Yuan, das Judikativ Yuan, das Exekutiv Yuan, das Kontroll Yuan und ein Prüfung Yuan.

Die Legislative wird in Taiwan als Legislativ Yuan bezeichnet, hier werden die Gesetze

schlussendlich verabschiedet. Das Legislativyuan wird auch oft als Senat oder Parlament bezeichnet. Neben der Abstimmung über Gesetzesvorschläge liegt die Hauptaufgabe des Legislativyuans vor allem in der Absegnung des Haushaltsbudgets. Darüber hinaus besitzt das Legislativyuan die Möglichkeit, ein eventuelles Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten oder Vize-Präsidenten einzuleiten. Die Anzahl der Mitglieder des Legislativyuan betrug bis zum Jahr 2004 225 Abgeordnete, welche zum überwiegenden Teil direkt gewählt wurden und aus den verschiedenen Wahlkreisen gesandt werden.

2004 wurde die Anzahl der Mitglieder jedoch auf 113 reduziert und gleichzeitig beschlossen, Wahlen nur mehr alle 4 Jahre abzuhalten und nicht wie in der Vergangenheit alle drei Jahre. Die neue Regelung hat ebenfalls den Vorteil, dass die Wahl des Legislativyuan mit der Präsidentenwahl zusammenfällt in Zukunft.<sup>92</sup>

Eine weitere größere Reform im Wahlmodus der Abgeordneten für das Legislativyuan betraf die Abschaffung des Modus der „einfachen nicht übertragbare Stimme („single nontransferable vote“). Ein Modus, der in der Vergangenheit dazu geführt hatte, dass die Kandidaten in ihren Wahlkreisen oft ihre eigene Politik betrieben und auf Parteipolitik und Parteilinie wenig Rücksicht genommen wurde. Gewählt wurden oft derjenige, der sich von den anderen Bewerbern abheben konnte und eine Gruppe von loyalen Unterstützern hatte, die ihre Freunde und Nachbarn dazu motivieren konnten am Tag der Wahl für ihren Kandidaten zu stimmen. Die Parteipolitik bzw. Parteilinie zu diversen politischen Themen war in diesem System zweitrangig. So geschah es auch, dass immer wieder dubiose Gestalten bis hin zu öffentlich bekannten Verbrechern den Weg in das Legislativyuan schafften. Dieser Modus begünstigte Kandidaten, die sich abseits der politischen Mitte mit extremen Positionen in Szene zu setzen wussten. Auf diese Art und Weise kann man zwar keine großen Mehrheiten für sich gewinnen, aber ein gewisser Anteil an Stimmen war einem sicher, und da in manchen Wahlkreisen oft 5% der Stimmen ausreichten, war dies oft eine erfolgreiche Strategie. Die geringe Parteidisziplin in Taiwan war eine natürliche Folge dieses Systems, welches persönliche Beziehungen und Loyalität oft über Parteiidentität und Inhalte stellt. Das neue Wahlsystem, welches 2005 festgesetzt wurde, ist dem deutschen Modell nachempfunden und führte 2008 dazu, dass 73 Sitze weiterhin direkt gewählt wurden, sechs für Vertreter der Urbevölkerung reserviert sind und die restlichen 34 Sitze von den Parteien nach Kräfteverhältnis aufgefüllt werden. Jeder Wähler gibt also eine Stimme für einen Kandidaten ab und eine zweite für eine Partei. Diese Neustrukturierung soll dazu führen, dass nicht nur

---

<sup>92</sup>Vgl. Copper: *Taiwan: Nation-State or Province?* S. 122-124.

die Parteidisziplin mehr gefördert wird, sondern auch die Parteilinien aufgewertet werden.<sup>93</sup>

Das Judikativyuan besteht aus einem Präsidenten und Vize-Präsidenten dazu kommen 15 Richter, die auf 6 Jahre hin bestimmt werden. Alle werden vom Büro des Präsidenten bestimmt und müssen vom Legislativyuan bestätigt werden. Die Judikative ist organisiert in Form des Verfassungsgerichtes (大法官会议) und drei dem Verfassungsgericht untergeordneten Gerichten ("Oberste Gericht", "Hohen Gerichte", "Amtsgerichte") sowie dem Verwaltungsgericht und den „Ausschuss für öffentliche Disziplinarverfahren“. In der Vergangenheit wurde auf Taiwan immer wieder der Vorwurf erhoben, die Judikative sei nicht völlig unabhängig und würde teilweise unter Parteieinfluss stehen. Vor allem die Bestimmung der Höchststrichter durch die Regierung sei hier als problematisch einzustufen. Das Vertrauen in die Judikative unter der Bevölkerung nahm in den letzten Jahren etwas ab, da angekündigte Reformen unter Präsident Chen Suibian nicht durchgeführt wurden oder verschoben wurden. Während der Regierung Chen Suibians wurden besonders jene Stimmen laut, die behaupteten die Regierung würde sich die Judikative „zurecht schnitzen“.

Die Mitglieder des Kontrolllyuan werden mittlerweile (nach Vorwürfen über gekaufte Sitze in der Vergangenheit) nicht mehr vom Volk gewählt, sondern vom Präsidenten bestimmt, wobei das Legislativyuan auch hier zustimmen muss.

Das Untersuchungsyuan besteht aus einem Präsidenten, einem Vize-Präsidenten und 21 Ministern. Seine Hauptaufgabe besteht in der assistierenden Überwachungen von Beamten und andern Behördenbediensteten sowie in der Ausarbeitung von Reformvorschlägen für das Beamtenwesen.<sup>94</sup>

Neben den strukturellen Eigenschaften des politischen Systems ist insbesondere der überdurchschnittliche Wettbewerbsdruck („hyper- competitiveness“) in der taiwanesischen Politik auffällig. Ein Zustand, der auch dazu führt, dass das politische Vertrauen und die Zusammenarbeit unter den Parteien sehr gering sind. Die Parteien und Politiker sind deswegen fast ununterbrochen dazu gezwungen, sich neu zu positionieren und immer wieder Vorteile zu suchen, so dass nur wenig Zeit übrig bleibt für die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen. Dieser hohe Wettbewerbsdruck unter den Parteien auf Taiwan hat sowohl historische als auch institutionelle Hintergründe. Nicht nur die jahrelange „the winner takes it all“-Einstellung und der Modus der „einfachen nicht übertragbare Stimme“ führten dazu, dass sich gewählte Vertreter bereits sehr früh nach ihrer Wahl wieder mit ihrer Wiederwahl auseinander setzen müssen - anstatt sich ihren Aufgaben zu widmen - sondern auch die hohe

---

<sup>93</sup> Vgl. Rigger, Shelly: *The Unfinished Business of Taiwan's Democratization*. In: Bernkopf-Trucker, Nancy: *The US-Taiwan-China Crisis*. New York: Columbia University Press, 2005, S. 36-38.

<sup>94</sup>Vgl. Copper: *Taiwan: Nation-State or Province?* S.124-127.

Anzahl von Wahlen, die in relativ kurzer Zeit aufeinander folgen.

Auf landesweite Wahlen folgen oft wenige Wochen später bereits wieder Regionalwahlen. Dazu kommt noch die Tatsache, dass Wahlen auf Taiwan in der Vergangenheit immer zu vorher festgeschriebenen Zeitpunkten abgehalten wurden, es also einen fixen Terminplan gab, der Jahre und Monate zuvor festgesetzt wurde. Dies hatte zur Folge, dass bereits sehr früh mit den Wahlkampagnen begonnen werden muss. Die Politiker befinden sich auf Taiwan in einer Art Dauerwahlkampf, diese Situation macht es natürlich schwierig Stabilität und Inhalte zu vermitteln oder längerfristige Kompromisse auszuhandeln.

Unter diesen Umständen ist es dann auch schwierig für die Parteien eine klare Parteilinie und Ideologie zu verankern. Ein weiterer Faktor, der diesen Umstand verschärft, ist die Tatsache, dass in Taiwan besonders während der Zeit der Alleinregierung der KMT viele Politiker nicht primär aus ideologischer Überzeugung der Partei beigetreten sind, als vielmehr die beruflichen Möglichkeiten gesehen haben schnell und sicher Karriere zu machen mit Hilfe der Partei.

In dieser Parteilandschaft, in der es an großen Eckpfeilern in den politischen Programmen der einzelnen Parteien fehlt, bekommt die Taiwanfrage und die Positionierung der einzelnen Parteien eine umso größere Bedeutung. Die Taiwanfrage bestimmt also nicht nur in einem hohen Masse die Außenpolitik Taiwans, sondern dominiert auch die innenpolitische Diskussion Taiwans. Die Taiwanfrage verschafft den Parteien eine der seltenen Möglichkeiten, sich klar zu positionieren und sich damit von den anderen Parteien abzugrenzen, wobei der Spielraum in der Taiwanfrage ebenfalls begrenzt ist. Das Handhaben der Taiwanfrage und die damit verbundenen Beziehungen zu der VR China sind deswegen eines der zentralen Themen jedes Wahlkampfes. Eine Art klassenbasierte Politik findet man auf Taiwan nicht. Politiker und Parteien tun sich sehr schwer in wirtschaftlichen und sozialen Fragen eine klare Linie zu befolgen.<sup>95</sup>

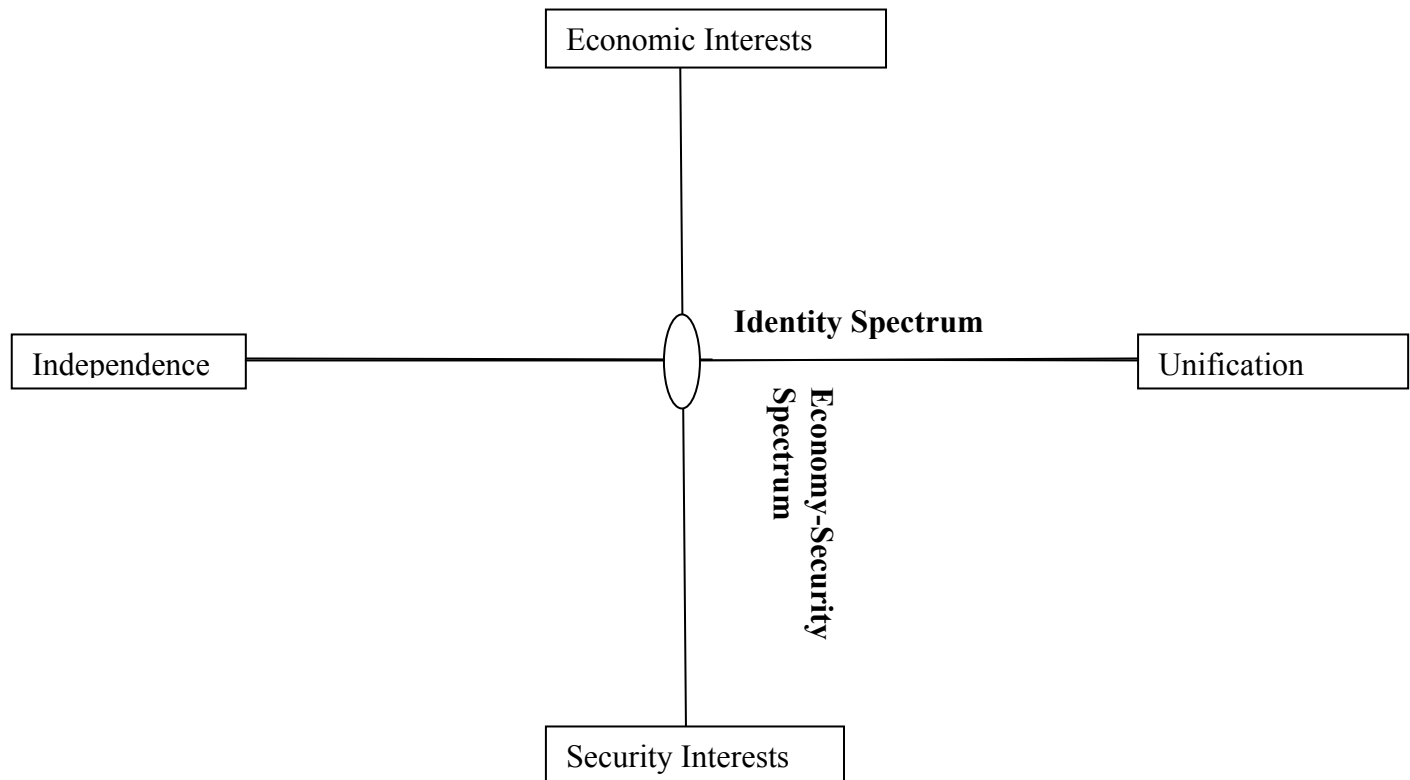
Seit dem Beginn des Demokratisierungsprozesses auf Taiwan stand die Frage nach Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung im Zentrum der politischen Diskussion, und entlang dieser Trennlinie formierten sich die verschiedenen Parteien.

In seinem Artikel *Taiwan's Domestic Politics and Cross-strait Relations* veranschaulicht der taiwanische Autor Wu Yushan die Politik der einzelnen Parteien Taiwans und deren Richtungsänderungen im Laufe der Zeit anhand einer von ihm erstellten policy map. Auch hier wird deutlich, dass die Frage nach Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung sowie die Sicherheitsfrage und der Ausbau der wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Festland die

---

<sup>95</sup>Vgl. Rigger: *The Unfinished Business of Taiwan's Democratization*. S. 34-39.

zentralen Themen in der politischen Landschaft Taiwans sind. Wu Yushan geht in seiner Analyse von einem Identitäts-Spektrum auf der einen Seite und einem Wirtschaft-Sicherheit-Spektrum auf der andere Seite aus. (vgl. Grafik 1.4).



Grafik 1.4: Yu Shanwus policy map.

Quelle: Nachgebaut der Figure 4 aus Yu Shanwus Artikel: „Taiwans domestic politics and cross strai relations“.

Wu argumentiert, dass sich die Parteien auf Taiwan in ihrer Festlandpolitik entlang dieser Spektren bewegen und sich dadurch auch unterscheiden, wobei eine zunehmende Tendenz in den großen Parteien (DPP und KMT) zu beobachten ist, welche die Parteien stärker Richtung Zentrum wandern lässt (siehe auch Ausführungen in Kapitel 4.3. über die Politik der beiden Großparteien in den 1990er Jahren). Der Grund dafür ist das Ziel der Stimmenmaximierung. Wu schreibt, dass die Mehrheit der Wähler eindeutig im Zentrum zu finden ist. Will eine Partei also siegreich aus Wahlen hervorgehen, könne man sich eine zu extreme Position (eindeutig für Unabhängigkeit oder eindeutig pro-Wiedervereinigung) nicht mehr leisten, eine Entwicklung, welche die Parteien auch zukünftig weiter weg führen würde von den extremen

Positionen.<sup>96</sup>

Auch der taiwanesischen Autor Wu Naide (吳乃德) argumentiert in seinem Artikel *麵包與愛情：初探台灣民眾民族認同的變動* (*Brot oder Liebe: Eine Vorstudie über den Wandel der Identität von Taiwans „Volks-nationalität“*), dass die wirtschaftlichen Beziehungen zum Festland auf der einen Seite und die „persönliche Identität“ (und damit auch verbunden die Frage nach Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung) auf der anderen Seite den größten Einfluss auf die „taiwanesischen Identität“ haben.<sup>97</sup>

Interessant zu beobachten ist hier die Tatsache, dass trotz der verstärkten Ausprägung einer taiwanesischen Identität (vgl. Grafik 1.3.), eine klare Mehrheit der Bevölkerung weiterhin für die Aufrechterhaltung des Status quo<sup>98</sup> in den Beziehungen zur VR China ist. (vgl.

Grafik 1.4.) Der Prozentsatz der Bevölkerung, der für den Status quo ist und damit gleichzeitig eine radikalerer Position (völlig Unabhängigkeit bzw. Wiedervereinigung mit dem Festland) ablehnt, liegt seit Jahren konstant bei um die 80% .

Wie in Grafik 1.3. zu erkennen ist, liegt der Anteil der Bevölkerung auf Taiwan, die sich als ausschließlich chinesisch betrachtet bei etwa 5% der Gesamtbevölkerung, während sich mittlerweile über 52% der Bevölkerung als taiwanesisch betrachtet und weitere rund 40% als taiwanesisch und chinesisch betrachten.

Allerdings sollte man bei Umfragen betreffend die Identitätsentwicklung auf Taiwan etwas genauer ins Detail gehen und es gilt zu klären, wie man eine „taiwanesischen“ oder „chinesischen“ Identität definiert bzw. wo hier die Trennlinien liegen.

So weist etwa auch Wu Naide darauf hin, dass man hier zwischen der Entwicklung einer Staatsidentität (国家认同/ guojia rentong) und der Entwicklung einer Volksidentität bzw. einer ethnokulturellen Identität (民族认同/ minzu rentong) unterscheiden müsse.

„Wenn man über die Entstehung von Völkern und Nationen spricht, existieren im Allgemeinen zwei Pfade: Der eine (Pfad) ist der Pfad des zuerst existierende Staates, der eine Volksidentität schafft, wie in den Ländern Westeuropas etwa. Der andere Pfad ist der Pfad der sich herausgebildeten Nationalität, oder wenn

---

<sup>96</sup> Vgl. Wu, Yushan: *Taiwan's Domestic Politics and Cross-strait Relations*. In: The China Journal, Nr.53, 2005 (Jan.). S.35-60.

<sup>97</sup> Vgl. Wu, Naide (吳乃德): *麵包與愛情：初探台灣民眾民族認同的變動* (*Brot oder Liebe: Eine Vorstudie über den Wandel in der Identität von Taiwans „Volks-nationalität“*). In: 台灣政治學刊, Vol.9, Nr.2, 2005 (Dez.), S.28-34.

<sup>98</sup> Der „Status quo“ wird von vielen Seiten immer wieder unterschiedlich interpretiert. In den Umfragen wird unter dem „Status quo“ meistens die politische Trennung Taiwans vom Festland verstanden, also eine Situation in der Taiwan auf der einen Seite nicht völlig Unabhängig ist und auf der anderen Seite, auch kein Teil des Festlandes ist.

ein Volk nach der Schaffung seine eigenen Staates trachtet, solche nationalen Bewegung gab es besonders unter den Kolonien“<sup>99</sup>

就民族和國家的起源關係而言，大致上有兩個路徑：一是先存的國家建構民族認同，如西歐各國；另一是形成中的民族、或已形成的民族追尋其自己國，尤其是殖民地民族運動。

Gunter Schubert geht etwa davon aus, dass zwar eine taiwanesische Nation bereits existiert, aber das Konzept der nationalen Identität auf Taiwan gesondert betrachtet werden muss. In seinem Artikel *Taiwan's Political Parties and National Identity* schreibt Schubert, dass Taiwans Staatsbildungsprojekt hauptsächlich auf einer Staatsidentität basiere und nicht so sehr auf einer ethnokulturellen Identität. Schubert schreibt in seinem Artikel:

„[...] “China“ and “Taiwan“ both remain part of the people’s subjective understanding of what their national identity is, although they apparently attach different dimensions of national identity to each. Whereas “China” is often identified with the ethnocultural underpinnings of the Taiwanese nation, “Taiwan” is foremost understood in historical and political terms.“<sup>100</sup>

Aufgrund der starken Identifikation der Taiwanesen mit ihrem souveränen Staat, sieht Schubert Taiwans nationale Identität in erster Linie auch als Staats-Identität. Den Wunsch einer völligen Abkehr von „China“ sieht Schubert jedenfalls nicht gegeben auf Taiwan.<sup>101</sup>

Eine ähnliche Argumentation kann man in Christopher Hughes Buch *Taiwan and the Chinese Nationalism – National Identity and Status in the International Society* wiederfinden. Hughes schreibt hier:

„[...] while Taiwan is located economically and culturally within China, the source of sovereignty over its state is said to lie in the population of the island. Taiwan’s government is thus conceived of as a Chinese government, rather

---

<sup>99</sup> Ebd. S.12.

<sup>100</sup> Schubert: *Taiwan's Political Parties and National Identity*. S.537.

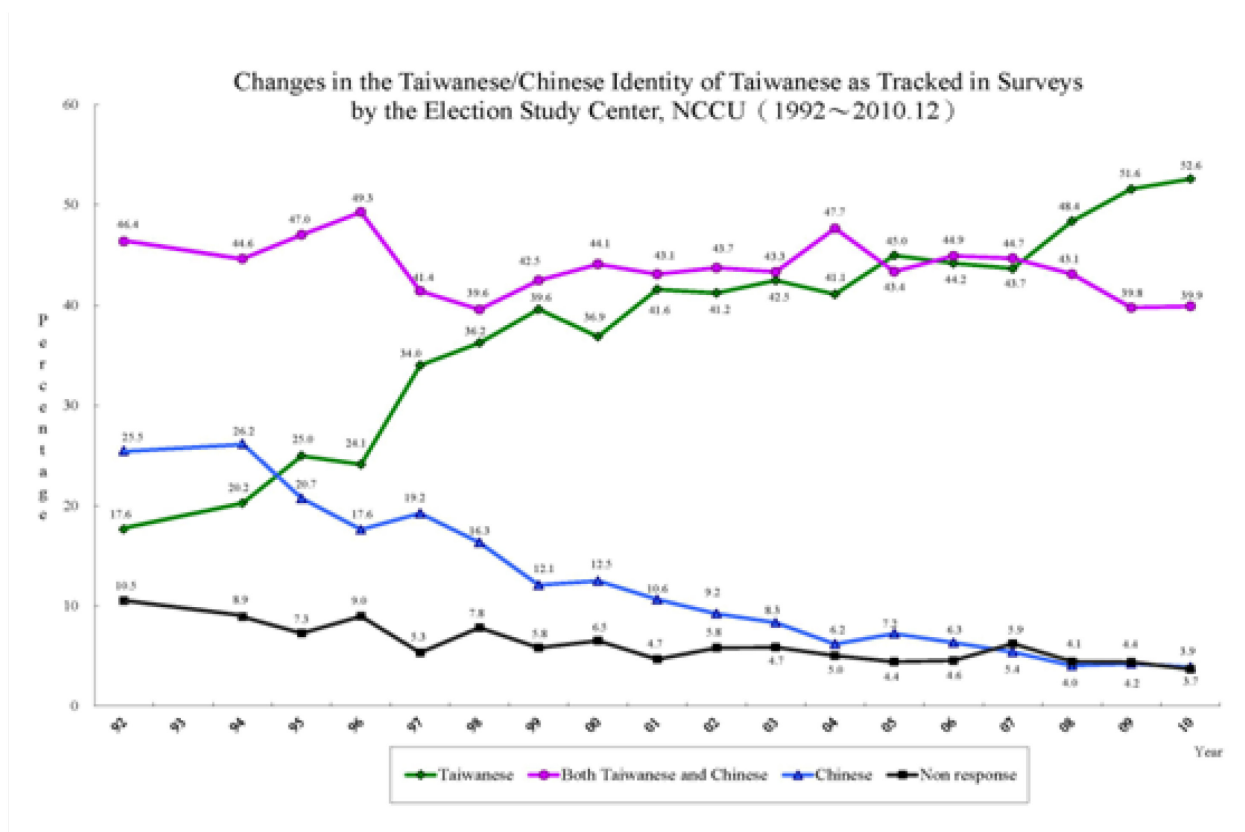
<sup>101</sup> Vgl. Ebd. S.535-538.



than *the* Chinese government”<sup>102</sup>

Diese Bindestrich-Identität auf Taiwan, welche auch auf Hong Kong zum Vorschein tritt, erklärt auch zum Teil den starken Zuspruch für die Aufrechterhaltung des Status quo in den Beziehungen zum Festland.

Ein verstärkter Wunsch nach Unabhängigkeit ist hier nicht herauszulesen (vgl. Grafik 1.6). Der überwiegende Teil der Bevölkerung hält viel mehr den Status quo für den besten Zustand, der unter den gegebenen Bedingungen möglich ist.

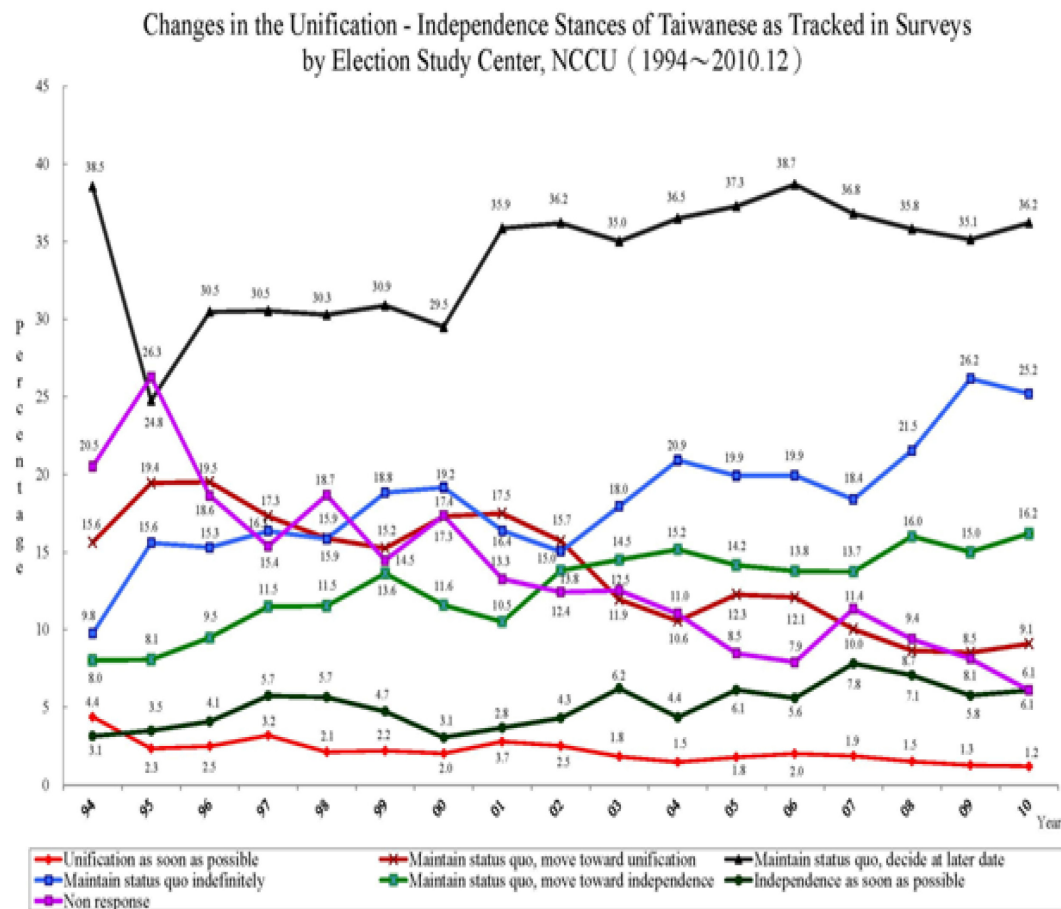


Grafik1.5: Identität der Taiwanesischen Bevölkerung

Quelle:<http://esc.nccu.edu.tw/english/modules/tinyd2/content/TaiwanChineseID.htm>(Stand: 05.04.2011).

<sup>102</sup> Hughes, Christopher: *Taiwan and Chines Nationalism-National Identity and Status in International Society*. New York: Routledge, 2000, S.128.





Grafik. 1.6. Umfrage auf Taiwan betreffend den zukünftigen politischen Status der Insel.

Quelle: <http://esc.nccu.edu.tw/english/modules/tiny2/content/tonduID.htm> (Stand: 05.04.2011).

Eine Politik, welche eine Änderung des Status quo vorsieht, ist auf Taiwan nicht mehrheitsfähig. Egal, welche Themen also einen Wahlkampf prägen auf Taiwan, ohne eine relativ gemäßigte Haltung in der Festlandpolitik, wird es auch in naher Zukunft sehr unwahrscheinlich sein eine Mehrheit zu erhalten. Auch Dafydd Fell, der sich in seinen Forschungen intensiv mit der Parteienlandschaft auf Taiwan auseinandersetzt, kommt zu dem Schluss, dass sich vor allem die beiden großen Parteien (DPP und KMT) stärker Richtung politisches Zentrum bewegt hätten in der Frage der Festlandpolitik und sich dieser Trend auch in Zukunft fortsetzen werde. Die radikaleren Positionen in der Festlandpolitik bzw. Taiwanfrage werden den kleineren Parteien (NP, PFP und TSU) überlassen.<sup>103</sup> Fell meint hierzu:

<sup>103</sup> Vgl. Fell, Dafydd: *Change and Continuity in Taiwanese Party Politics since 2000*. In: What Has Changed? Taiwan before and after the Change in Ruling Parties. Dafydd Fell/Henning Klöter/Chang Biyu (Hrsg.). Wiesbaden: Harrassowitz, 2006. S.35-38.

“The survival of the NP, PFP, and TSU show that there is a niche market for their more radical appeals. However, a positive sign for the maturity of the Taiwanese electorate is that when parties take too radical stances, they tend to be punished by the electorate.”<sup>104</sup>

Unterstützt wird diese Aussage durch die jüngsten Wahlergebnisse auf Taiwan (vgl. Grafik 1.3.), welche den Abstand der beiden Großparteien zu den anderen Parteien haben wachsen lassen.

Auch streicht Fell anhand der Analyse von Parteizeitschriften und ihrer Themengewichtung hervor, dass Identitätsfragen und die Festlandpolitik konstant wichtige Rollen innerhalb des taiwanesischen politischen Diskurses einnehmen. Zwar schaffen es immer wieder auch soziale Themen oder auch das Thema Korruption sich in den Vordergrund zu drängen, diese Themen könnten jedoch langfristig gesehen nicht den Stellenwert der Festlandpolitik einnehmen.<sup>105</sup>

#### **4.3. Die Auswirkungen des Cornell Besuchs und das Aufkommen der „Zwei-Staaten-Theorie“ Ende der 1990er Jahre**

Nachdem es Anfang und Mitte der 1990er Jahren zur deutlichen Entspannung zwischen der VR China und Taiwan gekommen war und im Rahmen der Koo-Wang Gespräche (vgl. Fußnote 56) einige Annäherungen und Übereinkünften erzielt werden konnten, änderte sich das Beziehungsklima mit Präsident Lee Tenghuis Besuch der Cornell Universität in den USA wieder schlagartig. Es entstand in der zweiten Hälfte der 1990er Jahren eine politische und gesellschaftliche Situation, die es ermöglichte, mit einer aggressiveren Politik betreffend Fragen der Unabhängigkeit Taiwans zu punkten.

Ein Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Taiwan, China und den USA war der Besuch des damaligen Präsidenten und KMT Parteivorsitzenden Lee Tenghui in den USA. Als am 22. Mai 1995 bekannt wurde, dass Lee Tenghui vom 7. Juni bis zum 15. Juni die USA besuchen würde, löste dies große Proteste vom offiziellen China aus. Dieser Besuch in den USA in Kombination mit einer Rede Lee Tenghuis vor Vertretern und Studenten der Cornell Universität sollte die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Festland und Taiwan deutlich

---

<sup>104</sup> Ebd. S.38

<sup>105</sup> Vgl. Fell: *Change and Continuity in Taiwanese Party Politics*. S. 28-34.

verschlechtern und auch die Rolle der USA in der Taiwanstraße neu definieren.

Nicht nur, dass Lee Tenghui ein Visum von Seiten der USA ausgestellt wurde, sondern auch die Tatsache, dass Lee Tenghui früher als Chinas Präsident Jiang Zemin die USA besuchen konnte, verärgerte die VR China. Erschwerend kam hinzu, dass die Beziehung zwischen China und den USA in den ersten Jahren der Clinton-Ära alles andere als konfliktfrei war. Zu Beginn seiner Präsidentschaft war die Menschenrechtsfrage ein zentrales Thema der Politik Clintons. Auch der Empfang des Dalai Lamas im Weißen Haus trug nicht zur Besserung der Beziehungen bei. Es war ein offenes Geheimnis, dass Jiang Zemin und Bill Clinton keine besonders gute Beziehung zueinander pflegten am Beginn der Clinton-Ära. Während die Einladung Lee Tenghuis auf Taiwan selbst für Überraschung sorgte und gleichzeitig als positives Zeichen der USA gegenüber Taiwan interpretiert wurde, veranlasste es die VR China ihre Taiwanpolitik zu überdenken. China beschloss die „goodwill policy“ zu beenden, da dieses Vorgehen Taiwan zukünftig womöglich noch mehr internationale Anerkennung und Freiheiten ermöglicht hätte. Die neue Taiwan-Politik der VR China bedeutete auch das Ende für die Koo-Wang Gespräche zwischen den beiden Seiten. Mit „An offense by the pen and intimidation by the sword“ wurde die Strategie der VR China nach dem Besuch Lees in den USA oft bezeichnet.<sup>106</sup> In den folgenden Wochen und Monaten wurden reihenweise kritische Artikel über Lees Verhalten und seine Politik und auch über das Verhalten der USA in den chinesischen Medien veröffentlicht. Zeitgleich begann im Juli 1995 das Säbelrasseln der VR China, welches vor allem Raketentests beinhaltete und auch einige militärischen Übungen zur Folge hatte, die sich klar gegen Taiwan richteten und dazu führten, dass schließlich die USA Flottenverbände in die Taiwanstraße schicken mussten, um eine weitere Verschärfung der Situation zu vermeiden.<sup>107</sup>

Die Verantwortlichen der USA, welche mit dieser scharfen Reaktion von Seiten der VR China nicht gerechnet hatten, musste erkennen, dass es zu einem Überdenken der Taiwanpolitik und der Rolle der USA kommen musste, wenn man die Sicherheit und auch die Interessen der USA in Südostasien nicht gefährden wollte. Washington realisierte, dass es in den vergangenen Jahren zu passiv in seiner Chinapolitik gewesen war, von nun an sollten die USA eine deutlich aktivere Rolle in den Beziehungen zwischen China und Taiwan spielen. Als einer der ersten Schritte, welche zur Beruhigung der Lage beitragen sollte, ließ das State

---

<sup>106</sup> Vgl. Su, Chi: *Taiwans Relations with Mainland China – A Tail Wagging Two Dogs*. New York: Routledge Contemporary Asia Series, 2009, S.30-41.

<sup>107</sup> Genauere Details über die militärischen Übungen der VR China in der Taiwanstraße in den Jahren 1995-1996, liefert der Text von Andrew Scobell *Show of Force: The PLA and the 1995–1996 Taiwan Strait Crisis*. Unter <http://iis-db.stanford.edu/pubs/10091/Scobell.pdf> (Stand: 1.06.2011) . Oder auch in Zhao Suisheng: *Across the Taiwan Strait: Mainland China, Taiwan, and the 1995-1996 Crisis*. New York: Routledge. 1999.

Department klarstellen, dass in Zukunft offizielle Vertreter Taiwans nur mehr privat und am besten nicht allzu häufig die USA besuchen durften. Viel wichtiger in dieser angespannten Situation war aber ein persönlicher Brief Clintons, welchen er dem chinesischen Diplomaten Qian Qichen (钱其琛) überreichte. Dieser persönliche Brief Clintons war für Jiang Zemin bestimmt. In dem Brief versicherte Clinton Jiang Zemin, dass die USA weiterhin in keiner Weise die Unabhängigkeit Taiwans unterstützen würden, es nur ein China gebe und auch eine Aufnahme Taiwans in die Vereinten Nationen nicht im Interesse der USA wäre. Diese von Clinton behandelten Punkte sollten 1998 als die „Three Nos“ der US-Politik öffentlich gemacht werden.

Während also die USA und China um gegenseitiges Vertrauen und Schadensbegrenzung bemüht waren, konnte Lee Tenghui auf Taiwan trotz der Einschüchterungsversuche von Seiten der VR China bei den Präsidentschaftswahlen im März 1996 einen Sieg erlangen und wurde mit 54% der Stimmen zum ersten direkt gewählten Präsidenten Taiwans. Lee Tenghuis Politik entwickelte sich jedoch in der Folge immer weiter Richtung Unabhängigkeit Taiwans.<sup>108</sup>

Nicht nur die wirtschaftlichen Verflechtungen nahmen in den späten 1990er zu, sondern auch der Austausch auf politischer Ebene zwischen den USA und China stieg deutlich an. Die öffentliche Erklärung der Politik der „Three Nos“ von Seiten der USA im Juli 1998 ließ das Selbstvertrauen Chinas noch mehr anwachsen. China, das erst im Jahr zuvor die Rückkehr Hong Kongs gemeistert hatte, erlebte in den späten 1990er Jahren einen deutlich Anstieg des Nationalismus und seines Selbstvertrauens.

Dementsprechend gestaltet sich auch die Taiwanpolitik neu. China drängte Ende der 1990er Jahre stärker Richtung Wiedervereinigung mit Taiwan, während es in den Jahren zuvor primär damit beschäftigt war, die Unabhängigkeit Taiwans zu vermeiden. Die Rückkehr Hong Kongs im Jahr 1997 und die damit verbundene Anwendung des Prinzips „Ein Land zwei Systeme“ (welches ursprünglich für die Situation auf Taiwan konzipiert wurde. Vgl. Kapitel 2.3.), erwies sich für die VR China als Erfolg. Diese Entwicklungen hatten zwangsläufig auch ihre Auswirkungen auf die Situation in Taiwan. Während die VR China das Prinzip „Ein Land zwei System“ auch auf Taiwan ausdehnen wollte, konnte man sich auf Taiwan lediglich auf die Formel „Ein Land- zwei politische Einheiten“ (一國兩政治實本/ yi guo liang zhengzhi shiben) verständigen - und dies auch nur auf Seiten der KMT. Die DPP betrachtete Taiwan weiterhin als de facto unabhängig. Das Konzept von „Ein Land zwei Systeme“, welches auf Hong kong angewendet wurde, fand auf Taiwan weiterhin keinen Anklang. Im Gegenteil, die

---

<sup>108</sup> Vgl. Su: *Taiwan's Relations with Mainland China*. S.340-45.

KMT sollte Ende der 1990er Jahre ihren Standpunkt in der Taiwanfrage neu definieren. Ab dem Jahr 1999 formulierte die KMT die Beziehungen zwischen Taiwan und China als eine Beziehung zweier gleichberechtigter Teilstaaten im Rahmen einer gemeinsamen chinesischen Nation.<sup>109</sup>

Genauer ausformuliert wurde die neue Politik der KMT erstmals von Lee Tenghui im Juli 1999.

Die neu ins Leben gerufenen „Zwei Staaten-Theorie“ (两国论/ liang guo lun) wurde von Lee Tenghui erstmals in einem Interview mit dem deutschen Magazin *Deutsche Welle* vorgestellt<sup>110</sup>. Später wiederholte er seine Aussagen in der *Taiwan Shibao* (ein taiwanesisches Magazin). In diesen Interviews meinte Lee Tenghui, dass die Beziehungen zwischen China und Taiwan als eine spezielle Beziehung zwischen zwei Staaten angesehen werden sollte. Die Bezeichnung Taiwans als „abtrünnige Provinz“ von Seiten des offiziellen Chinas wäre falsch und es wäre auch nicht mehr notwendig, die Unabhängigkeit Taiwans zu erklären.<sup>111</sup>

Diese Änderung in der Politik der KMT kann sicher als Reaktion auf die Situation in Hong Kong gedeutet werden und auch als Reaktion auf das stärker werdende Aufkommen einer taiwanesischen Identität in den 1990er Jahren. Gleichzeitig war, wie bereits beschrieben, eine Annäherung zwischen Washington und Peking zu erkennen, eine Annäherung, welche schlussendlich in der Verlautbarung der „Three Nos“ durch Präsident Clinton resultierte.

Eine andere Art der Annäherung war Ende der 1990er Jahre auch zwischen den beiden Parteien KMT und DPP zu beobachten. Die Festlandpolitik vom DPP und KMT sollte sich zunehmend angleichen.

„Insgesamt war die zweite Hälfte der 90er Jahre von einer allmählichen Annäherung der großen Parteien GMD und DFP in der Chinapolitik gekennzeichnet. Es galt für beide Lager, sich mit der VR China zu arrangieren und einen kontinuierlichen Dialog zu führen, ohne die politische Souveränität Taiwans zur Disposition zu stellen.“<sup>112</sup>

---

<sup>109</sup> Vgl. Schubert, Gunter: *Dimensionen nationalistischen Denkens in der VR China, Taiwan und Hongkong an der Jahrtausendwende*. Hamburg: Institut für Asienkunde, 2002, S. 279-282.

<sup>110</sup> Das Interview ist nachzulesen unter <http://www.taiwan-info.de/html/deutsch/lth-interview-dt.htm> (Stand: 05.06.2011).

<sup>111</sup> Lee Tenghuis im Interview mit der „Deutschen Welle“: [...] *Gerade habe ich schon deutlich gemacht, daß die Republik China seit ihrer Gründung im Jahre 1912 ein Staat mit einer unabhängigen Souveränität ist. Nach den Verfassungsänderungen von 1991 sind die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße als Beziehungen besonderer Art zwischen Staaten definiert, daher besteht nicht die Notwendigkeit, darüber hinaus die Unabhängigkeit Taiwans auszurufen.*“ Das gesamte Interview in deutscher Sprache ist nachzulesen unter <http://www.taiwan-info.de/html/deutsch/lth-interview-dt.htm> (Stand: 24.08.2011)

<sup>112</sup> Schubert: *Dimensionen nationalistischen*. S. 280.

Während also China stärker Richtung Wiedervereinigung drängte und bereits über konkrete Zeitpläne nachdachte, nahm man auf Taiwan diese sich ändernden äußeren Bedingungen kaum wahr. Lee Tenghui stellte in den Jahren nach dem Cornell Besuch innenpolitische Themen in den Mittelpunkt seiner Politik. Gleichzeitig war es ihm aber auch möglich, die Festlandpolitik nach seinen Vorstellungen zu gestalten, ohne auf großen Widerstand innerhalb der Partei oder der Opposition zu stoßen. Lee Tenghuis Politik Ende der 1990er Jahre führte schließlich dazu, dass die Politik der Annäherung zwischen Taiwan und China, die in den Jahren vor dem Cornell Besuch herrschte, durch eine sehr konfliktgeladene Klima abgelöst wurde.<sup>113</sup> Für Lee Tenghui persönlich bedeutet jedoch dieser Vorstoß das Ende seiner Zeit als KMT Vorsitzender. Die „Zwei-Staaten-Theorie“ traf auf starke Gegenwehr innerhalb der KMT. Bei der Präsidentschaftswahl 2000 trat Lee nicht mehr an und so wurde Lian Zhan (连战) als Präsidentschaftskandidat der KMT aufgestellt. Ende 2000 wurde Lee Tenghui schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Nach der Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2000 (vgl. Kapitel 4.3.1.) begann sich die KMT wieder von der „Zwei-Staaten-Theorie“ Lees zu distanzieren und setzte erneut verstärkt auf die Wiedervereinigungskarte.<sup>114</sup>

#### **4.3.1. Die Wahl Chen Shuibians im Jahr 2000**

Die Zeit vor der Wahl Chen Shuibians im Jahr 2000 war durch eine starke nach innen gerichtete Politik und Sichtweise geprägt.

Die Taiwanfrage sollte im Wahlkampf nicht die entscheidende Rolle spielen, dies hatte vor allem damit zu tun, dass sich die Positionen der DPP und KMT in der Taiwanfrage zu jener Zeit zunehmend annäherten. Keine der beiden Parteien wagte es im Wahlkampf zu extreme Positionen zu vertreten. Besonders die DPP hatte aus ihrer Wahlniederlage vom Dezember 1998<sup>115</sup> gelernt und versuchte das Thema Unabhängigkeit Taiwans bzw. die Taiwanfrage so gut es ging aus dem Wahlkampf rauszuhalten.<sup>116</sup>

Darüber hinaus kam es auch innerhalb der DPP im Laufe der 1990er Jahre zu einer „Entschärfung“ ihrer Festlandpolitik.

---

<sup>113</sup> Vgl. Su: *Taiwan's Relations with Mainland China*. S. 46-51.

<sup>114</sup> Vgl. Schubert: *Dimensionen nationalistischen*. S. 318-319.

<sup>115</sup> Die DPP erreichte bei den Wahlen zum Legislativ Yuan nur 29% der Stimmen. Als Grund wurde von vielen die zu starke Fixierung der Partei auf die Unabhängigkeitsfrage ausgemacht

<sup>116</sup> Vgl. Ebd. S. 280.

„Die pragmatische „Mäßigung“ der DFP in den 90er Jahren war vor allem innenpolitischen Gründen geschuldet. Sie trug dem mit großer Mehrheit in der Bevölkerung verankerten Bedürfnis nach einer Aufrechterhaltung des Status quo in den Beziehungen zum Festland, also nach politischer Stabilität Rechnung.“<sup>117</sup>

Einer der Hauptgründe für den Wahlsieg der DPP lag jedoch nicht an den Themen des Wahlkampfes an sich, sondern vielmehr an der Spaltung innerhalb der KMT. Der populäre KMT-Politiker James Soong beschloss aufgrund von Differenzen mit der Führung der KMT als unabhängiger Kandidat zu kandidieren. Damit war das „Pan-blaue“ Lager aufgesplittert worden. James Soong genoss Ende der 1990er Jahr sehr hohe Sympathiewerte in der Bevölkerung, es war klar, dass seine Kandidatur der KMT schwere Verluste zufügen würde. Aufgrund des relativen Mehrheitswahlrechts sah sich die DPP, vor dem Hintergrund der Spaltung des blauen Lagers, in einer hervorragenden Position die Präsidentschaftswahlen 2000 für sich zu entscheiden.

Diese günstige Ausgangsposition in Verbindung mit einer gut gewählten Wahlkampfstrategie sollte der DPP schließlich den Sieg bringen. Wie bereits erwähnt, vermied es die DPP so gut es ging das Thema Unabhängigkeit Taiwans zu thematisieren. Auch die Angriffe auf die Kandidaten des „Pan –blauen“ Lagers dosierte man bedacht. Die Verantwortlichen der DPP wussten, dass die KMT sich verschärft auf James Soong einschließen würde, weshalb man sich selber darauf konzentrierte in erster Linie Lian Zhan zu attackieren. Die DPP war also in der günstigen Position zusehen zu können, wie sich das „Pan-blaue“ Lager gegenseitig attackierte. Die Planung und Durchführung des Wahlkampfes wurde ebenfalls zum Erfolg für die DPP. Am Beginn des Wahlkampfes hatte Chen Shuibian damit zu kämpfen, dass er niedrigere Bekanntheits- und Popularitätswerte hatte als seine Konkurrenten. Die Werte Chens konnten jedoch im Laufe des Wahlkampfes deutlich gesteigert werden. Im Rahmen von Fernsehauftritten und vor allem der großangelegten Wahlgroßkundgebungen konnte die DPP viele ihrer Wähler mobilisieren und Chen Shuibian seine Fähigkeiten als hervorragender Redner und charismatischer Oppositionsführer ausspielen. Als schließlich auch noch ein Korruptionsskandal <sup>118</sup> kurz vor der Wahl das Ansehen James Soong signifikant

---

<sup>117</sup> Ebd. S. 327.

<sup>118</sup> Die von der KMT ins Leben gerufenen Korruptionsvorwürfe gegen James Soong wurden erstmals im Dezember 1999 an die Öffentlichkeit getragen. Es wurde Soong vorgeworfen, dass sein Sohn, der gerade das Studium beendet hatte, Aktien im Wert von 3.5 Millionen Euro gekauft hatte. Eine Investition, die aufgrund des

verschlechterte, erhöhten sich die Siegeschancen der DPP erneut. Chen Shuibian gewann am Ende die Wahl mit 39.3% der Stimmen vor James Soong, der auf 36.84% kam und Lian Zhan, der auf 23.1% kam.<sup>119</sup>

#### **4.3.2. Zwischen innerchinesischer Angelegenheit und Internationalisierung der Taiwanfrage**

Am Ende des Kapitels soll nun nochmals eine kurze und gesonderte Betrachtung der besonderen Beziehungen und der Interessen der VR China, Taiwan und der USA in der Taiwanfrage erfolgen.

Seit der Machtübernahme der Kommunisten am Festland hat sich die Beziehung zwischen der VR China und Taiwan stark gewandelt und auch die Rhetorik wurde im Laufe der Jahre immer wieder angepasst. Aussagen, welche die „Befreiung Taiwans“ zum Gegenstand hatten, wichen dem Wunsch nach einer friedlichen Wiedervereinigung, welche durch Verhandlungen zwischen beiden Seiten herbeigeführt werden soll. Die unterschiedlichen politischen Systeme, aufkommende Patriotismus Bewegungen in der VR China und noch viele andere Faktoren haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten ebenfalls die Beziehung der beiden Seiten beeinflusst.<sup>120</sup>

Die Tatsache, dass die VR China Taiwan als einen Teil Chinas und die Taiwanfrage als innerchinesische Angelegenheit sieht, blieb aber stets konstant.

Die Taiwanfrage ist Teil des Kampfes des chinesischen Volkes für nationale Wiedervereinigung und territoriale Integrität. Eine Aufgabe, die also nur vom chinesischen Volk selber gelöst werden kann und darf (vgl. Kapitel 2.2).

Das demokratische Taiwan wiederum sieht sich als de facto souveräner Staat, der Verhandlungen mit der VR China nur unter der Bedingung zustimmt, dass man sich auf Augenhöhe trifft und als separater Staat behandelt wird.

Ebenfalls unbestritten ist, dass die Taiwanfrage realpolitisch sehr wohl eine internationale

---

jungen Alters des Sohnes schwer nachzuvollziehen war. Soong wurde in Folge vorgeworfen, KMT-Parteigelder unterschlagen zu haben. Der Skandal wirkte sich negativ auf Soongs Image aus und ließ seine Umfragewerte fallen. Darüber hinaus war der Korruptionsskandal ein gefundenes Fressen für die andern Parteien. Speziell die DPP unter Chen Shuibian, welche das Thema Korruptionsbekämpfung und sauberer Politik als wichtige Themen in ihrem Wahlkampf forcierten. Genauere Hintergründe und Umfragewerte rund um den „Xiao piao“ – Korruptionsskandal In: Ming, Teliu: *Die Entstehung und Entwicklung der Demokratisch Progressiven Partei auf Taiwan-Unter besonderer Berücksichtigung ihrer China-Politik*. S. 213-214.

<sup>119</sup> Vgl. Ming, Teliu: *Die Entstehung und Entwicklung der Demokratisch Progressiven Partei auf Taiwan-Unter besonderer Berücksichtigung ihrer China-Politik*. Hamburg: Verlag Dr. Kovac, 2006, S.197-219.

<sup>120</sup> Vgl. Chen Zhimin: *Nationalism, Internationalism and Chinese Foreign Policy*. In: *Journal of Contemporary China*, Vol.14, Nr.42, 2005. S.46-48.



Dimension hat, die sich vor allem in den Beziehungen der USA und der VR China widerspiegelt - und dies bereits seit den 1950er Jahren und dem Beginn des Koreakrieges (vgl. Kapitel 3.2.). Neben der historischen Verbundenheit mit seinem Partner Taiwan spielen hier auch strategische Interessen in Asien eine große Rolle für die USA (vgl. Kapitel 3).

Als Leitprinzip in der Außenpolitik der VR China wurde deshalb das „Ein-China-Prinzip“ (vgl. Kapitel 2.2.) verankert, welches sowohl von Taiwan als auch den USA akzeptiert wird und zurzeit als *modus vivendi* funktioniert. Wobei die Anerkennung des „Ein-China-Prinzips“ nicht gleichzusetzen ist mit einer identischen Interpretation des „Ein-China-Prinzips“. So beschreibt etwa Judith Hufnagel in ihrem Text *Dangerous Liaisons-Examining the Triangle between Taiwan, the United States, and the People's Republic of China from an International Law Point of View*, wie unterschiedlich das „Ein-China-Prinzip“ von den drei Seiten ausgelegt wird.

Die VR China geht davon aus, dass die ROC (Republic of China) 1949 vom chinesischen Volk gestürzt worden ist und ihre Regierung in Folge der Gründung der PRC (People's Republic of China) ersetzt worden ist. Es handelt sich hier also um eine Ablösung der Regierung, welche jedoch keine neue Staatsgründung zur Folge hatte. Die Existenz der ROC endete also im Jahr 1949. Als Resultat existiert heute kein eigenständiger, souveräner Staat auf dem Gebiet Taiwans.

Die ROC wiederum sieht sich selbst als Staat, der seit 1912 fortwährend existiert. Es erfolgte lediglich eine „Transferierung“ der Regierung von Nanjing nach Taipei. Weshalb die ROC auch weiterhin ein souveräner Staat sei und sich die Regierung in Taipei mit der Regierung in Peking auf einer Stufe befindet. Das „Ein-China-Prinzip“ der ROC wird dementsprechend auch oft mit der Formel „Ein China, zwei gleichwertige politische Einheiten“ (一個國家, 兩個對等政治實本) ausgelegt. „Ein China“ bezieht sich in diesem Konzept auf historische, geographische und kulturelle Dimensionen, aber nicht auf eine politische Dimension. Ein weiteres Resultat dieser Sichtweise ist, dass die Regierung in Taipei mittlerweile nicht mehr behauptet, ganz China zu repräsentieren (wie noch zu Zeiten des Kriegsrechts auf Taiwan), auch wird die Regierung in Peking nicht länger als Rebellen-Regierung angesehen.

Die USA ihrerseits sind in erster Linie an einer stabilen Situation entlang der Taiwanstraße interessiert. Die USA sieht Taiwan genauso wie das Festland als einen Teil von China. Eine Unabhängigkeit Taiwans wird nicht unterstützt. Die Lösung der Differenzen entlang der Taiwanstraße muss friedlich verlaufen, gleichzeitig wird eine unilaterale Änderung des Status quo von den USA abgelehnt.

Die offizielle Position der USA zum „Ein-China-Prinzip“ lässt relativ viel Raum für

Interpretation, eine Vorgangsweise, die sich mit der strategischen Ambiguität der USA in der Taiwanfrage decke. Der USA gehe es primär darum, den Status quo aufrechtzuerhalten, da dieser am besten eine stabile Situation entlang der Taiwanstraße garantieren würde.<sup>121</sup>

Anhand der unterschiedlichen Interpretationen des „Ein-China-Prinzips“ kann man gut erkennen, wie kompliziert diese Dreiecksbeziehung im Detail ist.

Neben den verschiedenen Interpretationen des „Ein-China-Prinzip“ haben jedoch primär interne Entwicklungen auf Taiwan und innerhalb der VR China Einfluss auf die Beziehungen der beiden Seiten. Während die Festlandpolitik Taiwans stark durch die verschiedenen Parteien und ihrer Politik gestaltet und verändert werden kann (wie im Laufe dieser Arbeit noch veranschaulicht wird), hat in der VR China die KPCh ein Monopol auf das Handhaben der Taiwanfrage.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass es innerhalb der KPCh eine in Stein gemeißelte Taiwanpolitik gibt, die stur verfolgt wird. So weist etwa Wu Guoguang darauf hin, dass die Taiwanpolitik der VR China unter Jiang Zemin eine deutliche Änderung erfuhr. Wu spricht hier von einer „Zentralisierung“ und gleichzeitigen „Internationalisierung“ der Taiwanfrage unter Jiang Zemin. Wu stellt die These auf, dass trotz der immer wieder zu hörenden Aussagen von Seiten des offiziellen Chinas, welche von einer rein innerchinesischen Angelegenheit sprechen in der Taiwanfrage, es unter Jiang Zemin zu einer verstärkten Internationalisierung der Taiwanfrage kam, und dies von der Partei auch so gewollt war. Wu im Wortlaut:

„[...] despite the official announcement that the Taiwan issue is an internal issue of China and that Beijing opposes any foreign interventions in it, the United States has been actually invited to become more involved in the Taiwan issue since the mid- 1990s, in a way that is much greater than during the previous historic eras of either Mao Zedong or Deng Xiaoping.“<sup>122</sup>

Wobei Wu die Bedeutung der Taiwanfrage für die VR China an sich keineswegs schmälern möchte.

Den Grund für diese Strategieänderung sieht Wu in der relativen schwachen Legitimität

---

<sup>121</sup> Vgl. Hufnagel, Judith: *Dangerous Liaisons-Examining the Triangle between Taiwan, the United States, and the People's Republic of China from an International Law Point of View*. In: *As China Meets the World-China's changing position in the international community*. Agnes Schick-Chen/Sascha Klotzbücher/Susanne Weigelin-Schwiedrzik(Hrsg.). Wien: Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2006. S.63-76.

<sup>122</sup> Wu, Guoguang: *Passions, Politics, and Politicians: Beijing between Taipei and Washington*. In: *The Pacific Review*, Vol.17, Nr.2, 2004. S. 187.

Jiangs am Beginn seiner Amtszeit.

„Neither would I argue that the current Chinese leadership, including Jiang Zemin, have given up the official stance that the Taiwan issue is China's internal problem, but I do argue that, just because he had to struggle bitterly to improve his power position, Jiang chose to make concessions on the Taiwan issue.“<sup>123</sup>

Heute kann man sagen, dass Wus These der Internationalisierung der Taiwanfrage (und zwar über den Zeitraum der Amtszeit Jiang Zemins hinausgehend) durch die weitere Entwicklung der Situation entlang der Taiwanstraße bekräftigt wurde. Der aktive Einfluss der USA auf Taiwans Politik hat seit den 1990er Jahren mit Sicherheit nochmals zugenommen, und besonders augenscheinlich war dies am Beginn der zweiten Amtsperiode Chen Shuibians (vgl. Kapitel 5.3.).

Wu ist der Meinung, dass es in der Taiwanfrage mehr Spielraum gibt für die KPCh, als die Partei gewillt ist zuzugeben. Dieses „Vernetzten“ der Taiwanfrage mit anderen Themen wird auch in Kapitel 2.3. am Beispiel der Beziehungen zwischen China und der EU (vgl. Seite 17.) beschrieben.

Wus Fazit lautet:

[...] Taiwan is on top as a policy issue of the Chinese foreign agenda. But this does not prevent situations arising in which the Taiwan issue is concretely and, in the short term, a secondary issue in Beijing's dealings with Washington.<sup>124</sup>

Trotz des Bestehens der VR China auf dem Standpunkt, dass es sich in der Taiwanfrage um eine rein innerchinesische Angelegenheit handelt, weiß man in Peking sehr wohl, dass man es hier mit einer Dreiecksbeziehung zu tun hat und die Interessen der USA durchaus Gewicht haben. Auch konnte man in der Vergangenheit beobachten, wie die VR China (vor allem während der Amtszeit Chen Shuibians) immer wieder das „Management“ der USA in Anspruch nahm, um damit Einfluss auf die politische Situation auf Taiwan zu nehmen (vgl. Kapitel 5.3). In ihren offiziellen Aussagen lehnt die VR China weiterhin jegliche Einmischung vom Ausland in die Taiwanfrage ab. Offensichtlich scheint jedoch, dass dies erstens kaum zu

---

<sup>123</sup> Ebd. S. 187.

<sup>124</sup> Ebd. S.190.

vermeiden ist und zweitens diese Einmischungen des Auslandes selbst als strategisches Mittel der VR China in der Vergangenheit bereits genutzt wurden.

## **5. Die Festlandpolitik Chen Shuibian und der Machtwechsel auf Taiwan 2008**

Bevor ich näher auf den Macht- und Politikwechsel 2008 eingehe, ist eine genauere Betrachtung der Festlandpolitik in den Jahren 2000-2008 notwendig, um zu verstehen, warum nach den Wahlen 2008 ein neuer Weg und eine neue Politik auf Taiwan eingeschlagen wurde, welche sich besonders stark in den Beziehungen zum Festland widerspiegelt.

Mit dem Wahlsieg der DPP 2000 auf Taiwan erlangte zum ersten Mal eine andere Partei als die KMT den Präsidentensitz und somit auch die Regierungsverantwortung. Chen Shuibian profitierte von einer stärker werdenden taiwanesischen Identität und vor allem von einer Spaltung innerhalb des „Pan-blauen“ Lagers. Die gemäßigte Festlandpolitik, welche die DPP noch zu Wahlkampfzeiten und in den ersten Monaten nach der Wahl anklingen ließ, wurde jedoch bald in den Hintergrund gedrängt.

### **5.1. Die ersten Jahre unter Chen Shuibian**

Im März 2000 wurde Chen Shuibian zum Nachfolger Lee Tenghuis gewählt und erlangte somit als erster Kandidat, der nicht von der KMT aufgestellt wurde, das Präsidentenamt.

Noch in seiner Siegesrede nach dem Wahltag versprach Chen Shuibian, den Dialog mit China suchen zu wollen, und sprach sogleich Einladungen an Jiang Zemin (江泽民) und andere

führende Politiker der VR China aus. Noch konkreter wurde er in seiner Antrittsrede am 20. Mai 2000 in der er die „Fünf Nein“ verkündete. In seiner Amtszeit würde er, solange die KPCh keine Intention habe Waffen gegen Taiwan anzuwenden, nicht die Unabhängigkeit Taiwans erklären, nicht den Landesnamen ändern, nicht die „Staat zu Staat“ Definition in die Verfassung aufnehmen sowie kein Referendum über die Änderung des Status quo abhalten. Darüber hinaus werde er auch nicht die Abschaffung des nationalen Wiedervereinigungsausschusses thematisieren.<sup>125</sup> Diese fünf Nein wurden sowohl vom Ausland als auch von der eigenen Bevölkerung mit großer Mehrheit unterstützt und begrüßt. Es schien als ob Taiwan unter Chen Shuibian wieder den Weg des Dialoges mit der VR China einschlagen wollte. Die Reaktion Chinas blieb jedoch verhalten, man bevorzugte es abzuwarten und Chen Shuibian genauer zu beobachten, immerhin war er bereits in seinen früheren politischen Funktionen als einer der stärksten Befürworter der Unabhängigkeit Taiwans registriert worden. In der Tat hatte Peking von Anfang an wenig Vertrauen in Chen Shuibian und die DPP, zu klar war deren Politik in der Vergangenheit Richtung Unabhängigkeit Taiwans ausgerichtet gewesen, von ein paar versöhnlichen Worten ließ man sich am Festland nicht sofort um den Finger wickeln.<sup>126</sup>

Während der neue Präsident Taiwans von der VR China zunächst kritisch beobachtet wurde, sollte sich der Machtwechsel in den USA im Jahr 2000 positiv für Taiwan auswirken.

Nur wenige Monate nach dem Sieg der DPP auf Taiwan konnte auch die Republikanische Partei in den USA den Wahlsieg davon tragen und stellte mit George W. Bush den 43. Präsidenten der USA. Der Wechsel in der US-Administration brachte auch ein neues Klima in den Beziehungen zwischen den USA und Taiwan mit sich. Die Umbildungen in der US-Regierung führten dazu, dass ein deutlich taiwanfreundlicheres Klima in der US-Regierung vorherrschte. Dies hatte in erster Linie mit den neuen verantwortlichen Personen zu tun. Viele der Leute, die zu Bushs Regierungsteam und Beraterstab gehörten, hatten Taiwan bereits selber besucht. Die neue Bush-Regierung setzte sich aus Leuten zusammen, die im allgemeinen als „Neo Conservatives“ bezeichnet wurden und für die Werte wie Demokratie, Freiheit, Menschenrechte sowie eine gewisse Grundablehnung gegenüber kommunistischen Ideologien und eine klare Trennung zwischen Freund und Feind charakteristisch waren. Die neue Bush Regierung musste den erst kürzlich zuvor gewählten Verantwortlichen auf Taiwan wie ein Geschenk vom Himmel vorgekommen sein. Dazu kam die Tatsache, dass Bush im Gegensatz zu Clinton nicht mit einer Situation des „divided government“ zu kämpfen hatte,

---

<sup>125</sup> Die Antrittsrede Chens unter: [http://ken\\_davies.tripod.com/inaugural.html](http://ken_davies.tripod.com/inaugural.html) (Stand: 5.06.2011)

<sup>126</sup> Vgl. Chien, Minchao: *One Step forward, one Step backward: Chen Shui-bian's Mainland Policy*. In: Journal of Contemporary China. Vol.12, Nr.34, 2003, S. 125-126.

da die Republikaner nicht nur den Präsidenten stellten, sondern auch die Mehrheit im Kongress für sich hatten, eine Situation, welche Bush in der Umsetzung seiner Politik großen Spielraum verschaffte. Bush ließ die Welt bald wissen, dass die USA unter seiner Präsidentschaft verstärkt auf Unilateralismus setzen würden. Dieses Verhalten kündigte sich mit dem Verzicht des Unterzeichnens des Kyoto-Protokolls an und fand seinen Höhepunkt im Irakkrieg 2003.<sup>127</sup> Die Bush Regierung sah auch die Beziehungen zu China in einem etwas getrübbten Licht, besonders in der Zeit vor den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001. China wurde nicht unbedingt als strategischer Partner gesehen, sondern in erster Linie als strategischer Konkurrent.<sup>128</sup>

Auch in der Taiwanfrage ließ die neue Regierung nicht lange auf ein erstes Zeichen warten. Bereits im April des Jahres 2001 war es aufgrund einer Flugzeugkollision zwischen einem chinesischen Kampffjet und einem mit 24 Mann besetzten Flugzeug der US-Luftwaffe des Typs EP-3 zu Spannungen zwischen Washington und Peking gekommen.<sup>129</sup> Noch mehr sollte China jedoch die Ankündigung neuer Waffenverkäufe an Taiwan erzürnen. Im Rahmen der jährlich stattfindenden Gespräche über Waffenverkäufe im April 2001 zwischen den USA und Taiwan willigte Präsident Bush groß angelegt Waffenverkäufe an Taiwan zu.<sup>130</sup> Zusätzlich zu diesem klaren Signal, welches durch die zugesagten Waffenlieferungen an Taiwan gesendet wurde, verlieh George W. Bush der neuen Linie der US-Regierung am 25. April 2001 nochmals Nachdruck. In einem Fernsehinterview mit dem amerikanischen Sender ABC sagte Bush, dass die USA alles tun werden („Whatever it takes“), um Taiwan zu helfen und zu verteidigen.<sup>131</sup> Diese Aussage wurde auch als klares Signal Richtung Peking interpretiert.

Gestärkt durch den Wahlsieg sowie einer freundlichen US-Politik gegenüber Taiwan und einem China, welches zunächst abwartend reagierte, bot sich für Chen Shuibian in den ersten Monaten nach seiner Wahl die große Chance die Beziehungen entlang der Taiwanstraße wieder zu stabilisieren. Warum es schlussendlich zu einer Richtungsänderung in der Festlandpolitik der DPP kam, wird im folgenden Kapiteln beschrieben.

---

<sup>127</sup> Vgl. Gärtner, Heinz: *USA - Weltmacht auf neuen Wegen*. Berlin: Lit, 2010, S. 13-21.

<sup>128</sup> Vgl. Aussagen von George W. Bush, in seiner Funktion als Präsidentschaftskandidat, während des Interviews mit dem amerikanischen Interviewer Larry King, im März 2000. Das Interview ist nachzulesen unter: <http://transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/0002/15/lkl.00.html> (Stand: 02.06.2011).

<sup>129</sup> <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/1260290.stm> (Stand: 04.06.2011)

<sup>130</sup> Mehr Information über die Politik, der Waffenverkäufe, der USA an Taiwan seit 1990 ist in Shirley A. Kanns Bericht für den US-Kongress *Taiwan: Major U.S. Arms Sales since 1990*. Nachzulesen unter [www.fas.org/sfp/crs/weapons/RL3957.pdf](http://www.fas.org/sfp/crs/weapons/RL3957.pdf) zu finden. (Stand: 14.06.2011)

<sup>131</sup> <http://archives.cnn.com/2001/ALLPOLITICS/04/24/bush.taiwan.abc/> (Stand: 14.06.2011)

### 5.1.2. Wechsel in der Strategie der DPP in der Taiwanfrage am Beginn der Chen-Ära

Über die Gründe und Motive der Politik der DPP während der ersten Legislaturperiode gibt es verschiedene Ansichten und Meinungen.

In seinem Buch *Taiwan's Relations with Mainland China – A Tail Wagging Two Dogs* macht etwa der Autor und ehemalige Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrates auf Taiwan sowie ehemaliges Mitglied des Legislativ Yuan von 2005 -2008 Su Chi, die, wie er sie nennt „five hidden Nos“ der Chen Administration dafür verantwortlich, dass sich die Beziehung Taiwans mit dem Festland in den Jahren 2000-2008 negativ entwickelt haben. Su Chi argumentiert, dass die fünf Nein, welche Chen in seiner Antrittsrede veröffentlichte, als Beruhigung dienten, während die versteckten fünf Nein den wahren Kern der Politik der DPP darstellten.

Das erste dieser versteckten fünf Nein und vielleicht auch das wichtigste war, dass die DPP, laut Meinung Su Chis, niemals wirklich vorhatte die „Ein China Politik“ zu befolgen und auch der „1992-Konsens“ wäre der DPP ein Dorn im Auge gewesen. Immer häufiger hätte man Aussagen von DPP-Verantwortlichen vernehmen können, dass man 1992 zu keinem echten Ergebnis gekommen sei und man sich lediglich darauf geeinigt hätte, dass man sich nicht einig ist. Eine zweite Devise soll gelautet haben keine positiven Aussagen im Zusammenhang mit wichtigen Themen betreffend das Festland zu tätigen. Ein weiterer Grund laut Su, der zur Verschlechterung der innen und außenpolitischen Situation beigetragen hat, wäre die Tatsache gewesen, dass Chen es nie geschafft hat innerhalb der eigenen Partei eine klare Linie in der Festlandpolitik zu erzielen. Chen hätte innerhalb der Partei zwei Lager zu bedienen gehabt. Auf der einen Seite jene Gruppe, welche antikommunistisch war und für die Aufrechterhaltung des Status quo eintrat, und auf der anderen Seite die Gruppe innerhalb der Partei, welche zwar ebenfalls klar antikommunistische aber stärker Pro-Unabhängigkeit eingestellt war. Chen hätte sich schließlich dazu entschieden, alle wichtigen Regierungsposten mit Vertretern aus dem Pro–Unabhängigkeitslager zu besetzen. Der eher gemäßigte Flügel wäre aber weiterhin nicht völlig machtlos gewesen und hätte besonders unter den Wählern eine starke Position gehabt. Chen hätte es in der Folge nicht geschafft einen Konsens zwischen den beiden Flügeln zu kreieren oder sich selber klar zu positionieren innerhalb der Partei. In der Folge kam es dazu, dass Parteimitglieder des Öfteren öffentlich unterschiedliche Positionen bezogen, was nicht nur beim Wahlvolk für Verwirrung gesorgt hätte, sondern auch international mit Missfallen aufgenommen worden wäre. Das Image Chen Shuibians und der gesamten Partei wären durch den fehlenden Parteikonsens stark beschädigt worden.



Das vierte Nein betraf das Thema der offiziellen Verhandlungen zwischen Taiwan und dem Festland. Es wäre früh ersichtlich gewesen, dass Chen es nie anstrebte öffentliche Verhandlungen mit der KPCh zu führen. Die öffentliche Kommunikation zwischen Taiwan und dem Festland beschränkte sich auf ein Minimum (etwa auf Sympathiebekundungen nach Umweltkatastrophen und ähnlichen Vorfällen). Das Jubiläum der Aufnahme der Koo-Wang Gespräche wurde ebenfalls völlig ignoriert und so hätte es auch niemand verwundert, dass es unter Chen nicht zur Etablierung der „Three links“<sup>132</sup> kam. Das fünfte „versteckte“ Nein bezieht sich auf die „Soft Statements“ von Seiten des Festlandes, also auf Aussagen von Seiten des Festlandes, die man durchaus als Annäherung oder Angebot an Taiwan auslegen konnte wieder den Weg der Verhandlungen und Zusammenarbeit einzuschlagen. Su schreibt, dass China es in den Jahren der Chen Administration immer wieder probiert hätte, durch gewisse Aussagen und Taten seine Flexibilität in der Taiwanfrage zu signalisieren, dies jedoch ohne Erfolg blieb (vgl. Kapitel. 5.1.3.). Diese Versuche der Annäherung von Seiten der VR China, die Teil der neuen Politik der KPCh gewesen sein sollen, wären von Chen und seiner Regierung konsequent ignoriert worden.

Su Chi argumentiert, dass das Vorhandensein dieser versteckten fünf Nein in den acht Jahren unter Chen für viel Verwirrung in und außerhalb Taiwans gesorgt hätte sowie für eine Reihe von innen und außenpolitischen Konflikten. Es sei Chen also nichts anderes übrig geblieben, als die „Zwei Staaten Theorie“ versteckt voranzutreiben, ein Verhalten, welches das Vertrauen in seine Person am Ende stark geschmälert hätte.<sup>133</sup>

Andere Autoren und Beobachter gehen wiederum davon aus, dass Chen Shuibian besonders am Beginn seiner Amtszeit sehr wohl versucht hat, die Beziehungen zur VR China zu verbessern.

Einer dieser Autoren ist Mikael Mattlin. Mattlin schreibt, dass die Chen Regierung vor allem in den ersten beiden Amtsjahren einen versöhnlichen Weg gegenüber der VR China eingeschlagen hätte, die Angebote von Seiten Taiwans jedoch wenig Gehör gefunden hätten in Peking. Die DPP hätte sich in den Monaten nach dem Wahlsieg bereit gezeigt über alles mit der VR China zu reden, solange das „Ein-China-Prinzip“ nicht als unabdingbare Grundvoraussetzung gesehen worden wäre vom Festland. Die Antrittsrede Chens sei ein gutes Beispiel für die Kompromissbereitschaft der DPP am Beginn der Chen Ära gewesen. Die VR China, welche nicht mit einem Sieg Chens gerechnet hätte, hätte sich jedoch zunächst für eine

---

<sup>132</sup> Die „Three links“, bestehen aus direkter Postverbindung zwischen Taiwan und dem Festland, direkten Transportverbindungen (sei es per Schiff oder Luftverkehr) und aus dem direkten Handel zwischen den beiden Seiten.

<sup>133</sup> Vgl. Su: *Taiwan's Relations with Mainland China*. S.117-139.



vorsichtige abwartende Politik in der Taiwanfrage entschieden. Das Motto der KPCh hätte: „Ihm zuhören und beobachten was er tut“ (将听其言, 观其行) gelaute. Nachdem in den ersten Monaten keine Bewegung in der Taiwanfrage zwischen Peking und Taipei erkennbar gewesen war, hätte sich die DPP in den folgenden Monaten primär den innenpolitischen Problemen zugewendet und die Festlandpolitik rückte dadurch etwas in den Hintergrund. Einen Bruch bzw. ein Umdenken in der Festlandpolitik der DPP sei erst ab dem Sommer 2002 erkennbar gewesen. Die Entscheidungsträger innerhalb der DPP wären enttäuscht gewesen über die ausbleibenden Reaktionen des Festlandes auf die, ihrer Meinung nach, positivem Signale aus Taipei. Der „Nauru-Vorfall“<sup>134</sup> wäre ein weiterer Schritt gewesen, der die Rhetorik innerhalb der DPP betreffend die Festlandpolitik verschärfen ließ. Einen weiteren Grund, warum die DPP ab dem Sommer 2002 von ihrer zunächst versöhnlichen Politik gegenüber dem Festland abkehrte, sieht Mattlin auch in den Kräfteverhältnissen innerhalb der DPP. Der radikalere Flügel innerhalb der DPP hätte verstärkt Druck auf Chen Shuibian ausgeübt und hatte damit offensichtlich Erfolg. Beginnend im Sommer 2002 hätte sich die Politik der DPP in der Taiwanfrage zunehmend verschärft. Chen Shuibian sprach immer öfters über mögliche Referenden und griff auf Lee Tenghais „Zwei Staaten Theorie“ zurück, um die Beziehungen zum Festland zu charakterisieren. Mattlin streicht hervor, dass sich die Chen Regierung, in der sich viele Junge unerfahrene Politiker und Mitarbeiter befanden, stark von Umfragewerten und Wahlterminen hätte beeinflussen lassen und auch diese Tatsache dazu beigetragen hätte, dass Chens Politik in den Augen mancher als sprunghaft oder ungeduldig gesehen wurde. Der Wandel in der Politik der DPP hätte wiederum dazu geführt, dass die VR China schnell die Hoffnung verlor in einen konstruktiven Dialog mit Chen Shuibian eintreten zu können und die Kommunikation zwischen Peking und Taiwan weiter abnahm.<sup>135</sup>

Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch der Autor Ming Liute in seinem Buch über die Entwicklung der DPP. Liu bezeichnet die Politik der DPP in ihrer ersten Amtsperiode als „Zickzackkurs“. Auch Ming erkennt in den ersten beiden Jahren einen sehr aufgeschlossenen Kurs innerhalb der DPP in der Taiwanfrage. Er weist darauf hin, dass Chen nicht nur in seiner Antrittsrede versöhnliche Worte Richtung Peking sandte, sondern auch die Neujahrsansprache am 1. Januar 2001 ebenfalls die Bereitschaft erkennen ließ mit der VR

<sup>134</sup> Im Juli 2002 errichtet Nauru, welche zuvor die Republik China anerkannte diplomatische Beziehungen mit der VR China und beendete damit gleichzeitig seine diplomatischen Kontakte zur Republik China. Vgl. <http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjb/zzjg/bmdyys/gjlb/3407/default.htm>. (Stand: 28.12.2011)

<sup>135</sup> Vgl. Mattlin, Mikael: *Policy Laced with Strategy: Cross-Strait Relations during the DPP Administration*. In: *What Has Changed? Taiwan before and after the Change in Ruling Parties*. Dafydd Fell/Henning Klöter/Chang Biyu (Hrsg.). Wiesbaden: Harrassowitz, 2006. S.41-53.

China in einen Dialog einzutreten. Sogar die Perspektive einer „politischen Vereinigung“ sei hier zum ersten Mal in Aussicht gestellt worden. Diese positiven Signale von Seiten Chen Shuibians hätten sich über die gesamte Dauer der ersten beiden Regierungsjahre unter Chen gezogen. Dass auf diese Signale von Seiten Taiwans jedoch kaum positive Reaktionen vom Festland gekommen seien, beschreibt auch Ming in seinem Buch. Die Abwerbung Naurus (vgl. Fußnote 112), an dem Tag an dem Chen den Parteivorsitz der DPP übernahm, sei als zusätzliche Provokation gesehen worden auf Taiwan. Ming kommt zu dem Schluss, dass Chen spätestens im August 2002 seine Festlandpolitik geändert hatte. Die Rückkehr zur radikalen Chinapolitik der DPP spiegle sich in der Rede Chens vom 3. August wieder. (vgl. Kapitel 5.1.4.). Ming sieht allerdings den Hauptgrund für die Abkehr der gemäßigteren China Politik der DPP nicht primär in den ausbleibenden positiven Reaktionen von Seiten der VR China, als vielmehr eine Reaktion auf schlechte Umfragewerte. Die Änderung der Festlandpolitik Chens sei primär eine Strategie für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 gewesen. Chen hätte auf innenpolitischer Ebene wenig Erfolge vorzuweisen gehabt, wollte er die Wiederwahl gewinnen, galt es die „Pan-grüne“ Wählerschicht stark zu mobilisieren, ein Vorhaben, welches mit einer gemäßigten Festlandpolitik nur schwer zu bewerkstelligen gewesen wäre.<sup>136</sup>

Inwieweit Chen Shuibian jedoch wirklich allein für die Richtungsänderung der DPP verantwortlich gemacht werden kann, ist zu hinterfragen. Wie auch bereits bei Su Chi und Mikael Mattlin beschrieben, darf der Faktor der innerparteilichen Fraktionskämpfe innerhalb der DPP nicht ignoriert werden. So stellt etwa Chien Minchao in einem von ihm veröffentlichten Artikel im *Journal of Contemporary China* die These auf, dass er in erster Linie die Fraktionskämpfe innerhalb der DPP waren, welche Chens „Unentschlossenheit“ verursacht hätten. Chien beschreibt in seinem Artikel, wie der radikale Flügel innerhalb der DPP („New tide“) am Beginn der 1990er immer mehr an Macht und Einfluss gewann. Die andere große Gruppierung („Formosa-Fraktion“) innerhalb der DPP steht für den gemäßigteren, pragmatischen Weg in der Festlandpolitik. Der gemäßigte Teil innerhalb DPP war für den Ausbau der wirtschaftliche Kontakte mit dem Festland und auch der aktuelle Status quo sollte nicht aufgegeben werden. Aufgrund einer Reihe von Wahlniederlagen für die DPP hatte der gemäßigtere Flügel Ende der 1990iger Jahre wieder etwas Oberhand erlangt und die DPP hatte wieder einen gemäßigteren Kurs eingeschlagen, welcher schließlich zum Sieg Chen Shuibians bei den Wahlen 2000 führte. Der radikalere Flügel innerhalb der DPP hätte sich jedoch von Anfang an gegen die moderate Politik Chens

---

<sup>136</sup> Vgl. Ming: *Die Entstehung und Entwicklung der Demokratisch Progressiven Partei*. S.251-257.

gestemmt und bereits Chens „Fünf Nein“ seiner Antrittsrede seien vielen innerhalb der DPP ein Dorn im Auge gewesen. Die „Fünf Nein“ ließen das Ziel der Unabhängigkeit vom Festland unmöglich erscheinen. Die Situation für Chen hätte sich in den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit zusätzlich erschwert, als sich die wirtschaftliche Situation Taiwans weiter verschlechterte. Die schlechte wirtschaftliche Lage und die schlechten Umfragewerte hätten Chen auch innerhalb der Partei angreifbar gemacht. Die Tatsache, dass in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation die Etablierung der „Three links“ nicht weiter vorangetrieben wurde, könnte dahingehend gedeutet werden, dass der radikale Flügel (der die Etablierung der „Three links“ stets ablehnte) wieder die Oberhand innerhalb der DPP erlangt hatte.<sup>137</sup> Diese Zersplitterung innerhalb der DPP führte schließlich auch 2006 dazu, dass die einzelnen Fraktionen innerhalb der Partei offiziell abgeschafft wurden.<sup>138</sup>

Welche Gründe am Ende ausschlaggebend waren bzw. wie viel Einfluss die einzelnen Faktoren hatten auf die Entscheidungsfindung der DPP, ist schwer zu beantworten. Ob Chen von Anfang an das langfristige Ziel einer Politik der Unabhängigkeit im Sinne hatte, ist zu bezweifeln. Es scheinen hier andere Faktoren wie parteiinterne Machtkämpfe und Wahlstrategien eine vordergründige Rolle gespielt zu haben. Die Tatsache, dass die Politik Chens in der Taiwanfrage jedoch spätestens ab dem Sommer 2002 eine Änderung erfuhr, scheint unbestritten.

Die Zersplitterung innerhalb der DPP machte es für Chen schließlich auch unmöglich eine dauerhafte und funktionierende Zusammenarbeit mit Vertretern der KMT im Legislativ Yuan zustande zu bringen. Zwar schaffte es Chen während des Wahlkampfes einen halbwegs moderaten Weg einzuschlagen, aber bereits die „Fünf Nein“ seiner Antrittsrede waren wohl vielen Vertretern des radikalen Flügels seiner Partei zu vorsichtig gewesen. Das politische System auf Taiwan, welches in den ersten Jahren der Chen-Regierung noch vorherrschte, jenes der einfachen nicht übertragbaren Stimmen (vgl. Kapitel 4.2.), bevorzugte ebenfalls radikalere Positionen und sorgte damit ebenfalls dafür, dass der radikale Flügel ein Einfluss gewann innerhalb der DPP.

### **5.1.3. Neue Flexibilität auf Seiten der VR China**

Die womöglich günstigste Phase, abgesehen von den ersten Monaten der Chen-Regierung, um die Beziehungen zum Festland zu verbessern, bot sich 2002.

---

<sup>137</sup> Vgl. Chien: *One Step forward, one Step backward*. S. 133-141.

<sup>138</sup> <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2006/07/24/2003320124> (Stand: 10.06.2011)

In der VR China war 2002 ein Politikwechsel vollzogen worden. Die KPCh hatte aus den Fehlern in der Vergangenheit gelernt, als man oft zu harsch reagierte, und legte nun mehr Flexibilität in der Taiwanfrage an den Tag. Als Beispiel für diese neue Flexibilität und für das Zugehen auf Taiwan kann die Rede Qian Qishens (钱其琛) in seiner Funktion als Vizepremierminister des Staatsrates der VR China vom 24. Jänner 2002 anlässlich des siebten Jahrestags von Jiang Zemin's „Acht Punkte Programm“ (八项主张/ ba xiang zhuzhang) betrachtet werden. Der Grundton der Rede fiel trotz der provokanten Politik Chens (Erst wenige Tage zuvor war von Seiten der Chen-Regierung der Vorschlag gemacht worden, den englischen Term „Issued in Taiwan“ auf die Vorderseite der auf Taiwan ausgestellten Pässe abdrucken zu lassen.<sup>139</sup>) sehr milde und versöhnlich aus. Qian Qichen hob die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und Taiwan hervor und verwies auf den steigenden Austausch zwischen den beiden Regionen. Es war klar ersichtlich, dass Qian in seiner Rede die Bevölkerung und die Verantwortlichen Taiwans einladen wollte den Dialog mit dem Festland wieder aufzunehmen und die Zusammenarbeit voranzutreiben.<sup>140</sup>

So meinte Qian in seiner Rede:

“Im neuen Jahr werden die Bemühungen die zwischen den beiden Seiten existierenden Barrieren abzubauen, das Bewahren des Friedens in der Taiwanstraße, das Vorantreiben von Personenaustausch und wirtschaftlichen (Austausch), die Interaktion auf kulturelle Ebene und anderen Ebenen, das Streben nach Verwirklichung der „Three links“ zwischen den beiden Seiten, das Vorantreiben der stabilen Entwicklung entlang der Taiwanstraße weiterhin die gemeinsame Aufgaben für die Chinesen auf beiden Seiten der Taiwanstraße sein.“<sup>141</sup>

在新的一年里，努力消除两岸关系中存在的障碍，维护台海和平，推进两岸人员往来和经济、文化等领域的交流，争取实现两岸直接“三通”，促进两岸关系稳定发展，仍然是海峡两岸中国人共同面临的课题。

Qian sprach jedoch auch offen davon, dass man Spannungen abbauen und die Beziehungen verbessern müsse und erneut den Dialog untereinander stärken müsse. Man müsse eine

<sup>139</sup> <http://www.taipeitimes.net/News/front/archives/2002/01/15/0000119980> (Stand: 10.06.2011)

<sup>140</sup> Die Rede Qian Qishens (auf Chinesisch) ist nachzulesen unter <http://www.chinamil.com.cn/gb/pladaily/2002/01/25/20020125001033.html> (Stand: 01.08.2011)

<sup>141</sup> Auszug aus der Rede Qian Qishens

flexible Haltung einnehmen, auf die Interessen des anderen eingehen und Gemeinsamkeiten suchen und Vertrauen aufbauen. Qian Qichen erwähnt mehrmals in seiner Rede, dass die VR China für Gespräche auf Basis des „1992 Konsens“ für alle Parteien und Fraktion auf Taiwan zur Verfügung stehe. Er hoffe, dass die Verantwortlichen auf Taiwan Schritte setzen werden und den „1992 Konsens“ bald wieder anerkennen. Politische Differenzen sollen keinen Einfluss auf den Austausch (vor allem auf wirtschaftlicher Ebene) zwischen den beiden Regionen nehmen. Qian hierzu im Wortlaut:

„Angesichts der gemeinsamen Herausforderungen und Möglichkeiten, sollten die Brüder auf beiden Seiten Freud und Leid gemeinsamen kosten, sich gegenseitig unterstützen. Letztes Jahr wurden unsere taiwanesischen Brüder von einem zweifachen Übel angegriffen, einer Wirtschaftsrezession und Naturkatastrophen, wir sind dadurch berührt und fühlen mit ihnen mit. Wir hoffen auf eine stabile taiwanesishe Gesellschaft, florierende Wirtschaft und dass die Menschen zufrieden leben und arbeiten. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Seiten auszubauen ist ein objektiver Trend der Zeit, entspricht dem Wunsch aller Brüder auf beiden Seiten und ist im Interesse beider Seiten. Wir sind überzeugt, dass politische Differenzen nicht dazu verwendet werden sollten um den Handels- und Wirtschaftsaustausch zu stören. Die künstlichen Barrieren betreffend die Einschränkungen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten sollten so schnell wie möglich aufgehoben werden.“<sup>142</sup>

面对共同的机遇与挑战，两岸同胞理应甘苦共尝，相互扶持。去年以来，台湾同胞经受了经济衰退与自然灾害的双重侵袭，我们对此感同身受。我们希望台湾社会安定，经济繁荣，人民安居乐业。进一步发展两岸经济关系，是客观趋势所至，是两岸同胞所愿，是双方利益所在。我们主张不以政治分歧干扰两岸经贸交流。限制两岸经济合作的人为障碍，应当尽快拆除。

Qian sagte, dass die VR China es verstehe, dass die Bevölkerung Taiwans auch aufgrund der

---

<sup>142</sup> Auszug aus der Rede Qian Qichens .

speziellen historischen Entwicklung „sein eigener Herr sein will“ (当家作主/ dang jia zuozhu). Die VR China werde auf diesen Umstand rücksichtnehmen und die Anliegen Taiwans respektieren. In Anspielung an die Politik der DPP meinte er, dass es auch in der DPP nur eine relativ kleine Gruppe gebe, welche Richtung Unabhängigkeit strebe, während der Großteil diese Politik ablehne. Ein Bild, welches sich auch in der Bevölkerung widerspiegle. Am Ende seiner Rede lud er die Bevölkerung Taiwans ein das Festland zu besuchen, um so besseres Verständnis zwischen den beiden Seiten zu kreieren.<sup>143</sup>

Die Rede Qians ließ den Verantwortlichen auf Taiwan viel Spielraum und bot ihnen die Möglichkeit, wieder in einen Dialog mit der VR China einzutreten.

Auch Hu Jintao ließ im selben Jahr in seinen Aussagen betreffend Taiwan viel Flexibilität erkennen.

„Solange das Ein China Prinzip anerkannt wird, der „92 Konsens“ anerkannt wird, egal von wem auch immer, egal welche Partei, und auch unabhängig davon, was jene in der Vergangenheit gesagt haben, gemacht haben, sind wir gewillt mit ihnen über die Entwicklung der Beziehungen entlang der Taiwanstraße zu besprechen, die Frage der friedlichen Wiedervereinigung voranzutreiben.“<sup>144</sup>

只要承认一个中国原则,承认‘九二共识’,不管是什么人、什么政党,也不管他们过去说过什么、做过什么,我们都愿意同他们谈发展两岸关系、促进和平统一的问题。

Hu Jintao ergänzte, dass man auf Basis des „Ein-China-Prinzips“ über ein weites Spektrum an Themen reden könne.

„Zweitens, mit dem Ein-China-Prinzip als Vorbedingung kann man beginnen über ein breites Feld von Themen zu reden. Man kann etwa über die offizielle Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den beiden Seiten und über die

---

<sup>143</sup> Siehe Fußnote 141.

<sup>144</sup> Aus: Li, Hemin (李合敏): 实事求是与时俱进: 中国共产党解决 (Die Wahrheit in den Tatsachen suchen und „mit der Zeit gehen“: Die wichtigsten theoretischen Grundsatzprinzipien der Kommunistischen Partei Chinas betreffend die Lösung der Taiwanfrage). In: 宁波大学学报(Journal der Universität Ningbo), Vol.19, Nr.4, 2006, S.53.

Herstellung von gegenseitigem Vertrauen auf militärischer Ebene reden, man kann über eine geeignete Lösung der Frage nach dem Bewegungsraum der Region Taiwan in internationalen Angelegenheiten reden, so wie es (der Bewegungsraum) dem Status der Region angemessen ist, man kann über den politischen Status der taiwanesischen Behörden reden, ebenfalls kann man während des Prozesses der Realisierung der friedlichen Wiedervereinigung alle zu lösenden Fragen besprechen.“<sup>145</sup>

第二,在一个中国原则的前提下,谈判的议题是开放的,空间是广阔的。可以谈正式结束两岸敌对状态的问题和建立军事互信的问题;可以谈妥善解决台湾地区在国际上与其身份相适应的活动空间问题;可以谈台湾当局的政治地位问题;也可以谈在实现和平统一过程中需要解决的所有问题。

Es schien, als ob China noch einmal die Hand ausstrecken wollte Richtung Chen-Regierung. Die Regierung auf Taiwan zögerte jedoch weiter sich klar zu positionieren, geschweige denn einen dauerhaften und konstruktiven Dialog einzugehen mit dem Festland.

Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 änderte sich auch die US-Außenpolitik, was zunächst keinen großen Einfluss auf die Beziehungen zu Taiwan hatte. Die taiwanfreundliche Stimmung innerhalb der neuen Bush-Regierung hielt an, so unterstützen die USA Taiwan auch weiterhin bei den Versuchen, in diversen internationalen Organisationen Aufnahme zu finden.<sup>146</sup>

Nicht nur wollte man für die Sicherheit Taiwans eintreten, sondern der Insel auch die nötige Würde erweisen. Man versuchte mit dieser Politik Taiwan zu beruhigen und so die Gefahr für Spannungen zu vermeiden.

China wurde nach 9/11 als neuer Verbündeter im Kampf gegen den Terror gesehen, was zur deutlichen Verbesserung der Beziehungen zwischen Washington und Peking führte. Es war nicht im Sinne der US-Politik, dass es in der Taiwanfrage irgendwelche Störmanöver gab. Die USA machten deutlich, dass sie in der Taiwanfrage auf den Dialog setzten, gleichzeitig aber die Unabhängigkeit Taiwan ablehnten, genauso wie jegliche Art von Waffengewalt.<sup>147</sup>

Die USA und China sollten bald merken, dass sie mit ihrer neuen an den Tag gelegten

---

<sup>145</sup>Ebd. S.53.

<sup>146</sup>Tao, Wenjiao (陶文钊): „一个中国“ (‘Ein China’). S.27.

<sup>147</sup> Vgl. Tang, Shaocheng: *Current Developments in Cross-strait Relations and the Role of the USA*. In: *Perspectives on Cross-strait Relations: Views from Europe*. Günter Schucher/Margot Schüller(Hrsg.). Hamburg: IFA, 2005. 173-175.

Flexibilität und guten Willen keine Verbesserungen erzielen konnten.

#### **5.1.4. Chen Shuibian am Höhepunkt seiner Macht**

Neben der taiwanfreundlichen Grundstimmung der Bush-Regierung und der neuen flexibleren Haltungen der KPCh führten jedoch auch noch andere Faktoren dazu, dass das Selbstvertrauen der Chen-Regierung zunahm. Ein wesentlicher zusätzlicher Faktor, der Chen stärken sollte, war das politische Comeback des ehemaligen Präsidenten Lee Tenghui im Frühjahr 2001. Mit seiner neugegründeten Partei der „Taiwan Solidarity Union“ (TSU) stellte er von nun an eine neue Kraft auf Seiten des „Pan grün“ Lagers dar.<sup>148</sup> In der Folge gelang es auch, dass die DPP und das „Pan-grün“ Lager bei den Wahlen im Dezember 2001 für das Legislativ Yuan leicht zulegen konnten. Die DPP erreichte ein Plus von 17 Sitzen und kam auf 87. Zusammen mit den Stimmen der TSU hatte das grüne Lager von nun an 100 der insgesamt 225 Stimmen im Legislativ Yuan, was bedeutete, dass man zukünftig nur ein paar Stimmen der unabhängigen Kandidaten oder unentschlossene „Pan-blau“-Mitglieder brauchte, um eine Mehrheit zu stellen im Legislativ Yuan.<sup>149</sup> Weitere Macht sollte Chen durch die Wahl zum Parteivorsitzenden der DPP erhalten im April 2002. Obwohl Chen im Jahr 2000 verkündet hatte, im Fall eines Wahlsieges sich zukünftig nicht mehr in Parteiaktivitäten einzumischen, nahm er am 1. August 2002 den Posten des Parteivorsitzenden an. Dieser Schritt sollte ihm dabei helfen, die internen Turbulenzen in der DPP zu lösen.<sup>150</sup> Diese Faktoren führten alle dazu, dass Chen Mitte 2002 wohl am Höhepunkt seiner Macht angelangt war, und mit dem nötigen Selbstvertrauen ausgestattet, schließlich am 3. August in einer Videoansprache im Rahmen des 29. jährlichen Treffens der „Federation of Taiwanese Associations“ (世界台灣同鄉會聯合會) in Hong Kong zum ersten Mal öffentlich von der „Zwei Staaten Theorie“ sprach.<sup>151</sup> Dieser Vorstoß Chens kam für viele nicht überraschend, da es bereits in den Monaten zuvor immer wieder Hinweise gab, dass Chen verstärkt die Unabhängigkeit Taiwans anstrebe. Bereits gegen Ende 2001 wurde die Bezeichnung „Republik China“ immer weniger oft verwendet, während die Bezeichnung „Taiwan“ immer öfter in den Reden Chens und seiner Regierungsmitglieder zu hören war. Chen Shuibian

---

<sup>148</sup> <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2001/06/17/0000090348> (Stand 17.07.2011)

<sup>149</sup> Das genaue Wahlergebnis ist nachzulesen, unter <http://www.gio.gov.tw/taiwan-website/5-gp/yearbook/2004/P073.htm> (Stand: 17.07.2011)

<sup>150</sup> <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2002/07/23/0000149335> (Stand 17.07.2011)

<sup>151</sup> Die Rede Chen Shuibians, nachzulesen im unter [www. http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/2172970.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/2172970.stm) (Stand: 20.07.2011)



bekannte sich nie wirklich zu dem „1992 Konsens“, welcher von Teilen der DPP als Verrat an Taiwan gesehen wurde. Man hätte sich lediglich darauf geeinigt, dass man sich nicht einigen konnte gab er zu Protokoll. Es wurde ebenfalls darüber diskutiert das englische Wort „Taiwan“ auf der Vorderseite der Reisepässe abdrucken zu lassen. Eines der wohl ersten und lautesten Warnsignale war Chens Ankündigung über eine neue Verfassung abstimmen lassen zu wollen in naher Zukunft. Direkte Angriffe gab es auch Richtung Hu Jintao, der zwar 2002 noch Vizepräsident war, aber am 16. Parteitag Jiang Zemins Erbe antreten sollte. Über taiwanesischen Medien ließ Chen verkünden, dass nicht viel von Hu Jintaos Politik zu erwarten sein dürfe in Zukunft. Hu sei zu vorsichtig und außerdem zweifle Chen daran, dass Hu in der Lage sei unabhängig zu denken und Entscheidungen zu treffen.<sup>152</sup>

Diese und eine Reihe anderer kleinerer und größerer Provokationen ließen bereits relativ früh erkennen, dass Chens Politik den gemäßigten Weg der Mitte wieder verlassen hatte. Mit der Richtungsänderung in seiner Festlandpolitik ab 2002 sank Chens Ansehen nicht nur in Peking sehr rasch, auch die positive Stimmung in Washington gegenüber Chen und seiner Partei nahm ab.

Die Reaktionen der USA und Chinas auf Chens Aussagen vor der „World Federation of Taiwanese Associations“ am 3. August ließen nicht lange auf sich warten. Besonders für die USA kam Chens neuer Vorstoß Richtung Unabhängigkeit zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt. Im Sommer 2002 waren die USA bereits in den Vorbereitungen auf den Irakkrieg, und weitere internationale Brandherde konnte man nicht gebrauchen. Selbst Taiwan freundlich internationale Medien sahen in Chens Vorgehen einen Verstoß gegen die „Fünf Nein“ seiner Antrittsrede. Chen wurde im In- aber auch im Ausland scharf kritisiert. Die Stimmen in den USA begannen sich zu mehren, welche behaupteten, Chen sei nicht pragmatisch genug und nur an Ideologie und Symbolik interessiert. Ein zweiter Kritikpunkt waren die Waffenverkäufe. Die von Bush 2001 zugesagten Waffenlieferungen wurden 2003 geliefert aber erst im März 2004 bezahlt. Generell hatte man in Washington verstärkt den Eindruck, dass Taiwan seiner eigenen Sicherheit nicht genügend Aufmerksamkeit schenkte. Viele hatten den Eindruck, dass die DPP kein besonderes Interesse daran hatte ein effektives Verteidigungssystem zu etablieren und sich in erster Linie auf die Unterstützung und die Hilfe der USA im Ernstfall verlassen würde. Die Veröffentlichung von sensiblen Plänen betreffend die militärische Zusammenarbeit zwischen Taiwan und den USA sorgte zusätzlich für Missfallen in Washington. Auch in wirtschaftlichen Fragen gab es ein paar Ungereimtheiten zwischen Taiwan und den USA. Taiwans Umsetzung der WTO-Richtlinien war von vielen

---

<sup>152</sup> Vgl. Su: *Taiwan's Relations with Mainland China*. S.182-192.

Seiten kritisiert worden. Die Öffnung des taiwanesischen Marktes für chinesische Güter war nicht ausreichend vollzogen worden, genauso wie einige Maßnahmen betreffend den Schutz geistigen Eigentums. Washington war besonders über die Unfähigkeit des Exekutiv Yuan bei der Umsetzung wirtschaftlicher Verbesserungen besorgt. Jedoch verstand man in Washington den Begriff des „Gesicht wahren“ in Verbindung mit asiatischen Politikern und versuchte zunächst verstärkt über private Kanäle Taiwan davon in Kenntnis zu setzen, dass die USA jegliche Art von Unabhängigkeitsstreben von Seiten Taiwans nicht unterstütze und auch zukünftig nicht unterstützen werde.<sup>153</sup>

Die Kritik aus Washington konnte Chen jedoch nicht davon abbringen in seinen Aussagen weiterhin den „Fünf Nein“ seiner Antrittsrede zu widersprechen, und er machte sich auch weiterhin für eine neue Verfassung stark. Zugunsten einer besseren Ausgangsposition bei den Präsidentschaftswahlen 2004 nahm Chen immer weiter Abstand von den „Fünf Nein“ seiner Antrittsrede. Das Fass zum Überlaufen brachte schlussendlich Chens Ankündigung des „defensive referendum“ und erneute Aussagen von Seiten der DPP eine neue Verfassung auf Taiwan etablieren zu wollen. Die Rechnung für seine Politik bekam Chen schließlich im Dezember präsentiert. Washington und Peking nutzten den Besuch Wen Jiabaos in den USA, um eine klare Nachricht an Chen und die Bevölkerung Taiwans zu senden. Während des Treffens<sup>154</sup> zwischen Bush und Wen wurde extra eine Fragerunde für die Presse eingeplant, in der es ausschließlich um Taiwan gehen sollte. Bush und Wen saßen nebeneinander vor einem Kamin und beantworteten die Fragen der Journalisten betreffend die Taiwanpolitik der beiden Länder. Es war klar, dass China und die USA damit ein deutliches Zeichen an die Chen-Regierung und die Bevölkerung Taiwans senden wollten. George Bush kritisierte das Verhalten der Chen Regierung scharf in seinen Aussagen („反对台独, 反对台湾领导人单方改变现状的言行“- Gegen ein unabhängiges Taiwan, gegen die Taten und Worte des taiwanesischen Führers, welche den Status quo einseitig ändern wollen.<sup>155</sup>) und meinte unter anderem, dass die USA jedes unilaterale Vorgehen, welche den Status quo in der Taiwanfrage ändern würde, ablehnen. Wen Jiabao stimmte im Anschluss Präsident Bush zu und meinte, dass China die Position der USA vor dem Hintergrund der neusten Entwicklungen auf Taiwan sehr begrüßen würde.<sup>156</sup> Dieses Treffen zwischen den beiden Staatsoberhäuptern machte

---

<sup>153</sup> Vgl. Ebd. S.200-205.

<sup>154</sup> Eine Zusammenfassung des Treffen auf Chinesisch unter.

[http://news.ifeng.com/mainland/special/hujintaofangmei/content-3/detail\\_2011\\_01/17/4316495\\_0.shtml](http://news.ifeng.com/mainland/special/hujintaofangmei/content-3/detail_2011_01/17/4316495_0.shtml) Stand: 21.07.2011).

<sup>155</sup> Ebd.

<sup>156</sup> Vgl. Tang: *Current Developments in Cross-Strait Relations and the Role of the USA*. S.176-179.

deutlich, dass sowohl China als auch die USA ein äußerst negatives Bild von Chens Politik hatten und an klares Signal Richtung Taiwan senden wollten.

## 5.2. Die Wiederwahl Chen Shuibians

Die Präsidentschaftswahl im März 2004 schien lange Zeit zu Gunsten des „Pan-blau“ Lagers rundum die Kandidaten Lian Zhan ((KMT) und James Soong (PFP) zu laufen. In fast allen Umfragen lag das „Pan-blau“ Lager mit relativ sicherem Abstand voran. James Soong konnte in Umfragen hohe Beliebtheitswerte erreichen und lag während des gesamten Wahlkampfes in der Präsidenten-Frage deutlich voran.<sup>157</sup> Die hartnäckigen Korruptionsvorwürfe gegen Chen Shuibians Frau (Wu Shuchen) dominierten in den Tagen vor der Wahl die Medien und ließen die Umfragewerte Chen Shuibians weiter sinken. Chens Wahlkampagne setzte stark auf den Faktor (taiwanesischer) Identität, und er wich auch im Wahlkampf nicht von seiner pro-Unabhängigkeitslinie ab. Um seine Wähler zusätzlich zu mobilisieren, schaffte es die DPP die Abstimmung über das Verteidigungsreferendum (vgl. Kapitel 5.1.4.) mit der Präsidentschaftswahl zu verknüpfen. Der Inhalt wurde jedoch stark entschärft (dies erfolgte auch auf Druck der USA) und auch das zweite Referendum (über die Aufnahme von friedlichen Verhandlungen mit der KPCh und die Errichtung eines Sozialstaates) berührte in keiner Weise heikle Themen der Festlandpolitik. Beide Referenden scheiterten an der Wahlbeteiligungshürde von 50%. Das eigentliche Ziel der Referenden, nämlich der Mobilisierung der „Pan grün“ Wähler, sollte jedoch gelingen.<sup>158</sup>

Auf der anderen Seite wies das „Pan-blau“ Lager immer wieder auf die schwache wirtschaftliche Lage Taiwans hin und kritisierte die undurchsichtige und gefährliche Festlandpolitik der DPP. Man setzte im „Pan-blau“ Lager auf Stabilität und versuchte so die Wähler für sich zu gewinnen. Jedoch schaffte es Chen in den Tagen vor der Wahl die Lücke in den Umfragen immer mehr zu schließen. Als erfahrener Wahlkämpfer wusste er, wie man die Massen mobilisieren konnte. Vor dem Hintergrund der scharfen Kritik von Seiten der USA und Chinas an der Festlandpolitik Taiwans, konnte Chen mit seiner unerschütterlichen Haltung die Wählerschicht des „Pan-grün“ Lagers stark mobilisieren. Trotz der sich bessernden Umfrageergebnisse für die DPP, sah es wenige Tage vor der Wahl jedoch nach einem knappen Sieg für Soong und Chan aus, zumindest ließen die letzten Umfragen vor der

---

<sup>157</sup> Siehe Umfragensammlung in Su: *Taiwan's Relations with Mainland China*. S. 236.

<sup>158</sup> Vgl. Ming: *Die Entstehung und Entwicklung der demokratisch progressiven Partei auf Taiwan*. S.258.

Wahl darauf schließen.<sup>159</sup> 18 Stunden vor der Wahl kam es zu einem Attentat auf Chen Shuibian und Vizepräsidentin Annette Lu im Rahmen einer Wahlveranstaltung. Chen Shuibian und Annette Lu wurden beide von einer Kugel getroffen aber nur leicht verletzt. Chen erlitt eine Fleischwunde in der Bauchgegend und Lu wurde am Knie verletzt. Beide konnten bereits am nächsten Tag das Krankenhaus wieder verlassen. Die Medien und die Bevölkerung gingen aber zunächst von einer schwerwiegenden Verletzung des Präsidenten aus. Erst wenige Stunden vor der Wahl erfuhr die Bevölkerung Details über den Grad der Verletzung.<sup>160</sup>

Das „Pan-grün“ Lager gewann die Wahl nach zweimaliger Auszählung der Stimmen mit 30000 Stimmen Vorsprung und Chen Shuibian konnte damit das Präsidentenamt weitere vier Jahre innehaben. Aufgrund des knappen Ergebnisses und des mysteriösen Schussattentat am Tag vor der Wahl, welches später von manchen Seiten als „Bullet-Gate“ bezeichnet wurde, gab es noch lange Zeit Proteste und Vorwürfe von Seiten des „Pan-blau“ Lagers gegen Chen und seine Partei. Es kam zu einer Neuauszählung der Stimmen und Anklagen von Seiten der Opposition. Erst am 4. November 2004 wurde das Wahlergebnis von Höchstgericht als rechtskräftig befunden.<sup>161</sup>

Bereits wenige Tage nach dem Wahlsieg sagte Chen in einem Interview mit der Washington Post, dass Taiwan ein souveräner und unabhängiger Staat sei, China dieses jedoch nicht akzeptieren würde. Des Weiteren teilte er mit, dass er die Schaffung einer neuen Verfassung für das Jahr 2006 plane, welche bis 2008 implementiert werden sollte.<sup>162</sup>

Diese Aussagen, welche unmittelbar nach dem knappen und von vielen als umstritten angesehenen Wahlsieg getätigt wurden, ließen darauf schließen, dass Chen in seiner zweiten Amtszeit eine noch „grünere“ Politik in der Unabhängigkeitsfrage betreiben würde.

### **5.3. Chinas neue Taiwanstrategie und klare Worte aus Washington**

Chen Shuibian ließ also wenig Zeit vergehen und ließ China und die USA früh wissen, dass es auch in seiner zweiten Amtszeit kein Abrücken von seiner bisherigen Politik in der Taiwanfrage geben würde. Die Reaktionen Chinas fielen jedoch weiterhin relativ gemäßigt aus. Es gab keine größeren militärischen Aktionen, und auch die öffentlichen Kommentare

---

<sup>159</sup> Siehe Fußnote 93.

<sup>160</sup> Vgl. Su: *Taiwan's Relations with Mainland China* . S.235-243.

<sup>161</sup> Vgl. Gunter Schubert: *Closing the Gap: An Alternative Reading of National Identity and Cross-strait Relations in Taiwan's Party Politics*. In: *Perspectives on Cross-strait Relations: Views from Europe*. Günter Schucher/Margot Schüller (Hrsg.). Hamburg: IFA, 2005. S.55-56.

<sup>162</sup> <http://www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn?pagename=article&contentId=A33322-2004Mar29&notFound=true> (Stand: 14.07.2011)

betreffend Chens Aussagen blieben relativ zurückhaltend. Das deutlichste Statement von Seiten der KPCh was den Wahlausgang und die Aussagen Chen Shuibians betraf kam vom Taiwan „Affairs Office of the State Council PRC“ (国务院台湾事务办公室) am 13. Mai 2004. Das Datum ist insofern von Bedeutung, da Chen Shuibians Antrittsrede für seine zweite Amtszeit erst für den 20. Mai geplant gewesen war. Dies war ein klares Zeichen dafür, dass China von seiner früheren, abwartenden Haltung abgekehrt war und nun kein großes Interesse mehr daran hatte, auf Chen Shuibians Aussagen und Taten Rücksicht zu nehmen. Von nun an wollte man selber die Richtung vorgeben. Die Mitteilung des „Taiwan Affairs Office“, welche durch Sprecher Li Weiwei verlautbart wurde, war zwar relativ kurz, dafür umso klarer und direkter. Li bezichtigte Chen Shuibian mit dessen Aussagen und Politik Taiwan Richtung Unabhängigkeit zu bewegen und damit den Frieden in der Taiwanstraße zu gefährden sowie für Spannungen zu sorgen. Seine Handlungen würden Instabilität hervorrufen und den Wohlstand der gesamten Pazifikregion gefährden. China würde weiterhin mit allen Kräften versuchen die Taiwanfrage mit friedlichen Mitteln zu lösen, allerdings werde jeder Versuch Taiwan Richtung Unabhängigkeit zu bewegen entschieden bekämpft werden. China werde weiterhin mit friedlichen Mitteln das Ziel der Wiedervereinigung vorantreiben, man sollte jedoch die Bestimmtheit der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes nicht unterschätzen, die bereit sind die Souveränität und territoriale Einheit des Landes zu beschützen. Weiters fügte Li hinzu, dass man nach vier Jahren der Beobachtung Chens wahres Wesen sehr gut einschätzen könne und er Taiwan schrittweise Richtung Unabhängigkeit führen wolle. Die Taten und Aussagen Chens würden jedoch keinen Einfluss auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit des Festlandes mit Taiwan haben oder auf den Personenaustausch zwischen den beiden Regionen<sup>163</sup> Mit diesen klaren Aussagen machte China deutlich, dass es keine Hoffnung mehr in die Politik Chen Shuibians setzte und Taiwan keinen Spielraum in der Unabhängigkeitsfrage geben würde. Um die Politik und die Entschlossenheit der VR China nochmals zu verdeutlichen, wurde am 14. März 2005 das sogenannte „Anti-Abspaltungsgesetz“ erlassen, welches unter gewissen Bedingungen den Einsatz von „nicht friedlichen Mitteln“ zur Lösung der Taiwanfrage festsetzt (vgl. Kapitel 2.3.).

Des Weiteren konnte bereits nach den Wahlen 2000 eine klare Änderung in der Taiwanpolitik der VR China festgestellt werden, welche unter der neuen Regierungsspitze Hu Jintao und Wen Jiabao weiter vorangetrieben wurde. China hatte gelernt, dass Drohungen vom Festland

---

<sup>163</sup> Vgl. [http://www.gwytb.gov.cn/en/SpokespersonRemarks/201103/t20110316\\_1788099.htm](http://www.gwytb.gov.cn/en/SpokespersonRemarks/201103/t20110316_1788099.htm) (Stand: 14.07.2012)

nur wenig Einfluss auf die Bevölkerung Taiwans und ihr Wahlverhalten hatten, ja sogar contra produktiv sein können, wie die Wahlerfolge Lee Tenghuis 1996 und Chen Shuibians 2000 zeigten. Daher beschloss die Führungsebene in der Taiwanfrage zukünftig eine gemäßigte Strategie anzuwenden und verstärkt auf die Rolle Washingtons als Maßregler Chen Shuibians zu setzen. Vor den Wahlen 1996 auf Taiwan konnte man noch militärische Einschüchterungsversuche und Warnungen von Seiten der VR China Richtung Taiwan registrieren. Bei den Wahlen im Jahr 2000 gab es jedoch nur mehr vereinzelte verbale Warnungen von Peking, während des Wahlkampfes 2004 blieben selbst diese aus. Die Wahl 2008 überließ man schließlich völlig dem "Management" der USA. In den großen chinesischen Zeitungen war lediglich das Resultat der Wahl zu vernehmen. Die kritischen Kommentare zu den Unabhängigkeitsbestrebungen Chen Shuibians wurden im Laufe der Zeit ebenfalls immer weniger und kürzer, eine Strategie, die oft als „the soft becoming softer and the hard becoming harder“ bezeichnet wurde. Denn während die offiziellen Statements immer zurückhaltender wurden auf Seiten der VR China, in der Hoffnung, so Sympathiepunkte auf Seiten der taiwanesischen Bevölkerung gewinnen zu können, wurden hinter den Vorhängen die Kontakte zur Chen Regierung eingefroren und bereits an den zukünftigen Beziehungen zu Taiwan gearbeitet.<sup>164</sup> Im Frühjahr 2005 kam es zu ersten Treffen mit den Vertretern der taiwanesischen Oppositionsparteien. Im Rahmen dieser Treffen sollte die Basis für die zukünftigen Beziehungen zwischen Festland und Taiwan gelegt werden (vgl. Kapitel 6.1.2.).

Auch das Vertrauen auf Seiten der USA in Chen hatte einen deutlichen Schaden erlitten in den ersten vier Jahren seiner Amtszeit. Die Verantwortlichen in den USA waren sich bewusst, dass man einige Themen mit Taiwan klären müsse, wollte man eine weitere Verschärfung der bereits angespannten Lage in der Taiwanstraße vermeiden. Einen guten Überblick über die Lage der Beziehungen zwischen den USA und Taiwan unmittelbar nach den Wahlen im März 2004 und auch über die Erwartungen der USA an die zweite Amtszeit Chens gibt die Rede des Ostasien Spezialisten James Kelly vor dem Bundes-Ausschuss für Internationale Beziehungen vom 21. April 2004. Kellys wies in seiner Rede deutlich darauf hin, dass die USA die Unabhängigkeit Taiwans sowie unilaterale Schritte, welche den Status quo ändern würden, nicht unterstützen. Die USA würden jedoch weiterhin Defensivwaffen an Taiwan verkaufen und im Fall von Gewaltanwendung gegen Taiwan reagieren, womit man seinen Verpflichtungen laut TRA nachkomme. Ein besonderes Augenmerk legte Kelly in seiner Rede, die auch von taiwanesischen Fernsehstationen übertragen wurde, auf den ausdrücklichen Wunsch der USA nach einem Dialog bzw. einer Wiederaufnahme des Dialoges zwischen

---

<sup>164</sup> Vgl. Su: *Taiwan's Relations with Mainland China*. S.287-290.

China und Taiwan. Die Waffenverkäufe sollten Taiwan lediglich genügend Sicherheit und Selbstvertrauen geben, um mit China auf Augenhöhe verhandeln zu können. Kelly im Wortlaut:

“We believe a secure and self-confident Taiwan is a Taiwan that is more capable of engaging in political interaction and dialogue with the P.R.C., and we expect Taiwan will not interpret our support as a blank check to resist such dialogue.”<sup>165</sup>

Das Thema der Etablierung der „Three links“ war der zweite große Teil der Rede Kellys. Die Etablierung der „Three links“ würde zum stärkeren Kontakt und Austausch zwischen dem Festland und China führen und somit zum besseren Verständnis zwischen den beiden Regionen. Des Weiteren würden die USA jede Art von bilateralem Austausch zwischen China und Taiwan begrüßen. Die Öffnung der „Three links“ würde trotz einiger Bedenken von Seiten Taiwans im Endeffekt der taiwanesischen, der chinesischen als auch der globalen Wirtschaft zu Gute kommen und eine „Win-win-win-Situation“ schaffen.<sup>166</sup>

Beide Wünsche der USA an Chen sollten jedoch nicht erfüllt werden während Chens zweiter Amtszeit, weder konnte man sich auf die Etablierung der „Three links“ einigen, noch kam es zu einem konstruktiven Dialog zwischen Taipei und Peking. Während der gesamten zweiten Amtsperiode Chen Shuibians herrschte Eiszeit zwischen der DPP und der KPCh.

Die Politik der DPP wurde sogar noch radikaler nach der Widerwahl Chen Shuibians. Neben Stimmen, welche den Landesnamen umbenennen wollten,<sup>167</sup> gab es Aussagen von Chen, in denen er erneut eine neue Verfassung ankündigte.<sup>168</sup>

Es schien zu jener Zeit nicht so, als ob Chen allein aufgrund freundlicher Ratschläge von seiner Festlandpolitik abweichen würde. Die Tatsache, dass Präsident Bush wenige Wochen vor seiner Wiederwahl stand, verschärfte die Lage zusätzlich. Während des Wahlkampfes war die chaotische Situation im Irak weiterhin das dominierende außenpolitische Thema in den USA. Zusätzlich zu den Problemen im Irak kam die schwierige Situation im Iran, weitere Störfälle konnte man in dieser Situation nicht gebrauchen, weshalb man auch unzufrieden war mit der Politik Chen Shuibians. So beschreibt etwa Zhao Kejin (赵可金), Professor an der chinesischen Fudan-Universität, die Strategie der USA in der Taiwanfrage zu jener Zeit als

---

<sup>165</sup> Zitat aus der Rede von James Kelly. Die Rede nachzulesen unter <http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/china/kelly.htm> (Stand: 05.06.2011).

<sup>166</sup> Vgl. Rede von James Kelly.

<sup>167</sup> <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/3090380.stm> (Stand: 06.06.2011).

<sup>168</sup> <http://www.taipeitimes.net/News/front/archives/2004/05/21/2003156319> (Stand: 06.06.2011).

“不统不独不战“ (Keine Wiedervereinigung, keine Unabhängigkeit, kein Streit). Für die USA stellte der Status quo weiterhin den Idealzustand in der Taiwanfrage dar. („维持所谓的“现状”, 以利于美国左右逢源“).<sup>169</sup>

Um sicher zu gehen, dass die Verantwortlichen auf Taiwan dieses Motto auch verstanden, sandte Washington Außenminister Colin Powell nach Peking. Powell sollte von China aus eine klare Botschaft an Taiwan senden. Während dieses China Aufenthalts gab Powell dem in Hong Kong ansässigen TV-Sender „Phoenix TV“ ein Interview, indem er klare Worte Richtung Taiwan und gegen Chens Unabhängigkeitsbestrebungen sandte.

“There is only one China. Taiwan is not independent. It does not enjoy sovereignty as a nation, and that remains our policy, our firm policy“<sup>170</sup>

Am 2. November wurden die US-Wahlen abgehalten und Präsident Bush wiedergewählt. Auch in Taiwan standen am Ende des Jahres Wahlen an, die Wahlen des Legislativyuan. Für Chen Shuibian sollten es richtungsweisende Wahlen werden. Chen konnte es sich in dieser Situation nicht leisten, von seiner starken pro Unabhängigkeitshaltung abzuweichen, wenn er seine Stammwähler ausreichend mobilisieren wollte. Trotz aller Warnungen von Seiten der USA und Chinas, blieb Chen seiner Linie treu und kämpfte weiter für die Schaffung einer neuen Verfassung. Chen ließ auch keinerlei Anzeichen aufkommen, dass er bereit wäre wieder in einen Dialog mit der VR China einzutreten.

Einen Tag vor den Wahlen des Legislativyuan am 11. Dezember gab Vizeaußenminister Armitage ein Interview, indem er für sehr viel Aufsehen in Taiwan sorgen sollte. Auf die Frage, ob die USA Taiwan im Falle eines Angriffes von Seiten Chinas verteidigen würden, antwortete Armitage:

„[...] We have the requirement with the Taiwan Relations Act to keep sufficient force in the Pacific to be able to deter attack; we are not required to defend. And these are questions that actually reside with the U.S. Congress, who has to declare an act of war.“<sup>171</sup>

---

<sup>169</sup> Vgl. Zhao, Kejin (赵可金): 台湾政局的变化及对两岸关系的影响 (*Die politische Situation auf Taiwan und ihr Einfluss auf die Beziehungen zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan*). In: 世界经济与政治 (Weltwirtschaft und Politik), Vol.299, Nr.10, 2007. S. 47.

<sup>170</sup> Das gesamte Interview Collin Powells mit dem TV Sender Phoenix TV ist nachzulesen unter <http://www.scoop.co.nz/stories/WO0410/S00318/powell-interview-with-anthony-yuen-of-phoenix-tv.htm> (Stand: 04.06.2011).

<sup>171</sup> Das Interview zwischen Richard Armitage und dem amerikanischen Journalisten Charlie Rose ist nachzulesen unter: <http://www.taiwandc.org/pbs-2004-01.htm> (Stand 24.01.2011).



Diese Aussage war für Chen und die Bevölkerung Taiwans nochmals eine deutlichere Warnung, als all die Aussagen zuvor von Seiten der US-Verantwortlichen. Vor allem für die Anhänger Chens, also das „Pan-Grün“ Lager, war dies ein schwerer Schlag, denn ohne der Zusicherung der (militärische) Unterstützung der USA im Ernstfall, würde das gesamte Unabhängigkeitsstreben auf Taiwan einen wichtigen Teil seiner Grundlage verlieren. Diese Aussagen und die Aussagen von Collin Powell wenige Tage zuvor, ließen keinen Zweifel daran, dass die USA mit der Politik Chens unzufrieden waren und dies nun auch öffentlich signalisierten.

#### **5.4. Die Wahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 2004**

Es war für alle Beteiligten klar, dass bei den Wahlen des Legislativ Yuan im Dezember 2004 - mehr als bei allen Wahlen zuvor - eine Entscheidung über Chens Unabhängigkeitspolitik getroffen werden würde. S. Philip Hsu, der zur Zeit amtierender Direktor des Zentrums für China Forschung an der nationalen Taiwan Universität ist, argumentiert in seinem 2010 erschienenen Artikel *Between Identity Quest and Risk Aversion: Lessons from the Chen Shui-bian Presidency for Maintaining Cross-Strait Stability*, dass die Wähler auf Taiwan sehr wohl unterscheiden könnten zwischen Abstimmungen über Referenden, welche die Identität Taiwans betreffen, und solchen Entscheidungen, die auf die Änderung des Status quo hinauslaufen. Es gäbe zwar ein immer stärker werdendes Bewusstsein für die taiwanesischen Identität, was aber nichts mit dem Wählerwunsch nach Unabhängigkeit oder dem Wunsch nach Änderung des Status quo zu tun hätte. Diese beiden Dimensionen gilt es auf Taiwan zu unterscheiden. Die Wähler hätten sehr wohl die Zeichen der Zeit erkannt und bemerkt, dass es der Chen Regierung ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr um die Stärkung der taiwanesischen Identität ging, sondern sie den Wähler vor die Wahl stellte zwischen Unabhängigkeit (der von Chen eingeschlagene Weg) oder Aufrechterhaltung des Status quo.

„[...] Taiwan's voters at first backed the Chen Administration's provocative initiatives in order to seek national identity instead of *de jure* independence, and that the popular support receded dramatically once such initiatives came to be perceived, amidst domestic and international developments, by the voters as drifting away from an identity quest and toward evoking their choice between

status quo and independence.“<sup>172</sup>

Auch unter der Chen Regierung präferierte die überwiegende Mehrheit der taiwanesischen Bevölkerung weiterhin die Aufrechterhaltung des Status quo- wie aus den Umfragen hervorgeht.<sup>173</sup> Die Aufrechterhaltung des Status quo implizierte jedoch nicht die Ablehnung von Referenden an sich. Während vor allem Peking jede Ankündigung von Seiten Taiwans über die Abhaltung von Referenden als potentiellen Schritt Richtung Unabhängigkeit und als Provokation aufgefasst hätte, wurden die Referenden auf Taiwan primär als Fragen über innenpolitische Angelegenheiten gesehen, die lediglich zur Stärkung der nationalen Identität dienten. Die Zustimmungswerte für die unter Chen abgehaltenen Referenden lagen konstant über 30%, während die Pro-Unabhängigkeitswerte betreffend Taiwans politischer Zukunft in der taiwanesischen Bevölkerung nie über 15% hinauskamen. So befürworteten im Jahr 2004 59% der Bevölkerung Referenden, die innenpolitischen Angelegenheiten thematisierten, jedoch nur 23% solche Referenden, welche sich mit den Beziehungen in der Taiwanstraße auseinandersetzten<sup>174</sup>. Die provozierenden Aussagen Chens nach seiner Wiederwahl, welche stärker denn je die Unabhängigkeit Taiwans forcierten, in Verbindung mit den oben beschriebenen Reaktionen und Warnungen von Seiten der USA und Chinas, hätten die Wahl zum Legislativ Yuan im Dezember 2004 zur richtungsweisenden Wahl werden lassen und im großen Ausmaß auch zu einer Abstimmung über die Unabhängigkeitspolitik Chens.

„Considering all the major issues in the light the limelight right before that election, it was literally a vote to articulate the public’s overall response to the provocative issues raised by Chen and the DPP.“<sup>175</sup>

Weiter schreibt Hsu in seinem Artikel, dass vor allem die scharfen Worte von Seiten der USA die taiwanesischen Bevölkerung beeinflusst hätten bei dieser Wahl.

„While Beijing’s saber rattling turned out to be counterproductive,

---

<sup>172</sup> Hsu, Phillip: *Between Identity Quest and Risk Aversion: Lessons from the Chen Shuibian Presidency for Maintaining Cross-Strait Stability*. In: Journal of Contemporary China, Vol.19, Nr.66, 2010, S. 697.

<sup>173</sup> Detaillierte und aktuelle Umfrageergebnisse betreffend die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland unter: <http://www.mac.gov.tw/lp.asp?ctNode=6279&CtUnit=4420&BaseDSD=7&mp=3>

<sup>174</sup> Vgl. Hsu: *Between Identity Quest and Risk Aversion*. S. 701-709.

<sup>175</sup> Hsu: *Between Identity Quest and Risk Aversion*. S. 709

Washington's objection to Chen's initiatives proved crucial in driving the Taiwan electorate potently toward risk aversion in making their voting decisions.<sup>176</sup>

Die Wahlen endeten mit einer Niederlage für die DPP und somit auch für Chens Politik in den ersten Monaten seiner zweiten Amtszeit, eine Politik, die stärker denn je die Unabhängigkeit Taiwans anstrebte. Die wichtigsten Wahlmotive der Wähler fasst Hsu folgendermaßen zusammen:

„On the eves of the 2004 legislative election and of the 2008 UN entry referendum, the issues became a matter of articulating the preference and making a choice between the status quo and Taiwan independence for the electorate in Taiwan. In this particular context, the desire to minimize the risk of war came to override the satisfaction of the need for an exclusive Taiwan identity for the majority of the electorate, thereby inducing them to send their signal of risk aversion to politicians and political parties through their ballots“<sup>177</sup>

Das Wahlergebnis sorgte nicht nur beim „Pan-blau“ Lager für Erleichterung, sondern beruhigte auch gleichzeitig die Verantwortlichen in den USA und vor allem in China, wo die Verantwortlichen wieder etwas mehr Vertrauen in die Entscheidungen des taiwanesischen Volkes haben konnten.

Das „Pan-blau“ Lager konnte 114 der 225 Sitze erlangen, wobei 79 der 114 Sitze an die KMT gingen. Das „Pan-grün“ Lager kam nur auf 101 Sitze, wovon die DPP 89 Sitze erhielt. Vier der 225 Sitze gingen an Unabhängige und sechs weitere konnte die „Nonpartisan Solidarity Union (von hier an: NSU) gewinnen.“<sup>178</sup> Die meisten Vertreter der NSU und zwei der unabhängigen Abgeordneten zeigten in Folge eine starke Neigung Richtung „Pan-blau“ Lager, sodass die „Blauen“ zukünftig die Kontrolle über das Legislativ Yuan innehatten.<sup>179</sup>

Die Wahlniederlage war ein schwerer Schock für Chen und die DPP, und mit dem Rücktritt

---

<sup>176</sup> Ebd. S.712

<sup>177</sup> Ebd. S.716

<sup>178</sup> Das genaue Wahlergebnis ist auch unter:

<http://www.electoralgeography.com/new/en/countries/t/taiwan/taiwan-legislative-election-2004.html> (Stand: 06.06.2011) nachzulesen.

<sup>179</sup> Vgl. Su: *Taiwan's Relations with Mainland China*. S.274.

Chens als Parteivorsitzender drei Tage nach der Wahl,<sup>180</sup> war für alle ersichtlich, dass er den Höhepunkt seiner Macht überschritten hatte und seine Pro-Unabhängigkeitspolitik dem Großteil der Wähler zu radikal war.

Neben der Unzufriedenheit mit der Festlandpolitik Chens existierten noch eine ganze Reihe anderer Probleme, welche der DPP in den kommenden Monaten und Jahren eine Wahlniederlage nach der anderen bescheren sollten.

Die DPP sollte immer stärker unter Kritik geraten. Neben der Festlandpolitik sorgte vor allem auch die wirtschaftliche Situation Taiwans für negative Schlagzeilen. Taiwans Wirtschaft befand sich weiter in einer schwierigen Situation und während die anderen Wirtschaftsmächte Asiens, wie etwa Korea oder Japan, immer mehr Beschränkungen in den wirtschaftlichen Beziehungen mit China aufhoben, herrschte zwischen Taiwan und dem Festland Stillstand, eine Entwicklung, welche eine zusätzliche Herausforderung für Taiwans Wirtschaft darstellte. In dieser Situation wurden auch wieder die Stimmen lauter, welche die Errichtung der „Three Links“ forderten. Darüber hinaus verdeutlichte die niedrige Wahlbeteiligung bei der Wahl des Legislativ Yuan 2004, dass nach vier Jahren unter der DPP-Regierung, aufgrund verschiedener Entscheidungen und Ereignisse innerhalb der Politik, eine gewisse Politikverdrossenheit innerhalb der Bevölkerung Taiwans eingesetzt hatte.<sup>181</sup>

„[...] zweifellos zeigt sich, dass auf der Insel ziemlich viele Menschen seit der zweiten Amtszeit Chen Shuibians ethnische Spannungen registrieren, es herrscht eine gesellschaftliche Unruhe und Durcheinander, die schwache Wirtschaft, die sich in einer Situation der Depression befindet, ist ziemlich unbefriedigend, die politischen Kreise auf Taiwan sind zerstritten, das beschmutzen von jemandes Ehre durch den „Speichel-Krieg“ wirft kein gutes Licht auf den Stil der Politik. Dieser psychische Zustand spiegelt sich auch bei der diesmal auf 56% gesunkenen Wahlbeteiligung wieder.“<sup>182</sup>

…无疑表明岛内相当多的民众对陈水扁第二任期以来的族群纷争、社会混乱动荡、经济无力低迷状况相当不满,对台湾政坛恶斗、抹黑与

---

<sup>180</sup> Vgl. Ebd. S. 275.

<sup>181</sup> Zhang, Li (张立): 台湾“立委”选举评析 (*Wahlanalyse der Wahl zum Legislativ Yuan auf Taiwan*). In: 两岸关系 (Beziehungen entlang der Taiwanstraße), 2005 (Januar). S.30-31.

<sup>182</sup> Ebd. S.30.

“口水战”等政治手法十分厌恶。这样的心理也反映在此次 56% 的低投票率上。

Bei den folgenden Lokalwahlen im Dezember 2005 sollte sich der Abwärtstrend des grünen Lagers fortsetzen. Die Niederlage für die DPP fiel sogar noch deutlicher aus als bei den Wahlen im Dezember 2004. Die KMT konnte bei diesen Wahlen 14 von 23 Wahlkreisen für sich gewinnen und gewann damit 3 Wahlkreise dazu. Die DPP dagegen konnte nur mehr in sechs Wahlkreisen die stärkste Partei stellen und verlor damit 4 Wahlkreise im Vergleich zum Ergebnis der letzten Wahl. Selbst in den Regionen, die traditionell dem „Pan grün“ Lager zuzurechnen sind, musste die DPP starke Verluste hinnehmen. Die Wahlniederlage kann jedoch keines Wegs überraschend, weder hatte sich die wirtschaftliche Situation Taiwans verbessert - im Gegenteil die Arbeitslosenzahlen und das Staatsdefizit stiegen beide nochmals an im Jahr 2005 - noch war eine Richtungsänderung in der Festlandpolitik nach der Wahlniederlage im Dezember 2004 eingeschlagen worden, dies waren alles Faktoren, welche der DPP weiter Wählerstimmen kosteten und den bevorstehenden Machtwechsel auf Taiwan einläuteten.<sup>183</sup>

„Das Resultat der verheerenden Wahlniederlage für die DPP kam jedoch für die Menschen nicht völlig überraschend, weil es objektiv und exakt die derzeitige politische Realität und die Richtung des Volkswillen widerspiegelt. Offensichtlich verwendete Taiwans Bevölkerung ihre Wahlzettel einerseits um der regierenden DPP ihr „Nichtvertrauen“ zu zeigen und andererseits war es eine abgegebene Bestätigung und Ansporn für den zukünftigen politischen Weg und die Richtungsentwicklung der KMT.“<sup>184</sup>

民进党惨败的结果并没有出乎人们的预料因为它客观而准确地反映了台湾当前的政治现实与民意走向。显然台湾民众用他们手中的选票一方面表达了对民进党执政 ‘ ’ 不信任 “ 的态度另一方面也对国民党近期的

---

<sup>183</sup> Vgl. Qi, Zhaoming (齐兆明): *中国国民党有望在台湾重新执政 (Die Kuomintang ist hoffnungsvoll auf Taiwan wieder an die Macht zu kommen)*. In: 世纪桥 (Jahrhundert-Brücke), 2005(Dez.). S.54.56.

<sup>184</sup> Ebd. S. 54.

政党路线与发展方向给予肯定与鼓励。

Die Richtungskämpfe innerhalb der DPP sollten in den verbleibenden drei Jahren unter Chen zusätzlich für Konflikte sorgen. Auch der 2005 aufkommende Korruptionsskandal um Chen, indem auch seine Frau Wu Shuchen sowie drei Minister und fünf Vizeminister eine tragende Rolle spielten, ließ Chens Ansehen weiter sinken. Die Korruptionsvorwürfe, die 2005 aufkamen, sollten sich bis zum Ende seiner Amtszeit hartnäckig halten und schließlich im Jahr 2009 zu seiner Verurteilung in erster Instanz führen<sup>185</sup>.

Belastet mit diesen schwere Korruptionsvorwürfen, einer Mehrheit der Opposition im Legislativ Yuan, einer schwachen Wirtschaft und einem schwierigen Verhältnis zu der VR China und den USA sowie bereits sehr früh ausbrechenden internen Parteikämpfen um seine Nachfolge konnte Chen in seinen letzten zwei Jahren im Amt kaum noch seine Politik umsetzen. Die USA und China konnten sich zurücklehnen und die Wahlen im März 2008 abwarten. Nach acht Jahren DPP-Regierung unter Chen sollte die KMT wieder die Macht übernehmen auf Taiwan.

## **5.5. Die Gründe für den Machtwechsel 2008**

Am Ende seiner Amtszeit war Chens Politik auf der gesamten Linie gescheitert, und es zeichnete sich schon lange Zeit vor dem tatsächlichen Wahltermin ab, dass der nächste Präsident aus dem Lager der KMT kommen würde. Die Menschen hatten kein Vertrauen mehr in Chens Wirtschaftspolitik sowie in seine Außen und Sicherheitspolitik. Dazu kamen die immer lauter werdenden Korruptionsvorwürfe um seine Person.

Am Beginn seiner Amtszeit im Jahr 2000 wurde Chen Shuibian unter anderem deswegen gewählt, weil man ihm zutraute eine „saubere Politik“ in Taiwan zu etablieren. Chen versprach den Wählern eine Politik, die auf Transparenz, Fairness und Gerechtigkeit basieren sollte. Die Zeiten, in denen Korruption gang und gebe war in der Politik, sollten vorbei sein. Man wollte der „Heidao“ (schwarzen Gold Politik) ein Ende setzen und Chen Shuibian war

---

<sup>185</sup> Chen Shuibian und seine Frau Wu Shuchen wurden beide in erster Instanz zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. Vgl. <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2009/09/12/2003453376> (Stand: 06.06.2011). Im Juni 2010 wurde Chens Haftstrafe auf 20 Jahre verkürzt, da einige Anklagepunkte entkräftet werden konnten. Der Urteilsspruch des Höchstgericht steht noch aus. Vgl. <http://www.english.rfi.fr/asia-pacific/20100611-chen-shui-bian-sentenced-cut-20-years> (Stand: 30.06.2011) Im Oktober 2011 wurde Chens Strafe schlussendlich auf 18 Jahre festgelegt. Seine Frau wurde zu 11 Jahren verurteilt Vgl. <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2011/10/14/2003515694> (Stand: 27.12.2011).

die Führungspersönlichkeit dieser Bewegung gewesen. Diese Erwartungen konnte Chen jedoch nicht erfüllen, bereits zur Halbzeit seiner ersten Amtszeit hielten die Wähler Chens DPP-Regierung für noch korrupter, als die Vorgängerregierung. Während der Regierungsjahre unter Chen Shuibian sollten immer mehr von Chens Mitarbeitern, Ministern und Familienmitglieder unter Korruptionsverdacht geraten. Chen selber konnte aufgrund seiner Immunität als Präsident während seiner achtjährigen Amtszeit nicht angeklagt werden. Die Regierung, die angetreten war mit dem Wahlversprechen die Korruption einzudämmen, schaffte es mehr Regierungsoffizielle auf die Anklagebank zu befördern als alle Regierungen zuvor.<sup>186</sup> Während seiner zweiten Amtszeit waren Chens Vertrauenswerte, die am Beginn seiner Amtszeit teilweise an die 80% erreichten, bereits deutlich unter 40% gefallen und bewegten sich in den Monaten vor der Wahl nur mehr um die 30% Marke. Wenn man die Umfragewerte des „Taiwan Public Mood Index“ betrachtet, so zeigt sich, dass Chen Shuibians Vertrauenswerte während seiner gesamten zweiten Amtszeit konstant unter 40% lagen und damit deutlich hinter den Werten der KMT und Ma Yingjeous.<sup>187</sup>

Ein weiterer Faktor, der zur Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Chen-Regierung beitrug, war die schlechte wirtschaftliche Lage Taiwans. Lag das Wirtschaftswachstum Taiwans im Jahr 2000 noch bei über 5%, so musste das Land 2002 bereits mit einem negativen Wachstum von 2.2% kämpfen und auch in den folgenden Jahren seiner ersten Amtszeit sollte sich das Wachstum nur um die 3-4% bewegen.<sup>188</sup> Während das Wirtschaftswachstum niedrig blieb stiegen die Inflation und die Arbeitslosenquoten deutlich an. Chen reagierte darauf mit Steuerkürzungen, verkaufte Staatsbesitz, erhöhte Gebühren und nahm Kredite auf, welche die Staatsschulden rasch anstiegen ließen. Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten kam es unter Chen zu keiner Etablierung der „Three links“. Die Idee die wirtschaftlichen Beziehungen mit China weiter auszubauen ließ sich mit Chens Politik der Unabhängigkeit und der nationalen Identität nicht vereinbaren.<sup>189</sup> Die schlechte wirtschaftliche Lage wirkte sich auch auf das Empfinden der Bevölkerung stark aus, eine Situation, die es so auf Taiwan in der Vergangenheit nicht gab. Die Einschätzung der Lage durch die Bevölkerung lässt sich gut anhand einer Umfrage vom *Common Wealth* Magazin veranschaulichen. So gaben bei der Anfang 2007 durchgeführten Umfrage 86.9% der Befragten an, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Taiwan zugenommen hätte (der Vergleichswert aus dem Jahr 2002 lag bei

---

<sup>186</sup> Chai, Winberg: *Taiwan Elections 2008 and their Impact on US-China-Taiwan Relations*. In: Asian Affairs, Vol.35, Nr. 2, 2008, S. 87.

<sup>187</sup> Der „Taiwan Public Mood Index“ liefert Umfrageergebnisse, aufgelistet für jeden Monat. Zurückreichend bis Juli 2006. Er ist nachzulesen unter: <http://www.gvm.com.tw/gvsrc/eng/eng-archive.asp> (Stand: 09.07.2011)

<sup>188</sup> <http://www.indexmundi.com/g/g.aspx?v=66&c=tw&l=en> (Stand: 09.07.2011).

<sup>189</sup> Vgl. Copper, John F.: *Taiwan's Failed President*. In: Asian Affairs, Vol.34, Nr. 4, 2008, S. 185.

nur 61%). Die Frage, ob sie selber oder Freunde oder Verwandte in naher Zukunft von Arbeitslosigkeit betroffen sein könnten, bejahten 63.5% der Befragten. 26.7% der Befragten rechneten ebenfalls damit, dass sich ihre finanzielle Situation im kommenden Jahr verschlechtern werde. 33.8% der Befragten machten die regierende Partei (DPP) für die Krise hauptverantwortlich und 18.7% machten Chen Shuibian persönlich für die schwierige Lage verantwortlich.<sup>190</sup> Die Umfrage verdeutlicht, dass der Großteil der taiwanesischen Bevölkerung unzufrieden war mit der wirtschaftlichen Situation auf Taiwan und kaum mehr Hoffnung hatte, dass die Chen Regierung für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage sorgen konnte. Auch innerhalb der Partei hatte Chen viel Kredit verspielt, sodass schließlich Frank Hsieh (chinesisch: 謝長廷/ Xie Changting) und nicht Chens bevorzugte Wahl Su Zhenchang (蘇貞昌) das Rennen um den Präsidentschaftskandidaten der DPP für die Wahlen im März 2008 gewann. Ein weiterer Faktor, der während der zwei Amtszeiten unter Chen für Ungereimtheiten sorgte, war seine Strategie, die darauf abzielte gesellschaftliche Spannungen auszunutzen. So forcierte Chen etwa die taiwanesishe Sprache und bevorzugte bei der Postenbesetzung seine Wählerklientel. Chens Diskriminierung bei der Postenbesetzung soll in der Folge dazu geführt haben, dass es innerhalb der bürokratischen Institutionen oft zu Streitigkeiten und Kündigungen kam. In Institutionen, in denen traditionell viele Festlandtaiwanesen angestellt waren, wie dem Verteidigungsministerium oder Außenministerium, konnte man aufgrund von Personalmangel den Großteil der Positionen nicht mit DPP-nahen Personen besetzen, jedoch wurde Parteinähe zum wichtigen Kriterium für Beförderungen, was die Moral in den einzelnen Institutionen sinken ließ. Vor allem innerhalb des Militärs und der Nachrichtendienste kam es zu zahlreichen Kündigungen von hochrangigen Verantwortlichen.<sup>191</sup>

Diese oben zusammengefassten Faktoren führten dazu, dass Chen Vertrauenswerte (vgl. Fußnote 153) am Ende seiner zweiten Amtszeit am Boden waren. Als Resultat versuchte die DPP und ihr Präsidentschaftskandidat Xie während des Wahlkampfes möglichst viel Abstand zu Chen Shuibian zu wahren. Es gelang nach Einschätzung vieler Beobachter der DPP jedoch nicht, sich sichtbar vom Kurs Chen Shuibians zu lösen und die nötigen Schritte Richtung politische Mitte zu unternehmen, dieses Vorhaben gelang der KMT und Ma Yingjeou deutlich besser. So schreibt etwa Kerry Dumbaugh in ihrem CRS Report an den US Kongress:

---

<sup>190</sup>Die Ergebnisse der Umfrage sind nachzulesen unter <http://english.cw.com.tw/article.do?action=show&id=3272> (Stand: 10.07.2011)

<sup>191</sup> Vgl. Copper: *Taiwan's Failed President*. S.186.



[...]“ Experts watching the Taiwan political scene hold that in the last eight years the KMT has moved toward a new political centrism and has adopted its policies to reflect the Preferences of Taiwan’s middle class. This shift appears to have paid off for the party not only in the 2008 legislative and presidential election victories, but in other recent election successes for country and city government leadership.“<sup>192</sup>

Ganz anders schreibt Dunbaugh über die Strategie der DPP in den letzten Jahren:

„Analysts suggest that the DPP did not make the kind of centrist adjustment to public sentiment that the KMT made in recent years, instead staying close to the issue of its more radical core supporters.“<sup>193</sup>

Diese Aussagen decken sich auch mit den Analysen des politischen Systems (vgl. Kapitel 4.3.) in den letzten Jahren. Zu extreme Positionen in der Taiwanfrage - sei es Richtung Unabhängigkeit oder Richtung Wiedervereinigung - wirken sich nicht positiv auf das Wahlergebnis aus. Ma Yingjeou und die KMT erreichten bei der Präsidentschaftswahl 2008 schlussendlich 58.45% der Stimmen.

Auch Shelly Rigger kommt in ihrer Analyse der Präsidentschaftswahl 2008 zu dem Schluss, dass Ma Yingjeous Mittelweg in der Taiwanfrage ein wesentlicher Schlüssel zum Wahlerfolg der KMT war. Mas Strategie während des Wahlkampfes zielte nicht nur darauf ab, die Menschen auf Taiwan zu beruhigen, sondern auch die Verantwortlichen der VR China. Auf der einen Seite machte Ma von Anfang an klar, dass er den Dialog und die Zusammenarbeit mit der VR China wieder aufnehmen wolle und auf der andere Seite versicherte er den Wählern glaubwürdig, dass die Interessen Taiwan absolute Priorität hatten. Ma sprach auch offen davon, die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Festland rasch ausbauen zu wollen, um dadurch die Wirtschaft Taiwans wieder anzukurbeln. Ein erster Schritt in diese Richtung sollte die Etablierung der „Three links“ sein, eine Maßnahme, welche von der DPP weiter abgelehnt wurde. Ebenfalls kündigte Ma die Aufnahme von Gesprächen mit der VR China auf Basis des „1992 Konsens“ an, auch ein Punkt, der von der DPP strikt abgelehnt wurde. Die DPP und Präsidentschaftskandidat Xie konzentrierten sich hingegen darauf Ma als Verräter auszumachen, der Taiwan mit seiner Politik an die VR China „verkaufen“ wolle. Der KMT

---

<sup>192</sup> Dunbaugh, Kerry: *Taiwan's 2008 Presidential Election*. S.3. CRS Report an den US-Kongress. Nachzulesen unter <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS22853.pdf> (Stand: 05.07.2011).

<sup>193</sup> Vgl. Fußnote 158.

gelang es jedoch den Wählern klar zu vermitteln, dass im Falle eines Wahlsieges Ma Yingjeous, Gespräche über eine Wiedervereinigung mit dem Festland nicht zur Debatte stehen würden.

Rigger streicht jedoch heraus, dass, obwohl die Festlandpolitik eine dominierende Rolle während des Wahlkampfes einnahm, auch andere Faktoren wie der schwache Wahlkampf der DPP und die schlechte wirtschaftliche Situation Taiwans sowie Mas Charisma ebenfalls zum deutlichen Sieg der KMT beitrugen.<sup>194</sup>

Dass die KMT mit ihrer gemäßigten Festlandpolitik bei den Wählern stark Punkten konnte scheint jedoch unbestritten.

So schreibt Rigger zusammenfassend über die Strategie Ma und der KMT während des Wahlkampfes 2008:

„Ma's positions strike a balance between preserving Taiwan's de facto independence and moving toward a more constructive relationship with the mainland. This approach enjoys widespread popular support in Taiwan”<sup>195</sup>

Eine detaillierte Wahlanalyse lieferte das *Tamkang Journal of Humanities and Social Sciences*. Anhand dieser Wahlanalyse kann man deutlich erkennen, wie die KMT beginnend mit dem Jahr 2002 sukzessive in der Wählergunst gestiegen ist bzw. die Identifikation mit der KMT anstieg. Die Wähleranalyse zeigt auch auf, dass vor allem der überwiegende Teil der PFP-Wähler bei den Wahlen 2008 ihre Stimme der KMT gegeben haben. Die PFP, welche bei den Präsidentschaftswahlen 2000 noch 36% und bei den Wahlen zum Legislativ Yuan 2004 immerhin noch 15% erreichen konnte (vgl. Grafik 1.3.) spielte im Jahr 2008 keine Rolle mehr. Bao Zhenghao (包正豪), der Autor des Artikels, streicht hervor, dass bereits vor den Wahlen 2008 ein Trend zu erkennen war, welcher der KMT, aufgrund ihres Politikwechsels (eine Politik die sich mehr ans Zentrum orientierte), verstärkt jene Stimmen zurückbrachte, die sie aufgrund der Parteispaltung im Jahr 2000 an James Song und die PFP verloren hatte.<sup>196</sup> Auch gelang es der KMT besser Stimmen von Wählern zu erlangen, die sich selbst eher dem „Pan-grünen“ Lager zugehörig fühlten (vgl. Grafik 1.7). Die Wahlanalysen zeigen auf, dass die

---

<sup>194</sup> Vgl. Rigger, Shelly: *Taiwan's Presidential and Legislative Elections*. Onlineartikel für das “Foreign policy research institute”. Nachzulesen unter <http://www.fpri.org/orbis/5204/rigger.taiwanelections.pdf> (Stand: 20.10.2011).

<sup>195</sup> Ebd. S. 689.

<sup>196</sup> Bao, Zhenghao (包正豪): 政黨認同者等於政黨鐵票: 2000-2008總統選舉中選民投票抉擇之跨時性分析 (Parteiidentifizierung und Walentscheidungen: Eine Langzeitstudie der Präsidentschaftswahlen zwischen den Jahre 2000-2008). In: 淡江人文社會學刊 (Danjiang Journal der Kultur und Sozialwissenschaften), Nr.40, 2009(Dez.). S.70-73.

KMT immerhin ca. 7.% der Wähler aus dem „Pan-grün“ Lager für sich gewinnen konnte, während die DPP nur 1.3% der Wähler, die sich eher dem „Pan-blauen“ Lager zugehörig fühlen, überzeugen konnte.

Partei-Identifizierung		Gewählte Partei bei der Wahl 2008		
		KMT	DPP	Gesamt
<b>Pan-Blau</b>	Stichproben	630	9	639
	Prozentsatz	98.6	1.4	100
	Korrigierte Stichprobenvarianz	30.4	-30.4	
<b>Pan-Grün</b>	Stichproben	33	418	451
	Prozentsatz	7.3	92.7	100
	Korrigierte Stichprobenvarianz	-30.4	30.4	
<b>Gesamt</b>	Stichproben	663	427	1090
	Gesamt	60.8	39.2	100

Grafik: 1.7: Parteiidentifizierung und Wahlverhalten bei den Präsidentschaftswahlen 2008 auf Taiwan.

Quelle: Nachgebaut der Grafik 6 auf Seite 79 aus Bao,Zhenghaos(包正豪) Artikel: 政黨認同者等於政黨鐵票 :2000\_2008 總統選舉中選民投票抉擇之跨時性分析(Parteiidentifizierung und Walentscheidungen: Eine Langzeitanalyse der Präsidentschaftswahlen zwischen den Jahre 2000-2008). In: 淡江人文社會學刊 (Danjiang Journal der Kultur und Sozialwissenschaften), Nr.40, 2009(Dez.).

Die KMT konnte auch bei den Jungen Wählern (Altersgruppe 20 -39), einer Gruppe, welche bei vergangenen Wahlen mehrheitlich die DPP wählte, punkten. In der Altersgruppe 20-29 Jahre erlangte die KMT 57% und in der Altersgruppe 30-39 sogar 61% der Wählerstimmen. Zum Vergleich: Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 konnte man in diesen Altersgruppen nur 26.2% bzw. 35.5% der Stimmen für sich gewinnen.<sup>197</sup> Diese Zahlen widersprechen der These, dass die jungen Wähler für die KMT schwerer zu erreichen sind als für die DPP.

Den vielleicht wichtigsten Punkt bietet jedoch die Wähleranalyse betreffend die politische Zukunft Taiwans. Es zeigt sich hier, dass jene Wähler, welche eine Wiedervereinigung mit dem Festland begrüßen würden, zu 85% die KMT wählten. Jene Wähler, welche die

<sup>197</sup> Vgl. Ebd. S.74. Grafik 3.

Unabhängigkeit Taiwans vom Festland bevorzugen, wählten hingegen zu 82.3% die DPP. Aufgrund der breiten Zustimmung innerhalb der Bevölkerung für den Aufrechterhalt des Status quo (vgl. Grafik 1.6.) scheint jedoch die Wahlanalyse jener Wählergruppe, welche den Status quo bevorzugt, am interessantesten. Hier zeigt sich, dass die KMT 66.7% dieser Wähler für sich gewinnen konnte.<sup>198</sup>

Diese Zahl macht deutlich, dass die KMT es während des Wahlkampfes und auch in den Jahren zuvor geschafft hatte, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sie die Partei darstellte, welche den Status quo auf Taiwan weiterführen würde.

Die KMT machte während des Wahlkampfes einen weiten Bogen um das Thema Wiedervereinigung mit dem Festland und verärgerte damit wohl manchen tiefblauen Wähler, hatte so jedoch die Möglichkeit, viele Stimmen aus dem gemäßigten Lager zu gewinnen, welche man besser ansprechen wollte als die DPP. Einen gemäßigteren Weg versuchte zwar auch Xie, der Präsidentschaftskandidat des grünen Lagers einzuschlagen, hatte dabei jedoch weniger Erfolg als Ma. Die jahrelang Unabhängigkeitspolitik Chens und auch Xies eigene Vergangenheit, in der er sich mit Aussagen und Taten des Öfteren im Unabhängigkeitseck positionierte, ließen wohl viele Wähler an der tatsächlichen Richtungsänderung der DPP zweifeln.<sup>199</sup> Dass jedoch heikle Themen über die Zukunft Taiwans auch in den Augen der KMT nur von den Wählern entschieden werden könne, diese Haltung war und ist auch dem Festland nicht neu.

„Die KMT hat bereits damit begonnen ihre Position - was die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland betrifft - im Hinblick auf die Wahlpolitik zu gestalten. Deshalb hat die KMT auch schrittweise, ohne dass man es merkt, die von der DPP vorgelegte politische Richtung/Schiene eingeschlagen - die sogenannte Formel: „Taiwans Zukunft soll von den 23. Millionen Taiwanesen bestimmt werden.“<sup>200</sup>

国民党已经开始根据台湾的选举政治来塑造其在两岸关系方面的立场。这样一来，国民党也就无形中被逐渐纳入民进党铺设的政治轨道，即所谓的“台湾的前途应由2300万台湾民众来决定。”

---

<sup>198</sup> Vgl. Ebd. S.75. Grafik 3.

<sup>199</sup> Zhang, Xuezhong (张雪忠): *台湾选举: “中间路线”的新意* (Die Wahl auf Taiwan: Die neue Idee der „Politik der Mitte“). In: 南风窗(Südwind-Fenster), 2007(Sept.). S.18-20.

<sup>200</sup> Ebd. S. 19.

Nicht nur konnte die KMT die Präsidentschaftswahlen im März 2008 klar für sich entscheiden, auch die Wahlen zum Legislativ Yuan im Januar zuvor konnten bereits gewonnen werden (vgl. Grafik 1.5.). In beiden Wahlen kam die KMT weit über 50% der Stimmen, eine Situation, welche Ma Yingjeou's Position stärkte und einen raschen Wechsel der Festlandpolitik begünstigte.

## **6. Taiwans neuer politischer Kurs unter Ma Yingjeou**

Am 21. Mai 2008 wurde Ma Yingjeou zum neuen Präsidenten von Taiwan ernannt. Bereits in seiner Antrittsrede versuchte er sich von der Politik seines Vorgänger Chen Shuibian abzugrenzen. Er bedankte sich bei den Wählern, die sich für eine saubere Politik, offene Wirtschaft, ethnische Harmonie und für friedliche Beziehungen entlang der Taiwanstraße entschieden hätten, und versprach so gut wie alles anders zu machen als sein Vorgänger. Als erstes ging der neue Präsident in seiner Rede auf die zukünftige Wirtschaftspolitik ein, welche durch mehr Offenheit und weniger Regulierung gekennzeichnet sein sollte. Ma kündigte ebenfalls an, für Harmonie unter den verschiedenen ethnischen Gruppen auf Taiwan sorgen zu wollen und versprach zukünftig eine saubere und korruptionsfreie Politik zu betreiben. Der größte Teil der Rede beschäftigte sich mit den zukünftigen Beziehungen zu China und den USA. Man werde die bilateralen Beziehungen zu den USA, welche von Ma als wichtigster Sicherheitspartner bezeichnet wurden, stärken. Taiwan werde unter der neuen Regierung auch ausreichend Waffen beschaffen, um die nationale Verteidigung garantieren zu können.

In den Beziehungen zur VR China machte Ma bereits in seiner Antrittsrede klar, dass er einen deutlich anderen Weg als Chen einschlagen werde. Er hoffe, dass das Festland und Taiwan die historische Chance nutzen werden können, um Frieden und gemeinsamen Wohlstand zu kreieren.

Er versprach in seiner Antrittsrede den Status quo beizubehalten und verkündete in Anlehnung an Chens „Fünf Nein“ seine „Drei Nein“ - Keine Vereinigung mit dem Festland, keine Unabhängigkeit und keine Anwendung von Gewalt, so wie es auch von der Mehrheit der Taiwaner gewünscht werde. („我们将以最符合台湾主流民意的“不统、不独、不武“的理念,在中华民国宪法架构下,维持台湾海峡的现状“).

Gleichzeitig befürwortete er in seiner Rede die Wiederaufnahme von Gesprächen mit China

auf Basis des 1992 getroffenen Konsenses. Die Normalisierung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum Festland sei der erste Schritt in Richtung einer Win-win-Situation. Die rasche Etablierung von direkt Flügen sei ein weiteres Ziel der neuen Regierung, die hoffe, dass beide Seiten vor dem Hintergrund ihrer gemeinsamen Kultur auch auf dem internationalen Parkett gemeinsam ihren Beitrag zur internationalen Gemeinschaft leisten werden.<sup>201</sup>

Ma versuchte sich bereits in seiner Antrittsrede deutlich von der Politik Chens abzugrenzen. Vor allem in den Beziehungen zu China war bereits sehr früh eine deutliche Richtungsänderung zu erkennen. Die Aussagen in seiner Rede kamen für viele nicht überraschend, denn schon bevor der Wahl im März 2008 gab es immer wieder Gespräche zwischen Vertretern der KMT und Verantwortlichen vom Festland.<sup>202</sup> Im April, also noch bevor Chen Shuibian sein Amt niedergelegt hatte, traf sich der KMT Vorsitzende Lian Zhan bereits mit Hu Jintao in China, um den Weg für eine neue Festlandpolitik zu ebnen. Bereits während der Wahlkampagne waren Wirtschaftsfragen und die Beziehungen zum Festland die Schwerpunkte der Wahlkampagne der KMT gewesen.<sup>203</sup>

Die realistische Einschätzung Peking über die zukünftige Politik Taiwans und der KMT sollte ebenfalls zur raschen Verbesserung der Beziehungen zwischen Taipei und Peking betragen. In Peking hatte man erkannt, dass sich Taiwan die letzten Jahre schrittweise in Richtung Zweiparteienpolitik entwickelt hatte was die Wahl 2008 noch wichtiger machte, und man sich auf die Politik der beiden Großparteien in der Taiwanfrage einstellen musste.

„Zuerst, Taiwans internes Parteienspektrum hat sich von einem Mehrparteiensystem hin zu einem Zweiparteiensystem hin verändert, das Festland muss sich langfristig mit der Zwei-Parteien-Struktur der DPP und KMT auseinandersetzen, in einer Zwei-Parteien-Politik ist es wahrscheinlich, dass die Festlandpolitik Taiwans zum umkämpften Opfer werden kann.“<sup>204</sup>

首先, 台湾党内政治生态将从多党制走向两党制, 大陆将长期面对民进党与国民党的两党政治格局, 两党政治下的两岸关系很可能成为两党政治斗争的牺牲品,

---

<sup>201</sup> Vgl. Die Antrittsrede Ma Yingjeous auf Chinesisch ist nachzulesen unter <http://www.zaobao.com/special/china/taiwan/pages11/taiwan080520e.shtml> (Stand 18.08.2011).

<sup>202</sup> <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/4482617.stm> (Stand: 20.07.2011).

<sup>203</sup> Vgl. Gold, Thomas B. : *Taiwan in 2008: My Kingdom for a Horse*. In: Asian survey, Vol.49, Nr.1, S.95.

<sup>204</sup>

Man schätzte jedoch die Politik der KMT in der Taiwanfrage als die gemäßigtere und vor allem berechenbarere ein. Dass jedoch auch die KMT ein Stück weit Richtung Unabhängigkeit agieren muss in ihren Aussagen und Taten, blieb dem Festland nicht verborgen, und man hatte gelernt die Besonderheiten der Politik Taiwans besser zu deuten. Außerdem wurde Ma, der zwar ebenfalls nicht als großer Anhänger des Sozialismus beschrieben wird, als ein Politiker eingeschätzt, der seinen Standpunkten und seiner Linie treu bleibt und sie nicht leichtfertig ändert, Eigenschaften, welche die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen am Festland begünstigen sollten.<sup>205</sup> So schrieb etwa auch Zhao Kejin bereits vor Mas Wahl über ihn:

„Ma Yingjeou ist sehr dem westlichen, sogenannten Demokratie und Freiheit-Wertekonzept zugeneigt, dem Sozialismus gegenüber existieren Vorbehalte, aber er geht sehr schwer Kompromisse ein. Dieser persönliche politische Charakter Ma Yingjeous bewirkt, dass er nicht leichtfertig seinen Standpunkt und sein Verhalten ändert.“<sup>206</sup>

马英九十分青睐西方所谓自由民主的价值理念,对社会  
主义存在偏见,而且很难作出妥协。马英九本人的此种政治性格决定他  
不会轻易改变自己的立场和行为。

## **6.1. Hintergründe der neue Festlandpolitik Mas**

Welche Faktoren Ma Yingjeou und die KMT zur Änderung der Festlandpolitik bewogen haben, wird in den folgenden beiden Unterkapiteln behandelt. Neben den persönlichen politischen Vorstellungen des neuen Präsidenten Ma Yingjeou und der traditionell engeren Verbundenheit der KMT-Mitglieder zum Festland waren auch geopolitische Faktoren und die Lehren aus den Fehlern der Vorgängerregierung Faktoren, welche zu einem Wechsel der Festlandpolitik auf Taiwan führten.

---

<sup>205</sup> Vgl. Zhao, Kejin (赵可金): *台湾政局 (Die politische Situation auf Taiwan)*. S.47-48.

<sup>206</sup> Ebd. S48.

### 6.1.1. Taiwan und die neuen Machtverhältnis entlang der Taiwanstraße

Es steht außer Frage, dass die Machtverhältnisse entlang der Taiwanstraße die Festlandpolitik Taiwans stark beeinflussen. Das Machtgefüge entlang der Taiwanstraße, so die Meinung vieler Beobachter, hat sich in den letzten Jahren stark zu Gunsten der VR China verschoben. Es hat sowohl in den Beziehungen zwischen China und Taiwan eine Machtverschiebung zu Gunsten Chinas gegeben, als auch auf globalen Level. Die Machtverschiebung macht sich nicht nur auf politischer Ebene sichtbar, sondern vor allem auch auf militärischer Ebene. Der Machtzuwachs der VR China in den letzten Jahren und Jahrzehnten schuf eine völlig neue Situation entlang der Taiwanstraße, auf welche die Verantwortlichen auf Taiwan reagieren müssen. Lange Zeit genoss Taiwan den Vorteil einer zwar zahlenmäßig dem Festland unterlegenen Armee, welche dafür aber besser ausgerüstet war und über die fortschrittlicheren Waffen verfügte, zusammen mit dem Schutz den der TRA bot und der vorteilhaften geographische Lage Taiwans, reichte dies aus, um Taiwans Sicherheitsbedürfnis ausreichend zu befriedigen. Taiwans Verteidigungsstrategie bestand lange Zeit aus zwei Faktoren: Erstens die Verluste für China im Falle einer Invasion auf ein nicht akzeptables Level zu heben und zweitens eine Sicherheitsallianz mit den Vereinigten Staaten zu pflegen. Beide Faktoren sollten dazu dienen, die VR China von einer Invasion Taiwans abschrecken zu lassen.<sup>207</sup> Doch vor dem Hintergrund einer immer besser ausgerüsteten und grösser werdenden PLA stellt sich die Frage, ob diese Strategie weiterhin die Sicherheit Taiwans garantieren kann. Bereits im Juni 2008 sorgte ein Bericht von William S. Murray vom Marinekriegs-College in den USA für Aufsehen. In seinem Bericht schreibt Murray:

[...] China's recent military modernization has fundamentally altered Taiwan's security options. New Chinese submarines, advanced surface-to-air missiles, and, especially, short-range ballistic and land-attack cruise missiles have greatly reduced Taiwan's geographic advantage. Taipei can no longer expect to counter Chinese military strengths in a symmetrical manner, with Patriot interceptors, diesel submarines, surface warships, F-16 fighters, and P-3 maritime patrol aircraft. Taiwan must therefore rethink and redesign its defense

---

<sup>207</sup> Zhang, Baohui: *Taiwan's New Grand Strategy*. In: Journal of Contemporary China, Vol.20, Nr.69, 2011, S. 271.



strategy.“<sup>208</sup>

Und Murray weiter:

It is difficult to escape the conclusion that China either already has or shortly will have the ability to ground or destroy Taiwan's air force and eliminate the navy at a time of its own choosing.“<sup>209</sup>

Murray kommt zu dem Schluss, dass eine „porcupine strategy“ die beste Lösung für Taiwan wäre. Diese Strategie empfiehlt Taiwan sich auf den Kauf von Defensivwaffen zu konzentrieren sowie den Ausbau von ziviler und militärischer Infrastruktur, um so einen Erstschat besser überstehen zu können. Von weiteren Investitionen in U-Boot oder Kampfflieger hingegen rät Murray ab, da das militärische Kräfteverhältnis zu Luft und See bereits jetzt zu Gunsten der chinesischen Armee ausfällt. Diese Fokussierung auf Defensivwaffen würde auch im Einklang mit den TRA stehen.<sup>210</sup>

Der Bericht von Murray sorgte auch im Lager von Ma Yingjeou für Aufsehen, sodass Ma Murrays Bericht umgehend zur Pflichtlektüre für seine Verteidigungsoffiziere machte. Murray wurde in der Folge auch nach Taiwan eingeladen von der KMT, um gemeinsam mit taiwanesischen Verantwortlichen die Situation zu besprechen. Es gilt als offenes Geheimnis, dass Ma sehr viele von Murrays Ansichten teilt.<sup>211</sup> Es ist den Verantwortlichen auf Taiwan also durchaus bewusst, dass sich die Machtverhältnisse und die militärischen Kapazitäten zu Gunsten der VR China verschoben haben. Eine solche Entwicklung muss bei der Festlandpolitik mitgedacht werden von Seiten Taiwans, insbesondere da nicht davon auszugehen ist, dass sich der Trend umkehren lässt. Es ist anzunehmen, dass sich die Entwicklung auch in den nächsten Jahren immer stärker zu Gunsten der VR China verschieben wird. Die neuen militärischen Gegebenheiten entlang der Taiwanstraße beeinflussen in erster Linie nicht nur die Verteidigungsstrategie Taiwans an sich, sondern haben darüber hinausgehend auch starken Einfluss auf die Festlandpolitik Taiwans. Zu diesem Schluss kommt auch Baohui Zhang in seinem Artikel *Taiwan's New Grand Strategy*:

---

<sup>208</sup> Murray, William S.: *Revisiting Taiwan's Defense Strategy*. In: Naval War College Review, Vol.61, Nr.3, S.13. Der Bericht von William S. Murray ist nachzulesen unter <http://www.usnwc.edu/Publications/Naval-War-College-Review/2008---Summer.aspx> zu finden. (Stand: 02.08.2011).

<sup>209</sup> Ebd. S.29

<sup>210</sup> Ebd. S. 30-31.

<sup>211</sup> Vgl. Zhang: *Taiwan's New Grand Strategy*. S.278-279.

[...] „Ma’s assessment of the cross-Strait balance of power has contributed not only to his more defense-oriented military strategy but also to Taiwan’s new grand Strategy. If military solutions alone can no longer address security challenges, alternative approaches, such as accommodation and diplomacy, become a necessity.“<sup>212</sup>

Nicht nur sieht sich Taiwan mit einer sich zu Gunsten der VR China entwickelnden militärischen Situation konfrontiert, sondern muss auch die Entwicklungen in den Beziehungen zwischen China und den USA weiter analysieren und beobachten. Der Aufstieg Chinas hat sicher auch Einfluss auf die Frage, ob die USA im Ernstfall ihren Verpflichtungen laut TRA nachkommen werden. Aussagen, wie jene von Außenminister Powell im Jahr 2004 (vgl. S. 82), lassen darauf schließen, dass die USA nicht um jeden Preis in einen bewaffneten Konflikt im Pazifik intervenieren. Allein schon aufgrund der immer stärker werdenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und China, kann ein offener Konflikt nicht im Interesse der beiden Großmächte sein. Mit dem voranschreitenden Aufstieg Chinas wird sich auch Taiwans traditionelle Sicherheitsstrategie ändern müssen, eine Tatsache, welche der neuen Regierung unter Ma durchaus bewusst sein dürfte.

So fasst auch Baohui Zhang in seinem Artikel zusammen:

...] „Taiwan’s new grand strategy is a confluence of both ideational and materialist causes. Ma Ying-jeo’s new ideas with regard to security enhancement and the shifting balance of power between Beijing and Taipei have combined to give rise to Taiwan’s new thinking about security.“<sup>213</sup>

### **6.1.2. Innenpolitische Faktoren und die erste Annäherungen im Jahr 2005**

Wie bereits weiter oben beschrieben, setzte Ma Yingjeou und die KMT bereits sehr früh auf eine Politik der Annäherung an China. Der KMT wurde vor den Wahlen in den Umfragen ein Sieg vorausgesagt, der tatsächliche Abstand zur DPP überraschte jedoch viele Beobachter. Die KMT war mit ihrer Wahlstrategie offensichtlich richtig gelegen. So waren etwa in einer Umfrage auf Taiwan im November 2008 71.79% der Befragten für die Weiterführung von Gesprächen zwischen den beiden Institutionen ARATS und MAC, was als deutliches Zeichen

---

<sup>212</sup> Ebd. S. 279.

<sup>213</sup> Ebd. S.281.

für den Wunsch nach engeren Austausch und Zusammenarbeit mit dem Festland interpretiert werden kann.<sup>214</sup>

Die KMT hatte in der Rolle der Oppositionspartei erkannt, dass man mit einer zu extremen Position keine Mehrheit erreichen konnte in Taiwan (vgl. Kapitel 5.5.).

Während also Chen Shuibian sich immer weiter Richtung Unabhängigkeit bewegte, setzte die KMT sehr früh auf eine gemäßigtere Politik des Dialoges mit China. Diese sichtbare Phase der Annäherung begann bereits mit dem Chinabesuch des damaligen Parteivorsitzenden der KMT Lien Zhan im Mai 2005. Es war der erste Besuch eines Parteivorsitzenden der KMT auf dem Festland seit dem Jahr 1949 und zugleich auch ein deutliches Zeichen an die Wähler auf Taiwan. Als Resultat des Treffens wurde ein gemeinsames Kommuniqué ausgearbeitet und man einigte sich darauf, die Gespräche auf Basis des „1992 Konsens“ fortzuführen.<sup>215</sup> Hu Jintao versicherte auch erneut, dass man bereit sei die Zusammenarbeit mit Taiwan auszubauen.

„Wir haben mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass wir jede Partei Taiwans, Gruppe und jeden repräsentative Persönlichkeit, welche den „92 Konsens“ zustimmen, gegen die Unabhängigkeit Taiwans sind, der Entwicklung der Beziehung zwischen dem Festland und Taiwan zustimmen, einladen mit uns den Dialog und Austausch zu entfalten, die Entwicklung und Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Festland und Taiwan gemeinsam voranzutreiben.“<sup>216</sup>

我们多次表示, 欢迎认同“九二共识”、反对“台独”、主张发展两岸关系的台湾各政党、团体和代表性人士同我们开展交流和对话, 共同推动两岸关系的改善和发展

Die Einigungen, die bei diesem Treffen zwischen den beiden Parteien erzielt werden konnten, wurde als die „Fünf gemeinsamen Visionen“ (五奖共同远景/ wu jiang gongtong yuanjing)

---

<sup>214</sup> <http://www.chinapost.com.tw/taiwan/china-taiwan-relations/2008/11/10/182456/New-survey.htm> (Stand: 29.07.2011).

<sup>215</sup> Vgl. 中共中央总书记胡锦涛会见中国国民党主席连战时的致辞(Die Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Hu Jintao während des Treffens mit dem Vorsitzenden der KMT Lien Chan). In: 两岸关系 (Beziehungen entlang der Taiwanstraße) 2005( Mai). S.4.

<sup>216</sup> Ebd. S.4.

bezeichnet und sollten später als Grundlage für die Politik der Annäherung unter Ma Yingjeou dienen.<sup>217</sup> Die Reise des damaligen Oppositionsführers Lian Zhan wurde nach anfänglicher Skepsis überwiegend positiv aufgenommen in Taiwans Bevölkerung, je nach Umfrage befürworteten zwischen 51% und 60% der Befragten Lians Treffen mit Hu Jintao.<sup>218</sup> Die Politik der Annäherung und der Versöhnung mit dem Festland entspricht zudem auch den persönlichen Vorstellungen Ma Yingjeous, der bereits in seiner Funktion als Bürgermeister von Taipei sich immer wieder gegen die Unabhängigkeitspolitik Chen Shuibian ausgesprochen hat. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger wird Ma, als verlässlicherer Politiker angesehen, der nicht dazu neigt extreme Positionen zu vertreten.<sup>219</sup> Diese Verbindung von verschiedenen Faktoren, wie die im vorigen Kapitel beschriebenen neuen Machtverhältnisse in der Taiwanstraße sowie den persönlichen und politischen Vorstellungen Ma Yingjeous („Three No“), welche von der Partei und auch von der Mehrheit der Wähler unterstützt wurden<sup>220</sup>, führten schließlich dazu, dass Taiwans Außen- und Festlandpolitik eine drastische Wendung erfuhr nach den Wahlen 2008.

## 6.2. Ma Yingjeous neue Festlandpolitik

Die Beziehungen Taiwans zu China und den USA waren am Ende der Amtszeit der Chen-Regierung auf einem Tiefpunkt angelangt. Am Beginn der Amtszeit Chen Shuibian hieß es von Seiten der VR China man wolle Chens Worte und Taten beobachten und daraus die Schlüsse ziehen. Am Ende von Chens Amtszeit hatte sich diese Politik deutlich geändert. Chen Shuibian hatte mit seiner Politik dafür gesorgt, dass die Verantwortlichen in Peking jegliches Vertrauen in ihn und seine Partei verloren hatten. Peking versuchte so gut es ging Chens Aussagen, welche viele als Provokationen gegenüber der VR China sahen, zu ignorieren. Als Reaktion auf die Politik Chens wurde schließlich im Jahr 2005 das „Anti-Abspaltungsgesetz“ (vgl. Kapitel 2.3.) verabschiedet. Im selben Jahr fanden ebenfalls die ersten Treffen mit den Führern der taiwanesischen Oppositionsparteien statt (vgl. Kapitel

<sup>217</sup> Eine genaue Auflistung der „fünf gemeinsamen Visionen“ ist nachzulesen unter:

<http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2005/04/30/2003252532> (Stand 30.07.2011)

<sup>218</sup> <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2005/05/02/2003252823> (Stand: 10.07.2011)

<sup>219</sup> Vgl. Chai, Winberg: *Taiwan's 2008 Elections and their Impact on Us-China-Taiwan Relations*. In: *Asian Affairs*, Vol.35, Nr.2, 2008, S.91.

<sup>220</sup> „75.4% of Taiwanese people support Ma's cross-strait platform of “no unification, no independence, and no use of force.” 69.5% of Taiwanese people support cross-strait negotiations based on the principle of “one China, respective interpretations.“ Dieses Ergebnis geht aus einer Umfrage hervor die im Juni 2008 durchgeführt wurde. Nachzulesen unter: [http://www.gvm.com.tw/gvsrc/200806\\_GVSRG\\_NEWGOVERNMENT.pdf](http://www.gvm.com.tw/gvsrc/200806_GVSRG_NEWGOVERNMENT.pdf) (Stand: 10.07.2011)

6.1.2.).

Auch die Beziehungen zu den USA verschlechterten sich zunehmend während der acht Jahre unter Chen Shuibian und das obwohl die Bush Regierung, welche 2001 das Amt übernahm, als die Taiwan-freundlichste Regierung seit Jahren galt. Die Chen-Regierung wurde von den USA immer wieder offiziell wie auch inoffiziell angehalten ihre Politik und ihre Aussagen zu überdenken bzw. zu mäßigen, Ratschläge, die von Chen Shuibian jedoch kaum angenommen wurden, sodass Chen am Ende seiner Amtszeit als „troublemaker“ eingestuft wurde, der den Frieden und auch die Interessen der USA im Pazifik gefährde.

Es wurde von Seiten Washington und Pekings große Hoffnungen in Ma Yingjeou gelegt, denn eine weitere Verschärfung der Lage entlang der Taiwanstraße hätte wohl schwere Folgen für alle Beteiligten bedeutet.

Wie bereits beschrieben, wurde der Grundstein für die Politik der Annäherung bzw. Versöhnung zwischen Taiwan und dem Festland bereits 2005 mit den Treffen zwischen Lian Zhan und Hu Jintao gelegt. Ma Yingjeou konnte also - aufbauend auf der Arbeit seiner Parteikollegen - relativ schnell die Beziehungen zum Festland signifikant verbessern.

Die Strategie Ma Yingjeous wurde in den letzten Jahren oft als „accommodation strategy“ bezeichnet, eine Strategie, die einen ersten Schritt Richtung Versöhnung mit dem Festland darstellen sollte.<sup>221</sup>

Wie auch immer man Mas Politik benennen mag, fest steht, dass die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland eine deutliche Wendung genommen haben.

Als Resultat dieser Politik kam es zwischen der VR China und Taiwan zur Unterzeichnung von 16 Übereinkünften (stand November 2011). Durch die Etablierung der „Three links“ wurde der Austausch zwischen den Festland und Taiwan deutlich angekurbelt, so stieg etwa die Anzahl der Direktflüge zwischen den beiden Regionen stetig an und auch auf kulturelle Ebene wird die Zusammenarbeit weiter forciert. Für die weitere Zusammenarbeit und die Gespräche zwischen den beiden Seiten wird jedoch weiter gelten, dass zuerst die wirtschaftlichen Angelegenheit vor den politischen behandelt werden, die leichteren Themen vor den schwereren behandelt werden und ein kontrolliertes Voranschreiten angestrebt wird. ( “先经后政、先易后难、把握节奏、循序渐进” ).<sup>222</sup>

Einer der ersten Schritte Richtung Versöhnung und Dialog war die Wiederaufnahme der

---

<sup>221</sup> Vgl. Zhang: *Taiwan's New Grand Strategy*. S.270.

<sup>222</sup> Vgl. Wang, Liangbian (王亮编): *增进互信 逐步创造政治协商的条件-国台办2011年10月26日新闻发布会摘要* (Erweitertes gegenseitiges Vertrauen schafft schrittweise Voraussetzung für politische Verhandlungen-Zusammenfassung der Pressekonferenz des Büro für Taiwan-Angelegenheiten vom 26. Oktober 2011). In: 两岸关系(Beziehungen entlang der Taiwanstraße) 2011(November) S.31.

Gespräche zwischen ARATS und SEF auf Basis des „1992 Konsens“. Die Gespräche zwischen den beiden Institutionen waren unter der Chen-Regierung völlig ausgesetzt worden, unter Ma wurden sie wieder ein fixer Bestandteil des Dialoges zwischen dem Festland und Taiwan. Allein in den Jahren zwischen 2008 und 2010 kam es zu vier Gesprächsrunden zwischen den beiden halb-offiziellen Einrichtungen.

Die Wiedereinsetzung der Gespräche zwischen ARATS und SEF ist deshalb von großer Bedeutung, da die Einigung über die Etablierung der „Three links“ und anderer Abkommen zwischen China und Taiwan in diesen Gesprächen vorbereitet werden.

Obwohl Chen Shuibian bereits in seiner Antrittsrede versprochen hatte, die Etablierung der „Three links“ so rasch wie möglich umzusetzen, kam es unter seiner Amtszeit nie zu einer Einigung zwischen Taiwan und dem Festland. Die Ma-Regierung brauchte für die Etablierung der „Three links“ nur wenige Monate. Die „Three links“ (direkter Handel, direkter Transport und direkter Postdienst zwischen dem Festland und Taiwan) wurden offiziell am 15.

Dezember 2008 errichtet. Bereits in den Monaten zuvor wurden schrittweise immer mehr Restriktionen betreffend die Direktflüge zwischen dem Festland und Taiwan aufgehoben. Von der Errichtung der „Three links“ erhoffte man sich eine deutliche Senkung der Transportkosten. Allein durch den direkten Schiffsverkehr und der Öffnung von elf taiwanesischen Schiffshäfen würden laut Schätzungen Kosten von 1.2 Milliarden US-Dollar eingespart werden. Bei den Direktflügen einigte man sich zunächst auf eine Begrenzung von 108 Flügen pro Woche. Zusätzlich zu dem Zeitgewinn, der durch diese Direktflüge erreicht wird, wurden auch an die 1.8 Milliarden US-Dollar an Einsparung für die Flugpassagiere pro Jahr errechnet.<sup>223</sup>

Abgesehen von den Einsparungen bei den direkten Transportkosten tragen die neuen Abkommen auch dazu bei, dass der Austausch zwischen Taiwan und dem Festland deutlich zunimmt.

Eine weitere Einigung gab es bei der Debatte über Taiwans Beobachterstatus im Rahmen des „World Health Assembly“ (WHA). Im Mai 2009 erlaubte China Taiwan unter dem Namen „Chinese Taipei“ an dem Forum teilzunehmen. Die Streitigkeiten auf internationalen Parkett wurden zu einem Großteil bei Seite gelegt. Die Teilnahme als Beobachter im Rahmen des WHA- Forums sorgten vor allem auf Taiwan für großes Aufsehen und wurde als große Errungenschaft der neuen Regierung unter Ma Yingjeou eingestuft. Taiwan hatte zuvor Jahrzehnte vergebens um eine ähnliche Position angesucht. Es war das erste Mal seit mehr als

---

<sup>223</sup> <http://www.chinapost.com.tw/taiwan/china-taiwan-relations/2008/12/15/187643/Direct-across-strait.htm> (Stand: 13.07.2011).

38 Jahren, dass Taiwan an einer Sitzung einer UN-Behörde teilnehmen durfte.<sup>224</sup> Das Einlenken Chinas wurde sicher auch durch Mas Außenpolitik positiv beeinflusst, denn im Gegensatz zu seinen Vorgängern, entschied sich Ma nicht mehr auf die sogenannte „Scheckbuch-Diplomatie“ oder „Dollar-Diplomatie“<sup>225</sup> zu setzen. Diese neue Politik, die von Ma als „diplomatic truce“ bezeichnet wurde, scheint auch im Interesse der VR China zu sein. Zeitungsberichten zufolge scheint die VR China Angebote von Seiten El Salvadors und Panamas aus dem Jahr 2009 abgelehnt zu haben - beide Länder sollen Interesse geäußert haben, auf Kosten Taiwans zukünftig diplomatische Beziehungen mit der VR China unterhalten zu wollen.<sup>226</sup>

Das mit Abstand wichtigste Abkommen zwischen Taiwan und dem Festland, welches in der relativen kurzen Amtszeit Mas bisher zustande kam, war jedoch eine Einigung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Unter dem Namen „Economic Cooperation Framework Agreement“ ( 海峽兩岸經濟合作架構協議), kurz ECFA,<sup>227</sup> wurden wichtige Einigungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Festland und Taiwan getroffen. Erst nach über einem Jahr der Verhandlungen wurde das ECFA am 29. Juni 2009 unterzeichnet und trat am 12. September 2009 in Kraft. Die Einigung über ECFA war für Taiwan deswegen von großer Bedeutung, da im Jänner 2010 die Implementierung der Freihandelszone zwischen China und den ASEAN-Mitgliedsländern von statten ging. Ohne entsprechende Maßnahmen hätte dieses Freihandelsabkommen zwischen China und den ASEAN-Staaten Taiwans Güter, im Vergleich zu den Gütern aus den ASEAN-Ländern, mit einer 5 -15 prozentigen Steuer belastet, eine Situation, welche die taiwanische Wirtschaft schwer getroffen hätte.<sup>228</sup>

In erster Linie dient das ECFA Abkommen, welches als das wichtigste Abkommen zwischen Taiwan und dem Festland in den letzten Jahren gesehen wird, dazu, den Handel und die Wirtschaft zwischen Taiwan und der VR China zu verbessern und gleichzeitig die Kooperation auf Basis des „92 Konsens“ zu stärken. Das Ziel ist es die wirtschaftliche Entwicklung beider Seiten voranzutreiben. In der ersten Fassung des Abkommens wurden auf 539 Güter (die meisten aus dem Agrarbereich) aus Taiwan Tarifikonzessionen von Seiten Chinas gewährt, während umgekehrt Taiwan nur auf 267 chinesische Güter Konzessionen erlaubt. Das ganze vor dem Hintergrund, dass Taiwan bereits in der Vergangenheit einen

---

<sup>224</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-05/19/content\\_7791269\\_3.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-05/19/content_7791269_3.htm) (Stand: 13.07.2011).

<sup>225</sup> Unter „Dollar-Diplomatie“ versteht man den Versuch, sich offizielle Beziehungen mit anderen Ländern zu erkaufen.

<sup>226</sup> [http://www.economist.com/node/13917493?Story\\_ID=E1\\_TPJTSQJP](http://www.economist.com/node/13917493?Story_ID=E1_TPJTSQJP) (Stand: 12.07.2011)

<sup>227</sup> Der genaue Inhalt des Abkommens ist nachzulesen unter:  
<http://www.mac.gov.tw/public/data/051116322071.pdf> (Stand: 13.07.2011)

<sup>228</sup> Vgl. Chen, Yuantong / Tian, Hongmao: *Taiwan in 2010. Mapping for a New Political Landscape and Economic Outlook*. In: Asian affairs, Vol.51, Nr.1, 2010, S. 81.-82.

beträchtlichen Handelsüberschuss gegenüber China aufwies.<sup>229</sup> Ein paar Zahlen zur Veranschaulichung:

„In den letzten 30 Jahren erreichte das Handelsvolumen zwischen China und Taiwan 963,62 Milliarden US-Dollar, davon fielen 172,35 Milliarden US-Dollar auf Exporte des Festlandes nach Taiwan, 791,32 Milliarden US-Dollar waren Exporte aus Taiwan ins Festland, Taiwan erreichte ein Handelsplus von 618,97 Milliarden US-Dollar. Mehr als 6100 Firmen aus dem Agra-Bereich auf dem Festland sind mit taiwanesischen Kapital finanziert, die Summe des taiwanesischen Kapitals, welche am Festland in die Agrarwirtschaft investiert wurde erreichte 7,2 Milliarden US-Dollar.“<sup>230</sup>

30年来两岸累计贸易额达到9636.2亿美元，其中大陆对台湾出口1723.5亿美元，台湾对大陆出口7913.2亿美元，台湾顺差达6189.7亿美元。在大陆投资发展的台资农业企业已达6100多家，投资大陆农业的台资达72亿美元。

Es ist also davon auszugehen, dass vor allem Taiwan stark von dem Abkommen profitieren wird.

Während vor allem Taiwans Wirtschaftstreibende sich für ECFA eingesetzt haben, gab es besonders von Seiten der Opposition und ihren Anhängern kritische Stimmen. Ma Yingjeou wurde unter anderem vorgeworfen, Taiwans Souveränität zu verraten und die taiwanesischen Wirtschaft ans Festland zu verkaufen. Die DPP rief zu großen Protesten auf, zu denen (laut eigenen Angaben) 100000 Menschen erschienen. Trotz der Kritik von Seiten der DPP wird das Abkommen als bedeutender Schritt der Annäherungspolitik Mas gewertet.<sup>231</sup>

Ein weiterer entscheidender Punkt, der sich unter Ma Yingjeou geändert hat, ist die entstandene Debatte über militärische Zusammenarbeit zwischen dem Festland und Taiwan. Bereits im Jahr 2005 während des Treffens zwischen Hu Jintao und Lian Zhan einigte man sich darauf, dass die beiden Seiten zukünftig mehr gegenseitiges Vertrauen schaffen müssen, dies gilt besonders für die militärischen Ebene. Ma Yingjeou ist ebenfalls dafür bekannt, das

---

<sup>229</sup> Vgl. Liu, Hong (刘红)/ Wang, Miaosen 王淼森: 两岸“经济两化”与 ECFA (Das „Zusammenwachsen“ der beiden Wirtschaften und ECFA). In: 新视野 (Neuer Horizont), 2010 (Juni), S.81-82.

<sup>230</sup> Ebd. S. 81.

<sup>231</sup> Vgl. Gold, Thomas B.: *Taiwan in-Eroding Landslide*. In: Asian survey, Vol.50, Nr.1, 2009, S.69.



er sich für vertrauensbildende Maßnahmen auf militärische Ebene stark macht. Bereits in seiner Funktion als Oppositionsführer und später als Präsidentschaftskandidat sprach er sich immer wieder für eine bessere Zusammenarbeit der beiden Militärs aus.<sup>232</sup>

Als erster kleiner Erfolg konnte der Beschluss des Verteidigungsministeriums in Taipei gewertet werden die sogenannten „Han Kuang war games“ nur mehr alle zwei Jahre (statt wie bisher jährlich) durchzuführen.<sup>233</sup> Die „Han Kuang war games“ dienen zur militärischen Simulation eines Angriffs Chinas auf Taiwan. Ende 2008 gab es sogar erste Pläne über einen militärischen Austausch zwischen Offiziellen der Armee Taiwans und Offiziellen der Befreiungsarmee der VR China.<sup>234</sup> Diese Pläne wurden aber später wieder verworfen, mit der Begründung, dass man sich zunächst auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentrieren sollte bevor man weitere Schritte unternahme.<sup>235</sup>

Ein weiterer Punkt, in dem bisher keine Einigung zwischen China und Taiwan erzielt werden konnte, war Chinas Vorschlag über „Friedensverhandlungen“<sup>236</sup>. Bereits ab dem Sommer 2009 begann China den Wunsch zu äußern, dass die Kooperation zwischen dem Festland und Taiwan über die reinen wirtschaftlichen Komponenten hinausgehen sollten. Dieses etwas überraschende Ansuchen Chinas erklärten manche Beobachter damit, dass die VR China den zukünftigen Entwicklungen auf Taiwan keineswegs völlig vertraue. Die Möglichkeit einer erneuten DPP-Regierung, welche wieder den Weg der Unabhängigkeit einschlagen könnte, sei weiterhin gegeben und deswegen galt es die verbesserten Beziehungen unter Ma auszunutzen. Dieser Vorstoß Chinas wurde auf Taiwan jedoch nicht sehr positiv angenommen. Politische Verhandlungen mit China gelten auch unter der Ma Regierung als eine heikle Angelegenheit. Verhandlungen über ein Friedensabkommen könnten ein erster Schritt sein, der Verhandlungen über Taiwans Rückkehr zum Festland einleitet, was nicht mit der Politik des

---

<sup>232</sup> Vgl. Glaser, Bonnie S.: *Building Trust across the Taiwan Strait. A Role for Military Confidence-Building Measures*. S. 12-13. Der Bericht für das „Center for Strategic and International Studies“ (CSIS) ist zu finden unter [http://www.foreignpolicy.com/images/100112\\_100106\\_Glaser\\_BuildingTrust.pdf](http://www.foreignpolicy.com/images/100112_100106_Glaser_BuildingTrust.pdf) (Stand: 14.07.2011).

<sup>233</sup> <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/12/19/2003431490> (Stand: 16.07.2011).

<sup>234</sup> <http://www.chinapost.com.tw/china/national-news/2008/10/29/180942/Taiwan-defense.htm> (Stand: 17.07.2011).

<sup>235</sup> <http://www.wantchinatimes.com/news-subclass-cnt.aspx?cid=1101&MainCatID=&id=20110722000082> (Stand: 17.07.2011)

<sup>236</sup> Da der chinesische Bürgerkrieg zwischen den Nationalisten und den Kommunisten offiziell nie beendet wurde, gab es auch keine finalen Friedensverhandlungen zwischen dem Festland und den Verantwortlichen auf Taiwan. Trotz dieser Gegebenheit, ist jedoch unbestritten, dass sich das Festland und Taiwan de facto seit Jahren/Jahrzehnten in keinem kriegesischen Verhältnis mehr gegenüber stehen. Friedensverhandlungen hätten also primär symbolische Bedeutung für Taiwan und sind deshalb eine heiß diskutierte Thema. Friedensverhandlungen mit dem Festland werden in erster Linie von der DPP mit dem Stichwort „Wiedervereinigung“ in Zusammenhang gebracht, während die jüngsten Aussagen im Laufe des Wahlkampfes von Seiten der KMT zumindest die Möglichkeit, über zukünftige politische Verhandlungen mit dem Festland ernsthaft nachzudenken, falls gewisse Bedingungen erfüllt sein sollten, angesprochen wurde. Vgl. <http://www.stimson.org/images/uploads/CLM36AR.pdf> (Stand 02.01.2012).

Aufrechterhaltens des Status quo vereinbar ist und von den Wählern nicht goutiert wird. Die Verantwortlichen der KMT wissen, dass weitere Diskussionen über mögliche Verhandlungen betreffend ein Friedensabkommen mit dem Festland ihren Umfragewerten schaden könnten<sup>237</sup>. Vor den Präsidentschaftswahlen im Januar 2012 ist daher nicht mit Verhandlungen zwischen China und Taiwan zu rechnen. Wenige Wochen nachdem China Anfang 2009 zum ersten Mal Vorstöße in diese Richtung gemacht hatte, gab es von Ma Yingjeou bereits eine klare Absage an Peking. So ließ Ma Yingjeou bereits Anfang März 2009 verkünden, dass Taiwan noch nicht bereit sei, um über Friedensabkommen zu verhandeln. In dieser Phase der Annäherung zwischen China und Taiwan sollte man weiterhin den Fokus auf die Themen Wirtschaft und Handel legen.<sup>238</sup> Aufgrund der breiten Front gegen die Aufnahme von politischen Verhandlungen auf Taiwan, musste schließlich auch die KPCh einsehen, dass es wohl noch etwas zu früh sei, um gewisse Themen anzusprechen. Dass die Politik auf Taiwan ihren eigenen, besonderen Regeln folgt, versteht man auch in Peking und trotz aller positiver Signalen seit Mas Antritt, welche die Erwartungen bei vielen in Peking steigen ließen, ist man sich bewusst, dass Mas Handlungsspielraum ebenfalls begrenzt sein wird. Ma wird in seiner Amtszeit weiter einen Mittelweg einschlagen müssen, einen Weg, der auch für Teile des „Pan grün“-Lagers akzeptabel ist. Eine gewisse Ambiguität in der Festlandpolitik Mas wird sich nicht vermeiden lassen. Für die Autoren Zheng Qingshun(郑庆顺) und Fang Shangwen(房尚文) stand Ma Yingjeou nach seiner Wahl vor zwei großen Aufgaben:

„Wenn man sich die Festlandpolitik Ma Yingjeous ansieht, gibt es hier zwei besondere Punkte: Punkt eins, Ma Yingjeou ist daran interessiert die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland zu reparieren. Punkt zwei, Ma Yingjeous Festlandpolitik beinhaltet eine Ambiguität.“<sup>239</sup>

从马英九的两岸政策上看，有两个特点：（一）马英九有意修复两岸关系。（二）马英九的两岸政策具有模糊性。

<sup>237</sup> Vgl. Zhang: *Taiwan's New Grand Strategy*. S. 284.

<sup>238</sup> <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/03/05/AR2009030502155.html> (Stand: 17.07.2011).

<sup>239</sup> Zheng(郑) Qingshun(庆顺), Fang(房) Shangwen(尚文): 2008 年台湾大选后的两岸关系(Die Beziehungen in der Taiwanstraße nach den Wahlen 2008). In: 广东省社会主义学院学报 (Journal des Guangdong Institutes für Sozialismus), Vol.35, Nr.2, 2009(April).S.72-73.

Wobei hier drei Hauptgründe für die Notwendigkeit von Punkt eins genannt werden im Text:

„Erstens, ein inneres Verlangen aufgrund der wirtschaftspolitischen Entwicklung Taiwans, zweitens, der während der Regierungszeit Chen Shuibians schwer zerstörte Prozess der Reparatur der Beziehungen entlang der Taiwanstraße, drittens, um die stark wohlgestimmten Signale der chinesischen Zentralregierung positiv zu beantworten.“<sup>240</sup>

一是台湾经济政治发展的内在要求，二是对陈水扁政府期间被严重破坏的两岸关系进行修复，三是对中国中央政府强烈善意信号的积极回应。

Jedoch wird die „Taiwan first“-Politik auch unter Ma im Vordergrund stehen. Von chinesischen Autoren wird hier von „Taiwans Subjektivität“ (台湾主体性/ taiwan zhubenxing) gesprochen. Eine Subjektivität welche keine Partei auf Taiwan ignorieren kann in ihrer Politik.

„Jedoch ist Taiwans Politik zur Zeit in einen Teufelskreis hineingeraten, die Hauptunterschiede zwischen den Parteien beruhen nicht auf Unterschieden in wirtschaftlichen Interessen oder auf Unterschieden betreffend politischer Standpunkte, das Thema, welches keine Partei übergehen kann auf Taiwan, ist die Frage nach der „Subjektivität Taiwans“, daher ist es egal, welche Partei gewählt wird, sie (die Parteien) müssen sich alle dieser Frage stellen.“<sup>241</sup>

但是，目前的台湾政治陷入一个怪圈，政党的主要分歧不是来自于经济利益的差异，而是来自于政治立场的差异，每个政党都无法绕过的议题是“台湾主体性”问题，因此无论哪个政党当选，都必须正视这个问题。

Diese „taiwanesisches Subjektivität“ hätte sich aus dem Prozess der Lokalisierung (本土化/

---

<sup>240</sup> Ebd. S.72-73.

<sup>241</sup> Ebd. S.73.

bentuhua) heraus entwickelt. Der Trend hin zur „taiwanesischen Subjektivität“ hätte sich in den letzten Jahren jedoch verstärkt und entwickelte sich rasch in Richtung Unabhängigkeitsbestrebungen. Für jede regierende Partei auf Taiwan stünde die Frage nach „Taiwans Subjektivität“ vor allen anderen politischen Themen.<sup>242</sup>

Ma muss hier einen Balanceakt finden, auf der einen Seite muss er die Beziehungen mit dem Festland reparieren und auf der anderen Seite Taiwans Bevölkerung glaubhaft vermitteln, dass er weiterhin die „Taiwan First“-Politik konsequent verfolgt

Die Debatte über ein eventuelles Friedensabkommen zwischen dem Festland und Taiwan zeigte die Grenzen für Ma Yingjeous Festlandpolitik auf. Verhandlungen über militärische Angelegenheiten zwischen Taiwan und China oder Friedensverhandlungen werden in Taiwan sehr schnell mit der Frage nach der Unabhängigkeit bzw. der Änderung des Status quo in Verbindung gebracht. Ma hatte bereits während der Verhandlungen über das ECFA spüren müssen, wie vorsichtig man in den Verhandlungen mit dem Festland umgehen muss. Die Opposition auf Taiwan wartet nur auf weitere Gelegenheiten um Ma ins „Verräter-Eck“ stellen zu können. Eine weitere Bedingung, die zuerst erfüllt sein muss, bevor man eventuelle Gespräche über Friedensverhandlungen mit dem Festland aufnehmen kann, ist das Abrüsten der ca. 1500 Mittel- und Langstreckenraketen an Chinas Südküste, welche auf Taiwan gerichtet sind.<sup>243</sup> Eine Forderung, die jedoch auf Seiten der Verantwortlichen der VR China bisher keine Zustimmung fand.

In den ersten Monaten und Jahren unter Ma konnte man eine deutliche Änderung der Festlandpolitik erkennen. Provokationen des Festlandes und Vorstöße Richtung Unabhängigkeit bzw. Bestrebungen den Status quo zu ändern, welche unter der Regierung Chen zum Alltag gehörten, sind nicht Teil der Politik Mas. Bereits am Beginn seiner Amtszeit stellte Ma klar, dass es sein Ziel sei, Gelegenheiten zu maximieren und Gefahren zu minimieren (机会极大化, 威胁极小化). Im Detail bedeutet dies, in Sicherheitsfragen das Risiko für Taiwan zu minimieren, während man gleichzeitig auf wirtschaftlicher und politischer Ebene jede Gelegenheit wahr nimmt, um Taiwans Situation zu verbessern. So schreibt Baohui Zhang in seinem Artikel über Taiwans neue Strategie:

[...]“Ma has pursued the classic accommodation strategy for security enhancement, which relies on expanding common interest, institutionalizing dialogues, promoting security confidence-building, and offering assurances to

---

<sup>242</sup> Vgl Ebd. S.72-75.

<sup>243</sup> Glaser: *Building Trust across the Taiwan Strait*. S. 17.

establish mutual trust and eventual reconciliation with a rival”<sup>244</sup>

Ma erstes Anliegen nach seinem Amtsantritt war es, die Situation entlang der Taiwanstraße so schnell wie möglich zu entschärfen und wieder Vertrauen zwischen den verantwortlichen Politikern auf dem Festland und auf Taiwan herzustellen. Nach den Jahren unter Chen Shuibian hatte die Führung auf dem Festland keinerlei Vertrauen mehr in die Verantwortlichen der DPP. Durch die Wahlniederlagen der DPP wenige Monate nach Beginn der zweiten Amtszeit Chens stieg zunächst wieder die Hoffnung in das taiwanesisches Volk am Festland. Erste Besuche von und Gespräche mit Oppositionsvertretern aus Taiwan gaben China weiter Grund zu Hoffnung, dass eine Änderung der Politik auf Taiwan bevorstand. Diese „Vorarbeit“ seiner Parteikollegen setze Ma später in seiner Funktion als Präsident konsequent fort. Bereits in den ersten Wochen und Monaten unter Ma kam es zu einer deutlichen Entspannung der Lage entlang der Taiwanstraße. Die Wiederaufnahme des institutionalisierten Dialoges zwischen ARATS und SEF war ein erster wichtiger Schritt, der die Tür für weitere Zusammenarbeit öffnete. ARATS und SEF dienten seither als Motor für viele Einigungen, die unter Ma mit dem Festland getroffen wurden. Die neue Festlandpolitik Mas findet in Peking Gehör und Zustimmung, wie die Reaktionen aus China zeigen. In den ersten Monaten unter der Regierung Ma Yingjeou wurden mehr Abkommen unterzeichnet, als während der gesamten Amtszeit Chen Shuibians. Die Einigung über ECFA gilt mittlerweile als Meilenstein in den Beziehungen zwischen China und Taiwan, obwohl die politische Bedeutung des ECFA von beiden Seiten oft heruntergespielt wird und nur die wirtschaftlichen Komponenten hervorgehoben werden.

Vor allem was den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft erleben die beiden Seiten einen engeren Austausch als jemals zuvor. So konnte im Jahr 2010 einen Anstieg des Handelsvolumens zwischen den beiden Seiten von fast 40% verzeichnet werden<sup>245</sup>.

Obwohl sich die Zusammenarbeit zwischen dem Festland und Taiwan verbesserte, gibt es weiterhin eine rote Linie, welche zurzeit nicht überschritten werden kann. Diese Linie kommt genau dann zum Vorschein, wenn die VR China Richtung Friedensverhandlungen drängt bzw. Themen anschnidet, welche den Status quo zukünftig verändern könnten. Die KMT weiß, dass die Annäherung an das Festland auch Gefahren mitbringt. Die Opposition wird jede Chance nutzen, um Ma Yingjeou und die KMT als Verräter hinstellen, dementsprechend

---

<sup>244</sup> Zhang: *Taiwan New Grand Strategy*. S. 272.

<sup>245</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/china/2011-01/20/content\\_11891959.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2011-01/20/content_11891959.htm) (Stand: 20.07.2011).

vorsichtig wird die KMT auch in Zukunft die Themen auswählen, über welche sie mit dem Festland reden bzw. verhandeln wird. Eine Diskussion über die Änderung des Status quo wäre innenpolitischer Selbstmord der KMT, weswegen sich der Dialog zwischen dem Festland und Taiwan auch weiterhin auf einfachere Themen (in erster Linie wirtschaftliche Themen) fokussieren wird.

#### **6.2.1. Auswirkungen auf die Außenpolitik Taiwans und den Beziehungen zu den USA**

Mas neue Politik wirkt sich nicht nur auf die Beziehungen zum Festland positiv aus, sondern verändert auch Taiwans Bild in der internationalen Gemeinschaft. Die verbesserten Beziehungen zum Festland unter Ma Yingjeou resultieren unter anderem darin, dass Taiwan zum ersten Mal seit 1971 wieder an einem Treffen eines UN-Organs teilnehmen durfte. Gleichzeitig verzichtete Taiwan 2009 zum ersten Mal seit 17 Jahren auf einen Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. In ihrem 2011 erschienen Artikel *Taiwan's Expansion of International Space: Opportunities and Challenges* liefern die Autoren Wang T.Y, Lee Weiqin und Yu Jingxin Erklärungsversuche für die neue Politik Pekings im Umgang mit Taiwans Wunsch nach mehr internationaler Anerkennung. Als einen Hauptgrund für Pekings Umdenken wird hier die Frustration der taiwanesischen Bevölkerung mit der Situation der diplomatischen Isolation bezeichnet. Diese Frustration sei gleichzeitig Treibstoff für Taiwans Unabhängigkeitskräfte und für anti-chinesische Vorurteile. Umfragen zeigten, dass wenn immer China Taiwans diplomatische Initiativen blockte in der Vergangenheit, die Umfragewerte von Präsident Chen Shuibian anstiegen. Neben Chinas gewachsenen Selbstvertrauen im Umgang mit der Taiwanfrage wird die Wahl Ma Yingjeous als weiterer Grund für Chinas neue Taiwanpolitik angeführt. Von alle den gewählten Präsidenten Taiwans in der Vergangenheit komme die Politik Ma Yingjeous den strategischen Interessen der VR China am meisten entgegen, deswegen versuche die chinesische Führung auch Taipeis Verlangen nach mehr internationaler Vertretung zu erfüllen, womit man gleichzeitig auch Mas Politik der Versöhnung stärkt. Wobei es auch hier einen gewissen Punkt gibt, der nicht überschritten werden kann in Zukunft. Mitgliedschaften in Organisationen, die Eigenstaatlichkeit als Voraussetzung haben, werden für Taiwan weiterhin nicht zugänglich

sein, dagegen spricht das „Ein-China-Prinzip“.<sup>246</sup>

Auch scheint die „Dollar Diplomacy“ der Vorgänger Regierung, welche nie zum erhofften Erfolg führte, unter Ma abgeschafft worden zu sein. Viele Staaten zogen ihren Vorteil aus der „Dollar Diplomacy“ Taiwans und verkauften ihre „Freundschaft“ an den Höchstbieter. In den acht Jahren unter Chen verringerte sich die Zahl der Staaten, mit denen Taiwan diplomatische Beziehungen unterhielt, um sechs.<sup>247</sup> Die neuen Schlagwörter auf Taiwan lauten „truce diplomacy“ bzw. „viable diplomacy“.

„The point of viable diplomacy policy is to take a pragmatic approach to break through the impasses that have dogged Taiwan's foreign relations, and to replace confrontation with dialogue in a manner that respects the principles of dignity, autonomy, pragmatism, and flexibility. Working from a basis of mutual trust, we seek to do away with counterproductive "checkbook diplomacy" and instead pursue "economic and trade diplomacy," "cultural diplomacy," and "image diplomacy" in order to reduce spending and improve our international image.“<sup>248</sup>

Die schlechten Beziehungen zum Festland hätten in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass Taiwans Teilnahme bzw. Beitrag in der internationalen Gemeinschaft limitiert gewesen sei.<sup>249</sup> Taiwans neue „flexible Diplomatie“ wirkt sich nicht nur positiv auf das Verhältnis zum Festland aus, sondern schafft auch mehr Raum für Taiwan in der internationalen Gemeinschaft. Darüber hinaus hat seit dem Amtsantritt Ma Yingjeou kein Land mehr seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan aufgegeben.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der neuen Politik unter Ma Yingjeou sind die verbesserten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Als mächtigster und wichtigster Verbündeter Taiwans nehmen die USA traditionell eine herausragende Stellung in den Überlegungen Taiwans ein.

Unter der Regierung Chens gab es immer wieder Konfliktpotential zwischen den USA und Taiwan. In den meisten Fällen waren Taten und Aussagen Chen Shuibians der Auslöser für die Verstimmungen zwischen Washington und Taiwans gewesen, aber auch Taiwans mangelnde

---

<sup>246</sup> Wang, T.Y./ Lee, Weijin/ You, Jingxin: *Taiwan's Expansion of International Space: Opportunities and Challenges*. In: Journal of Contemporary China, Vol.20, Nr.69, 2011, S. 256-259.

<sup>247</sup> Ebd. S. 253.

<sup>248</sup> Zitat von der Homepage des Büros des Präsidenten Ma Yingjeou. Nachzulesen unter <http://english.president.gov.tw/Default.aspx?tabid=1145> (Stand: 21.07.2100).

<sup>249</sup> Siehe, Fußnote 153.

Bereitschaft seine Verteidigungskapazitäten entsprechend aufzurüsten stieß auf Missfallen in Washington (vgl. Kapitel 5.1.4.).

Die USA waren nicht bereit Chens Festlandpolitik zu tolerieren oder gar zu unterstützen.

Trotz mehrmaliger öffentlichen und nicht öffentlichen Aufforderungen von Seiten der USA seine Politik zu überdenken, blieb Chen seiner Linie treu. Am Ende seiner Amtszeit galt Chen nicht nur in der VR China, sondern auch in den USA als „troublemaker“ und das obwohl die Bush-Regierung als taiwanfreundlichste Regierung seit langer Zeit eingestuft worden war. So schreibt Kerry Dumbaugh in einem CRS Report an den US-Kongress:

„In addition, Taiwan’s unpredictable political environment, along with then-President Chen Shui-bian’s growing pro-independence statements and actions, began to pose special challenges for U.S. policy. U.S. officials claimed to have strong ties with Taiwan’s DPP government and a considerable network of working economic and military ties with Taiwan under the Chen administration. But such problems of trust had developed between President Chen and U.S. officials that the bilateral atmosphere eroded significantly“<sup>250</sup>

und Dumbaugh weiter:

„The Chen Administration’s continued willingness to employ the provocative gesture heightened the concerns and sharpened the criticism of many U.S. officials about its credibility and its commitments to the U.S. government.“<sup>251</sup>

Richard Bush, der Leiter des „American Institute“ auf Taiwan während der Amtszeit Clintons und George W. Bush, fand ebenfalls klare Worte, als er seine Rede<sup>252</sup> im Dezember 2007 in Taipei mit dem Satz: „Today I wish to speak about why U.S.-Taiwan relations have sunk to such a low point“ begann. In der selben Rede stellte er später auch die Frage: “Why, for example, did the Bush Administration start as the most Taiwan-friendly administration since the termination of diplomatic relations (or since World War II) and end up as probably the most hostile?”. Für Bush ist die Antwort auf diese Frage nicht so eindeutig zu beantworten.

---

<sup>250</sup> Dumbaugh, Kerry: *Taiwan-U.S. Relations: Recent Developments and Their Policy Implications*. S.18. CRS Report an den US-Kongress. Zu finden unter <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS22853.pdf> (Stand: 15.07.2011).

<sup>251</sup> Ebd.

<sup>252</sup> Die Rede Richard Bushs ist zu finden unter: [http://www.brookings.edu/speeches/2007/1203\\_taiwan\\_bush.aspx](http://www.brookings.edu/speeches/2007/1203_taiwan_bush.aspx) (Stand: 30.09.2011)



Neben der mangelhaften Kommunikation - und hier vor allem die fehlenden Möglichkeiten der „Face-to-face“-Kommunikation zwischen den höchsten Vertretern der beiden Regionen - sieht Bush noch andere Faktoren entscheidend für das schwierige Verhältnis zwischen den USA und Taiwan am Ende der Chen Shuibian Ära. So argumentiert Bush etwa, dass viele Vertreter Taiwans die Vorstöße der DPP-Regierung betreffend diverser Referenden als legitimes Mittel in einer Demokratie sehen und darüber enttäuscht wären, dass die USA (als Verfechter der demokratischen Werte) diese Maßnahmen nicht unterstützen würden. Viele Verantwortliche in den USA wiederum hätten in diesem Vorgehen Chens eine unnötige Provokation gegenüber der VR China gesehen und eine Vorgangsweise, welche auf die Änderung des Status quo abzielte. Als Hauptmotivation hinter Chens Strategie wären von vielen in den USA schlichte Wahlüberlegungen der DPP vermutet worden. Chens Politik wurde als Gefahr für die US-amerikanische Sicherheitspolitik in Asien betrachtet. Bush richtete am Ende seiner Rede vier Vorschläge an Taiwan, wie es für bessere Beziehungen zu den USA in Zukunft sorgen könne: Erstens Taiwan muss seine Verteidigungskapazität ausreichend ausstatten. Zweitens Taiwan muss die Interessen der USA, dem wichtigsten Garanten für Stabilität in der Region Ostasien, mitberücksichtigen in seiner Politik. Drittens Taiwan muss seine Statements betreffend die Festlandpolitik besser mit den USA abstimmen. Viertens die Kommunikation zwischen Washington und Taipei wird sich verbessern, sobald Taiwan diese drei zuvor genannten Punkte einhält.

Der Machtwechsel auf Taiwan und Mas Politik der Annäherung ans Festland wurden von Seiten der USA bereitwillig begrüßt. Unter Ma hat sich die Spannung entlang der Taiwanstraße deutlich verringert und damit verringert sich auch die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zwischen den USA und China. Stellvertretend für viele positive Äußerung der US-Verantwortlichen gegenüber der Festlandpolitik Mas, kann die jüngste Aussage Präsident Obamas, welche er während des USA-Besuchs von Chinas Staatschef Hu Jintao im Jänner 2011 tätigte, herangezogen werden.

„I welcomed the progress that’s been made on both sides of the Taiwan Strait in reducing tensions and building economic ties, and we hope this progress continues, because it’s in the interest of both sides, the region and the United States”<sup>253</sup>

---

<sup>253</sup> <http://www.taiwaninsights.com/2011/01/27/washington-lauds-ecfa-reduced-tension-in-taiwan-strait/> (Stand : 23.07.2011).

Auch unter Obama betonen die USA, dass sie für (politische) Zusammenarbeit, Dialog, eine friedliche Entwicklung und für verstärkte wirtschaftlichen Beziehungen in der Taiwanstraße eintreten. (而美国“欢迎台湾海峡两岸关系和平发展，期待两岸加强经济、政治及其他领域的对话与互动”).<sup>254</sup>

Gleichzeitig wird aber auch betont, dass Taiwans Unabhängigkeit strikt abgelehnt wird und die Wichtigkeit der Beziehungen zwischen China und den USA hervorgehoben.

„Die Beziehungen zwischen den USA und China sind die wichtigsten bilateralen Beziehungen... Die USA trachten nicht danach China einzuschränken, die USA begrüßen ein großes, starkes, prosperierendes, erfolgreiches China, welches in internationalen Angelegenheiten eine größere Funktion einnimmt.“<sup>255</sup>

中美关系是最重要的双边关系...美国不寻求遏制中国、美国欢迎一个强大、繁荣、成功、在国际事务中发挥更大作用的中国。

Trotzdem werden die USA auch weiterhin ihren Verpflichtungen laut TRA nachkommen und die Waffenlieferungen an Taiwan fortsetzen. So genehmigte etwa die Obama Regierung Anfang 2010 eine weitere größere Waffenlieferung an Taiwan, trotz angekündigter und zu erwartender Proteste von Seiten Chinas. Die Lieferung im Wert von sechs Milliarden US-Dollar beinhaltete Helikopter, Schiffe sowie Raketenabwehrsysteme. Die von Taiwan seit langem angefragten F-16 Kampffjets wurden jedoch von Washington verweigert, was Pekings Enttäuschung über die Waffenlieferung an Taiwan jedoch kaum schmälern konnte.<sup>256</sup> Die Gründe für die militärische Unterstützung Taiwans durch die USA erläuterte Präsident Ma im Rahmen einer Videokonferenz im Mai 2011:

“However, our cross-strait relations – to continue advancing, the US must help

---

<sup>254</sup> Vgl. Xiu, Chunping (修春萍): 奥巴马中国行中的台湾问题 (*Obama spricht während seiner China-Reise über die Taiwanfrage*). In: 两岸关系(Die Beziehungen entlang der Taiwanstraße), 2009 (Dez.). S.10-11.

<sup>255</sup> Zitat Präsident Barack Obamas entnommen aus: Xiu, Chunping (修春萍): 奥巴马中国行中的台湾问题 (*Obama spricht während seiner China-Reise über die Taiwanfrage*). In: 两岸关系(Die Beziehungen entlang der Taiwanstraße), 2009 (Dez.). S.11.

<sup>256</sup> [http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/01/30/AR2010013000508\\_2.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/01/30/AR2010013000508_2.html) (Stand: 23.07.2011).

Taiwan level the playing field. Negotiating with a giant like the Chinese mainland is not without its risk. The right leverage must be in place. Otherwise, Taiwan cannot credibly maintain an equal footing at the negotiating table.<sup>257</sup>”

Waffenverkäufe an Taiwan werden auch in Zukunft das Verhältnis zwischen China und den USA auf die Probe stellen. Unabhängig davon, welche Partei auf Taiwan den Präsidenten stellt und in der Regierungsverantwortung ist, ist davon auszugehen, dass die USA ihren Verpflichtungen laut TRA nachkommen werden. So war in der Mai/Juni Ausgabe 2010 des *Foreign Magazine* ein Artikel von Robert Gates (dem damaligen US Verteidigungsministers) zu lesen mit dem Titel „*Helping Others Defend Themselves*“- eine Strategie, die auch mit dem Inhalt des TRA im Einklang steht.

Mit dem Ende der Chen-Regierung hat sich das Verhältnis zwischen den USA und Taiwan wieder deutlich verbessert. Die Entwicklungen in der Taiwanstraße werden von Washington sehr begrüßt und auch Taiwans gestiegene Bereitschaft die eigenen Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen, stoßen auf Wohlwollen in Washington. Die Zeiten, in denen die USA die taiwanesishe Regierung regelmäßig für ihre Festlandpolitik kritisierten bzw. Warnungen aussprachen, sind jedenfalls seit der Machtübernahme Ma Yingjeous vorbei.

#### **6.2.2. Die Beziehungen zum Festland nach den ersten Jahren unter Ma Yingjeou**

Die Beziehungen zwischen dem Festland und Taiwan haben seit den Wahlen im März 2008 eine klare Wendung genommen. Die Zeit der Provokationen und des fehlenden Dialoges zwischen China und Taiwan scheinen beendet zu sein. Die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen SEF und ARATS waren ein erster wichtiger Schritt Richtung verstärkte Zusammenarbeit. In den folgenden Monaten und Jahren unter Ma konnten mehrere Abkommen unterzeichnet werden. Begonnen hat die Phase der Annäherung jedoch bereits vor Ma Yingjeous Amtsantritt. Die Annäherung zwischen der VR China und Taiwan hatte ihren Ursprung in den Gesprächen zwischen Lian Zhan und Hu Jintao, welche bereits im Jahr 2005 über die Bühne gingen. Nicht nur auf Taiwan deutete sich also im Falle eines Regierungswechsel nach den Wahlen 2008 ein Strategiewechsel an, auch auf Seiten der VR China begann man bereits Jahre vor den tatsächlichen Wahlen auf Taiwan im März 2008 die Politik in der Taiwanfrage zu ändern. Wie bereits in Kapitel 5.3. beschrieben, überließ China

---

<sup>257</sup> Transkription der Videokonferenz nachzulesen unter <http://csis.org/event/president-ma-ying-jeou-us-taiwan-relations-new-era> (Stand: 02.08.2011).

immer stärker der USA die Rolle des „strengen Lehrers“, man hatte verstanden, dass Warnungen und Drohungen betreffend innenpolitische Aussagen und Entscheidungen Taiwans von Seiten des Festlandes nur der Pro-Unabhängigkeitsbewegung auf der Insel helfen und somit nicht im Sinne der KPCh sein konnten. Während man sich also zunehmend zurückhielt mit Aussagen betreffend die Politik Chen Shuibians und in erster Linie den USA das Kritisieren überließ, knüpfte man gleichzeitig Kontakte mit den Oppositionsparteien auf Taiwan, um auf diese Weise die neue Politik des Dialoges und der verstärkten Zusammenarbeit mit Taiwan vorantreiben zu können.

Eine Politik der Versöhnung wurde so bereits vor den Wahlen 2008 in die Wege geleitet. Die Politik der KPCh wurde in einem Artikel von Ding Yijiang, welcher in *Asian Affairs* Magazin erschien, folgend beschrieben:

„The new strategy appears to be, „speak softly and carry a big stick“ toward proponents of Taiwanese independence, relying on Washington to rein in the pro-independence Democratic Progressive Party (DPP), and at the same time actively seeking reconciliation with the anti-independence KMT by offering economic benefits to Taiwan and by making limited concessions on some difficult bilateral issues, including the sovereignty issue, to promote economic and social bilateral relations and to undercut the support for Taiwanese independence.“<sup>258</sup>

Diese Strategie erklärt auch, warum Pekings Reaktionen auf Chen Shuibians provokante Aussagen relativ gemäßigt ausfielen, während der Ton Washingtons im Umgang mit der Chen Shuibian Regierung immer schärfer wurde im Laufe der acht Jahre seiner Amtszeit. Während die DPP also immer stärker Richtung Unabhängigkeit strebte, zog sich China immer weiter zurück und überlies das „Problem Chen Shuibian“ in erster Linie den USA. Ein weiterer wichtiger Baustein in Chinas Taiwanpolitik war die Verabschiedung des „Anti-Abspaltungsgesetz“ 2005 (vgl. Kapitel 2.3.). Mit dem „Anti-Abspaltungsgesetz“, welches unter gewissen Bedingungen den Einsatz von „nicht friedlichen Mitteln“ zur Lösung der Taiwanfrage festsetzt, hat die Partei ein starkes Instrument in der Hand und ist damit in der Lage nicht mehr auf jede Provokation reagieren zu müssen. China hat mit dem „Anti-Abspaltungsgesetz“ seine langfristige Politik in der Taiwanfrage festgesetzt und wird auch

---

<sup>258</sup> Ding, Yijiang: *Beijing's New Approach and the Rapprochement in the Taiwan Strait*. In: *Asian affairs*, Vol.36, Nr.4, 2009, S. 180.

weiterhin sein Militär aufrüsten. Die Anzahl der Lang- und Mittelstreckenraketen, die auf Taiwan gerichtet ist, wird wohl auch in Zukunft nicht reduziert werden. In Folge der militärischen Aufrüstung Chinas wird sich die Anzahl der Raketen in Zukunft eher erhöhen.<sup>259</sup> Mit dem Wahlsieg Ma Yingjeous und der KMT war der Weg frei für eine neue Annäherungspolitik zwischen dem Festland und Taiwan. Auf Basis des „1992 Konsens“ wurde der Dialog zwischen den beiden Seiten wieder aufgenommen. Die Basis für die rasche Annäherung war, wie oben erwähnt, bereits einige Jahre zuvor gelegt worden. In den folgenden Monaten und Jahren konnte die Zusammenarbeit immer weiter ausgebaut werden und vor allem auf wirtschaftlicher Basis kam es zu einer Reihe von Einigungen, wobei das ECFA–Abkommen als wichtigste Errungenschaft der neuen Beziehungen zwischen China und Taiwan angesehen wird. Neben der Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene ist auch die Erlangung des Beobachterstatus Taiwans im Rahmen des WHA Forums ein deutliches Zeichen für die neuen Beziehungen zwischen dem Festland und Taiwan. Die VR China zeigt in Fragen betreffend Taiwans Mitgliedschaft in diversen Internationalen Organisationen durchaus mehr Flexibilität als in der Vergangenheit, und auch das Ringen um Verbündete zwischen China und Taiwan scheint beendet. Die neue Beziehung zwischen den beiden Seiten spiegelt sich auch an der veränderten Rhetorik wieder.

„The long-held „one country, two systems“ formula is now seldom mentioned in the official media, but it is not abandoned, as indicated by Hu’s New Year’s speech. The rhetoric for „peaceful reunification” also appears to have been toned down, indicating a greater willingness to accept current reality.“<sup>260</sup>

So sehr sich auch die Beziehungen und der Ton zwischen Peking und Taipei gebessert haben, ändert dies nichts dran, dass es weiterhin eine rote Linie geben wird, welche beide Seiten nicht überschreiten werden. Die Zeit für Friedensverhandlungen bzw. für Verhandlungen, welche eine Änderung des Status quo betreffen, ist noch nicht gekommen. Jede Art von Politik, welche den Status quo auf Taiwan verändern würde, findet keine Mehrheit auf Taiwan. Aus diesem Grund beschränkt sich die Zusammenarbeit auch in erster Linie auf wirtschaftliche Themen. Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Basis wird von beiden Bevölkerungsgruppen unterstützt und es gibt hier noch genügend Raum für

---

<sup>259</sup> <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2009/02/15/2003436194> (Stand: 06.08.2011).

<sup>260</sup> Ding: *Beijing's New Approach*. S. 189.

Verbesserungen.<sup>261</sup> Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist auch im Interesse der VR China, auf lange Sicht erhofft man sich von der engeren Zusammenarbeit auch mehr Austausch auf andern Ebenen, was in Folge den Weg zu einer eventuellen Wiedervereinigung ebnen könnte (vgl. Kapitel 6.2.3).

„A rational, pragmatic approach dictates that the most cost-effective and beneficial way to reunify with the Taiwan is through the deepening of economic integration, which presumably will pave the way for eventual reunification [...]”.<sup>262</sup>

Die Etablierung der „Three links“ war hier eine weitere Maßnahme, welche den Austausch zwischen den beiden Regionen in Zukunft nachhaltig fördern wird.

Die Spannungen zwischen der VR China und Taiwan haben sich seit dem Amtsantritt Ma deutlich verringert. Während China, die USA und die Regierung Taiwans die Fortschritte in der Zusammenarbeit loben, warnt die Opposition, dass die Politik Ma zu einer eventuellen Wiedervereinigung mit dem Festland führen könnte. Aufgrund des breiten Wunsches nach der Aufrechterhaltung des Status quo in der taiwanesischen Bevölkerung, werden auch in Zukunft bestimmte Themen nicht zur Verhandlung stehen zwischen Taiwan und dem Festland. Die schwierigen Themen konnten also trotz der stark verbesserten Beziehungen bisher nicht behandelt werden. Wie viel Geduld von Seiten Pekings hier zu erwarten ist, wird auch von der neuen Führungsgeneration in China abhängen, welche 2012 das Ruder in der Volksrepublik übernehmen wird. Am finalen Ziel der KPCh - die Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland - wird sich jedoch auch in Zukunft nichts ändern.

### **6.2.3. Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Festland China und Taiwan**

Wie bereits in Kapitel 5.5. beschrieben, wurde das Thema der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Taiwan von Ma Yingjeou während des Wahlkampfes forciert. Die KMT strich klar hervor, dass sie für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Festland stehe. In den Jahren zuvor unter der DPP-Regierung konnten keine weitreichenden Maßnahmen beschlossen werden, um die wirtschaftlichen Beziehungen entscheidend zu

---

<sup>261</sup> <http://www.moc.gov.tw/lp.asp?ctNode=6148&CtUnit=4312&BaseDSD=7&mp=3> (Stand: 07.08.2011).

<sup>262</sup> Ding: *Beijing's New Approach*. S. 191.

verbessern bzw. um Barrieren abzubauen. Vor allem die Tatsache, dass trotz Ankündigung am Beginn der Amtszeit Chen Shuibian die Etablierung der „Three Links“ nicht umgesetzt werden konnte (vgl. Kapitel 5.5.), stieß auf Kritik von Seiten vieler Wirtschaftstreibender auf Taiwan.

Als Resultat mussten viele taiwanesischen Firmen Hindernisse auf sich nehmen, wenn sie mit dem Festland Geschäfte machen wollten. Oft wurden Geschäfte über Drittländer wie Singapur abgewickelt oder der Standort Hong Kong benutzt, um auf diese Weise Restriktionen im Handel mit dem Festland zu umgehen. Trotz der Hindernisse (wie zum Beispiel das Fehlen der „Three Links“) wurde das Festland zum größten Markt für Direktinvestitionen für taiwanesischen Firmen und China der wichtigste Absatzmarkt für Exporte aus Taiwan.<sup>263</sup> Auch Initiativen wie die Mitte der 1990er Jahre eingeführte „Go south“-Kampagne auf Taiwan, welche sich zum Ziel setzte Taiwans Wirtschaft verstärkt Richtung Südasien zu verlegen (um dadurch die wachsende Abhängigkeit vom Festland zu verringern), konnten den Großteil der taiwanesischen Firmen nicht davon abhalten weiter am Festland zu investieren. Die taiwanesischen Firmen investierten weiter dort, wo die Bedingungen am meisten Profit erwarten ließen. Auch die Tatsache, dass taiwanesischen Firmen am Festland aufgrund der gemeinsamen Sprache und Kultur Vorteile hatten gegenüber anderen Bewerbern, spielte eine wichtige Rolle. Mit der weiteren Öffnung der Märkte in Asien und dem WTO Beitritt Taiwans und der VR China hat sich der Druck der Geschäftsleute auf die Regierung Taiwans zusätzlich erhöht. Man fürchtete aufgrund der Restriktionen im Handel mit dem Festland den Prozess der wirtschaftlichen Integration Asiens verschlafen zu können und als Verlierer übrig zu bleiben. Auf der andern Seite gab es und gibt es Stimmen, welche davor warnen, dass eine weitere Liberalisierung des Handels mit dem Festland dazu führen würde, dass Taiwans Wirtschaft zu sehr vom Festland abhängig gemacht werde und taiwanische Firmen als „Geiseln“ der VR China enden könnten.<sup>264</sup>

Die Entscheidung über das Ausmaß der zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Festland spielt seit Jahren eine der zentralen Rollen im politischen Diskurs Taiwans (vgl. Kapitel 4.3.). Die Debatte über die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zum Festland wurde in der Folge zunehmend in den Diskurs über die politische Zukunft Taiwans integriert.

---

<sup>263</sup> Ausführliche Statistiken und Zahlen betreffend Taiwans Wirtschaft sind auf der Homepage des Finanzministeriums der Republik China zu finden, unter <http://www.mof.gov.tw/engWeb/ct.asp?xItem=60197&CtNode=2284&mp=2>

<sup>264</sup> Vgl. Schüller, Margot: *Cross-strait Economic Interaction: The Role of the Business Community as a Driving Force for Bilateral Economic Relations*. In: In: *Perspectives on Cross-strait Relations: Views from Europe*. Gunter Schuchter/Margot Schüller (Hrsg.). Hamburg: IFA, 2005. S.90-109.

“The debate about the relocation of industry/economy to mainland China, for instance, has turned into an argument between pro-unification politicians pushing for more direct interaction with the PRC and the anti-unification politicians trying to maintain as many barriers as possible to economic integration across the Taiwan Strait.”<sup>265</sup>

Mit dem Wahlerfolg der KMT 2008 kam es schlussendlich zu der von Ma Yingjeou angekündigten Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Festland und Taiwan. Die Etablierung der „Three Links“ und weitere Maßnahmen<sup>266</sup> wurden nicht nur von den Wirtschaftstreibenden begrüßt, sondern erhielten auch großen Zuspruch von der Bevölkerung (vgl. Kapitel 6.2.). Die Maßnahmen der KMT Regierung sorgten dafür, dass die Zahl der taiwanesischen Firmen, welche in der VR China investieren bzw. mit der VR China Handel treiben, weiter anstieg. Der Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte liegt sowohl im Interesse der Führung Chinas als auch im Interesse der KMT. Die Führung der VR China um Hu Jintao setzt auf den Ausbau des Dialoges und der Zusammenarbeit mit Taiwan, um auf diese Weise die Bevölkerung Taiwans näher an die VR China zu führen und Ängste abzubauen. Die taiwanesischen Geschäftsleute sind hier eines der Hauptziele der Politik der VR China. Diese Strategie kommt der Notwendigkeit Taiwans die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Festland auszubauen, um dadurch die eigene Wirtschaft anzukurbeln, entgegen.<sup>267</sup>

Ob allein dadurch das Ziel der Wiedervereinigung oder das Abhalten von weitreichenden politischen Verhandlungen zwischen der VR China und Taiwan erreicht werden kann, ist jedoch zu bezweifeln. Wie bereits erwähnt, ist eine Änderung des Status quo auf Taiwan zurzeit nicht mehrheitsfähig, dass also allein aufgrund der besseren wirtschaftlichen Beziehungen und des stärker werden Austausches zwischen Taiwanern und Festlandchinesen (in erster Linie auf Geschäftsebene) eine Änderung des Status quo (wofür es die Zustimmung der Bevölkerung Taiwans braucht) mittelfristig erfolgen kann, ist unwahrscheinlich. So

---

<sup>265</sup> Cabestan, Jean-Pierre: *Cross-strait Tensions and their Impact on Taiwan's Domestic Politics and Security Policy*. In: Perspectives on Cross-strait Relations: Views from Europe. Günter Schucher/Margot Schüller (Hrsg.). Hamburg: IFA, 2005. S.76.

<sup>266</sup> Als weitere wichtige Maßnahmen neben bereits vor der Errichtung der „Three links“ können hier der Zollfreie Import von taiwanesischen Agrarprodukten, Aufhebungen von Restriktionen im Tourismusgewerbe, leichtere Austausch zwischen Jugend und Bildungsinstitutionen oder günstige Darlehn genannt werden. Vgl. Gunter Schubert/ Shu Keng: *Agents of Taiwan-China Unification? The Political Roles of Taiwanese Business People in the Process of Cross Strait Integration*. In: Asian Survey, Vol. 50, Nr. 2, 2010 (März/April), S.295.

<sup>267</sup> Vgl. Schubert, Gunter/ Keng, Shu: *Agents of Taiwan-China Unification? The Political Roles of Taiwanese Business People in the Process of Cross Strait Integration*. In: Asian Survey, Vol. 50, Nr. 2, 2010 (März/April). S.287-296.



argumentieren auch Gunter Schubert und Shu Keng in ihrem Artikel über den Einfluss der Taisheng (Bezeichnung für die taiwanesischen Wirtschaftstreibenden in der VR China) auf den Prozess der Integration zwischen Taiwan und dem Festland, dass deren Einfluss wohl limitiert sei. Die Taisheng hätten jedoch die Chance, das Bild Taiwans in China und das Wissen über Taiwan auf dem Festland nachhaltig (positiv) zu beeinflussen. Hier besteht für Schubert und Keng eine Chance eine Win-win-Situation zu kreieren. So schreiben Gunter und Kang zusammenfassend:

„The more Taiwanese capital is invested in the mainland, the more it becomes part and parcel of China’s growing economy. The easier it becomes for Taiwanese business people to travel both ways, transfer capital and goods, relocate profits and meet their clients and partners the greater the possibility that integration will evolve into a win-win game. In this case, the issue of sovereignty and unification will probably be relegated to backstage.“<sup>268</sup>

## **7. Resümee und Ausblick**

Die Situation entlang der Taiwanstraße ist seit der erneuten Machtübernahme der KMT so stabil, wie schon seit einigen Jahren nicht mehr. Mit dem Wahlsieg der KMT unter Ma Yingjeou 2008 wurde eine neue Phase in den Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland begonnen. Die Phase der Annäherung wurde durch die politischen Entwicklungen auf Taiwan und dem Festland begünstigt und vorangetrieben. Während der acht Jahre unter Chen Shuibian kühlte die Beziehung zwischen den beiden Seiten zunehmend ab, sodass der Dialog zwischen dem Festland und Taiwan bald völlig zum Stillstand kam. Lediglich am Beginn seiner Amtszeit schlug Chen Shuibian noch eine gemäßigtere Politik in der Taiwanfrage ein. Die „fünf Nein“ seiner Antrittsrede ließen auf eine gute Zusammenarbeit mit der VR China hoffen. Doch bereits wenige Monate nach Amtsantritt konnte man erkennen, dass die Kräfte innerhalb der DPP, welche eine Unabhängigkeit Taiwans zum Ziel hatten, das

---

<sup>268</sup> Ebd. S.310

Kommando übernahmen. Während China und auch die USA in den ersten Monaten und Jahren noch relativ zurückhaltend reagierten auf Chens Festlandpolitik, nahm die Unzufriedenheit mit der Festlandpolitik auf Taiwan spätestens nach Chens Wiederwahl und der Fortführung seiner nach Unabhängigkeit strebenden Politik rasant zu. Als Folge der knappen und umstrittenen Wiederwahl musste Chen seine Politik der Unabhängigkeitsbestrebungen fortführen, um so zumindest innerhalb des „Pan-grün“ Lagers nicht weiter an Unterstützung zu verlieren.

Während seiner zweiten Amtszeit hatte Chen vermehrt mit kritischen Stimmen aus den USA zu kämpfen und einer VR China, welche kein Vertrauen mehr in Chen Shuibians Festlandpolitik hatte. Die VR China beschloss eine erneute Adjustierung ihrer Taiwanpolitik. Die Versuche mit der Chen Regierung in einen Dialog einzutreten, wurden schrittweise aufgegeben. Man hatte jegliche Hoffnung auf einen konstruktiven Dialog mit Chen Shuibian verloren. Mit dem „Antiabspaltungsgesetz“, welches 2005 verabschiedet wurde, setzte man ein deutliches Zeichen gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen auf Taiwan.

Ungefähr zur selben Zeit nahm man die Gespräche mit Vertretern der Oppositionsparteien Taiwans auf. Während sich die Oppositionskräfte mit den Verantwortlichen der KPCh trafen, zeichnete sich auf Taiwan das Ende der Chen Regierung ab.

Die Wahlniederlage bei den Wahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 2004, bei denen die Festlandpolitik Chens mehr denn je im Mittelpunkt stand, läutet das Ende der DPP-Regierung ein. Die umstrittene Festlandpolitik der DPP, die schlechte Wirtschaftslage und der 2005 aufkommende Korruptionsskandal rund um Chen Shuibian waren die Hauptfaktoren, welche schließlich zur deutlichen Wahlniederlage der DPP bei den Präsidentschaftswahlen im März 2008 führten. Besonders die Festlandpolitik Chens war vielen Wählern zu radikal geworden. Die KMT konnte sich auf diesem Feld besser profilieren und stellte für die meisten Wähler jene Partei dar, welche am besten in der Lage war den Status Quo (welcher weiterhin von einer klaren Mehrheit auf Taiwan unterstützt wird) weiterzuführen. Auch die Aussicht auf verbesserte Beziehungen zum Festland - wie von Ma im Wahlkampf angekündigt - wurde von einer Mehrheit der Wähler unterstützt.

Ausgestattet mit der Mehrheit im Legislativ Yuan und den Präsidentsitz konnte die KMT schnell eine neue Festlandpolitik einleiten. Nicht nur aufgrund der bereits zuvor geführten Gespräche zwischen KMT-Vertretern und Verantwortlichen der KPCh, sondern auch aufgrund der neuen Machtverhältnisse entlang der Taiwanstraße und der innerpolitischen Lehren, welche die KMT aus der Wahlniederlage Chens und der DPP gezogen hatten, gab es eine klare Linie innerhalb der KMT in der Festlandpolitik. Aufbauend auf den Gesprächen

zwischen Lian Zhan und Hu Jintao aus dem Jahr 2005 konnte man sich schnell über eine neue Zusammenarbeit zwischen China und dem Festland einigen. Die neue Annäherungspolitik zwischen Taiwan und dem Festland, welche verstärkt auf Dialog und Zusammenarbeit setzte, führte rasch zu Ergebnissen. Einer der ersten Schritte Richtung Versöhnung und Dialog war die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen ARATS und SEF auf Basis des „1992 Konsens“. Die Gespräche zwischen den beiden Institutionen waren unter der Chen-Regierung völlig ausgesetzt worden, unter Ma wurden sie wieder ein fixer Bestandteil des Dialoges zwischen dem Festland und Taiwan sein. Die Gespräche zwischen ARATS und SEF fungierten in Folge als Motor für die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Taiwan und dem Festland. Allein in den Jahren zwischen 2008 und 2010 kam es zu vier Gesprächsrunden zwischen den beiden halb-offiziellen Einrichtungen. Bereits wenige Monate nach dem Amtsantritt Ma Yingjeous kam es zur Einigung über die Errichtung der „Three links“, ein Vorhaben, welches während der Amtszeit Chens nie zustande kam. Seit dem Wahlsieg der KMT wurden eine ganze Reihe weiterer Abkommen zwischen China und dem Festland ausverhandelt, wobei es sich meist um Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit handelte. Neben den wirtschaftlichen Abkommen konnte auch eine Annäherung in der Frage der internationalen Anerkennung bzw. des internationalen Spielraum Taiwans erzielt werden. So scheinen die Tage der Dollarpolitik, in denen China und Taiwan um diplomatische Verbündete wetteiferten, vorbei zu sein. Der Beobachterstatus Taiwans im Rahmen des WHA-Forums ist hier ein deutliches Zeichen für die verbesserte Beziehung zwischen Taipei und Peking. An Grenzen stößt die Politik der Annäherung dort, wo Verhandlungen (etwa über die Aufnahme von offiziellen Friedensverhandlungen) eine Änderung des Status quo zur Folge haben könnten. Eine Änderung des Status quo wird von der taiwanesischen Bevölkerung weiterhin abgelehnt und ist nicht mehrheitsfähig. Diese Linie wird wohl auch die nächsten Jahre nicht überschritten werden.

Die VR China wiederum hatte erkannt, dass ihre Strategie der Einschüchterung wenig Aussicht auf Erfolg in der Taiwanfrage versprach. Desto lauter die VR China die taiwanesischen Bevölkerung in der Vergangenheit warnte, desto weiter bewegte diese sich Richtung „Pan-grün“-Lager und Unabhängigkeit. Spätestens mit der knappen Wiederwahl Chen Shuibians 2004 änderte die VR China ihre Strategie. Eine Politik der Annäherung und der Zusammenarbeit sollte die zukünftigen Beziehungen zu Taiwan bestimmen. Mit der verstärkten Zusammenarbeit und des Austauschen zwischen den beiden Seiten sollen Ängste und Vorurteile der taiwanischen Bevölkerung abgebaut werden. Als Resultat dieser Richtungsänderung kam es vor allem auf wirtschaftlicher Ebene zu wichtigen Abkommen und

verstärktem Austausch zwischen dem Festland und Taiwan. Die Politik der KMT und Ma Yingjeou kam hier den Plänen der KPCh sehr entgegen. Die KMT hatte erkannt, dass man mit einer extremen Position in der Festlandpolitik nicht erfolgreich sein konnte auf Dauer, und positionierte sich in der Folge mehr in der Mitte des politischen Spektrums. Man machte kein Geheimnis daraus, dass man die Beziehungen zum Festland verbessern wollte, konnte jedoch auch gleichzeitig den Wählern versichern, dass Taiwan an erster Stelle stehen würde. Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zum Festland steht seither im Vordergrund der Festlandpolitik der KMT, was auch aufgrund der schwachen Wirtschaft Taiwans am Ende der Chen-Ära zu erwarten war. Heiklere Themen in den Beziehungen zum Festland wurden jedoch bisher nicht angesprochen bzw. die Vorstöße der VR China in diese Richtung zurückgewiesen. Den Verantwortlichen der KPCh ist bewusst, dass die KMT-Regierung unter Ma die günstigste Regierungskonstellation für die Strategie des Festlands darstellt, weshalb es nicht im Interesse Pekings sein kann Mas Position auf Taiwan zu schwächen. Vorläufig scheinen sich beide Seiten mit dem Status quo und dem gleichzeitigen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zufrieden zu geben. Der von China erlaubte Beobachter Status Taiwans in diversen internationalen Organisationen oder das Ende des Wettrennens um internationale Verbündete sind positive Nebeneffekte der neuen Politik, die jedoch keine entscheidende Bedeutung für den Status Taiwans an sich haben.

Die Neue Festlandpolitik unter Ma Yingjeou hat deutlich zur Stabilisierung der Lage entlang der Taiwanstraße beigetragen. Zwar ist nicht davon auszugehen, dass China zukünftig weniger Lang- und Mittelstreckenraketen auf Taiwan ausgerichtet haben wird, genauso wenig wie davon auszugehen ist, dass zukünftige Waffenlieferungen der USA an seinen Verbündeten Taiwan eingestellt werden, doch der wiederaufgenommene Dialog zwischen den beiden Seiten sorgt dafür, dass die Spannungen, welche während der Präsidentschaft Chen Shuibians entstanden waren, abgebaut werden konnten und heute der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten besser denn je funktioniert. Darüber hinaus wirkte sich diese Entwicklung entlang der Taiwanstraße auch positiv auf die Beziehungen Taiwans zu den USA aus.

Einer Fortführung dieser positiven Entwicklung scheint nach dem Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl vom 14. Jänner 2012, bei der Ma sein Präsidentenamt verteidigen konnte, nichts im Wege zu stehen.

Lange Zeit sah es nach einem relativ knappen Rennen zwischen Präsident Ma Yingjeou und Tsai Ingwen (Präsidentschaftskandidatin der DPP) aus. Ein deutlicher Wahlsieg (wie im Jahr 2008) für einen der beiden Kandidaten war im Vorfeld nicht erwartet worden. Mas

Umfragewerte hatten in den letzten Jahren abgenommen. Die nach seiner Wahl einsetzende Wirtschaftskrise sowie der 2009 über Taiwan wütende Taifun „Morakot“ ließen Ma Umfragewerte stark sinken. Vor allem seine Krisenbewältigung wurde stark kritisiert. Die Zufriedenheitswerte innerhalb der Bevölkerung mit seiner Politik lagen kurzfristig nur mehr bei 30%.<sup>269</sup> Die Umfragewerte stiegen in der Folge jedoch wieder an, sodass Ma wenige Wochen vor der Wahl einen konstanten Vorsprung von etwa 5% in den Umfragen aufweisen konnte.<sup>270</sup>

Die Ausgangslage für die KMT war jedenfalls schwieriger als noch 2008. Dieses Mal gab es keinen Korruptionsskandal innerhalb der DPP und Tsai Ingwens Position betreffend die taiwanesishe Identität war gemäßiger als jene Chen Shuibians.

Besonders für Aufsehen sorgte die Ankündigung aus dem Lager der KMT, dass man zukünftig zumindest über die Möglichkeit von „Friedensverhandlungen“ mit dem Festland nachdenken sollte, vorausgesetzt, dass gewisse Bedingungen wie die Souveränität und Würde Taiwans, garantiert seien. Ma selbst nannte einen Zeitraum von 10 Jahren, in dem man zukünftig die Möglichkeit von Friedensverhandlungen andenken sollte. Dass diese Gedankenspiele von der DPP scharf zurückgewiesen wurden, liegt auf der Hand.<sup>271</sup>

Das Thema Festlandpolitik versuchte Tsai Ingwen geschickt zu umgehen bzw. keine allzu klaren Aussagen dahingehend zu tätigen. Bereits abgeschlossene Abkommen zwischen Taiwan und China, wie etwa die Etablierung der „Three links“ oder das ECFA-Abkommen, wären wohl auch unter einer DPP-Regierung aufrecht geblieben. Die Anerkennung des „1992 Konsens“ wird jedoch weiterhin abgelehnt von der DPP. Wie die DPP ohne die Anerkennung des „1992 Konsens“ die Beziehungen mit China jedoch zukünftig vorantreiben bzw. gestalten will, bleibt fraglich.<sup>272</sup>

Die Wahl am 14. Jänner 2012 brachte schließlich eine Mehrheit für die KMT und Ma Yingjeou, der 51% der Stimmen erlangen konnte. Tsai Ingwen erreichte 46.3% der Stimmen und gab nach dem Wahlergebnis ihren Rücktritt als Parteioberfrau der DPP bekannt. Ma kündigte unmittelbar nach seinem erneuten Wahlsieg an, dass die Politik der schrittweisen

---

<sup>269</sup> Vgl. Wang, Shushen(汪曙申): 后马英九时代 (*Nach der Ära Ma Yingjeou*). In: 党政论坛/干部文摘 (Zeitung des Forum der Parteikader), 2011(Februar), S.20.

<sup>270</sup> Siehe Fussnote 163.

<sup>271</sup> Vgl. Romberg, D. Alan: *Taiwan Elections Head to the Finish: Concerns, Cautions, and Challenges*. Der Onlineartikel ist zu finden unter <http://www.stimson.org/images/uploads/CLM36AR.pdf> (Stand: 06.01.2012)

<sup>272</sup> Vgl. Fell, Dafyd: *Election Season Returns to Taiwan: Prospects for Taiwan's National Elections in 2012*. Der Onlineartikel ist nachzulesen unter: [http://www.brookings.edu/opinions/2011/0307\\_taiwan\\_election\\_fell.aspx](http://www.brookings.edu/opinions/2011/0307_taiwan_election_fell.aspx) (Stand 06.08.2011).

Verbesserung der Beziehung zwischen Taiwan und China fortgesetzt werde.<sup>273</sup>

Das Thema Wiedervereinigung oder politische Integration wird aber wohl weiterhin ein Tabuthema bleiben für die KMT. Inwieweit der Druck von Seiten Pekings hier zunehmen wird bleibt abzuwarten und hängt primär von den Vorstellungen und Strategien der neuen Führungsgeneration in China ab, welche 2012 das Ruder übernehmen wird.

Der Wahlkampf im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2012 zeigte erneut, dass extreme Positionen, wie jene von Chen Shuibian in den Jahren 2002-2008, zurzeit von keiner der beiden großen Parteien angestrebt werden, eine Entwicklung, die sicherlich der Stabilität in der Taiwanstraße zugutekommt.

---

<sup>273</sup> <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-16557209> (Stand 18.01.2012)

## 8. Bibliographie

### 8.1. Westlichsprachige Literatur:

archives.cnn.com (2001): "Bush pledges whatever it takes to defend Taiwan". Im WWW. unter <http://archives.cnn.com/2001/ALLPOLITICS/04/24/bush.taiwan.abc/> (Stand: 16.02.2012).

Armitage Richard: Interview mit Charly Rose vom 10. Dezember 2004 im WWW. unter <http://www.taiwandc.org/pbs-2004-01.htm> (Stand: 18.02.2012).

articles.cnn.com (2009): "Transcript: Obama addresses U.N. General Assembly". Im WWW. unter [http://articles.cnn.com/2009-09-23/politics/obama.transcript\\_1\\_obama-addresses-reflexive-anti-americanism-president-obama?\\_s=PM:POLITICS](http://articles.cnn.com/2009-09-23/politics/obama.transcript_1_obama-addresses-reflexive-anti-americanism-president-obama?_s=PM:POLITICS) (Stand: 06.05.2011).

Adelman, Mark (1997): "Research Note on the Taiwan Relations Act: Executive and Legislative Differences". In: Journal of Contemporary China. Vol.14, Nr.6, S.125-135.

Antrittsrede Chen Shuibians aus dem Jahr 2000. Im WWW. unter [http://ken\\_davies.tripod.com/inaugural.html](http://ken_davies.tripod.com/inaugural.html) (Stand: 17.02.2012).

Außenhandelsstatistik Taiwans auf der offiziellen Homepage des taiwanesischen Finanzministeriums. Im WWW. unter <http://www.mof.gov.tw/engWeb/ct.asp?xItem=60197&CtNode=2284&mp=2> (Stand: 19.02.2012).

bbc.co (2012): "Taiwan's President Ma Ying-jeou wins second term". Im WWW. unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-16557209> (Stand: 19.02.2012).

Blackwell, Jeff (2010): "'The China Lobby': Influences on U.S.-China Foreign Policy in the Post War Period, 1949-1954". In: The Forum: Cal Poly's Journal of History: Vol.2, Nr.9, S.5 ff.

Bush W. George: Interview mit Larry King aus dem Jahr 2000. Im WWW unter <http://transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/0002/15/lkl.00.html> (Stand: 02.06.2011).

Bush Richard, Rede vom 3. Dezember 2007: "U.S.-Taiwan Relations: What's the Problem?". Im WWW. unter [http://www.brookings.edu/speeches/2007/1203\\_taiwan\\_bush.aspx](http://www.brookings.edu/speeches/2007/1203_taiwan_bush.aspx) (Stand: 19.02.2012).

Cabestan, Jean-Pierre (2002): "Cross-strait Tensions and their Impact on Taiwan's Domestic Politics and Security Policy". In: Perspectives on Cross-strait Relations: Views from Europe. Günter Schucher/Margot Schüller (Hrsg.). Hamburg: 2005, IFA, S.76.

Chai, Winberg (2008): "Taiwan's 2008 Elections and their Impact on Us-China-Taiwan Relations". In: Asian affairs, Vol.35, Nr.2, S.87-91.

Chen, Jian (2001): "Mao's China and the Cold War". The University of North Carolina Press.

Chen Shuibian: Rede vom 5 August 2002 im Rahmen der „Federation of Taiwanese Associations“. Im WWW. unter <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/2172970.stm> (Stand: 17.02.2012).

Chen Shuibian: Interview mit der „Washingtonpost“ vom 29.März 2004. Im WWW. unter <http://www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn?pagename=article&contentId=A33322-2004Mar29&notFound=true> (Stand: 17.02.2012).



Chen, Yuantong / Tian, Hongmao (2010): "Taiwan in 2010. Mapping for a New Political Landscape and Economic Outlook". In: Asian affairs, Vol.51, Nr.1, S. 81.-82.

Chen, Zhimin (2005): "Nationalism, Internationalism and Chinese Foreign Policy". In: Journal of Contemporary China, Vol.11, Nr.14, 2005 (Feb.). S.36-53.

Chien, Minchao (2003): "One Step forward, one Step backward: Chen Shui-bian's Mainland Policy". In: Journal of Contemporary China. Vol.12, Nr.34, S. 125-126.

chinadaily.com (2011): "China opposes US commitment to 'Taiwan Relations Act'". Im WWW unter [http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-02/26/content\\_7514052.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-02/26/content_7514052.htm) (Stand: 28.05.2011).

chinadaily.com (2011): "Mainland, Taiwan trade volume jumps 40% in 2010". Im WWW. unter [http://www.chinadaily.com.cn/china/2011-01/20/content\\_11891959.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2011-01/20/content_11891959.htm) (Stand: 19.02.2012).

chinapost.co (2008): "New survey finds majority support for China meet". Im WWW. unter <http://www.chinapost.com.tw/taiwan/china-taiwan-relations/2008/11/10/182456/New-survey.htm> (Stand: 18.02.2012).

chinapost.com (2008): "Taiwan defense official: island plans military exchange with China". Im WWW. unter <http://www.chinapost.com.tw/china/national-news/2008/10/29/180942/Taiwan-defense.htm> (Stand: 18.02.2012).

chinapost.com (2009): "Direct cross-strait links in place". Im WWW. unter <http://www.chinapost.com.tw/taiwan/china-taiwan-relations/2008/12/15/187643/Direct-across-strait.htm> (Stand: 18.02.2012).

Common Wealth Magazine: Umfragewerte Taiwan 2007. Im WWW. unter <http://english.cw.com.tw/article.do?action=show&id=3272> (Stand: 10.07.2011).

Copper, John F. (2008): "Taiwan's Failed President". In: Asian Affairs, Vol.34, Nr. 4, S. 185-186.

Copper, John Franklin (2009): "Taiwan: Nation-State or Province?". Westview Press.

Ding, Yijiang (2009): "Beijing's New Approach and the Rapprochement in the Taiwan Strait". In: Asian affairs, Vol.36, Nr.4, S. 180-191.

Dumbaugh, Kerry (2008): "Taiwan's 2008 Presidential Election". CRS Report an den US-Kongress 2008. Im WWW. unter <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS22853.pdf> (Stand:18.02.2012).

Dumbaugh, Kerry (2008): "Taiwan-U.S. Relations: Recent Developments and Their Policy Implications". CRS Report an den US-Kongress. Im WWW. unter <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS22853.pdf> (Stand:18.02.2012).

Dumbaugh Kerry (2010): "Taiwan-US Relations: New Strains and Changes". CRS- Report an den US-Kongress 2010. Im WWW. unter: <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/crs/rl33684.pdf>. (Stand 19.02.2012).

Duny Pal / Herd Graem P (2010): "International Security, Great Powers and World Order". In: Great Powers and Strategic Stability in the 21st Century: Competing Visions of World Order. Herd, Graeme P.(Hrsg). New York: 2010, Routledge, S.197-203.

economist.com (2009): "Taiwan's president and China-Sorry, the offer's closed". Im WWW. unter [http://www.economist.com/node/13917493?Story\\_ID=E1\\_TPJTSQJP](http://www.economist.com/node/13917493?Story_ID=E1_TPJTSQJP) (Stand: 18.02.2102).

Fell, Dafydd (2006): "Change and Continuity in Taiwanese Party Politics since 2000". In: What Has Changed? Taiwan before and after the Change in Ruling Parties. Dafydd Fell/Henning Klöter/Chang Biyu (Hrsg.). Wiesbaden: 2006, Harrassowitz, S.24-38.

Fell, Dafyd (2012): "Election Season Returns to Taiwan: Prospects for Taiwan's National Elections in 2012". Onlineartikel Im WWW. unter [http://www.brookings.edu/opinions/2011/0307\\_taiwan\\_election\\_fell.aspx](http://www.brookings.edu/opinions/2011/0307_taiwan_election_fell.aspx) (Stand: 19.02.1012).

fmprc.gov.cn (2003): Bilateral Relations – Nauru. Im WWW. unter <http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjb/zzjg/bmdyzs/gjlb/3407/default.htm> (Stand: 28.12.2011).

Garver, John (1997): “The Sino-American Alliance: Nationalist China and American Cold War Strategy in Asia”. New York: East gate Books.

Gärtner, Heinz (2010): „USA - Weltmacht auf neuen Wegen“. Berlin: Lit-Verlag.

Glaser, Bonnie S. (2010): “Building Trust across the Taiwan Strait. A Role for Military Confidence-Building Measures”. Onlinebericht im WWW. unter [http://www.foreignpolicy.com/images/100112\\_100106\\_Glaser\\_BuildingTrust.pdf](http://www.foreignpolicy.com/images/100112_100106_Glaser_BuildingTrust.pdf) (Stand: 19.02.2102).

Gold, Thomas B. (2008): “Taiwan in 2008 - My Kingdom for a Horse”. In: Asian survey, Vol.49, Nr.1, S.95.

Gold, Thomas B. (2009): “Taiwan in-Eroding Landslide”. In: Asian survey, Vol.50, Nr.1, S.69.

gwytb.gov.cn (2004): "’New constitution’ means timetable for Taiwan independence”. Im WWW. unter [http://www.gwytb.gov.cn/en/SpokespersonRemarks/201103/t20110316\\_1788099.htm](http://www.gwytb.gov.cn/en/SpokespersonRemarks/201103/t20110316_1788099.htm) (Stand: 17.02.2012).

Huang, Shelly (2009): “Chen Shui-bian gets life”. Onlineartikel im WWW. unter <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2009/09/12/2003453376> (Stand:19.02.2012).

Holsti, Kal (2010): “Exceptionalism in American Foreign Policy: Is it Exceptional ?”. In: European Journal of International Relations. 2010(Nov.). S. 1-2.

Hong, Caroline (2005): "Lien, Hu share 'vision' for peace". Im WWW. unter <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2005/04/30/2003252532> (Stand: 18.02.2012).

Hsu, Phillip (2010): "Between Identity Quest and Risk Aversion: Lessons from the Chen Shuibian Presidency for Maintaining Cross-Strait Stability". In: Journal of Contemporary China, Vol.19, Nr.66, S.697-716.

Hufnagel, Judith (2006): "Dangerous Liaisons: Examining the Triangle between Taiwan, the United States, and the People's Republic of China from an International Law Point of View". In: As China Meets the World-China's Changing Position in the International Community. Agnes Schick-Chen/Sascha Klotzbücher/Susanne Weigelin-Schwiedrzik (Hrsg.). Wien: 2006, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, S.63-76.

Hughes, Christopher (2000): "Taiwan and Chinese Nationalism-National Identity and Status in International Society". New York: Routledge.

Jennings, Ralph (2009): "China increases missiles pointed at Taiwan to 1,500". Onlineartikel im WWW. unter <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2009/02/15/2003436194> (Stand: 19.02.2012).

Jewel Huang (2006): "DPP votes to do away with factions". Onlineartikel im WWW. unter <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2006/07/24/2003320124> (Stand: 10.06.2011).

Jianfei, Liu (2009): "Sino-US Relations and Building a Harmonious World". In: Journal of Contemporary China, Vol. 60, Nr.18, S.479-490.

Jiunn, Rongyeh (2002): "Constitutional Reform and Democratization in Taiwan, 1945-2000". In: Taiwan's Modernization in Global Perspective. Peter C.Y. Chow (Hrsg.). Westport: 2002, Greenwood, S.48-59.

Kelly, James: Rede vor dem US-Bundes-Ausschuss für Internationale Beziehungen vom 21. April 2004. Im WWW. unter <http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/china/kelly.htm> (Stand: 17.02.2012).

Khalid R. Rodhan (2007): "A Critique of the China Threat Theory: A - Asian Perspectiv". In: Asian perspective. Vol.31, Nr. 3, S.41-66.

Knapp, Manfred (2004): „Einführung in die internationale Politik: Studienbuch“. Oldenbourg: Wissenschaftsverlag.

Lee Tenghui (1999): Interview mit der „Deutschen Welle“. Im WWW. unter <http://www.taiwan-info.de/html/deutsch/lth-interview-dt.htm> (Stand: 18.02.2012).

Loa, Loxsin (2011): "Chen found guilty of receiving bribes". Onlineartikel im WWW. unter <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2011/10/14/2003515694> (Stand: 18.02.2012).

Lin Chiehyu (2004): "Chen to continue middle way". Onlineartikel im WWW. unter <http://www.taipeitimes.net/News/front/archives/2004/05/21/2003156319> (Stand: 18.02.2012).

Lin, Meichun (2001): "Chen-Lee alliance steals the limelight". Onlineartikel im WWW unter <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2001/06/17/0000090348> (Stand:17.02.2012).

Lin, Meichun (2002): "Chen clocks in as DPP chairman". Onlineartikel im WWW unter <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2002/07/23/0000149335> (Stand: 17.02.2012).

Linsenmeier, Klaus (2009): „Die amerikanische Außenpolitik ein Jahr nach dem Regierungswechsel: Gibt es eine Obama-Doktrin“. Onlineartikel im WWW. unter <http://www.boell.de/internationalepolitik/aussensicherheit/aussen-sicherheit-8087.html> (Stand: 18.02.2012).

Liste der Truppenstützpunkte der US-Armee auf Japan. Im WWW. unter <http://www.usfj.mil/> (Stand: 19.02.2012).

Luard, Tim (2003): "Taiwan in a Tangle over its Name". Onlineartikel im WWW. unter <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/3090380.stm> (Stand: 17.02.2012).

Manthorpe Jonathan (2005): "Forbidden Nation- A History of Taiwan". New York: Palgrave Macmillan.

Mattlin, Mikael (2006): "Policy Laced with Strategy: Cross-Strait Relations during the DPP Administration". In: What Has Changed? Taiwan before and after the Change in Ruling Parties. Chang Biyu/Dafydd Fell/Henning Klöter (Hrsg.). Wiesbaden: 2006, Harrassowitz, S.41-53.

Ming, Teliu (2006): „Die Entstehung und Entwicklung der Demokratisch Progressiven Partei auf Taiwan-Unter besonderer Berücksichtigung ihrer China-Politik“. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.

Murray, William S. (2008): "Revisiting Taiwan's Defense Strategy". In: Naval War College Review, Vol.61, Nr.3, S.13-31.

news.bbc.co.uk (2001): "Who caused the crash?". Im WWW unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/1260290.stm> (Stand: 16.02.2012).

news.bbc.co.uk (2004): "Iraq war illegal, says Annan". Im WWW unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/3661134.stm> (Stand: 17.02.2012).

news.bbc.co.uk (2005): "Taiwan opposition leader in China". Im WWW. unter <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/4482617.stm> (Stand:18.02.2012).

newyorktimes.com (2005): "Constitutional changes approved in Taiwan". Im WWW. unter <http://www.nytimes.com/2005/06/07/world/asia/07iht-taiwan.html> (Stand 19.02.2012).

Noesselt, Maren Eilika Nele (2010): “ Alternative Weltordnungsmodelle?: IB-Diskurse in China“. Wien: Verlag für Sozialwissenschaften.

nytimes.com (2005): “Constitutional changes approved in Taiwan”. Im WWW unter <http://www.nytimes.com/2005/06/07/world/asia/07iht-taiwan.html> (Stand: 22.09.2011).

Offizielle Erklärung zur Außenpolitik Taiwans auf der Homepage des Büros des Präsidenten. Im WWW. unter <http://english.president.gov.tw/Default.aspx?tabid=1145> (Stand: 19.02.2012).

Offizielles Statement der US-Regierung betreffend den Besuch Hu Jintaos im April 2009. Im WWW. unter [http://www.whitehouse.gov/the\\_press\\_office/Statement-On-Bilateral-Meeting-With-President-Hu-Of-China/](http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Statement-On-Bilateral-Meeting-With-President-Hu-Of-China/) (Stand: 19.02.2012).

Paolino, Philip / Meerik, James (2008): “Democratization in Taiwan – Challenges in Transformation”. Burlington: Ashgate.

Powell, Collin: Interview mit dem TV-Sender “Phoenix TV” vom 26. Oktober 2004. Im WWW. unter <http://www.scoop.co.nz/stories/WO0410/S00318/powell-interview-with-anthony-yuen-of-phoenix-tv.htm> (Stand: 18.02.2012).

Rigger, Shelly (2005): “The Unfinished Business of Taiwan's Democratization”. In: Bernkopf-Trucker, Nancy: The US-Taiwan-China Crisis. New York: Columbia University Press, S.34-39.

Rigger, Shelly (2008): “Taiwan’s Presidential and Legislative Elections”. Onlineartikel im WWW. unter <http://www.fpri.org/orbis/5204/rigger.taiwanelections.pdf> (Stand: 18.02.2011).

Romberg Alan D. (2011): “Taiwan Elections Head to the Finish: Concerns, Cautions, and Challenges”. Onlienartikel im WWW. unter <http://www.stimson.org/images/uploads/CLM36AR.pdf> (Stand: 19.02.2012).

Schubert, Gunter (2002): „Dimensionen nationalistischen Denkens in der VR China, Taiwan und Hongkong an der Jahrtausendwende“. Hamburg: Institut für Asienkunde.

Schubert, Gunther (2004): "Taiwan's Political Parties and National Identity-The Rise of an Overarching Consensus". In: Asian Survey, Vol. 44, Nr. 4, S.539-542.

Schubert, Gunter (2005): "Closing the Gap: An Alternative Reading of National Identity and Cross-strait Relations in Taiwan's Party Politics". In: Perspectives on Cross-strait Relations: Views from Europe. Günter Schucher/Margot Schüller. Hamburg: 2005, IFA, S.55-56.

Schubert, Gunter/ Keng, Shu (2010): "Agents of Taiwan-China Unification? The Political Roles of Taiwanese Business People in the Process of Cross Strait Integration". In: Asian Survey, Vol. 50, Nr. 2, S.287-310.

Schüller, Margot (2005): "Cross-strait Economic Interaction: The Role of the Business Community as a Driving Force for Bilateral Economic Relations". In: Perspectives on Cross-strait Relations: Views from Europe. Gunter Schucher/Margot Schüller (Hrsg.). Hamburg: 2005, IFA, S.90-109.

Shirley A. Kann (2008): "Taiwan: Major U.S. Arms Sales since 1990". Bericht an den US-Kongress im WWW unter [www.fas.org/sgp/crs/weapons/RL3957.pdf](http://www.fas.org/sgp/crs/weapons/RL3957.pdf) (Stand : 14.06.2011).

Shirley A. Kan (2011): "Taiwan: Major U.S. Arms Sales Since 1990. Congressional Research Service 2011". Im WWW. unter <http://www.fas.org/sgp/crs/weapons/RL30957.pdf>

Sinigoj, Garbiele (2007): „Kalter Krieg in Ostasien: Der Korea Krieg. In: Ostasien im 20. Jahrhundert-Geschichte und Gesellschaft“. Sepp Linhart/ Susanne Weigelin-Schwiedrzik. Wien: 2007, Promedia, S.85-87.

Spiegel.de (2010): "China setzt Militär-Austausch mit den USA aus“. Im WWW. unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,675052,00.html> (Stand:19.02.2012).

Su, Chi (2009): "Taiwan's Relations with Mainland China – A Tail Wagging Two Dogs". New York: Routledge Contemporary Asia Series.



taipeitimes.com (2005): "Polls suggest public supports Lien Chan's China trip". Im WWW. unter <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2005/05/02/2003252823> (Stand: 18.02.2012).

Taiwan Public Mood Index. Im WWW. unter <http://www.gvm.com.tw/gvsrc/eng/eng-archive.asp> (Stand: 18.02.2012).

taipeitimes.com (2009): "MND to stage key war games every other year: official". Im WWW. unter <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/12/19/2003431490> (Stand: 18.02.2012).

taiwandocuments.org (o.D.): "History of Constitutional Revisions in the Republic of China". im WWW unter <http://www.taiwandocuments.org/constitution07.htm> (Stand 20.08.2011).

taiwaninsights.com (2011): "Washington lauds ECFA, reduced tension in Taiwan Strait". Im WWW. unter <http://www.taiwaninsights.com/2011/01/27/washington-lauds-ecfa-reduced-tension-in-taiwan-strait/> (Stand:19.02.2012).

Tang, Shaocheng (2005): "Current Developments in Cross-strait Relations and the Role of the USA". In: Perspectives on Cross-strait Relations: Views from Europe. Günter Schucher/Margot Schüller (Hrsg). Hamburg: 20005, IFA, S.173-179.

Tao, Xie / Benjamin I. Page (2010): "Americans and the Rise of China as a World Power". In: Journal of Contemporary China, Vol.65, Nr.19, S.491-494.

Tellis, Ashley/ Marble, Andrew/ Tanner, Travis (2011.): "East Asian Strategic Review 2011". Washington: The National Bureau of Asian Research.

Tian, Xiansheng (2003): "A Lesson to Learn: The Origins and Development of the Constitutional Reform in Taiwan". In: University Press of America, Vol.131, Nr.13, S.194-210.

Transkription der Videokonferenz Ma Yingjeou vom 12. Mai 2012 mit dem „Center for strategic and international studies“. Im WWW. unter <http://csis.org/event/president-ma-ying-jeou-us-taiwan-relations-new-era> (Stand: 19.02.2012).

Tsang, Steve (1999): “Transforming a Party State into a Democracy”. In: Democratization in Taiwan-Implications for China. Hungmao Tien/ Steve, Tsang (Hrsg.). Hong kong: 1999, Hong Kong University Press, S. 7-13.

Tsang, Steve (2003): “Taiwan and the international community”. Oxford: Peter Lang.

Tucker-Bernkopf, Nancy (2002): “If Taiwan Chooses Unification, Should the United States Care?”. In: Washington Quarterly, Vol.25, Nr.3, S. 21.

Umfragewerte betreffend die Beziehungen entlang der Taiwanstraße vom „Mainland affairs council“. Im WWW. unter <http://www.mac.gov.tw/lp.asp?ctNode=6279&CtUnit=4420&BaseDSD=7&mp=3> (Stand: 19.02.2012).

uschina.org (o.D.): „Handelsstatistik zwischen den USA und China“. Im WWW. unter <https://www.uschina.org/statistics/tradetable.html> (Stand: 19.02.2012).

Wahlergebnis der Wahl zum Legislativ Yuan 2004. Im WWW. unter <http://www.electoralgeography.com/new/en/countries/t/taiwan/taiwan-legislative-election-2004.html> (Stand: 18.02.2012).

Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl 2004 auf Taiwan. Im WWW. unter <http://www.gio.gov.tw/taiwan-website/5-gp/yearbook/2004/P073.htm> (Stand: 16.02.2012).

Wang, T.Y. / Lee, Weijin / You, Jingxin (2011): “Taiwan's Expansion of International Space: Opportunities and Challenges”. In: Journal of Contemporary China, Vol.20, Nr.69, S.256-259.

wantchinatimes.com (2011): "Taiwan has no plans for military exchanges with China". Im WWW. unter <http://www.wantchinatimes.com/news-subclass-cnt.aspx?cid=1101&MainCatID=&id=20110722000082> (Stand: 19.02.2012).

washingtonpost.com (2006): "President Bush's State of the Union Address". Im WWW. unter <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/01/31/AR2006013101468.html> (Stand: 19.02.2012).

washingtonpost.com (2009): "Taiwan Says It Is Not Ready for Peace Talks With China". Im WWW. unter <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/03/05/AR2009030502155.html> (Stand: 19.02.2012).

washingtonpost.com (2010): "U.S. sells weapons to Taiwan, angering China". Im WWW. unter <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/01/30/AR2010013000508.html> (Stand: 19.02.2012).

Weigelin-Schwiedrzik, Susanne/ Noesselt, Nele (2006): "Striving for Symmetry in Partnership: An Analysis of Sino-EU Relations Based on the Two Recently Published Policy Papers". In: As China Meets the World-China's changing position in the international community. Agnes Schick-Chen/Sascha Klotzbücher/Susanne Weigelin-Schwiedrzik (Hrsg.). Wien: 2006, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften. S.24-27.

Welt.de (2008): „Obama will Europäer in die Pflicht nehmen“. Im WWW. unter <http://www.welt.de/politik/article2245811/Obama-will-Europaeer-in-die-Pflicht-nehmen.html> (Stand: 19.02.2012).

Weltweite Ausgaben für Militär aufgelistet nach Länder. Im WWW. unter <http://www.globalissues.org/article/75/world-military-spending> (Stand: 19.02.2012).

Wirtschaftswachstum Taiwans, Statistik 1999-2010. Im WWW. unter <http://www.indexmundi.com/g/g.aspx?v=66&c=tw&l=en> (Stand: 19.02.2012).

Wu, Guoguang (2004): "Passions, Politics, and Politicians: Beijing between Taipei and Washington". In: The Pacific Review, Vol.17, Nr.2, S. 187-190.

Wu, Yushan (2005): "Taiwan's Domestic Politics and Cross-strait Relations". In: The China Journal, Nr.53, 2005(Jan.), S 35-60.

Xie Yu (2009): "Taiwan gets observer status at WHA". Onlineartikel im WWW. unter [http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-05/19/content\\_7791214\\_4.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-05/19/content_7791214_4.htm) (Stand: 18.02.2012).

Zhang, Baohui (2011): "Taiwan's New Grand Strategy". In: Journal of Contemporary China, Vol.20, Nr.69, S.271-284.

Zheng, Bijian (2010): "China's 'Peaceful Rise' to Great Power Status". In: Foreign Affairs, Vol.84, Nr.5, 2005(Sept./Okt.). S.18-24.

## **8.2 Chinesische Literatur:**

Bao 包, Zhenghao 正豪 (2009): "zhengdang rentongzhe dengyu zhengdang tiepiao: 2000-2008 zongtong xuanzu zhong xuanmin toupiao jueze zhi kua shixing fenxi" (Parteiidentifizierung und Wahlentscheidungen: Eine Langzeitstudie der Präsidentschaftswahlen zwischen den Jahren 2000-2008) 政黨認同者等於政黨鐵票: 2000-2008 總統選舉中選民投票抉擇之跨時性分析 . In: danjiang renwen shehuixue kan, Nr.40, 2009 (Dez.). S.71-77.

cctv.com (2005): "Hu Jintao zai lianheguo 60 zhounian shounao huiyi shang jianghua – quanwen" (Ansprache Hu Jintaos im Rahmen der Gipfelkonferenz zum 60 Jahre Jubiläums

der Vereinten Nationen– Gesamter Text) 胡锦涛在联合国 60 周年首脑会议上讲话 -全文.  
Im WWW. unter <http://www.cctv.com/news/china/20050915/100017.shtml> (Stand:  
19.02.2012).

gov.cn (o.D.): “ yi ge zhongguo de yuanze yu Taiwan wenti” (Das Ein-China-Prinzip und die  
Taiwanfrage) 一个中国的原则与台湾问题 . Im WWW. unter  
[http://www.gov.cn/gongbao/content/2000/content\\_60035.htm](http://www.gov.cn/gongbao/content/2000/content_60035.htm) (Stand: 19.02.2012).

Jia 贾 , Yan 妍 / Xin 信, Qiang 强 (2005): ”cong ‘zhongguobang’ dao ‘taiwanbang’: meiguo  
guohui qintai yiyuan yu mei tai juece” (Von der „China Lobby“ zur „Taiwan Lobby“: Die  
Taiwan freundlichen Mitglieder des US-Senats und die Taiwanpolitik der USA.) 从“中国帮”  
到“台湾帮”:美国国会亲台议员与美台决策 In: taipingyang xuebao, 2005(Mai), S.36-39.

Guan 管, Xiuyan 秀艳 (2010): “meiguo liwailun yu meiguo waijiao zhengce”  
(Exzeptionalismus und die amerikanische Außenpolitik) 美国例外论与美国外交政策 In:  
dongfang qiye wenhua, 2010(Sept), S.30.

Gao 高, Liping 利平 / Li 李, Hongbo 洪波 (2010): “meiguo dui tai ‘shuang gui zhengce’  
zhong de guohui yin” (Die Rolle des US-Senats in der zweigleisigen Taiwanpolitik der USA)  
美国对台“双轨政策”中的国会因 In: guoji ziliao xinxi, 2010(Sept.), S. 1- 6.

Ito 伊, Kiyoshi 藤清 (2004): “Taiwan lishi” (Die Geschichte Taiwans) 台湾历史. Taiwan:  
Avantgarde Publishing House.

Li 李, Hemin 合敏 (2006): “shishijiushi yushijujin: zhongguogongchandang jie jue taiwan  
wenti de zhongyao sixiang lilun yuanze” (“Die Wahrheit in den Tatsachen suchen” und “mit  
der Zeit gehen”: Die wichtigsten theoretischen Grundsatzprinzipien der Kommunistischen  
Partei Chinas betreffend die Lösung der Taiwanfrage) 实事求是与时俱进:中国共产党解决  
台湾问题的重要思想理论原则. In: Ningbo taixue xue bao, Vol.19, Nr.4, S. 49-53.

Li 李, Hemin 合敏 / Zheng 郑, Deyang 德扬 (2006): „yi ge zhongguo‘ zhongguogongchangdang dui tai fangzhenghengce bu bian de yuanze“ („Ein China“ Das unveränderte Prinzip in der Taiwanpolitik der KPCh) “一个中国” 中国共产党对台方针政策不变的原则 In: dangdai zhongguoli yanjiu (Zeitgenössische Studien zur Geschichte Chinas), Vol.13, Nr.3. S. 66-68.

Liu 刘, Hong 红 / Wang 王, Miaosen 淼森 (2010): “liangan ‘jingjilianghua’ yu ECFA” (Das „Zusammenwachsen“ der beiden Wirtschaften und ECFA) 两岸“经济两化”与 ECFA. In: xin shiye, 2010(Juni), S.81-82.

Ma 马, Yingjeous 英九: Antrittsrede vom 20. Mai 2008. Im WWW. unter <http://www.zaobao.com/special/china/taiwan/pages11/taiwan080520e.shtml> (Stand: 18.02.2012).

news.xinhuanet.com (2006): “‘jiu er tongshi’ de lishi zhenxiang” (Die historischen Fakten über den ‚92 Konsens“) “九二共识”的历史真相. Im WWW. unter [http://news.xinhuanet.com/tw/2006-04/05/content\\_4385932.htm](http://news.xinhuanet.com/tw/2006-04/05/content_4385932.htm) (Stand:19.02.2012).

news.xinhuanet.com (o.D.): „heping gongchu wu xiang yuanze“ (Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz) 和平共处五项原则. Im WWW. unter [http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-06/09/content\\_1515866.htm](http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-06/09/content_1515866.htm) (Stand: 19.02.2012).

news.xinhuanet.com (2005): „shouquan fabu: ‚fanfenlieguojiafa‘ quanwen“ (Autorisiertes Dokument: Der Gesamte Text des „Anti-Abspaltungsgesetzes“) 授权发布：《反分裂国家法》全文 Im WWW. unter [http://news.xinhuanet.com/newscenter/2005-03/14/content\\_2694168.htm](http://news.xinhuanet.com/newscenter/2005-03/14/content_2694168.htm) (Stand:19.02.2012).

Qi 齐, Zhaoming 兆明 (2005): “zhongguoguo mindang youwang zai taiwan zhongxin zhizheng” (Die Kuomintang ist hoffnungsvoll auf Taiwan wieder an die Macht zu kommen) 中国国民党有望在台湾重新执政. In: shijie qiao, 2005(Dez.), S.54.56.

Rede Hu Jintao nach dem Treffen mit dem Vorsitzenden der KMT Lian Zhan im Mai 2005.  
In: liangan guanxi, 2005( Mai), S.4.

Rede(2002) Qian Qichens (钱其琛) anlässlich des siebten Jahrestags von Jiang Zemins  
„Acht Punkte Programm“. Im WWW. unter  
<http://www.chinamil.com.cn/gb/pladaily/2002/01/25/20020125001033.html> (Stand:  
16.02.2012)

Tao 陶, Wenjiao 文钊 (2010): „meiguo de ,yi ge zhongguo‘ zhengce“ (Die Ein China-Politik  
der USA) 美国的“一个中国”政策. In: heping yu fazhan, Nr.6, 2010(Dez), S.23-27.

Wang 王, Liangbian 亮编 (2011): „zengjin huxin zhubu chuangzao zhengzhi xieshang de  
tiaojian-guotaiban 2011 nian 10 yue 26 ri xinwen fabuhui zhaiyao“ (Erweitertes gegenseitiges  
Vertrauen schafft schrittweise Voraussetzungen für politische Verhandlungen-  
Zusammenfassung der Pressekonferenz des Büro für Taiwan-Angelegenheiten vom 26.  
Oktober 2011) 增进互信 逐步创造政治协商的条件-国台办 2011 年 10 月 26 日新闻发布  
会摘要. In: liangan guanxi, 2011(November), S.31.

Wang 王, Lirong 历荣 (2006): „zhongguo heping fazhan yu ,fanfenlieguojiafa““(Chinas  
friedliche Entwicklung und das „Anti-Abspaltungsgesetz) 中国和平发展与“反分裂国家 “.  
In: lilun guancha, Vol.42, Nr.6. S.75-77.

Wang 汪, Shushen 曙申 (2011): „hou ma yingjiu shidai“ (Nach der Ära Ma Yingjeou) 后马  
英九时代. In: dangzheng luntan/ ganbu wenzhai, 2011(Februar), S.20.

Wu 吳, Naide 乃德 (2005): „mianbao yu aiqing: chutian taiwan minzhong minzu rentong de  
biandong“ (Brot oder Liebe: Eine Vorstudie über den Wandel in der Identität von Taiwans  
„Volks-nationalität“) 麵包與愛情：初探台灣民眾民族認同的變動. In: taiwan  
zhengzhixue kann, Vol.9, Nr.2, S.28-34.

Xie 谢, Xueping 雪屏 (2009): „‘ yi ge zhongguo‘ - zhonggong lida lingdaoren dui tai zhengce  
shang yimaixiangcheng de yuanze lichang ji qidi ” („Das Ein China Prinzip“-Das Prinzip des

gleichen Ursprung sowie der gemeinsame Denkanstoß betreffend die politische Strategie in der Taiwanpolitik, der verschiedenen Führungsgenerationen der KPCh) ”一个中国” 原则 - 中共历代领导人对台政策上一脉相承的原则立场及启迪 In: Luoyang shifan xueyang, Vol.29, Nr.4, S.34ff.

Xiu 修, Chunping 春萍 (2009): „aobama zhongguo xingzhong de taiwan wenti“ (Obama spricht während seiner China-Reise über die Taiwanfrage) 奥巴马中国行中的台湾问题. In: liangan guanxi, 2009 (Dezember), S.10-11.

Zhang 张, Li 立 (2005): „taiwan ,liwei‘ xuanju pingxi“ (Wahlanalyse der Wahl zum Legislativ Yuan auf Taiwan) 台湾“立委”选举评析 In: liangan guanxi, 2005 (Januar). S.30.

Zhang 张, Xuezhong 雪忠 (2007): „taiwan xuanju: ,zhongjian luxian‘ de xinyi“ (Die Wahl auf Taiwan: Die neue Idee der „Politik der Mitte“) 台湾选举：“中间路线”的新意 In: nanfeng chuang, 2007(Sept.), S.18-20.

Zhao 赵, Kejin 可金 (2007): „taiwan zhengju de bianhua ji dui liangan guanxi de yingxiang“ (Die politische Situation auf Taiwan und ihr Einfluss auf die Beziehungen zwischen dem Festland und Taiwan) 台湾政局的变化及对两岸关系的影响. In: shijiejingji yu zhengzhi Vol.299, Nr.10, S. 47-48.

Zheng 郑, Qingshun 庆顺, Fang 房 Shangwen 尚文 (2009): “2008 nian taiwan daxuan hou de liangan guanxi“ (Die Beziehungen in der Taiwanstraße nach den Wahlen 2008) 年台湾大选后的两岸关系 In: guandong sheng shehuizhuyi xueyuan xuebao, Vol.35, Nr.2, S.72-75.

Zusammenfassung des Treffens zwischen Wen Jiabao (温家宝) und George W. Bush vom Dezember 2003. Im WWW unter [http://news.ifeng.com/mainland/special/hujintaofangmei/content-3/detail\\_2011\\_01/17/4316495\\_0.shtml](http://news.ifeng.com/mainland/special/hujintaofangmei/content-3/detail_2011_01/17/4316495_0.shtml) (Stand: 17.02.2012).



## 9. Anhang

### **Zusammenfassung:**

Mit der Wahl Chen Shuibians zum Präsidenten Taiwans im März 2000 wurde zum ersten Mal ein Präsident gewählt, der nicht von der KMT gestellt wurde. Eine Spaltung der KMT sowie eine gemäßigte Festlandpolitik der DPP während des Wahlkampfes und den Jahren zuvor wurden als Hauptgründe für den Wahlsieg Chen Shuibian ausgemacht. Mit den „Fünf Nein“ seiner Antrittsrede ließ Chen Shuibian erahnen, dass er weiterhin eine gemäßigte Festlandpolitik betreiben wolle.

Wie und warum es zum Machtwechsel 2008 auf Taiwan kam, welche Rolle hier Präsident Chen Shuibians Festlandpolitik spielte und wie in der Folge die Festlandpolitik des neuen Präsidenten Ma Yingjeous die Beziehungen zum Festland (und auch den USA) neu gestaltete und wo die Grenzen dieser Annäherungspolitik Mas liegen, sollen die Themen dieser Arbeit sein.

In den acht Jahren unter der Präsidentschaft Chen Shuibians nahmen Chens Umfragewerte zunehmend ab. Neben wirtschaftlichen Problemen Taiwans und Korruptionsfällen war es vor allem die Festlandpolitik der DPP, mit der viele Wähler unzufrieden waren. Unzufrieden waren auch die VR China und die USA mit der Politik Chens. Die Kritik nahm vor allem nach Chens knapper und umstrittener Wiederwahl im Jahr 2004 zu. Während Washingtons Warnungen immer schärfer wurden und man begann Chens Politik auch öffentlich zu kritisieren, begann die VR China im Jahr 2005 bereits damit Gespräche mit den Oppositionsparteien auf Taiwan abzuhalten. Diese Gespräche sollten die Grundlage für die spätere Politik Ma Yingjeous bilden. Im März 2008 erlitt die DPP eine schwere Wahlniederlage und Ma Yingjeou (KMT) wurde mit großer Mehrheit zum neuen Präsidenten Taiwans gewählt. Ma setzte seit seiner Amtsübernahme verstärkt auf eine Politik der Versöhnung und der Zusammenarbeit mit dem Festland und schlug damit eine völlig andere Richtung ein als Chen Shuibian in den Jahren zuvor - eine Richtung die von der Mehrheit der Wähler offensichtlich unterstützt wird, wie die Wiederwahl Mas im Januar 2012 zeigte. Die Arbeit kommt zu dem Schluss, dass sich die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland unter der Ma-Regierung deutlich verbessert haben. Vor allem auf wirtschaftlicher Ebene kam es zu verstärkter Zusammenarbeit, welche wohl auch in Zukunft ausgebaut werden wird.

An Grenzen stößt diese Annäherung jedoch dort, wo eine Änderung des Status quo angestrebt wird. Radikale Positionen in der Festlandpolitik - wie unter Präsident Chen Shuibian - scheinen jedenfalls von der Mehrheit der Wähler auf Taiwan mittlerweile abgelehnt zu werden.

## **Abstract:**

In March 2000 Chen Shuibian was elected the first Taiwanese president who had not been nominated by the KMT. The two main factors why Chen Shuibian was able to win the presidential election of 2008 were the splitting of the KMT party, and a relative moderate mainland-policy adopted by the DPP during the election campaign (and also in the years before the election). By announcing the “Five Nos” in his inauguration speech Chen Shuibian seemed to be willing to continue his moderate mainland-policy.

This paper investigates why and how the KMT was able to win back the presidency in March 2008, which role former president Chen Shuibian’s adopted mainland-policy played in the outcome of the presidential election 2008, and how President Ma’s new adopted mainland-policy has changed the relations between Taiwan and the mainland (and also between Taiwan and the USA), and where are the limits of Ma’s mainland-policy?

During his eight year long term in office Chen Shuibian’s presidential approving ratings showed a steady decline. The main reason, besides the difficult economic situation of Taiwan and a corruption case within Chen’s family, why many voters were unsatisfied with the performance of the Chen administration was Chen’s radical mainland policy. Not only were voters on Taiwan unsatisfied with the mainland-policy adopted by Chen Shuibian and the DPP, but also the PRC (People’s Republic of China) and the US (United States) were increasingly unsatisfied. Criticism from China and the US grew even louder after Chen’s close and controversial Re-election in 2004. Over the next months and years Washington’s warnings became louder and clearer and the US-government tried no longer to hold back even public criticism of Chen Shuibian. At the same time China’s leaders began to meet with leaders of the Taiwanese opposition parties. Those talks later served as the basis for Ma Yingjeou’s mainland-policy. In March 2008 the DPP and Chen Shuibian suffered a huge loss in the presidential elections, and Ma Yingjeou was elected the new president of Taiwan. Since Ma took office he has managed to establish a complete different way of handling the relations with the mainland. His mainland policy has often been described as “policy of reconciliation”. However one may name his mainland-policy, the polls, and the fact that Ma got re-elected in January 2012 show that his policy enjoys support among voters.

This paper concludes that relations between Taiwan and the mainland have been clearly improved since Ma Yingjeou took office. Especially economic cooperation between the two regions improved significantly, and this trend is expected to continue.

Although the dialog and cooperation between Taiwan and the PRC have been increased under Ma Yingjeou, talks over issues that may change the Status-quo are still a Taboo for any Taiwanese party. The last years seem to have proven that radical positions in the mainland-policy enjoy no longer (broad) support among Taiwan's voters.

## **CURRICULUM VITAE**

### **I Persönliche Daten**

Name: Stummer Mario

Geburtsdatum: 13.09.1984

Geburtsort: Amstetten/Österreich

Familienstand: ledig

Email: mario.stummer@gmail.com

### **II Bildungsweg**

1990 - 1994: Volksschule Zeillern

1995 - 2003: Ostarrichi Gymnasium Amstetten, Informatikzweig.

2004 - 2005: Diplomstudium Politikwissenschaft (erster Studienabschnitt)

2005 - 2010 (März): Bachelor-Studium Sinologie, Universität Wien (Auslandsaufenthalt:

2006(August) - 2007(März) an der „Shanghai waiguo daxue“)

2008: Beginn des IBWL/Chinesisch - Bachelorstudiums an der Wirtschaftsuniversität Wien

Seit März 2010: Masterstudium Sinologie

### **III Berufliche Tätigkeiten**

2002 - 2003: Ferialpraktika Buntmetall Amstetten.

2003 - 2004: Präsenzdienst Österreichisches Bundesheer

2004 - 2005: Ferialpraktika Böhler-Miller Messer und Sägen GmbH

2005 - 2009: Ferialpraktika Buntmetall Amstetten.